

Der Rest wird für Reisegebühren, Landeskrankenfürsorge und Familienförderung aufgewendet. 420 Millionen Schilling, somit 13,1 Prozent des Personalaktivaufwandes, werden von anderen Rechtsträgern refundiert.

Als Mehraufwand sind enthalten: die Vorsorge für die Gehaltserhöhung zum 1. Jänner 1992, die Vorsorge für die Beförderungen und Biennalvorrückungen, die Anhebung des Dienstgeberbeitrages zur Sozialversicherung und die Anhebung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages bei Vertragsbediensteten, die Vorsorge für die im Dienstpostenplan 1992 vorgesehenen Dienstpostenvermehrungen.

Von den für Dienstpostenvermehrungen vorgesehenen Mitteln sind allerdings 20 Millionen Schilling gesperrt. Der Betrag kann nur in einem allfällig unbedingt erforderlichen Ausmaß mittels eines qualifizierten Regierungsbeschlusses wieder freigegeben werden.

Der Personal-, Pensions- und Sozialaufwand des Landes beträgt insgesamt rund 7,6 Milliarden Schilling.

Davon decken 3,3 Milliarden Schilling den Personalaufwand für die zur Krankenanstaltengesellschaft zugewiesenen Landesbediensteten ab. Dieser Betrag wird dem Land von der Krankenanstaltengesellschaft rückvergütet. Das hat aber nichts mit dem Landeszuschuß zu tun, sonst kommt man zu einer Gegenrechnungsserie, aus der man nicht mehr herausfindet. Ich sage das nur zur Erläuterung.

Nicht enthalten sind in den 7,6 Milliarden Schilling der Aufwand für die Pflicht- und Berufsschullehrer – dieser wird größtenteils derzeit noch vom Bund refundiert – und der Aufwand für die Gesellschaftsbediensteten der Steiermärkischen Krankenanstaltenges. m. b. H., also die neuen Mitarbeiter, die nicht mehr Landesbedienstete sind, sind nicht mehr enthalten. Bekanntlich werden die neuen Mitarbeiter der Krankenanstaltengesellschaft seit der Ausgliederung nicht mehr als Landesbedienstete, sondern als Gesellschaftsbedienstete nach den Bestimmungen des Angestelltengesetzes eingestellt. Das bedeutet, daß sich das Verhältnis zwischen Landes- und Gesellschaftsbediensteten laufend zugunsten der immer größer werdenden Zahl der Gesellschaftsbediensteten verschiebt. Mit Februar dieses Jahres waren im Bereich der Krankenanstaltengesellschaft 7883 Landesbedienstete und 5049 Gesellschaftsbedienstete, das sind insgesamt 12.932 Mitarbeiter, beschäftigt. Umgerechnet auf Vollzeitkräfte ergibt das 11.223 ganze Dienstposten, wobei ich nochmals betone, daß die Personalausgaben für die Gesellschaftsbediensteten der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft nicht als Personalaufwand des Landes verrechnet werden.

Auf Grund der budgetären Entwicklung auf dem Personalsektor muß das Ende 1990 vorgestellte Personalplanungs- und -entwicklungskonzept rasch verwirklicht werden.

Der erste Schritt, nämlich die Aufnahme von geeigneten Bewerbern über ein Auswahlverfahren, funktioniert im Rahmen des Personaleinstellungsmodells gut und ist heute auch bestätigt worden. Ich möchte darauf nicht näher eingehen, wer dort wem Rückstände in der Nachahmung vorwerfen kann. Wir werden dazu ge-

nügend Gelegenheit haben, wenn wir über dieses Objektivierungsgesetz, das eingebracht wurde, reden.

Erfreulich ist, daß auch die STEWEAG dem positiven Beispiel des Landes Steiermark folgt und ein Objektivierungsmodell für Personalaufnahmen in Kürze fertigstellen wird.

Die Bewertung der Qualität der Mitarbeiter läuft zufriedenstellend. Für die Ermittlung der Quantität, die für eine gute Personalplanung sehr wichtig ist, wurden erste Erfahrungswerte anhand eines im Bereich der Gewerbereferate der Bezirkshauptmannschaften durchgeführten Pilotprojektes gesammelt.

Als Ergebnis ist festzuhalten, daß in diesem sensiblen Verwaltungsbereich zweifelsohne ein Mehrbedarf an qualifizierten Mitarbeitern besteht, der jedoch dienststellenintern durch Umschichtungen zum Großteil abgedeckt werden kann. Als Beispiel möchte ich anführen, daß wir im Vorjahr große Schwierigkeiten gehabt haben mit den Kfz-Zulassungsstellen und daß zwischenzeitig der EDV-Einsatz in den Kfz-Zulassungsstellen der Bezirkshauptmannschaften klaglos funktioniert. Wie mir Dienststellenleiter bestätigen, können somit zu gewissen saisonbedingten Zeiten Mitarbeiter dieses Referates verstärkt mit anderen Aufgaben betraut werden. Wir reden immer so viel von der Mobilität, von einem modernen Arbeitnehmer.

Auch die gesetzliche Regelung, für Reisepässe eine Gültigkeit von zehn statt früher fünf Jahren vorzusehen, eröffnet die Möglichkeit einer internen Personalschichtung.

Daher ist zusammenfassend festzuhalten: Nicht das einzelne Referat, das war die Lehre aus der Gewerbereferatsuntersuchung, sondern die Dienststelle in ihrer Gesamtheit muß überprüft werden, um dann die Umschichtungen der einzelnen Arbeiten und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch tatkräftig durchführen zu können.

Auch wenn, gestützt auf diese neuen Erfahrungswerte, die Personalplanung weiter konkretisiert werden kann, so muß man sich im klaren sein, daß überraschende – vom Land vielleicht gar nicht beeinflussbare – Umstände auftreten können, die einer raschen Lösung mit Auswirkungen auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugeführt werden müssen.

Ich möchte Ihnen dies anhand von zwei auch heute schon angeführten Beispielen erläutern: Der Personalstand der Mitarbeiter für die Erhaltung der Bundes- und Landesstraßen in der Steiermark entspricht dem österreichischen Durchschnitt und liegt für Autobahnen sogar unter diesem. Man kann das auf Kilometer umrechnen.

Trotz dieser sparsamen Personalpolitik der vergangenen zehn Jahre wurde ich Mitte Februar als Personalreferent mit der Tatsache konfrontiert, daß der Bund im Bauprogramm 1992 für die Steiermark eine Kürzung der Lohnkostenrefundierungen für das handwerkliche Personal der Bundesstraßen und Autobahnen vorgesehen hat.

Konkret ist der im Bauprogramm vorgesehene Lohnkostenanteil des Bundes um 51 Millionen Schilling niedriger, als tatsächlich bei gleichbleibendem Personalstand anfällt. Dazu kommen noch Schulden des Bundes aus dem Jahr 1991. Die hat er auch noch nicht bezahlt.

Müßte dieser Fehlbetrag durch Personalabbau sehr einfach gesagt im öffentlichen Dienst – das wären 130 Mitarbeiter – ausgeglichen werden, so entstünden bedeutende personalpolitische und soziale Probleme.

Denn das würde, meine Damen und Herren, unter Umständen bedeuten, daß ein Mensch, der vor einem Jahr oder vor einem halben Jahr seine an sich ordentliche private Arbeitsstelle auf Grund einer Ausschreibung bei uns mit einem Arbeitsplatz bei uns vertauscht hat, wir damals, der ganze Personalbeirat und alle, die mit Personal zu tun haben, der Meinung waren, das ist ein Dauerarbeitsplatz, und der hat sogar weniger Verdienst in Kauf genommen, in den meisten Fällen, weil ihm zum Beispiel die Sicherheit oder die Arbeitszeit hier einen Ausgleich geboten haben, daß wir solche Leute auf die Straße setzen müßten. Also eine ganz beachtliche Härte, für die außerdem der Betroffene kaum Verständnis aufbringen könnte, weil er sich von uns getäuscht fühlen müßte. Die Ursache aber liegt beim Bund. Im Einvernehmen mit Frau Landesrätin Klancic wird es daher mein wichtigstes Bestreben sein, in der nächsten Zeit den Bund aufzufordern und hoffentlich auch dazu zu bringen, seine Verpflichtungen einzuhalten. Das sind ja keine Dinge, die irgendwann einmal entstanden sind und wo man gesagt hat, jeder Partner kann binnen drei Monaten kündigen. Das sind ja jahrzehntealte Vereinbarungen. Sollten weitere Veränderungen, wie das so schön heißt, erfolgen, müßte die Übergangslösung gefunden werden, eine Übergangslösung, die uns zumindest so viele Jahre Zeit gibt, uns anzupassen, daß durch Pensionierung freiwerdende Dienstposten schlimmstenfalls nicht nachbesetzt werden können. Aber dann stellt sich für mich die Frage, das sage ich für unsere Mitarbeiter in der Straßenverwaltung – wir haben bisher gesagt, wir haben sparsam gewirtschaftet –, also entweder, wenn wir weitere Reduzierungen akzeptieren können, dann haben wir bisher trotzdem zuviel gehabt, oder wenn wir sie einfach zur Kenntnis nehmen, diese Kürzungen, dann werden die Straßenböschungen nicht zweimal im Jahr gemäht, sondern nur einmal, dann werden Hausbesorgungen langsamer erfolgen. Dann muß man sich fragen, verkommt dann das steirische Straßennetz, weil sonst stimmt ja irgendeine Berechnung nicht? Jedenfalls ist die Unruhe unter den Mitarbeitern des Straßenerhaltungsdienstes gewaltig, und ich habe vollstes Verständnis dafür. Sie wird noch zusätzlich dadurch geschürt, daß seitens des Bundes beabsichtigt ist und wir es auch ständig über die Medien erfahren, Bundesstraßengängen auszugliedern. Das gesamte Autobahn- und Schnellstraßennetz soll einer neuen Firma mit dem Namen „Autobahnen- und Schnellstraßen AG – ASAG“ überantwortet werden. Diese Gesellschaft soll laut Gesetzesentwurf unter Wahrung des Wettbewerbes anstreben, daß Private die Erhaltung der Straßenstrecken übernehmen. Das Bundesstraßennetz soll zur Gänze in die Verantwortung der Länder fallen.

Die Dienststellenpersonalvertretung Landesbaudirektion hat in einem Grundsatzpapier zu diesen Vorstellungen des Bundes umfassend Stellung genommen. Ich zitiere: Als Kernaussagen sind festzuhalten, „daß bei Übertragung der Erhaltungsarbeiten an Private der gegenwärtige Sicherheitsstandard nicht aufrechterhalten werden kann“, heißt es dort. Die Bun-

desstraßenverwaltung sei im übrigen, wie auch ein Rechnungshofbericht bestätigt, in der Lage, die gestellten Aufgaben mindestens genauso gut, jedoch sparsamer zu leisten. Rechnungshof, nicht Behauptung von Referent oder Personalvertretung. „Es ist zu hoffen“, heißt es hier abschließend, „daß diese Argumente in die Willensbildung einfließen“. Das war das erste Beispiel.

Das zweite, nicht ganz so krasse Beispiel: Im Bereich jener der Rechtsabteilung 9 zugeordneten Landesjugendheime und Behindertenanstalten ist die Personalabteilung auf Grund der in manchen Bereichen besonders stark schwankenden Zöglingzahlen mit einem wechselnden Mitarbeiterbedarf konfrontiert, der eine mittelfristige Personalplanung schwierig macht. Durch das neue Strukturkonzept der Landesjugendheime wird es aber in diesem Bereich gelingen, im pädagogischen und im Wirtschafts- beziehungsweise Verwaltungsdienst Personal anderweitig zu beschäftigen und somit insgesamt rund 40 Dienstposten einzusparen beziehungsweise umzuschichten. Diese zwei Beispiele zeigen, daß sich die Personalverwaltung tagtäglich mit Problemen konfrontiert sieht, die doch hohe Anforderungen an die Qualität der Führungskräfte stellen.

Und damit bin ich bei einem auch heute bereits diskutierten Themenbereich. Hier wurde im Sommer des vergangenen Jahres ein erster Schritt gesetzt. Ich gebe zu, etwas überfallsartig. Die letzten Bestellungen von Führungskräften, also vom vergangenen Sommer, erfolgten bereits mit einer Befristung auf einen Zeitraum von fünf Jahren mit der Auflage, eine verpflichtende Führungskräfteausbildung mit den Schwerpunkten Kommunikation – eine ungeheuer wichtige Eigenschaft für jeden, der mit den Bürgern zu tun hat, aber vor allem natürlich für eine Führungskraft –, Strategie und Organisation sowie Personalmanagement zu absolvieren. Diese Bedingung wurde den neubestellten Führungskräften gestellt. Landesbedienstete, die sich um leitende Funktionen beworben haben, wurden auf der Grundlage von beruflichen und persönlichen Kenndaten beschrieben. Man hat diese Leute zum Teil jahrzehntelang gekannt und konnte sie beurteilen. Mit den externen Bewerbern, die Ausschreibungen waren offen für diese Führungspositionen, wurden unter Mitwirkung eines Psychologen ausführliche Vorstellungsgespräche durchgeführt. Zur Verfeinerung dieses Führungskräftekonzeptes wurde mit Regierungsbeschluß vom 18. November 1991, also mit dieser jetzt im Amt befindlichen Regierung, die Rechtsabteilung 1 beauftragt, mit der Landespersonalvertretung Verhandlungen in folgenden Punkten zu führen, damit man das in Zukunft vor der Bestellung machen kann, was ja auch der einzig richtige Weg ist:

Erstens: Festlegung eines objektiven Bestellungs- oder Wiederbestellungsverfahrens, so daß die volle Unabhängigkeit des Funktionsträgers während seiner Funktionsperiode gewährleistet ist. Nur eine kurze Erläuterung dazu: Die einen haben gesagt, wenn der Angst hat, daß er nach fünf Jahren nicht mehr wiederbestellt wird, wird er besonders unterwürfig sein. Die anderen haben gesagt, er wird vielleicht, wenn er weiß, daß er einen Test macht, besonders unsicher sein. Das läßt sich nie so 100prozentig zuordnen. Aber dieser Auftrag ist von der Regierung ergangen, und

gemeinsam mit der Personalvertretung wird daran gearbeitet.

Zweitens: Die Vereinbarung von leistungsorientierten Beurteilungskriterien für die Bewerber um einen Funktionsposten, und schließlich drittens: die Schaffung eines Entwicklungsmodells für eine verpflichtende begleitende Führungsausbildung für jene Mitarbeiter, die eine Führungslaufbahn später einmal ergreifen wollen, und viertens: die Anwendung dieser Grundsätze sowohl für Neubestellungen als auch für Weiterbestellungen. Wir haben gesagt, wenn eine Schreibe, die neu zu uns kommt, einen zwei-stufigen Test bestehen muß, dann werden wir Führungskräfte wohl auch einem solchen Verfahren unterziehen müssen. Ich bekenne mich auch dazu.

Zu diesen Punktationen wurden auch bereits die ersten Verhandlungen mit der Landespersonalvertretung geführt. Mit konkreten Vorschlägen ist noch vor dem Sommer zu rechnen.

Wenn ich noch einen Blick auf die legislativen Tätigkeiten werfen darf, so ist das Landesbediensteten-Schutzgesetz zu erwähnen. Es wurde nach Durchführung umfangreicher Parteienverhandlungen am 11. Juni 1991 vom Landtag beschlossen. Der Schutz des Lebens und der Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegt nicht nur im Interesse der einzelnen Mitarbeiter, sondern auch natürlich im Interesse des Dienstgebers Landesregierung, wird doch ein großer Teil des bewußten Lebens unserer Mitarbeiter am Arbeitsplatz verbracht. Die Verhütung von beruflich bedingten Unfällen oder Erkrankungen in Verbindung mit einer entsprechenden Gestaltung der Arbeitsbedingungen stellt somit einen wesentlichen Beitrag zur Hebung der Lebensqualität dar, die auch ihren Niederschlag in der Qualität der Dienstleistung finden soll. Im privatwirtschaftlichen Bereich ist alles schon längst passiert. 1972 Arbeitnehmerschutzgesetz, 1977 ist der Bund gefolgt. Wir haben das jetzt eingeführt. Mit der Landesbeamten- und Landesvertragsbedienstetengesetznovelle vom 22. Jänner 1991 wurde das Karenzurlaubserweiterungsgesetz des Bundes übernommen und die damit im Zusammenhang stehenden dienst-, besoldungs- und pensionsrechtlichen Bestimmungen angepaßt und geändert. Dadurch wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarung der partnerschaftlichen Kindererziehung mit dem Berufsleben erweitert.

Ich möchte Sie auch über ein besonderes, in jedem Einzelfall eigentlich berührendes Problem informieren. Die Zahl unserer behinderten Mitmenschen nimmt leider zu, meine Damen und Herren. Vermehrt spreche ich, und es wird den Kolleginnen und Kollegen nicht anders gehen mit Arbeitsuchenden, die auf Grund eines Leidens oder Gebrechens nicht mit den übrigen Arbeitnehmern auf dem freien Markt in Konkurrenz treten können.

Das Steiermärkische Behindertengesetz sieht für diese Gruppe von Nicht- oder Schwervermittelbaren die Möglichkeit vor, als Behinderte anerkannt und einer geeigneten Beschäftigung auf einem geschützten Arbeitsplatz nachgehen zu können.

So freut es mich besonders, daß mit Landtagsbeschluß vom 11. Juli 1991 die Zahl der geschützten Arbeitsplätze im Landesdienst von 320 auf 350 erhöht werden konnte. Ich danke Herrn Landesrat Tschernitz

für die gute Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Er leistet einen beträchtlichen Teil, daß uns diese Aufstockungen immer wieder gelungen sind.

Im Rahmen der Dienstpostenplanbesprechungen wurde sowohl bei den Bezirkshauptmannschaften als auch bei den Rechts- und Fachabteilungen besonders Bedacht darauf genommen, Beschäftigungsmöglichkeiten für Behinderte zu schaffen. Voraussetzung für einen Arbeitserfolg sind Verständnis und Einfühlungsvermögen bei Vorgesetzten und Mitarbeitern. Sonst kann dieser arme Mensch unter Umständen dort kaum existieren.

Die Aufnahmen in den Landesdienst erfolgten vorerst im Rahmen der Arbeitserprobung auf ein Jahr auf Kosten der Arbeitsmarktförderung mit der Auflage der anschließenden Übernahme in den Landesdienst. Im Zuge der Einsparungen des Bundes wurde dieser Zeitraum der Kostentragung durch den Bund von einem Jahr auf sechs Monate vermindert.

Das Land Steiermark wird im Rahmen seines Sozialprogrammes auch diese Mehrbelastungen auf sich nehmen. Allerdings ist das Kontingent von 350 Arbeitsplätzen derzeit voll ausgeschöpft. Für die in den letzten fünf Jahren vorgemerkten insgesamt 470 Behinderten sind somit die Aussichten für eine Einstellung eher gering.

Das Land Steiermark hat dennoch bundesweit bei der Einstellung von Behinderten eine Vorbildrolle. Der Bund mit seinen zahlreichen Dienststellen darf an dieser Stelle nachhaltig zu einer vergleichbaren Regelung eingeladen werden.

Meine Damen und Herren! Ich habe in meinen Ausführungen zu einigen aktuellen Personalfragen Stellung bezogen. Viele Bereiche konnte ich nur streifen. Vielleicht werden Sie auch Aussagen vermißt haben, wie etwa zur laufenden Diskussion über die Dezentralisierung der Personalverwaltung.

Gerade in dieser Frage aber sind die positiven Auswirkungen des von mir vorgestellten Personalplanungs- und -entwicklungskonzeptes bereits verspürbar.

So sind die Dienststellenleiter nicht nur in das Auswahlverfahren bei Neuaufnahmen eingebunden, sondern auch in die Verwaltung der Personaldaten der Mitarbeiter. Weitere sinnvolle Schritte werden folgen, sind Vorstufen einer Dezentralisierung.

Auf den ersten Blick mag die totale Dezentralisierung der Personalverwaltung so manchen Vorteil erbringen. Auf den zweiten Blick jedoch ist sie bisher noch zu wenig durchdacht und ist in Gefahr, zum politischen Schlagwort zu werden, wie das in unserer Zeit mit vielen guten Begriffen sehr oft passiert.

Denn bei einer Verselbständigung der Dienststellen nach dem derzeitigen Stand ist zu befürchten, daß es von Abteilung zu Abteilung zu uneinheitlichen Regelungen mit den unterschiedlichsten Auswirkungen für gleiche Arbeiten, etwa bei verschiedenen Bezirkshauptmannschaften oder Baubezirksleitungen, auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommt. Das bleibt nicht geheim, daß der für die gleiche Arbeit in einem Bezirk eine andere Einstufung hat als im anderen. Ich verweise zum Beispiel auf den sensiblen Bereich der besoldungsmäßigen Einstufung. Besserbeziehungsweise Schlechterstellungen in einzelnen

Dienststellen würden sogleich Anlaß für Forderungen oder Kritik, daß es das in meiner Abteilung nicht geben darf, geben.

Es wird daher unumgänglich sein, bei aller positiven Einstellung zur Dezentralisierung, Personalbelange von grundsätzlicher Bedeutung, wie das auch bei allen großen Konzernen übrigens geschieht, zentral zu lenken und Kenndaten evident zu halten. Ein systematisch aufgebautes und funktionierendes Personalentwicklungskonzept, an dessen Weiterentwicklung die Landespersonalvertretung sehr intensiv mitarbeitet, wofür ich danke, ist wohl das geeignetere Mittel für die Personalverwaltung des Landes.

Abschließend danke ich stellvertretend für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur seiner Abteilung, sondern insgesamt, Herrn Hofrat Dr. Greimel, der mit seinen direkten, unmittelbaren Mitarbeitern immer wieder bemüht ist, eine gute Arbeit im Sinne der von mir genannten Probleme zu leisten und auch von mir ständig daran erinnert wird, daß wir diese Aufgabe haben. Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für die Geduld beim Zuhören. (Allgemeiner Beifall. – 18.31 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Eine weitere Wortmeldung liegt zur Gruppe 0 nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Grabensberger: Ich verzichte auf das Schlußwort.

Präsident Dr. Klausner: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 0 einverstanden ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest. Die Gruppe 0 ist somit einstimmig angenommen.

Über Wunsch des Herrn Präsidenten und im Einvernehmen mit den Klubobmännern unterbreche ich jetzt schon die Landtagssitzung für eine halbe Stunde. Sie wird um 19.03 Uhr mit der Gruppe 1 fortgesetzt. Die Sitzung ist unterbrochen. (Unterbrechung der Sitzung von 18.33 bis 19.03 Uhr.)

Meine Damen und Herren, es ist 19.03 Uhr. Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Wir kommen zur Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kanduth (19.05 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 1 umfaßt Öffentliche Ordnung und Sicherheit und hat Einnahmen in der Höhe von 3,943.000 Schilling. Dem gegenüber stehen Ausgaben von 101,445.000 Schilling. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich um Annahme dieses Kapitels. (19.05 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es ihr.

Abg. Beutl (19.06 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Es wird uns allen noch in beklemmender Erinnerung sein, was sich im vergangenen Frühsommer an

der Südostecke unseres Heimatlandes abgespielt hat und daß etwas eingetreten ist, was wir uns nur schwer vorstellen konnten. Wir waren wieder Grenze zwischen Krieg und Frieden geworden. Es war kein Krieg, der sich irgendwo weit weg in der Welt abgespielt hat und der über das Fernsehen via Satellit oder über die Printmedien frei Haus geliefert wurde, sondern der Krieg an der steirischen Grenze war Wirklichkeit. Er war vor allem für die Jüngeren so schwer denk- und vorstellbar, erlebten wir doch eine lange Zeit des Friedens, und nun spielte sich mitten in Europa, vor unserer Haustüre, in unmittelbarer Nachbarschaft das Zerbrechen eines Staatswesens in seiner schlimmsten Form, in einem Krieg, ab. Durch die Mur getrennt, manchmal nur durch einen Hügelzug, wurden wir unmittelbare Zeugen des Kriegsgeschehens. Maschinengewehrfeuer, Gewehrschüsse, zerschossene Häuser, brennende Autosperren und zerstörte Kirchtürme zeigten uns an, daß wir wieder, wie es die Historiker bezeichnen, am „Hofzaun des Reichs“ oder, wie es Fritz Posch formuliert, an der „flammenden Grenze“ lebten. In den Dörfern und Städten an der Grenze kehrte Sorge ein. Was würde geschehen, würde das Kriegsgeschehen übergreifen, was geschieht zu unserem Schutz, zu unserer Sicherheit? Das waren die Fragen der verängstigten Bevölkerung.

In dieser Situation wurden nun jene Maßnahmen gesetzt, die zur Beruhigung der Bevölkerung notwendig gewesen sind. Maßnahmen, die zur Sicherheit des einzelnen, aber auch des Gemeinwesens beitragen sollten. Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren Abgeordneten, als Bewohnerin eines Grenzortes, nur wenige hundert Meter von der damaligen jugoslawischen, heute slowenischen Grenze entfernt lebend, aber auch als Abgeordnete eines Grenzlandbezirkes, stellvertretend für die Menschen, die dort leben, jenen den Dank dafür auszusprechen, die in den damaligen Tagen durch ihr verantwortungsvolles und notwendiges Handeln den Bürgern und Bürgerinnen unseres Gebietes beigestanden sind. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Unser besonderer Dank gilt unserem Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer. In einer Zeit, in der in Österreich das Zaudern als ein in Mode gekommenes Mittel der Politik gilt, entscheidet unser Landeshauptmann rasch, folgerichtig und, wie es sich später herausstellt, weitsichtig. Zum Schutze der Bevölkerung soll das Bundesheer sichtbar sein und den im Gesetz vorgeschriebenen Auftrag, die Sicherung der Grenze, erfüllen. Die in guter Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für Landesverteidigung Dr. Fasslabend und der Militärführung rasch einsetzenden Maßnahmen lassen in den Dörfern und Städten unter den Grenzbewohnern eine spürbare Erleichterung aufkommen. Man sorgt sich um ihre Sicherheit. Und der Landeshauptmann selbst war in diesen Stunden der Unsicherheit bei ihnen. Darüber hinaus bemüht er sich, seine guten Kontakte zu führenden Politikern Westeuropas und der Welt dazu zu nutzen, um ihnen als Kenner des Nachbarn jene Informationen und Zusammenhänge zu geben, die sicherlich zur Neubewertung dieses Konfliktes viel beigetragen haben. Viele Politiker Österreichs und der Welt haben aus Unkenntnis, aus Kleinmut oder Entscheidungsschwäche die Situation nicht richtig erkannt oder erkennen wollen.

Sein Eintreten für die nach Demokratie ringenden Völker Jugoslawiens hat sicher auch die Folgepolitik beeinflusst. Ein Dank auch dafür.

Lassen Sie mich aber auch einen Dank an unser Bundesheer aussprechen. Führung und Mannschaft, Offiziere und Soldaten haben eine wichtige und sensible Aufgabe erfolgreich gemeistert. Der Mensch, an der Grenze lebend, hat sicher immer über das Bundesheer anders gedacht als jene, die fernab dieser, aus welchen Gründen immer, eine andere Sicht haben. Der Bewohner des Grenzlandes weiß, warum. Sandsäcke, Schützengräben, Panzer in Stellung, Brückenverminungen und Stacheldrahtsperrren sind ernste Zeichen. Sie waren aber damals unserer Heimat Zeichen des Schutzes und sollten Menschen und Gemeinwesen vor Tod, Not und Leid bewahren. In diesem Sinne sind sie von der Bevölkerung erkannt und begrüßt worden, und es hat sich jene Gemeinsamkeit zwischen Heer und Bevölkerung ergeben, wie sie in manchen Zeiten nicht gegeben war. Ein Dank für ihren Einsatz. (Allgemeiner Beifall.)

Vielleicht haben viele aus diesen Tagen gelernt. Wir streben dem „großen Europa“ zu. Der Weg zum „friedvollen Europa“ wird mühsam sein. Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen scheinen programmiert zu sein. Wir erleben es gerade jetzt wieder, daß die Fackeln des Krieges noch nicht erloschen sind. Und sie können auch an unseren Grenzen wieder aufblühen. Sicherheit ist ein wertvolles Gut, aber es ist kein abstraktes Gut. Daher müssen wir uns darum ideell, aber auch materiell kümmern und bemühen. Und dazu sind wir alle aufgefordert. (Allgemeiner Beifall. – 19.14 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch. Ich erteile es ihm.

Abg. Trampusch (19.14 Uhr): Hohes Haus, werte Präsidenten mit und ohne Uniform!

Die Gruppe 1 nennt sich „Öffentliche Ordnung und Sicherheit“. Die Frau Abgeordnete hat gerade aus der Grenzperspektive zum Thema Sicherheit gesprochen. Wir alle wissen, daß die Sicherheit ein Grundbedürfnis der Menschen ist, daß aber das Problembewußtsein nicht immer so klar bei allen Menschen vorhanden ist und daß nicht immer alle Menschen alles dafür tun, um diese Sicherheit auch selbst für sich zu gewährleisten, daß es vielfach andere sind, auf die man sich verläßt, auch wenn es um die eigene Sicherheit geht. Und gerade weil das so dramatisch geschildert worden ist, sind sich heute viele des Problems nicht mehr bewußt. Sie waren zwar dankbar, als diese tragischen Ereignisse waren, aber heute ist das für manche und für viele schon wieder Alltag. Wenn der Krieg ein paar Kilometer weiter weg ist, hat man manchesmal das Gefühl, daß er für die Leute nicht mehr stattfindet. Ich glaube, das sollten wir sehr mahndend sagen, gerade bei dem Kapitel, daß Sicherheit ständig bewußt sein muß. Das heißt, Sicherheit muß mit Sicherheit immer sichtbar bleiben, damit auch möglichst viele Menschen mitmachen. Und wir wissen auch alle, gerade weil wir über das Landesbudget reden, daß zwar Sicherheit nicht nur Geldbestellen bedeutet, aber auch, sondern vielmehr eine idealistische, eine hel-

fende Gemeinsamkeit, eine Gemeinschaft oder viele Gemeinschaften von Tausenden Männern und Frauen dazu notwendig sind. Gerade in diesem Bereich, und das, glaube ich, können wir ungeschaut machen, sollten wir immer wieder jenen danken, nicht so sehr nur einem einzelnen, weil ein einzelner kann uns keine Sicherheit garantieren, sondern diesen vielen Tausenden Menschen, die sich täglich für uns darum kümmern.

Und wenn ich gleich bei der größten dieser Organisationen anfangen darf, zweifellos der freiwilligen Feuerwehr, aber auch die Betriebsfeuerwehren und die Berufsfeuerwehr miteingeschlossen, dann muß man einmal diese gewaltige Leistung sehen, die hier allein in der Steiermark erfolgt. In dem Bericht steht immer so trocken drinnen, an die 45.000 Männer sind es in der Steiermark, die so an die 2,5 Millionen freiwillige Stunden im Jahr leisten. Das muß man einmal umrechnen. Das sind, wenn ich einen Arbeitstag nehme, 312.000 und etwas mehr Arbeitstage, wenn ich richtig gerechnet habe. Das sind oft Leistungen, die gar nicht so sehr bedankt werden, weil sie einfach von der Gemeinschaft als selbstverständlich angenommen werden. Das heißt also, wir sollten keine Gelegenheit versäumen, darauf hinzuweisen, daß diese Leistungen, und das ist nicht nur bei der Feuerwehr, das ist bei allen anderen Einsatzorganisationen ähnlich, ja nicht nur ein Zurverfügungstellen von Freizeit sind, sondern oft auch der Einsatz des eigenen Lebens. Wenn man heute die Zeitungen in der Früh aufgeschlagen hat, war da eine Schlagzeile, die etwa gelaftet hat: „Explosionsgefahr nach Lkw-Unfall“. Feuerwehrleute haben unter Lebensgefahr sozusagen diesen Chemieunfall wieder so in Ordnung gebracht, daß die Sicherheit der Menschen dort rundherum wieder gegeben war. Das war nur ein kleines Detail, aber diese Dinge spielen sich fast täglich irgendwo in der Steiermark ab, und manchmal oder oft wird das überhaupt nicht registriert. Es kommen auch immer wieder neue Aufgaben hinzu. Jedes Jahr, wenn wir hier in diesem Hohen Haus darüber reden, gibt es immer wieder neue Bedürfnisse der Menschen an jene Organisationen, die für die Sicherheit der Bevölkerung da sind. Wenn ich das Budget 1992 mit den Schwerpunkten, die drinnen enthalten sind, anschau, wie Sonderprogramme für Atem- und Körperschutz, für den weiteren Ausbau des Feuerwehrfunks, für den überregionalen Katastrophenschutz und Brandeinsätze, für Großgeräteanschaffung oder für den Ausbau der Sonderdienste, dann kann man nur die Bandbreite dieser ganzen Leistungen erahnen. Aber es zeigt nur einen Teil der Vielfalt dieser Aufgaben.

Ein Weiteres, und ich sage es immer wieder, wir sollten als Land gar nicht so groß reden, welche Leistungen wir für diese Einsatzorganisationen erbringen. Das Land hat durch die zweckgebundene Feuerstutzsteuer bekanntlich ja direkte Einnahmen, und auch der Bund hat direkte Einnahmen aus den Katastrophenschutzmitteln, die selbstverständlich zur Verfügung zu stellen sind. Darüber sollte man gar nicht lange diskutieren. Dort, wo die freiwilligen Leistungen zusätzlich herkommen, das sind diese Einsatzorganisationen selbst, die durch viele Veranstaltungen Geld aufbringen, das sind viele Gemeinden, die aus ihrem kargen Budget noch zusätzlich nicht zweckgebundene

Mittel zur Verfügung stellen, und wir sollten uns bei diesen Organisationen und bei diesen Gemeinden besonders bedanken.

Wenn ich von den Organisationen rede, dann gehören viele dazu, ich habe die Feuerwehr erwähnt, könnte aber genauso den Zivilschutz nennen, der immer wieder dann Schlagzeilen macht, wenn etwas nicht passiert, wenn es nicht genug Schutzräume gibt, weil gerade irgendwo wieder bei einem Atomreaktor etwas passiert ist, aber wenn nichts passiert, dann wollen wenige von dieser lästigen Aufgabe etwas hören, hier auch genügend Schutzräume für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen oder sich das ein bißchen genauer anzuschauen, weil man sich damit auch wahrscheinlich nicht besonders beliebt macht. Gerade der Zivilschutz in der Steiermark hat sehr viele Aufgaben, die oft unbemerkt und unbedankt sind: in der Information und Aufklärung, im Schutzraumbau, Erste Hilfe, Bevorratung und Strahlenschutz und anderen. Es gibt eine Reihe von Aktionen, die diese Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Es würde zu weit gehen, das hier anzuführen. Eines muß ich auch kritisch anmerken. Es gibt eine Reihe anderer, vor allem neutraler Länder, wie die Schweiz und Schweden, wo diese Gedanken in der Bevölkerung nicht nur viel länger, sondern auch viel tiefer verankert sind. Ich betone noch einmal: Bei uns kommt das immer nur dann sporadisch zum Vorschein, wenn irgendetwas passiert. Wir wollen aber vorbeugend die Sicherheit der Menschen garantieren können.

Das nächste ist, und dazu zählen wieder alle unsere Einsatzorganisationen, ob das die freiwilligen Feuerwehren, der Zivilschutz, das Rote Kreuz, Berg- und Wasserrettung, Berg- und Naturwacht und andere sind, sie alle stellen ihre Freizeit zur Verfügung. Wir haben erst jüngst einen Antrag eingebracht, die Idee ist nicht neu, aber sie konnte bis heute nicht verwirklicht werden, daß man doch auch in Österreich so weit kommt, daß man eine Art Ausbildungsfreistellung für jene Menschen durchsetzt, die nicht nur ihre Freizeit zur Verfügung stellen, sondern auch sehr viel von ihrem persönlichen Engagement und dazu dann noch ihre ganze Urlaubszeit opfern, wenn sie für die so wichtige Ausbildung – sie dient ja der Sicherheit der anderen, denen man helfen will, aber auch der eigenen – auf Kosten ihrer Freizeit besuchen. Es wäre höchst an der Zeit, daß wir nicht nur darüber reden, sondern auch alle geeigneten Möglichkeiten unternehmen, um zu einer solchen Ausbildungsbereitstellung in Form von Freistellungen zu kommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben noch einen Antrag eingebracht, weil gerade von diesen Organisationen immer wieder bemerkt wird, daß wir irgendwo unterwegs sind, um alles viel mehr zu reglementieren, viel mehr zu formalisieren. Das mag in jenen Bereichen richtig sein, wo es um die Sicherheit geht, aber wir sollten alles vermeiden, daß wir alle Lebensbereiche, auch diese freiwilligen Leistungen, letzten Endes so weit reglementieren, daß für diese Organisationen möglichst wenig Freiraum bleibt. Ein Beispiel: Früher war es möglich, an der weltweit – europaweit stimmt sicher – bekannten Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring auch vermehrt Wochenendkurse mit den Vertretern dieser freiwilligen Organisationen durchzuführen. In den letzten

Jahren ist es immer weniger geworden. Wenn wir wissen, daß manche wirklich nur am Wochenende weg können, weil es eben keine Freistellung gibt, dann sollte man sich wieder geeignete Möglichkeiten überlegen, um, natürlich gegen Bezahlung der dort Tätigen, auch am Wochenende wieder verstärkt Kurse zu ermöglichen. Die Schule gibt es ja, sie hat einen ausgezeichneten Ruf. Nur, wir haben hier einen Weg beschritten, der diese Freiwilligkeit wieder erschwert. Wir sollten auch den Mut haben, darüber zu reden, daß wir das wieder in eine andere Richtung ändern, und davon sind ja nicht nur die Feuerwehren, sondern alle Organisationen betroffen. Das waren einige Anmerkungen, die jetzt nicht nur mit dem Dank verbunden sind, sondern die uns ein bißchen zum Nachdenken anregen sollten.

Wir sollten dieses Kapitel öffentliche Ordnung und Sicherheit auch nicht abschließen, ohne wirklich all jenen – ich wiederhole das, was die Frau Abgeordnete gesagt hat – zu danken, die auch in diesen dramatischen und kriegerischen Junitagen an der Grenze gestanden sind. Es war nicht nur das Bundesheer. Es waren die Zollwache, die Gendarmerie, die Feuerwehren, viele Organisationen, die entweder direkt oder helfend auch über die Grenze hinweg eingegriffen haben. Wir sollten hier wirklich feststellen, daß das ein gutes Zeichen war, daß diese Organisationen und diese Menschen nicht nur an die Sicherheit der eigenen Leute gedacht haben, sondern auch versucht haben, anderen, die in Not waren, zu helfen. So soll es auch weiter gehen. Wir hoffen, daß diese Hilfe nach Möglichkeit freudigeren Ereignissen zur Verfügung steht und nicht so dramatischen, wie im letzten Jahr. Wir wissen, daß diese Organisationen auf Grund ihrer Ausbildung und weil es so viele ehrenamtliche Idealistinnen und Idealisten gibt auch nach wie vor diese Sicherheit gewährleisten. Herzlichen Dank, Glück auf und gut Heil! (Allgemeiner Beifall. – 19.25 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

Abg. Schinnerl (19.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Es ist schon sehr lange Tradition, daß zur Budgetgruppe 1, wo wir über die Ordnung und Sicherheit unseres Landes diskutieren und die Beschlüsse fassen, auch die Vertreter und Repräsentanten der verschiedensten Einsatzorganisationen zu uns kommen. So möchte ich auch alle Vertreter der Einsatzorganisationen von der Feuerwehr, dem Zivilschutz, dem Roten Kreuz, der Bergrettung, der Rettungshundebrigade und dem Bundesheer sehr herzlich willkommen heißen. Der folgende Applaus unserer Abgeordneten soll für Sie den Dank und die Anerkennung der unentgeltlichen und freiwilligen Arbeitsleistung für die steirische Bevölkerung zum Ausdruck bringen. (Allgemeiner Beifall.)

Es braucht wohl nicht extra erwähnt zu werden, daß alle diese Einsatzorganisationen in ihrer Vielzahl in der Steiermark ihre Aufgaben nahezu freiwillig erbringen, bis auf die hauptamtlich Tätigen. Sie arbeiten nicht nur freiwillig, sie setzen außerdem bei fast allen ihren Tätigkeiten ihr eigenes Leben ein. Bei allen Ein-

satzorganisationen werden die gestellten Aufgaben mit einer enormen Gründlichkeit in Angriff genommen. Es würde sicher zu weit führen, wenn wir alle die Leistungen im Detail in der großen Bandbreite der Katastrophenereignisse des vergangenen Jahres aufzählen würden.

Es sei mir aber erlaubt, nur einige wesentliche Einsätze und Tätigkeiten herauszugreifen. Ich möchte die vielen unentgeltlichen Tätigkeiten erwähnen. Aber vorher möchte ich auch noch erwähnen, wie der Klubobmann Trampusch schon gesagt hat, es handelt sich bei den steirischen Feuerwehren um einen Mitgliederstand von über 45.000. 43.000 und etwas mehr sind freiwillige Mitglieder der steirischen Feuerwehren, und fast 2000 sind Mitglieder der Berufsfeuerwehren. Diese zirka 43.000 Feuerwehrmänner haben 35.000 Einsätze im Jahr 1991 geleistet. Von diesen 35.000 Einsätzen entfielen 32.000 und etwas mehr auf technische Einsätze. Eine geringe Anzahl von 2257 Ausrückungen auf reine Brandeinsätze. Wenn man hier das in Prozent umrechnet, kann man feststellen, daß die Brandeinsätze bei 6,34 Prozent liegen, ein ganz geringer Anteil, und die technischen Einsätze, das ist der Großteil, mit 93,66 Prozent. Tatsache ist aber, daß die Brandeinsätze immer weniger werden und die technischen immer mehr. Man könnte hier schon fast von einer Katastrophenwehr oder von einer Unfallwehr oder von einer technischen Wehr sprechen. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir bleiben weiterhin bei der Bezeichnung „Freiwillige Feuerwehr“.

Die laufend notwendigen Feuerwehreinsätze werden für die Feuerwehrkameraden immer lebensgefährlicher, und daher müssen sich die Feuerwehrkameraden ständig mit neuen Aufgabenstellungen vertraut machen und sich einer besonderen Schulung unterziehen. Diese Schulungstätigkeit wird in der Feuerwehr- und Zivilschutzschule Lebring in lobenswerter Weise immer durchgeführt. Ich möchte diese Schulungstätigkeit mit einigen Ziffern aus dem Jahresbericht 1991 untermauern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Jahre 1991 waren 13.549 Kursteilnehmer in der Schule in Lebring. Diese Kursteilnehmer verbrachten 21.470 Kurstage in Schulungen oder sonstigen Lehrgängen in Lebring. Würde man diese Kurstage auf Personen umrechnen, so wären 82 Feuerwehrkameraden das ganze Jahr über auf Kursen oder auf Schulungen gewesen. Würde man das noch auf Stunden umrechnen und pro Tag nur sieben Stunden ansetzen, so würden die Feuerwehrkameraden 150.000 Stunden im Jahr auf Schulungen gewesen sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, eine hervorragende freiwillige Leistung unserer Feuerwehrkameraden. (Allgemeiner Beifall.)

Wenn ich zurückkomme auf die Ausführungen von Klubobmann Trampusch, der gesagt hat, daß bereits von der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei einige Anträge eingebracht wurden, wobei der erste Antrag eigentlich darauf hinausgeht, daß die Schulungen vermehrt wieder am Wochenende stattfinden sollen und daß das Land oder die Feuerwehr ohne weiteres die Kosten der anfallenden Überstunden in Kauf nehmen soll, ich glaube, das können wir alle wirklich unterstreichen und diesen Antrag positiv unterstüt-

zen. Denn es ist sicher wichtig, daß Feuerwehrkameraden nach ihrer Arbeitszeit freiwillig zur Schule gehen, daß man hier nicht unbedingt verlangen soll, daß sie einen Urlaubstag nehmen sollten.

Der zweite Antrag, der ebenfalls eingebracht worden ist, geht ja weiter, wobei gefordert wird, daß in öffentlichen Institutionen, bei der Landesregierung oder bei den Finanzämtern oder bei den Bezirkshauptmannschaften die dort Bediensteten wenigstens für die Schulungstätigkeit frei bekommen sollten. Ich glaube, das ist auch zu unterstützen und eine Selbstverständlichkeit, daß der Dienstgeber soweit gehen sollte. In einigen Bereichen gibt es diese Sache ja schon. Wenn zum Beispiel gewisse Personen als Brandschutzbeauftragte eingeteilt wurden, dann können sie ohne weiteres, ohne einen Urlaub zu nehmen, dort ihre Schulungstätigkeit durchführen. Ich glaube, daß auch dieser Antrag ohne weiteres und vollinhaltlich zu unterstützen ist. Meine Unterstützung werde ich dazu geben. 248 Menschen konnten durch die Feuerwehr aus lebensbedrohenden Situationen gerettet werden. Was das heißt, ich glaube, das brauche ich nicht extra erwähnen. Menschenrettung ist wohl das Wichtigste. Daher den Feuerwehrkameraden und allen übrigen Institutionen ein herzliches Dankeschön von dieser Stelle aus. 931 Millionen Schilling macht die Summe des durch den Einsatz der steirischen Feuerwehren erhaltenen Volksvermögens aus. Auch das ist ein ganz schöner Betrag und ein hoher Betrag, den die Feuerwehrmänner eigentlich hier gerettet haben. Diesem geretteten Wert steht ein Schaden von nur 317 Millionen Schilling gegenüber. 135.466mal war die Feuerwehr eingesetzt und sorgte für die Sicherheit der steirischen Bevölkerung. 103 freiwillige Feuerwehrmänner trugen während ihres Dienstes am Mitmenschen Verletzungen davon. Ich kann nur sagen, daß diese Zahl nach meinen Dafürhalten sehr gering ist. Das ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß die Feuerwehrmänner bestens ausgebildet sind. Und ganz besonders hervorzuheben ist, daß auf Grund dieser guten Ausbildung und auch mit viel Glück wir feststellen können, daß es Gott sei Dank bei diesen Einsätzen in den letzten Jahren keine Toten gegeben hat. 33 Millionen Schilling müßten die Steuerzahler aufbringen, wenn sie nur pro Stunde 100 Schilling zahlen müßten, in denen die Feuerwehr im Einsatz war. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Landesbudget würde arg belastet werden, wenn es die Leistungen der freiwilligen Feuerwehrmänner bezahlen müßte.

Der nächste Punkt. 2115 Einsatzfahrzeuge stehen den steirischen Feuerwehren zur Verfügung. Rechnet man für die Fahrzeuge eine Lebensdauer von 15 Jahren, so müßten allein im Jahr 140 Fahrzeuge angeschafft werden. Von diesen 140 Fahrzeugen müßten 50 bis 60 Mannschaftstransportfahrzeuge angeschafft werden. Und hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es das kuriose Steuermodell des Finanzministers, welches die steirischen Feuerwehren in Hinkunft Millionen kostet. Für Mannschaftsfahrzeuge soll nun die Normalverbrauchssteuer, früher Luxussteuer genannt, eingehoben werden. Der Finanzminister unterscheidet bei der Feuerwehr zwischen Löschfahrzeugen und Mannschaftstransportfahrzeugen. Als ich das in der Zeitung gelesen habe, glaubte

ich zuerst an einen Aprilscherz. Aber nachdem ich dann genauer auf das Datum schaute – es war schon der 3. oder 4. April, als es in der Zeitung gestanden ist. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier kann man sicherlich keine Trennung vornehmen. Um an die Einsatzstelle zu gelangen, sind diese Fahrzeuge unbedingt erforderlich, weil die Löschfahrzeuge auf keinen Fall die unbedingt notwendigen Mannschaften wegen akutem Platzmangel mitbefördern können. Sie wissen ja alle, daß bei diesen Löschfahrzeugen mit Pumpen und sonstigen Gerätschaften schon alles vollgeplastert ist und die Mannschaft daher keinen Platz hat. Bei den Feuerwehren kann es bei Fahrzeugen überhaupt keine ungleiche Behandlung geben. Wir fordern daher eine eindeutige Regelung zugunsten der Einsatzfahrzeuge für die Feuerwehren, denn jede andere Gesetzesauslegung wäre Unsinn, und es bedarf einer sofortigen Änderung der Gesetzeslage. Bei fast allen Neuanschaffungen dieser Fahrzeuge müssen die Feuerwehrkameraden zirka ein Drittel der Anschaffungskosten selbst aufbringen. Die Feuerwehrmänner, die hier hinten sitzen, werden mir bestätigen, wie schwierig es oft ist, wenn ein Fahrzeug 600.000 Schilling kostet, 200.000 Schilling entweder durch Veranstaltungen oder durch Spendenaktionen aufzubringen. Dazu kommt noch, weil irgend eine Feuerwehr oder irgend eine Gemeinde ein Rüsthaus baut, daß die Feuerwehrleute wieder arbeiten müssen, sozusagen Dienstleistungen erbringen müssen. Ich glaube, das gibt es nur im Feuerwehrbereich. Mir ist nicht bekannt, daß in einer Schule die Lehrer arbeiten müssen, damit sie dort arbeiten können. Mir ist auch nicht bekannt, daß in einem Gemeindeamt die Gemeinderäte dazu herangezogen werden. Daher glaube ich, ist es auch für die Feuerwehr nicht sehr gerechtfertigt. (Abg. Dr. Lopatka: „Das gibt es!“) Vielleicht irgendwo in Hartberg. Bei uns im Raum Weiz gibt es das sicher nicht. (Abg. Grillitsch: „Ihr habt keine Gemeinderäte, daher wißt ihr das nicht!“) Sehr lobenswert, wenn das so ist. Das heißt, schon allein aus diesem Grund haben die Feuerwehrkameraden für diese ungerechtfertigte Steuer kein Verständnis. Der Herr Landeshauptmann als Feuerwehrreferent hat bereits ein Schreiben an den Herrn Finanzminister gerichtet und ersucht, daß die Feuerwehren von diesem kuriosen Steuerzuschlag befreit werden. (Allgemeiner Beifall.) Dafür, Herr Landeshauptmann, recht herzlichen Dank im Namen der Feuerwehrkameraden.

Die freiwilligen Feuerwehren mußten 4361mal zu Trinkwasserversorgungsfahrten ausrücken. 1225mal waren die steirischen Feuerwehren wegen umweltgefährdender Stoffe unterwegs. 2766 Einsätze spielten sich auf der Straße ab. Oft rettete dabei die schnelle und gezielte Hilfe das Leben der Verunfallten und in den Wracks eingeklemmten Verkehrsteilnehmer. Sie wissen, sehr geehrte Damen und Herren, wie gefährlich diese Einsätze sind, wenn man bedenkt, daß sie sich auf der Autobahn abspielen, und immer muß das eigene Leben eingesetzt werden. 1881mal rückten die Feuerwehrmänner zu Hilfeleistungen bei Hochwasser und Sturmschäden aus. Hier wieder das gleiche Bild. Jeder weiß, bei Sturmschäden und Hochwasser, wie gefährlich alles ist. Die Feuerwehrmänner müssen bei jedem Wetter ihren Dienstverpflichtungen nachkommen. Dafür gebührt ein herzliches Dankeschön.

4677mal beschäftigten sich die Feuerwehrmänner mit Straßen- und Kanalreinigungsarbeiten. Ich zähle das bewußt heute auf, damit viele erfahren, was diese Feuerwehrleute alles freiwillig leisten.

Zu den Einnahmen möchte ich noch sagen: Die Feuerschutzsteuer ist im Budget eingeplant mit 87 Millionen Schilling. An Ausgaben für die Feuerweherschule in Lebring sind 35 Millionen budgetiert, an Ausgaben für Brandbekämpfung und Brandverhütung 53 Millionen. Das ergibt im Groben wieder diese 87 Millionen Schilling. 230.703 Tätigkeiten führten die freiwilligen Feuerwehren neben ihren Einsatzleistungen durch. Tätigkeiten, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen werden, für die Erhaltung der Einsatzbereitschaft aber von enormer Wichtigkeit sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Aus- und Weiterbildung kommt im Feuerwehrbereich ein immer wichtigerer Stellenwert zu. Dies verdeutlicht am besten die Zahl der Lehrgangsbesucher an der Feuerwehr- und Zivilschutzschule Steiermark in Lebring, wo 1991 6804 Feuerwehrmänner ausgebildet wurden. 153 davon absolvierten die Kommandantenprüfung. Im heurigen Jahr wird es durch die vielen Neuwahlen in den einzelnen Feuerwehren wesentlich mehr Kommandantenprüfungen geben.

Einen wichtigen Stellenwert in der Breitenausbildung nehmen auch die Leistungsbewerbe ein. Denn das sind die Vorbereitungsarbeiten für einen Einsatzfall. Diese Zahlen sprechen für sich und geben Anlaß, uns ganz besonders bei unseren großen freiwilligen Einsatzorganisationen, eben bei der steirischen Feuerwehr und bei den Feuerwehren insgesamt in der Steiermark – bei allen 45.342 Feuerwehrkameraden –, zu bedanken.

Es sei mir als Feuerwehrmann erlaubt, den Dank namens aller Feuerwehrkameraden an den Landesfeuerwehrkommandanten Karl Strablegg und seine beiden Stellvertreter sowie an alle Bezirkskommandanten, aber auch an den Abteilungsleiter für Katastrophenschutz und Landesverteidigung und seine Mitarbeiter auszusprechen.

Es ist erfreulich, daß es gerade im Rahmen der steirischen Feuerwehren immer wieder gelingt, auch die Jugend für die Aufgabe der Feuerwehr begeistern zu können und daß sich das Jugendpotential jährlich immer wieder erneuert insofern, daß jene Jugendlichen aus der Feuerwehrjugend, die in das dementsprechende Alter kommen, dann in den Aktivstand übernommen werden und immer wieder dann junge Schulentlassene und noch schulpflichtige Jugendliche nachrücken.

Bergungsarbeiten bei Verkehrsunfällen und auch im Rahmen der Bergrettung von Personen, die in Bergnot geraten sind, Ozonbelastungen und vieles andere müßte hier noch in Erwähnung gebracht werden. Es ist eine Konzentration jener Einsätze, die nahezu alljährlich erbracht werden müssen, und wenn die Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung in Koordinierung dieser Einsatzorganisationen bemüht ist, die Ordnung herzustellen, so sind wir sehr dankbar, daß im steirischen Landesbudget auch für die Finanzierung der wichtigsten Aufgaben die Mittel bereitgestellt werden konnten.

Meine Damen und Herren! Großartige Leistungen vollbrachte das Österreichische Rote Kreuz. Von rund 7000 ehrenamtlichen Mitarbeitern wurden fast 4 Millionen Dienststunden geleistet. Die Kilometerleistung der Rettungsfahrzeuge ist beachtlich, wenn festgestellt wurde, daß unsere Rettungsfahrzeuge des Roten Kreuzes über 10,5 Millionen Kilometer in der Steiermark zurückgelegt haben und sehr wenig Unfälle verursachen. Ich möchte auch hier dem Repräsentanten sowie allen freiwilligen Helferinnen und Helfern sehr herzlich danken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die steirische Bergrettung mit ihren rund 1400 freiwilligen Mitarbeitern kann auf einen lebendigen und arbeitsreichen Winter mit vielen Einsätzen zurückblicken. Die gestellten Aufgaben bei den verschiedensten Einsätzen im heurigen Jahr werden sicherlich nicht weniger und schon gar nicht leichter zu bewältigen sein.

Von dieser Stelle aus ist auch diesen Damen und Herren zu danken, die es verstanden haben, im vergangenen Jahr eindrucksvolle Leistungen zu erbringen. Der steirische Bergrettungsdienst ist eine wertvolle Stütze des Katastrophenschutzes in der Steiermark.

Ich möchte dem Leiter und all seinen Mitarbeitern auch den herzlichsten Dank zum Ausdruck bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle 17 Minuten ein Feuerwehreinsatz! Die roten Löschfahrzeuge und die Mannschaftsfahrzeuge rasen täglich mit Blaulicht und Sirenen zum Unglücksort. Es handelt sich meistens um technische Einsätze, wie Unfälle, Chemieunfälle, Gaslecks oder Umweltkatastrophen. Jede 14. Ausfahrt ist nur mehr zu einer Brandbekämpfung.

Um eine Einsatzstunde gewährleisten zu können, sind weitere zehn Stunden für innere Arbeiten nötig, wie Bereitschaftsdienst, technische Wartungsarbeiten, Schulungen und Weiterbildung, Verwaltung und vieles mehr.

Bei allen großen Einsätzen haben die Feuerwehren bewiesen, daß der Ausbildungsstand und die erforderliche Einsatzbereitschaft in Ordnung sind, und alle Großeinsätze, wie der Hotelbrand auf der Turracherhöhe, der Großbrand im heurigen Jahr in Liebenau, sowie alle übrigen Straßen- und Autobahnunfälle wurden bestens bewältigt. Nachdem der Feuerwehrdienst immer gefährlicher wird, möchte ich, meine Damen und Herren, einige Verbesserungsvorschläge für die Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Feuerwehrkameraden einbringen. Ich glaube, ein Bergrettungsmann darf uns nicht weniger wert sein als ein Gendarmeriebeamter. Daher, was es im Gendarmeriebereich gibt, soll es auch bei der Feuerwehr, bei der Bergrettung und dem Roten Kreuz geben. Das heißt, eine Million Schilling ab 1993 für die Hinterbliebenen eines tödlich verunglückten Feuerwehrkameraden beziehungsweise eines Angehörigen einer übrigen Einsatzorganisation. Hier darf nicht gespart werden.

Weiters möchte ich in Erinnerung rufen und an die verantwortlichen Ortsfeuerwehrkommandanten appellieren, daß die bestehenden Unfallversicherungen eine angemessene Risikohöhe garantieren. Das heißt,

daß bei den Versicherungsgruppen beziehungsweise -summen die bestmögliche beziehungsweise höchste Summe für Feuerwehrkameraden abgeschlossen wird. In der Gruppe K zum Beispiel würde für einen Feuerwehrkameraden der Versicherungsschutz 159 Schilling ausmachen, und ich glaube, das müßten wir uns eigentlich leisten können. Bei sehr vielen Feuerwehren gibt es ja schon diesen Versicherungsschutz, aber nicht in der dementsprechenden Höhe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man soll eine Personengruppe, welche derartige Leistungen erbringt und dabei ständig das eigene Leben dafür einsetzt, um die anderen in Not geratenen Menschen zu retten, nicht benachteiligen. Hier darf man sicherlich nicht sparen. Ich bitte um Ihr Verständnis und um Ihre Unterstützung. Die hier anwesenden hohen Feuerwehrchargen werden diese Anregungen und Vorschläge sicher begrüßen und umsetzen. Den steirischen Feuerwehren danke ich abschließend noch einmal für ihre Einsatzbereitschaft und ihre Hilfsbereitschaft und wünsche den Kameraden ein „Gut Heil“. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 19.48 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Der Herr Abgeordnete Schinnerl hat 23 Minuten gelesen. In der Gruppe 1 sind noch sieben Wortmeldungen bei mir. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Präsidialkonferenz vereinbart hat, die Gruppe 2 heute noch zu Ende zu verhandeln. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Alfred Prutsch (19.50 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Es wird sicherlich eine Besonderheit sein, wenn bei der Budgetdebatte des Steiermärkischen Landtages ein aktiver Hauptbrandinspektor zum Feuerwehrwesen spricht. Und wenn ich auf der Galerie sehr viele Freunde und Kollegen aus allen Organisationen in Uniform sehe, dann möchte ich sie herzlich begrüßen, im besonderen aber grüße ich die Feuerwehrmänner. Ich habe meine Uniform zu Hause gelassen, aber mein Feuerwehrherz mitgebracht. Das, glaube ich, ist sehr, sehr wichtig. Dem Kollegen Schrammel in dieser Sache zu folgen, ist für mich eine sehr große Ehre und gleichzeitig eine Verpflichtung. Zur Aufklärung für meine Kolleginnen und Kollegen sei gesagt, daß ich seit 1975 HBI in meinem Heimatort Hainsdorf-Brunnsee bin und daher weiß, wovon ich spreche, weil ich von der Basis komme. Mir sind nicht nur die großen Leistungen unserer Feuerwehrmänner bekannt, sondern auch die des Landes Steiermark. Landeshauptmann Dr. Josef Krainer als unser Feuerwehrreferent genießt bei den 45.000 steirischen Feuerwehrmännern große Wertschätzung. Herr Landeshauptmann, durch deine vielen persönlichen Kontakte zu den Wehren im Laufe eines Jahres, durch den Besuch der vielen Veranstaltungen, sind dir die Sorgen und Wünsche hinlänglich bekannt. Auf Grund der 100prozentigen Zweckbindung der Feuerschutzsteuer und durch Schwerpunktsetzungen in der Förderung war es dir mit deinem Mitarbeiterstab möglich, die vorhandenen finanziellen Mittel wirkungsvoll einzusetzen. Die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer, glaube ich, war

eine kluge und weitsichtige Entscheidung des damaligen politischen Referenten Ferdinand Prirsch. Diese Mittel zweckgebunden zur Anwendung zu bringen, ist richtig.

Diese veranschlagten Förderungsmittel werden den Gemeinden für Anschaffungen zur Verfügung gestellt. Kollege Schinnerl hat die Beträge genannt. Ich möchte in meinen Ausführungen etwas näher auf die einzelnen Schwerpunkte eingehen und aufzeigen, wie wichtig es ist, für die Sicherheit unserer Feuerwehrmänner und für die Schlagkräftigkeit der Wehren im Einsatz einen optimalen Ausrüstungsstand zu haben. Neben der allgemeinen Förderungstätigkeit im Feuerwehrwesen, nämlich Rüsthausbau und Umbau, Förderung Landesverband, ist der AKL-Test für 3000 Atemschutzträger notwendig. Ich glaube, gerade der AKL-Test ist überlebensnotwendig für die Feuerwehrmitglieder im Einsatz mit schwerem Atemschutz. Wichtig sind die Feuerwehrjugendförderung und der Ausbau des Feuerwehrfunknetzes.

Neben all diesen allgemeinen Förderungen werden auch immer wieder Sonderprogramme und Schwerpunkte gesetzt in der Förderung. Ich darf einige nennen. An erster Stelle der Schwerpunktförderung der Gefährlichen-Stoffe-Fahrzeuge, hier konnten neun Fahrzeuge in den Dienst gestellt werden und weitere elf kleinere Fahrzeuge. Und dieses Programm wurde heuer im März abgeschlossen mit einem Förderungsvolumen von 48 Millionen Schilling. Ein zweiter wichtiger Schwerpunkt ist die Technisierung der Florianistationen draußen in den Bezirken. Überaltete Stationen werden dem technischen Stand entsprechend ausgestattet. Hier konnte schon 1990 von unserem Herrn Landeshauptmann in Weiz die erste eröffnet werden. Deutschlandsberg, Hartberg, Mürzzuschlag folgten. Für mich ist es natürlich erfreulich, daß in dieses Programm hinein auch die Florianisation unseres Bezirkes Radkersburg 1992 fällt. Ich glaube, eine wesentliche Verbesserung ist es, daß man zwischen der Republik Österreich und dem Land Steiermark einen Vertrag geschlossen hat, wo man die Bezirksgendarmeriedienststellen miteinbezieht und für die Erstalarmierung heranzieht, weil diese ja rund um die Uhr besetzt sein können. Ein dritter Punkt, ein wesentlicher Punkt, Fahrzeuge und Geräte für den Tunneleinsatz. Das Bundesland Steiermark ist das tunnelreichste Bundesland in Österreich überhaupt. Jeder Feuerwehrmann weiß, wie schwierig es ist, eine Brandbekämpfung im Tunnel durchzuführen und diese auch wirksam abzuschließen. Hier sind sehr viele Spezialausrüstungen in den letzten Jahren angeschafft worden. Diese Anschaffungen wurden natürlich auch seitens der Bundesbahn und des Straßenbetreibers mitunterstützt und dann auch aus KAT-Mitteln finanziert. Sonderprogramm Drehleiter: Hier haben wir in der Steiermark 18 Stück 30-Meter-Drehleitern, und es wird notwendig sein, in den Bezirkshauptstädten noch zusätzlich einige anzuschaffen.

Ich glaube, ein wichtiger Punkt ist auch die Ausstattung der freiwilligen Feuerwehren mit neuen Strahlenmeßgeräten. Ich kann hier berichten als Strahlenschutzpunktwehr unseres Bezirkes, daß gerade in letzter Zeit die Strahlenschutzzüge draußen in den einzelnen Bezirken an Wert gewonnen haben, infolge Tschernobyl, St. Petersburg in jüngster Zeit. Und wenn eben

auch immer wieder Unfälle mit verstrahltem Material passieren, konnten hier einige Neuerungen geschaffen werden, technische Neuerungen. Es wurde schon 1991 die zweite Tranche an Ausrüstung hier bereitgestellt und ausgeliefert. Weiters Sonderprogramme für Schutzhandschuhe, Schutzhelme. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig für die Sicherheit unserer Feuerwehrmänner. Geplant sind auch für 1992 Arbeitshandschuhe, Sicherheitshandschuhe, die natürlich auch der Sicherheit unserer Männer dienen sollen. Bei all diesen Anschaffungen muß natürlich die Finanzierung auch von den Gemeinden und den Feuerwehren selbst getragen werden. Und die Praxis zeigt, daß der Anteil der Feuerwehr zum größten Teil aus der Kameradschaftskasse kommt. Aus diesem Förderungsprogramm, das ich kurz umrissen habe, ersieht man, daß es aufgebaut ist, Leib und Leben der Feuerwehrmänner durch hochwertige Ausrüstung zu schützen und im Ernstfall beim Einsatz mit den Geräten optimalen Erfolg zu haben.

Dem Erfolg im Einsatz geht eine gründliche Schulung und Ausbildung in der Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring sowie eine rege Übungstätigkeit in der eigenen Wehr voraus.

Kollege Schinnerl hat die Einsatzstatistik geschildert. Diese Leistungen wurden von unseren Feuerwehrmännern erbracht. Wir sprechen nur immer von Feuerwehrmännern, doch das Steiermärkische Landesfeuerwehrgesetz läßt offen, ob nicht auch Frauen in die Reihen der Feuerwehren eintreten können, und es gibt bei uns in der Steiermark Beispiele, wo Bestrebungen im Gange sind, Frauen einzubinden. Ich muß das positiv bewerten, weil wir wissen, daß sehr viele Männer im Arbeitsprozeß stehen und tagsüber nicht erreichbar sind, daher wäre diese Idee und diese Möglichkeit sicher weiter zu verfolgen.

In unseren ländlichen Gemeinden ist die Feuerwehr in punkto gesellschaftliche Veranstaltungen an die erste Stelle zu stellen. Unsere Feuerwehrmitglieder leisten durch die Aktivitäten einen großen Beitrag zur Stärkung einer lebendigen Gemeinschaft.

Zum Abschluß möchte ich dir, lieber Herr Landeshauptmann, für deinen unermüdlichen Einsatz zum Wohle des steirischen Feuerwehrwesens ganz herzlich danken. Ich darf aber auch danken der Führung unter unserem Landesbranddirektor Karl Strablegg für den Einsatz, der immer wieder im Laufe eines Jahres gegeben ist. Ich danke natürlich auch den 45.000 Feuerwehrmännern für ihren selbstlosen Einsatz. Wenn es da und dort Diskussionen gibt, die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer teilweise aufzugeben, wäre meine Bitte an dich, Herr Landeshauptmann, dieses gut funktionierende steirische Förderungsmodell für unsere Feuerwehren nicht zu verändern, sondern in dieser Form weiterzuführen. Mein Appell geht an die beiden anderen Fraktionen hier im Hohen Haus, nämlich, in dieser Frage Sachpolitik walten zu lassen.

Wir Feuerwehrmänner würden dafür dankbar sein. (Abg. Trampusch: „Tun wir das nicht?“) Ein herzliches Glückauf und Gut Heil! (Beifall bei der ÖVP. – 20.01 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (20.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren der Steiermärkischen Landesregierung, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wir haben schon öfter hier im Hohen Haus über die Zusammenlegung von Gendarmerieposten diskutiert. Wir alle wissen, daß gerade in unserer Zeit das Bedürfnis nach Sicherheit in unserer Bevölkerung besonders ausgeprägt ist.

Der Herr Bürgermeister des Gemeindeamtes Wald am Schoberpaß ist an mich herangetreten und hat mich eindringlich ersucht, für die Erhaltung des Gendarmeriepostens Wald am Schoberpaß einzutreten. Der Herr Bürgermeister hat mir mitgeteilt, daß eine Diskussion über die Erhaltung des Gendarmeriepostens Wald am Schoberpaß unter der Bevölkerung große Unruhe hervorgerufen hat.

Die Gemeinde Wald hat rund 800 Einwohner und verfügt über ein 90 Quadratkilometer großes Gemeindegebiet. Zur Gemeinde Wald gehören auch die Streusiedlungen Vorwald, Unterwald, Melling und Liesing.

In der Gemeinde Wald betreiben die Bewohner Landwirtschaften, kleine Industriebetriebe, und es gibt einen relativ gut ausgelasteten Fremdenverkehr. Ständig sind, das möchte ich betonen, auch 20 bis 25 Asylanten im Ort.

Nach Fertigstellung der Pyhrnautobahn A 9 mit dem rund drei Kilometer langen Tunnelbereich entstehen ebenfalls neue Aufgaben. Die Freiwillige Feuerwehr Wald am Schoberpaß, die auch als Tunnelwehr eingesetzt wird, sieht ebenfalls eine kurzfristige Zusammenarbeit mit dem Gendarmerieposten Wald als erforderlich.

Die notwendige Regelung von Notauf- und Notabfahrten für die Einsatzfahrzeuge wurde bei der Errichtung der A 9 Pyhrnautobahn bereits geschaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Ausstattung des Postens Wald am Schoberpaß ist derart gut, die Miete besonders günstig, so daß auch keinerlei Investitionsbedarf gegeben ist.

Ich darf noch einmal sagen: Der Gemeindevorstand hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, alle Mittel zu ergreifen, um den Gendarmerieposten Wald am Schoberpaß erhalten zu können, um vor allem den Erfordernissen des Konzeptes „Sicherheit 2000“ gerecht zu werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte die Anwesenheit so vieler Feuerwehrmänner im Hohen Haus wahrnehmen, um diesen und vor allem auch den Mitarbeitern des Roten Kreuzes – der Herr Landessekretär sitzt ja auch in unserer Mitte – und der Bergrettung für den großartigen Einsatz zum Wohle unserer steirischen Bevölkerung herzlichst zu danken. Viele Abgeordnete sind ja laufend bei den Veranstaltungen dabei, nehmen bei den Versammlungen die Leistungsberichte entgegen und freuen sich, was dort geleistet wird. Ich habe hier den Bericht des Bezirksfeuerwehrverbandes Leoben, der ausführlich die vielseitige Tätigkeit unserer Feuerwehren im Bezirk dokumentiert. Allein im Bezirk Leoben gibt es 1203 aktive Feuerwehrmänner. Im vergangenen Berichtszeitraum konnten – man kann das nicht hoch genug einschätzen – zehn Menschenleben gerettet

und 19 Menschen aus Gefahrenlagen befreit werden. 128 Millionen an Volksvermögen konnten durch rasche, spontane Einsätze gerettet werden. Allein im Bezirk Leoben haben im Jahre 1990 10.852 Wehrmänner 26.381 Einsatzstunden freiwillig geleistet.

Von der Zeit, die für die Erhaltung der Einsatzbereitschaft notwendig ist und von den Wehrmännern gerne zur Verfügung gestellt wird, will ich gar nicht reden.

Auch den Mitarbeitern des Roten Kreuzes ist der besondere Dank zu sagen. Wenn ich den Leistungsbericht 1991 des Österreichischen Roten Kreuzes – Bezirksstelle Leoben – anschau, so wurden im Berichtszeitraum ehrenamtlich 146.509 Stunden, davon 98.038 durch Helfer und 48.471 durch Helferinnen, geleistet. Man muß in diesem Zusammenhang auch den Helferinnen und Helfern den herzlichsten Dank sagen.

Es gab 25.081 Ausfahrten, und 23.271 Personen konnten in diesem Zeitraum betreut werden. Unseren Rot-Kreuz-Mitarbeitern und unseren Feuerwehrmännern einen herzlichen Dank.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wünsche mir nur, daß viele junge Frauen und Männer ebenfalls in den Dienst dieser für uns so wichtigen Institutionen treten, damit auch in Zukunft die Sicherheit für unsere Mitbewohner in so vorbildlicher Weise gewährleistet werden kann.

Ein herzlicher Dank, ein herzliches steirisches Glückauf! Ein herzliches Gut Heil! (Allgemeiner Beifall. – 20.09 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Als nächster der Herr Abgeordnete Ing. Kaufmann.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (20.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unsere große Aufgabe ist es, auch die Sicherheit unserer Mitbürger zu gewährleisten. Ich habe mir vor mehr als elf Jahren erlaubt, eine Anfrage einzubringen, betreffend das AKW Krško. Es hat einiges gebraucht, bis hier ein sogenannter Alarmplan ausgearbeitet wurde. Es war damals noch so, daß es ja sehr viele Befürworter von Zwentendorf gegeben hat. Wenn ich heute, ich habe noch so ein schönes Büchlein, darin blättere und einige Sachen finde, dann ist es direkt interessant, wenn es drinnen heißt: „Selbst wenn wir alle Wasserkräfte unseres Landes völlig ausnützen würden, wir bräuchten im Jahr 1990 eine zweite Donau, die es leider nicht mehr geben wird.“ Oder: „Die Kernenergie ist die sauberste und umweltfreundlichste Energieform. Aber dafür haben wir das Problem der dauerhaften Sicherung der radioaktiven Stoffe.“ Zum Schluß heißt es: „Die oft aufgestellten, mitunter gar abenteuerlichen Behauptungen über Strahlenbelastung durch Kernkraftwerke sind weit übertrieben. Ein Kernkraftwerk gefährdet weder seine nähere noch seine weitere Umgebung.“ Es gibt noch einiges, was da noch drinnensteht. Es gibt auch noch ein bißchen was zur Kernenergie. Ein Zitat, und das muß ich noch vorlesen. Da sagt einer: „Unser Feind ist nicht so sehr das Atom oder die Kernenergie, sondern die Art und Weise, wie über sie diskutiert wird, wie man den Leuten Angst macht, wie Grüppchen ver-

suchen, im Trüben zu fischen und ihr kerniges Süppchen zu kochen." Das war der Heinz Kienzl im übrigen. (Abg. Trampusch: „Ich habe einen viel älteren Hinweis. ‚Es werde Licht‘ ist ein Hinweis auf den Sonnenreaktor!“) Aber Gott sei Dank ist der weit weg. Und der ist noch gesund. (Abg. Dr. Lopatka: „Komm zur Gegenwart!“) Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren! Tschernobyl hat alle Lügen gestraft, und es gab einen Supergau, und die Steiermark hat diese Sachen relativ gut überleben können, weil sie sich schon vorher jahrelang mit einem Alarmplan beschäftigt hat. Die Auswirkungen von Tschernobyl spüren wir heute noch, und ich glaube, das ist gut, daß wir Zwentendorf abgewehrt haben. Aber es stört mich, wenn, und das scheint ja schon vorbei zu sein, der ehemalige Gesundheitsminister einige Anläufe gemacht hat, um ein Zwischenlager für radioaktive Stoffe in der Steiermark unterzubringen. Das waren Bad Gams, Rosenkogel und am Bosruck. Aber die Bürger haben es gemeinsam mit der steirischen Politik abgewehrt. Aber die Atomlobby schläft noch immer nicht. Es wird immer noch wieder versucht, die Atomkraft als das darzustellen, was sie eigentlich nicht ist. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind noch immer gefährdet. Es wird scheinbar von Tag zu Tag mehr. Krško, Bohunice, Koslodui und so weiter und so fort. Überall hören wir, daß die Gefährdung wächst. Unsere alte Forderung, Schließung von Krško, das AKW Zwentendorf abwracken und verkaufen, rasche Koordination, Bau von Zivilschutzanlagen durch ein Sonderbauprogramm, die Überwachung der Steiermärkischen Bauordnung bei Um- und Neubauten, rasche Adaptierung der bereits vorhandenen Schutzräume für deren Einsatzbereitschaft, ausreichende Krisenvorsorge mit Lebensmitteln und Medikamenten über die kleinen Greißler sowie steuerliche Begünstigung von Investitionen im Bereich des Zivilschutzes und Gründung eines Zivilschutzfonds, sind noch Forderungen, die nach wie vor heute aufrecht sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch Strahlenschutzanzüge sind wichtig. Wir haben hier eine Resolution diesmal eingebracht, die eben den Ankauf beziehungsweise die Zurverfügungstellung eines Strahlenmeßwagens durch den Bund für die Steiermark beantragt. Ich glaube, daß das ein guter Antrag ist, denn schließlich und endlich ist es wichtig, daß wir eine Möglichkeit haben, eine Verstrahlung auch richtig zu messen. Die stationären Anlagen sind ja wohl gegeben, aber man sollte in der Nähe der Grenze besser messen können. Weiters haben wir noch einen Resolutionsantrag über den Schutzraumkatalog, den wir seit Jahren fordern und den wir hoffentlich auch bald auf den Tisch bekommen. Die Lebensmittelbevorratung bei Kleinkaufleuten ist, glaube ich, eine Möglichkeit, wo man auch den Kaufleuten eine Hilfestellung geben kann, wenn sie für Lagerkosten eine Abgeltung bekommen können, so daß hier in einem Zeitraum von vielleicht drei, vier Monaten die Krisenvorsorge umgesetzt wird und eine Lebensmittelbevorratung durchgeführt werden kann.

Nun zu Krško. Immer wieder hört man, daß Krško keine Informationen mehr weitergeben will, weil die neuen Verantwortlichen im AKW einfach nicht jede Abschaltung melden wollen. Hier ist meiner Meinung nach unbedingt anzusetzen, und hier bitte ich den

Landeshauptmann, er ist ja der Chef des Zivilschutzverbandes, daß er vielleicht hier das in die Hand nimmt, daß die Meldungen wieder umgehend stattfinden. Und vielleicht ist es auch so möglich, daß der Chef des Katastrophenschutzes dem Chef des Zivilschutzverbandes oder umgekehrt den Auftrag erteilt, daß gerade auf dem Sektor des Zivilschutzes ein bisserl mehr geschieht. In diesem Sinne recht herzlich danke schön. (Beifall bei der FPÖ. – 20.16 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Kaufmann. Nach ihm der Kollege Kanduth.

Abg. Ing. Kaufmann (20.16 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte dort beginnen, wo Kollege Chibidziura eigentlich aufgehört hat, und möchte fortfahren und die Gefahren aufzeigen, die in unserer Umgebung ständig auf uns lauern, mit denen wir leben müssen, aber die wir aus unserem Bewußtsein streichen. Es existiert nicht nur ein AKW Krško und Bohunice, sondern es fahren täglich Laster und Sattelaufleger mit giftigen Chemikalien auf unseren Straßen spazieren. Es gibt also die Frage vom Golfkrieg. Es gibt die Frage von Atomwaffen in der GUS, die irgendwohin verschleudert werden, mit denen wir einfach leben müssen und die wir eigentlich aus unserem Bewußtsein bannen.

Eine Organisation, nämlich der Zivilschutz, hat die undankbare Aufgabe übernommen, uns auf diese ständigen Gefahren aufmerksam zu machen und uns vorbeugende Maßnahmen zu empfehlen. Das Land Steiermark hat schon lange durch die Installation von Zivilschutzorganisationen, vor allem des steirischen Zivilschutzverbandes, dieser Situation Rechnung getragen, und der steirische Zivilschutzverband hat über seine Landes- und Bezirkszentralen diese Aufgabe übernommen, diese Rechnung auch zu begleichen. Diese Organisationen haben die Aufgabe, Gefahren aufzuzeigen, die Aufklärung über vorbeugende Maßnahmen vorzunehmen und Hilfe bei konkreten Katastrophenfällen anzubieten. Dazu setzte der steirische Zivilschutzverband vor allem Aktivitäten in der Aufklärung, beginnend in der Schule, wo immerhin über 337 Veranstaltungen mit 5475 Schülern durchgeführt wurden, weiters in Gemeinden, in denen 75 Veranstaltungen mit 2137 Teilnehmern sowie in den Kasernen, in denen 56 Veranstaltungen mit 4693 Teilnehmern durchgeführt wurden.

Broschüren, Zeitungen, die Alarmsignale, vor allem aber die nationale Zusammenarbeit mit der freiwilligen Feuerwehr, dem Bundesheer, dem Roten Kreuz, der Bergrettung und anderen Hilfsorganisationen sowie die internationale Zusammenarbeit im internationalen Zivilschutzverband sollten helfen, Katastrophen schon vorbeugend zu lindern. Einen großen Anteil an dieser Aufklärungsarbeit hatte auch die Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring, wie schon heute erwähnt wurde, die anteilmäßig beim Zivilschutz immerhin mit 3200 Teilnehmern in 4200 Kurs- tagen mit 20 Prozent über den Zivilschutz ausgelastet wurde.

Nun zu einigen Details der steirischen Bauordnung, die vom Kollegen Chibidziura angezogen wurden. Wir liegen in der Steiermark, was das Verhältnis Schutzräume oder Schutzraumplätze zur Einwohnerzahl betrifft, relativ gut. Auch wenn ich zugebe, daß wir noch nicht so weit wie die Schweiz oder Schweden sind. Vergleichen wir den österreichischen Schnitt, dann hat Österreich 1,7 Millionen Schutzraumplätze, das sind für 22 Prozent der Einwohner, aber davon sind nur 198.000 voll einsetzbar, das sind 2 Prozent. Spitzenreiter im negativen Sinne ist unsere Bundeshauptstadt Wien, die 3 Prozent Schutzraumplätze auf ihre Einwohnerzahl hat, nämlich 45.571 auf 1,5 Millionen Einwohner, und vor allem das ist das Kriterium: Die meisten der Schutzraumplätze sind Luftschutzbunker aus dem Zweiten Weltkrieg, die nicht dem heutigen Standard entsprechen. In der Steiermark ist Gott sei Dank die Zahl etwas anders. Wir haben 660.000 Schutzraumplätze bei 1,2 Millionen Einwohnern, das sind 55 Prozent. Davon wurden 88 Prozent in den Jahren 1971 bis 1981 gebaut, das heißt also nach den neuen Richtlinien. Von 1981 bis 1990 ist es uns gelungen, je neu errichteter Wohnung im statistischen Schnitt 3,2 Schutzraumplätze je Wohneinheit zu schaffen. Ich weiß natürlich, daß diese Schutzraumplätze teilweise nicht den Anforderungen entsprechen, da noch keine Belüftungs- und Entlüftungsanlagen eingebaut wurden. Aber wir sind ja gelernte Österreicher, und als solche nehmen wir vielfach Katastrophen zwar im Gedanken auf, aber wir tun sehr wenig dagegen. Das Land Steiermark unter dem verantwortlichen Referenten Landeshauptmann Dr. Krainer hat hier schon vor langer Zeit für den Katastrophenfall einen Katastrophenplan des Landes Steiermark über die Landeswarnzentrale ausgearbeitet, die rund um die Uhr besetzt ist. Wir haben es im Vorjahr erlebt, wie die Landeswarnzentrale reagierte, als in unserem Nachbarland die Demokratie etwas mit Füßen getreten wurde und wir Angst um unser Leben hatten. Aber vielfach fehlt noch bei uns persönlich, bei uns allen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Bewußtsein für den Zivilschutz. Ich möchte keine Gewissensfrage daraus machen, aber ich würde gerne die Antwort haben, wer von uns als Eigenheimbesitzer über einen voll intakten Zivilschutzraum mit der notwendigen Bevorratung an Wasser, Lebensmitteln, Medikamenten und verschiedenen anderen Bedürfnissen des täglichen Lebens verfügt. Ich glaube also, wenn wir Zivilschutz nur als Beruhigungsspiel betrachten, dann können wir im Gottvertrauen weiterleben wie bisher. Wenn wir aber Zivilschutz ernst nehmen, dürfen wir das Gewicht der Aufklärungsarbeit nicht nur allein dem Zivilschutzverband auflasten, sondern alle Politiker müssen aktiv daran mitarbeiten, um der Bevölkerung diesen Gedanken näherzubringen, und wir müssen vor allem aktiv mit gutem Beispiel vorangehen.

Abschließend möchte ich an alle Dank sagen, die sich freiwillig für den Zivilschutz, für die anderen Organisationen der freiwilligen Hilfsverbände bereitstellen, die ihr Leben, ihre Freizeit, auch ihr Geld riskieren, um dem Nächsten zu helfen. In diesem Sinne allen ein steirisches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 20.25 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kanduth. Ich erteile es ihm.

Abg. Kanduth (20.25 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es gehört zu den schönen Aufgaben eines Politikers, wenn er bei dieser Budgetdebatte den steirischen Rettungsdiensten, den steirischen Rettungsorganisationen danken darf. Das ist das Rote Kreuz, das ist der Bergrettungsdienst, das ist die Alpingendarmerie, das ist der Hubschrauberrettungsdienst, das sind die Wasserrettung sowie die Rettungshundebrigade. Organisationen, auf die wir Steirer gemeinsam stolz sein können. Sicher haben wir mit dem Rettungsdienstgesetz vor drei Jahren die finanziellen Probleme der Organisationen erleichtert. Trotzdem ist der Aufwand, den die Rettungsdienste haben, nur erfüllbar, weil sie selber die größten Lasten tragen und mit ihren freiwilligen Leistungen dies auch tun. Die freiwilligen Leistungen, die erbracht werden, sieht man nur, wenn man die Jahresberichte der Organisationen anschaut. Aber wer tut das schon? In der Tagespresse ist wenig Platz dafür. Gute Taten, so scheint es oft, sind nicht verkaufbar. Trotz allem Verständnis für mehr Geld, das diese Rettungsdienste brauchen würden, muß eines gesagt werden, daß dem Haushalt des Landes auch Grenzen gesetzt sind, und dieser Zustand wird sich auch noch nicht so schnell ändern. Ich bitte daher hier auch um Verständnis, wenn nicht jeder Wunsch erfüllt werden kann. Der Wille, die Wünsche zu erfüllen, ist vorhanden, das Geld fehlt.

Nun zu den großartigen Leistungen der Rettungsorganisationen. Das Rote Kreuz: 91 Rotkreuzdienststellen gibt es in der Steiermark, die Tag und Nacht für die Bürger dieses Landes zur Verfügung stehen. 7567 ehrenamtliche Mitarbeiter haben insgesamt im vergangenen Jahr 3,200.000 Stunden aufgebracht, um die Verpflichtungen, die das Rote Kreuz freiwillig eingegangen ist, auch zu erfüllen. 3,200.000 Stunden! Meine Damen und Herren, wenn man diese nur mit 100 Schilling multipliziert, sind das 320 Millionen Schilling im Jahr. Kein Land in diesem Österreich wäre in der Lage, diese Leistungen finanziell abzugelten. Daher kann man diesen Einsatz nicht hoch genug anschauen und auch nicht hoch genug bedanken. (Allgemeiner Beifall.)

Die Ausbildung ist dem Roten Kreuz ein besonderes Anliegen. In 644 Kursen wurden 28.500 Personen geschult und ausgebildet, um helfen zu können. Meine Damen und Herren, das sind jene Menschen, die täglich auf der Straße sind, die täglich sich einsetzen, wenn sie zu Unfällen dazukommen. Könnten Sie sich vorstellen, daß wir diese Menschen nicht haben? Das Rote Kreuz leistet hier unwahrscheinlich viel. Man kann nicht alle Details aus einem Tätigkeitsbericht hier vorbringen, denn das würde Stunden dauern. Aber eines ist mir schon auch aufgefallen. Nur 372 hauptamtliche Mitarbeiter bewältigen die gesamte Administration des Roten Kreuzes in der gesamten Steiermark. Ich glaube, daß man hier mit Recht von einer sparsamen und kostenbewußten Verwaltung reden kann. Ihrer großen Sorge, den flächendeckenden Notarztinsatz möglichst rasch zu verwirklichen, kann man nur die volle Unterstützung zusagen. Ich danke dem Präsidenten des Roten Kreuzes, Herrn Konsul Griss, für seinen persönlichen Einsatz für das Rote Kreuz und im besonderen aber dem Landessekretär, Direktor Zweidick, mit seinen Helfern. Herr

Direktor Zweidick, ich freue mich, daß Sie heute hier sind mit Ihrem engsten Mitarbeiterstab. Wir sind stolz auf eure Leistungen. (Allgemeiner Beifall.)

Der Bergrettungsdienst ist ein besonderes Kapitel. 1410 Bergrettungsmänner, und seit neuestem auch vier Frauen, haben in der Zeit vom 1. Juli 1990 bis zum 30. Juni 1991 1414 Bergungen durchgeführt mit einem Zeitaufwand von 23.280 Stunden. Weitere 414.720 Stunden wurden als Bereitschaftsdienst vom Bergrettungsdienst in der Steiermark erbracht. Eine großartige Leistung, wenn man diese Zahlen sieht. Bergrettungsmänner oder auch -frauen sind Menschen, die aus einem besonderen Holz geschnitzt sind. Menschen, die ohne zu fragen, für wen, für was, ihre freiwillig übernommene Pflicht Tag und Nacht unter Einsatz ihres Lebens erfüllen. In der heutigen Zeit ist das keine Selbstverständlichkeit. Die Angehörigen des Bergrettungsdienstes und die Bergrettungsmänner sind zweifellos in den Gemeinden draußen Vorbild für unsere Jugend. Eigentlich nie bekannt werden die einzelnen Leistungen, die erbracht werden.

Ich möchte einen Fall herausgreifen, meine Damen und Herren, weil er mich im besonderen bewegt hat im vergangenen Herbst. Zwei Schwerverletzte in der Dachl-Nordwand im Gesäuse. Ein Rettungsmann wird 300 Meter abgeseilt, damit er zu den Verletzten kommt. Er pendelt freiweg draußen in der Luft, zehn bis fünfzehn Meter Abstand zu der Felswand. Das heißt, daß er, wenn er unten ist bei den Verletzten, durch Pendelbewegungen erst zu dem Verletzten hinkommen kann, ihn versorgt, ihn auf den Rücken nimmt und dann wieder 300 Meter aufgeseilt wird. Das sagt man in einer Minute, in einigen Sekunden, und das steht kaum in der Zeitung. Können Sie sich vorstellen, was in einem solchen Menschen vorgeht, der ganz genau weiß, welche Gefahren mit diesem Stahlseilgerät und bei diesem Einsatz verbunden sind? Dieses Stahlseil hat fünf Millimeter Durchmesser, meine Damen und Herren. Ein einziger Steinschlag würde genügen und die Katastrophe wäre perfekt. Dann ist er heroben, und dann wird der zweite hinuntergelassen, damit auch der zweite Mann aus dieser Seilschaft heraufgeholt wird. Und diese Leistungen sind nur möglich, weil die Ausbildung stimmt und weil die Zusammenarbeit mit der Alpingendarmerie, den Hubschraubern des Bundesheeres und den Hubschraubern des Innenministeriums einfach bestens funktioniert. Unser Landesleiter, Willi Jungmaier, und sein Landeseinsatzleiter, Adi Huber, selber ein bekannter Expeditionsbergsteiger, und die Mitglieder dieser Landesleitung garantieren für einen funktionierenden Bergrettungsdienst in diesem Lande. Natürlich ist der Wunsch, mehr öffentliche Mittel zu erhalten, legitim und verständlich. Aber im Hinblick auf die öffentlichen Haushalte und deren Belastung wird eine Erhöhung kaum möglich sein. Außer Vorarlberg, und das möchte ich auch sehr deutlich sagen, hat die Steiermark die höchsten Förderungssätze in Österreich. 4,5 Millionen Schilling jährlich für den steirischen Bergrettungsdienst. Ich weiß, daß sie mit diesem Geld sparsam umgehen und auch umgehen müssen. Ich weiß, daß sie durch ihre Eigenleistung, die sie noch aufbringen, mit nahezu 1,7 Millionen Schilling auch in der Lage sind, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Und trotzdem, meine Damen und Herren, muß jeder Bergrettungsmann viel in seine persönliche Ausrüstung

investieren. Eine komplette Bergsteigerausrüstung für Winter und Sommer kostet heute rund 34.000 Schilling. Auch daraus ersehen Sie den großen Idealismus, der den Bergrettern eigen ist. Ich stimme dem Landesleiter Jungmaier zu, wenn er meint und die Forderung erhebt, daß die Krankenkassen zur Leistung von Bergungskosten herangezogen werden sollten. Letztlich wird durch das schnelle Eingreifen und Retten viel Unheil verhindert und Invalidität erspart, die sicherlich noch mehr kosten würde.

Ich möchte auch hier ein herzliches Dankeschön der Alpingendarmerie sagen, die sich bei Einsätzen nahtlos in den Bergrettungsdienst eingliedert. Diese Alpingendarmen sind ein Ruhmesblatt in der Exekutive, und wir können stolz auf diese Männer sein. Und einen besonderen Dank sage ich den Hubschrauberpiloten in Aigen, am Thalerhof, den Windenführern, die eine ganz verantwortungsvolle Aufgabe mit den Bergrettern haben, sowie dem Bodenpersonal, die dafür sorgen, daß die Geräte jederzeit einsatzbereit sind. Unsere Piloten haben Weltruf. Nicht selten kommen Hubschrauberpiloten aus der ganzen Welt nach Aigen, um hier die Arbeit unserer Piloten zu studieren. Wir, glaube ich, können gemeinsam auf diesen Bergrettungsdienst, auf diese Piloten stolz sein.

Ich möchte aber auch ein herzliches Dankeschön der Wasserrettung, der Rettungshundebrigade, von denen man eigentlich wenig hört und wenig liest, für ihre Einsätze sagen. Wir wissen sehr genau, daß sie jederzeit einsatzbereit für die Menschen in unserem Land sind.

Ich möchte abschließen mit einem Zitat eines englischen Dichters, der gesagt hat: „Es gibt nur eine Ehre, und das ist die Ehre zu helfen, und es gibt nur eine Macht, und das ist die Macht zu retten.“ Auf wen würde das mehr zutreffen, als auf unsere Rettungsdienste. Glück auf. (Allgemeiner Beifall. – 20.36 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kowald. Nach ihm der Kollege Schrittwieser.

Abg. Kowald (20.36 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Über das Thema „Sicherheit und Ordnung“ wurde heute schon sehr ausführlich berichtet. Ich möchte dazu aber Stellung nehmen und über das Thema „Exekutive“ sprechen. Die Bevölkerung will geschützt werden und sucht Schutz auch immer wieder bei der Exekutive. Diesen Schutz kann man bieten, wenn man personalmäßig stark und gut ausgebildet ist. Das ist aber nur dann der Fall, wenn alle Verantwortungsträger eine positive Einstellung dazu haben. Es geht nicht, daß jeder einen reibungslosen Ablauf unseres Sicherheitssystems haben will, aber gleichzeitig wenig Beamte präsent sein sollen. Die Aufgabe der Politik ist es wohl, den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung ohne Panikmache, aber mit Verantwortungsbewußtsein und mit Augenmaß in bester Weise Rechnung zu tragen. Da müssen hier auch die verantwortlichen Wiener Zentralstellen mitmachen. Es ist sicher eine Mißachtung der Sicherheitsinteressen, wenn die Schließung von Gendarmerieposten und die unzureichende Personalaufstockung zum Ausdruck kommen. Hier sind die Initiativen unseres Herrn Landeshauptmannes Dr. Josef Krainer erfreulich, welcher in

den Sicherheitsfragen einen parteiübergreifenden Standpunkt einnimmt und bei den betroffenen Bürgermeistern seine Zustimmung findet.

Wenn der Herr Landeshauptmann so entschieden gegen die Schließung protestiert hat, so auch deshalb, weil durch die Unruhen an der Grenze auch eine steigende Unsicherheit innerhalb der Bevölkerung zu merken ist. Auch die Kriminalitätsrate ist in diesem Gebiet stärker als sonstwo. Leider muß festgestellt werden, daß zu diesem Thema die Landeshauptmänner nur ein Anhörungsrecht haben und bei der Schließung von Gendarmerieposten nicht mitreden können, obwohl sie die Bedürfnisse der Bevölkerung im jeweiligen Bundesland besser kennen. Deswegen hat auch Landeshauptmann Dr. Krainer in mehreren Schreiben an die Wiener Stellen, speziell an die Minister Lacina und Löschnak, das zum Ausdruck gebracht. Wenn im letzten Jahr 17 Gendarmerieposten in unserem Bundesland geschlossen wurden, so brachte es viel Diskussionen, und es wird auch wieder welche geben, wenn die Posten, die geplant sind zu schließen, geschlossen werden. Ich glaube aber auch, daß hier im Grenzbezirk auch der Einsatz der Grenzgendarmarie für mehr Schutz notwendig ist, da durch die Veränderung an der slowenischen Grenze es immer wieder zum Ausdruck kommt, weil von unten her nicht mehr so kontrolliert wird. Dem Auftrag der Grenzgendarmarie entsprechend hat diese in erster Linie die Aufgabe, die grenzkontrollrechtlichen Bestimmungen im Paß- und Asylwesen wahrzunehmen sowie die illegalen Grenzübertritte und das Schlepperwesen an der Staatsgrenze hintanzuhalten.

In den Grenzbezirken Feldbach, Radkersburg, Leibnitz und Deutschlandsberg wurden mittlerweile insgesamt acht Gendarmerieposten als Grenzabschnittsposten eingerichtet, die ab März 1992 den speziellen Grenzdienst wahrnehmen.

Aus Gesprächen mit Gewerbetreibenden und Buschenschänkern war aber zu entnehmen, daß durch die verstärkte Präsenz der Gendarmerie die Reaktion der Gäste zu merken ist. Ich glaube, daß es notwendig ist, dementsprechende Aufklärung zu machen.

Auf dem Verkehrssektor hat sich durch die Veränderungen im Ostblock auch eine starke Veränderung ergeben. Die Verkehrsüberwachung erfolgt auch verstärkt auf Tempostrecken, Alkoholstraßen sowie auf Unfallhäufigkeitsstellen. Der Einsatz der sogenannten Planquadrate hat wohl für Diskussionen gesorgt, aber auch beigetragen, daß durch verstärkte Vorsicht die Unfallziffern gesunken sind. Der Einsatz von Laserpistolen wurde in der Steiermark als Pilotversuch gestartet und soll die Unfälle noch weiter senken helfen.

Die Kriminalstatistik weist in den letzten Jahren eine steigende Tendenz auf, wobei auch starke Zunahmen bei ausländischen Tatverdächtigen zu verzeichnen sind. Beim Anstieg der Gesamtkriminalität zeigen sich regionale Unterschiede. Dabei liegt die Steiermark an der Spitze.

Dies bestätigt auch den Ruf nach mehr Schutz und verstärkten Einsatz der Gendarmerie, um die Aufklärungsquoten zu halten und zu verbessern.

In der Zollwache ist die Situation so, daß zur Erreichung der Sicherheit im Land und zur Absicherung der Grenzen bisher Gutes geleistet wurde.

So galt es schon immer, die Grenzsicherung vorzunehmen. Weiters geht es darum, die Zollkontrollen im Warenverkehr zu machen. Illegale Einfuhr verhindern und Suchtgiftfahndung gehören unter anderem zum Aufgabenbereich. Die Zollwache hat auch in den ersten Tagen der Jugo-Krise die Sicherung wahrgenommen und durch die Weitergabe von Informationen zum weiteren Ausbau des Schutzes durch andere Organisationen im Lande beigetragen. Die Zollwache verlangt aber auch eine Gesetzesänderung, um schlagkräftiger zu sein. Im besonderen geht es um die Aufnahme in das Sicherheitspolizei- und Suchtgiftgesetz. Auch sollen die Kompetenzbereiche im Grenzkontroll-, Paß- und Fremdenpolizeigesetz verbessert werden. Da derzeit bei der Vollziehung des Grenzkontrollgesetzes mehrere Wachkörper befaßt sind, meint die Zollwache, daß bei dementsprechender Gesetzesänderung Doppelgleisigkeit beseitigt und damit andere Wachkörper entlastet werden. Diese könnten sich stärker der Kriminalitätsbekämpfung zuwenden. Die beabsichtigte Schließung einiger Grenzübertritte sorgte für Unmut. Wirtschaftstreibende oder auch die Grenzbenützer selbst haben darüber keine Freude gezeigt. Für Doppelbesitzer hätte es auch große Nachteile mit sich gebracht. Durch die geänderte Sachlage in Slowenien scheint derzeit die Schließung der kleineren Grenzübertritte nicht beabsichtigt.

Abschließend wird noch hingewiesen, daß Gendarmerie und Zoll Bundessache sind. Der Landtag hat aber die Situationen in unserem Bundesland wahrzunehmen und die steirische Haltung in Wien darzustellen. Diesbezüglich führt Landeshauptmann Dr. Josef Krainer mit den Wiener Stellen intensive Gespräche, um die Rahmenbedingungen für die Sicherheit im Lande gewährleisten zu können.

Ich darf dazu ergänzen, daß es hier noch weitere Aufgabengebiete gibt in anderen Bereichen, und zwar was die Ausbildung anlangt. Es ist eine Freude, feststellen zu können, daß so viele Vertreter der Feuerwehr hier anwesend sind. Im besonderen muß erwähnt werden, daß gerade in der Feuerwehr- und Zivilschutzschule in Lebring Großes geleistet wird.

Auf der Gesamtfläche von 13 Hektar sind verschiedene Bauwerke für besondere Aufgabenbereiche vorhanden. Waren nach der Eröffnung neben der KFZ-Halle und der Nachrichtenzentrale die Übungsbereiche Wasser und Tauchbecken und Bootshafen sowie das Brandhaus zur Ausbildung vorhanden, wurde später die Technik stärker beachtet. Es gibt verschiedene Demonstrationsmöglichkeiten, um den neuen Aufgabenbereichen gerecht zu werden.

So ergeben Übungsstrecken und Lehrwerkstätten praktische Arbeitsbedingungen. Ich zähle hier im besonderen die Bergegrube, Straßenrampe, Trümmerkegel, Brandübungsfläche mit Entstehungsbrandbekämpfung, Selbstentzündung ebenso wie die Atemschutzübungsstrecke mit der Lehrwerkstätte auf.

Im Jahr 1991 wurden weitere Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen: Das Arbeitstauchbecken mit Schmutzwasser bietet die Übung bei Pkw-Unfällen mit Sturz in tiefes Wasser, der befestigte und überdachte Abstell- und Übungsplatz verhindert, daß bei Übungen mit hydraulischen Rettungsgeräten, wie Schere und Spreizer, die Gefahr einer Grundwasserbeeinträchtigung erfolgt, die Überdachung des Zwischenraumes zwischen dem Brandhaus und dem Trümmer-

haus gewährleistet auch die Übung und gibt Sicherheit, ohne auf Witterungseinflüsse Rücksicht nehmen zu müssen.

Das neueste Stück ist wohl jetzt vom Herrn Landeshauptmann übergeben worden, die Gasübungsanlage. Sie ist die erste in Österreich und gibt Arbeitsmöglichkeiten mit Erd- und Flüssiggas.

Als Schwerpunkte können das schwere Rüst- und Löschfahrzeug sowie ein Schlauchboot mit Motor und Funkgeräten zu Übungszwecken genannt werden. Erfreulich ist der Anstieg bei den Kursteilnehmern um 7 Prozent im vergangenen Jahr. Im allgemeinen weist die Kursbesucherstatistik eine positive Leistung auf, und man bedenke, daß bei 362 Veranstaltungen im vergangenen Jahr 10.780 Feuerwehrmänner daran teilgenommen haben. Insgesamt, nimmt man auch die Führungen und Exkursionen dazu, waren 13.500 Männer in der Feuerweherschule Lebring tätig. Ich glaube, daß der Betrieb in Lebring vorbildlich geführt wird. 50 Leute im gesamten Bereich sorgen dafür, daß die Ausbildung funktioniert, die Trainer hervorragende Arbeit leisten, auch in der Lage sind, die Kenntnisse an die Kursteilnehmer weiterzugeben. Das ist deshalb auch möglich, weil es für diese Trainer immer wieder Spezialseminare gibt, um den aktuellen Wissensstand zu erreichen.

Ich darf hier auf diesem Wege den Leitern der Schule Lebring, ursprünglich Herrn Dr. Widetschek und dem jetzigen Leiter, Herrn Strudler, ein Dankeschön sagen. Richten Sie es Ihren Leuten auch aus, daß das überall Anerkennung findet. Und wir freuen uns auch über die ganzen Koordinationsarbeiten, beeinflusst auch durch das gute Klima, dargestellt von unserem Herrn Hofrat Dr. Konrad, das gute Ausbildung gewährleistet, rasche und richtige Hilfe von Mensch, Hab und Gut. Die Freude darüber kam heute wohl von jedem Redner zum Ausdruck. Auch einen großen Beitrag zur Imagepflege der Feuerwehr leisten die Trainer in der Feuerweherschule. Im besonderen muß erwähnt werden, daß die Arbeit vom Referenten der Feuerwehr, Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, hervorragend ist und im ganzen Land bei den Menschen Anerkennung findet. Wir alle können feststellen, daß das Geld für die Feuerwehr gut angelegt ist. (Allgemeiner Beifall. – 20.50 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Nach ihm der Herr Landeshauptmann zum Schlußwort.

Abg. Schrittwieser (20.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrte Damen und Herren im Dienste der Einsatzorganisationen und somit im Dienste der Öffentlichkeit!

Es ist erfreulich, und es gibt nur bei diesem Punkt bei dieser Budgetdebatte Gott sei Dank diese Einheligkeit. Diese überzeugende Kraft, die Sie hier in Ihrer Arbeit leisten, versetzt alle Abgeordneten in eine Stimmung, die eine gute ist. Es ist ja vieles heute hier gesagt worden, und ich möchte nichts wiederholen und mich allem, was hier gesagt wurde, anschließen. Ich möchte aber doch einige Punkte, die heute noch nicht gesagt wurden, kurz anschnitten.

Es wurde zum Beispiel nicht gesagt, und ich möchte es tun, daß auch in diesem Jahr hervorragende Arbeit

geleistet wurde, was die Flüchtlingsbetreuung, vor allem vom Österreichischen Roten Kreuz, betrifft, wo sofort und kurzfristig auch immer wieder unsere Hilfsdienste und Einsatzorganisationen zur Stelle waren. Die Hilfspaketelieferungen in die Kriegsgebiete waren ebenfalls hervorragende Leistungen, und sie haben Menschen, die nichts haben, in die Lage versetzt, das Wichtigste zu haben, nämlich überleben zu können. Ich glaube, auch hier haben diese Organisationen gute Dienste geleistet.

Der Aufbau des Notarzteswesens in der Steiermark ist es wert, erwähnt zu werden. Überall dort, wo dieses Notarztsystem bereits installiert ist, haben wir viele Transporte, wo ansonsten der Patient verstorben wäre, durchgeführt. Hier wurde ebenfalls Großes geleistet, und ich bitte auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, diesen Dank an die Helferinnen und Helfer draußen weiterzugeben, an die Feuerwehrmänner, Jungfeuerwehrmänner, Bergrettung, Wasserrettung, einfach alles, was es hier gibt. Und auch draußen zu berichten, wie überzeugt die Abgeordneten von ihrer Arbeit sind. Ich danke auch, daß beim Notarztsystem die Krankenanstalten, und ich danke vor allem dir, Herr Landesrat Dr. Strenitz, hier die Ärzte bereitstellen und zur Verfügung stellen, weil ohne diese Ärzte ein Notarztsystem nicht aufzubauen wäre. Ich widme mich auch deshalb dieser Frage etwas näher, weil ich ja selbst aus dem Rotkreuzdienst komme und dort eine Funktion ausübe. Wir haben diese Anträge wegen der Dienstfreistellung oder wegen der Bildungsfreistellung eingebracht. Der Kollege Trampusch hat dies bereits angeschnitten. Wenn ich nur hernehme, daß man überhaupt Rotkreuzhelfer sein kann, und es wird bei der Feuerwehr auch so und bei der Bergrettung ähnlich sein, so sind schon ungefähr 80 Stunden notwendig, daß er auf Kurs fährt, daß er überhaupt Rotkreuzmann sein kann. Es werden immer weniger, und es wird bei allen Organisationen auch so sein, die neben ihrem laufenden Dienst auch noch Urlaub nehmen müssen, um die nötige Ausbildung zu haben. Hier, glaube ich, haben wir eine Verpflichtung, und es ist heute signalisiert worden, daß die Damen und Herren Abgeordneten der anderen Fraktionen diesem Antrag zustimmen werden. So wird es auch leichter sein, hier Dienstfreistellungen zu bekommen. In der freien Wirtschaft, glaube ich, müßten wir darüber nachdenken, wie wir einen Fonds schaffen, damit wir hier unterstützend eingreifen können, daß die nötige Ausbildung möglich ist.

Abschließend danke ich noch, das ist auch noch nicht gesagt worden, der gesamten Öffentlichkeit, die durch ihre finanzielle Hilfe, durch ihre moralische Unterstützung diese Arbeit auch ermöglicht. Die Spendergebnisse, meine Damen und Herren, der Öffentlichkeit und unserer Bevölkerung können sich sehen lassen. Es ist auch ein sichtbares Zeichen, daß die Arbeit unserer Einsatzorganisationen und Hilfsdienste auch von dieser Stelle her gewürdigt wird. Letztendlich gebührt auch unseren Bürgermeistern und Gemeindevertretern dieser Dank, denn auch sie haben zwar vom Gesetz her einen Auftrag, für die finanziellen Mittel aufzukommen. Aber auch sie leisten weit darüber hinaus nach ihren Möglichkeiten ihre Hilfe. In diesem Sinne darf auch ich abschließend noch einmal allen mit unterschiedlicher Herzlichkeit danken. (Allgemeiner Beifall. – 20.55 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Der Herr Landeshauptmann hat das Schlußwort. Ich bitte darum.

Landeshauptmann Dr. Krainer (20.55 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist, wie der Abgeordnete Schrittwieser richtig festgestellt hat, eigentlich immer so, daß bei den Debatten zu diesem Thema, unsere Einsatzorganisationen betreffend, nicht nur ein Hauch von Gemeinsamkeit spürbar ist, sondern eigentlich ein wirklich durchgehender Konsens. Jetzt könnte man sagen, es liegt auf der Hand, daß man in einem solchen Zusammenhang gerne schön redet. Ich weise das von uns. Nicht nur von mir, sondern von uns, weil ich glaube, daß das eigentliche Motiv für dieses Verhalten ein ungemein erfreuliches ist. Ein ungemein erfreuliches insofern, als in einer Zeit, die im Grunde genommen unbestrittenermaßen, wenn man den Johann Galtung zum Beispiel das letzte Mal gehört hat am Samstag im „Journal extra“, sich dadurch auszeichnet, wie er sagt, daß wir einen Fundamentalismus am praktischen Materialismus repräsentieren etwa. Gemessen an der dritten Welt, gemessen auch, sagt er, am religiösen Fundamentalismus etwa der Moslems, daß in einer solchen Zeit das, was freiwillig geschieht an Hilfeleistung, Gott sei Dank muß man sagen, überall und vor allem auch in diesem Hohen Hause volle Anerkennung findet, weil tatsächlich die Menschen spüren, wie notwendig dieses „Lebensmittel“ für die Gesellschaft ist, im übertragenen Wortsinn. Nämlich die Bereitschaft, sich einfach einzusetzen, ohne falsches Pathos auch für den Nächsten einzusetzen. Ich möchte das deshalb kurz einleitend gesagt haben, weil in der 20. Budgetdebatte, die ich persönlich, das habe ich nachgerechnet, mitmache, und insofern mit Klauser, der inzwischen sich vom Präsidentenstuhl auf einen anderen Stuhl gesetzt hat, zu jenen gehöre, die hier am längsten solche Budgetdebatten mitgemacht haben. Ich möchte mich auch dafür ganz besonders bedanken und ein Zweites hinzufügen.

Mehr oder weniger diskret hat fast jeder Redner in dieser Debatte auch einfließen lassen, welche Funktion er in der Feuerwehr, im Roten Kreuz, im Zivilschutzverband oder auch bei der Bergrettung innehat. Es hat eigentlich fast keinen einzigen gegeben, der nicht eine solche Funktion ausübt. Das ist, erlauben Sie mir diese kitschige Formulierung, eine sehr schöne Sache für Politiker in einer Zeit, in der ja ohnedies das alles ständig in Frage gestellt wird. Es gibt in diesem Hause eine ganze Reihe von Männern und Frauen, die neben ihrer politischen Tätigkeit nicht aufgehört haben, einer solchen Einsatzorganisation mit Idealismus zu dienen. Diese Basiserfahrung ist – wie es einer der Redner formuliert hat – außerordentlich wichtig. Ich möchte auch, wie die meisten von Ihnen es getan haben, nichts Überflüssiges wiederholen oder gar hier sozusagen eine Apotheose dessen versuchen darzustellen, was ohnedies jeder in seiner Weise und sehr umfassend letztendlich miteinander zu diesem Kapitel gesagt haben. Ich möchte es gerne unterstreichen und freue mich, daß diese Grundhaltung besteht, möchte aber zu einigen Fragen Stellung nehmen, die aufgeworfen wurden.

Da ist zunächst einmal mit Deutlichkeit zu sagen, daß die Frage der Besteuerung von Mannschaftstransportfahrzeugen mehrfach angesprochen wurde, umso

weniger verständlich ist, da die Luxusmehrwertsteuer, so hieß sie, und jetzt heißt sie Normverbrauchsabgabe, praktisch bedeutet, daß für diese Einsatzfahrzeuge durchwegs 14 Prozent zur Versteuerung heranstehen und dies pro Fahrzeug im Regelfall 40.000 bis 50.000 Schilling ausmacht. Der Abgeordnete Schinnerl hat als erster dazu Stellung genommen und einige andere auch. Ich habe mich an den Herrn Finanzminister gewandt, ich hoffe, daß es eine positive Antwort geben wird, weil letztendlich erfreulicherweise beim Roten Kreuz diese Regelung getroffen wurde. Es wäre durchaus eine Sache der Egalité, in diesem Zusammenhang auch dafür zu sorgen, daß bei den Feuerwehrgeräten eine gleiche Regelung Platz greift.

Es ist auch von der Unfallversicherung für Feuerwehrmänner gesprochen worden. Seitens des Landes Steiermark werden im Budget 1992 750.000 Schilling für Unfallversicherungen für Feuerwehrmänner vorgesehen. Damit wird ein Grundschutz gewährt, im übrigen die Höchststufe nach dem ASVG. Der Landesfeuerwehrverband selbst hat einen generellen Versicherungsvertrag für die steirischen Feuerwehren ausverhandelt. Diesem Vertrag sind alle steirischen Feuerwehren beigetreten. Eine sehr dankenswerte Initiative unseres Feuerwehrverbandes. Miteinander ein Grundschutz und darüber hinaus individuell die Möglichkeit, diesen Versicherungsschutz in Anspruch zu nehmen!

Ich bin auch zu den Schutzräumen gefragt worden. Kollege Chibidziura, ich weiß, daß Sie in der Frage seit Jahren immer wieder am Wort waren. Durchaus positiv. Sie sehen sich mit Recht bestätigt in vieler Hinsicht. Das wurde ja vor Tschernobyl anders gesehen. Es stimmt aber auch, was Trampusch sagt, kaum ist die Katastrophe vorbei, ist das Interesse wieder auf einen geringen Prozentsatz reduziert. Daher muß man hinter der Sache her sein. Es hat die erste Studie, die wir seinerzeit mit den 40 Prozent vorgetragen haben, der Abgeordnete Kaufmann hat dazu auch Stellung genommen, eine Bestätigung erfahren in der neuesten Studie vom 21. Dezember 1991 mit diesen 55 Prozent. Es ist aber immer noch das endgültige Erhebungsergebnis des Landes ausständig. Ich sage es unpolemisch: Der Herr Senatsrat Tremmel, der für die Angelegenheit in Graz zuständig ist, teilt uns mit, daß er bis Ende Juni, Juli 1993 hoffentlich in die Lage versetzt sein wird, den Grazer Bestandteil der Studie zu liefern. An dem liegt es, alles andere ist da. In der großen Linie zeigt sich, daß diese Schätzung auf gewissen Hochrechnungen basiert, die in etwa stimmen werden. Wir sind weit an der Spitze, gemessen an anderen Bundesländern. Sie können sagen, das ist immer noch zu wenig, und das wird stimmen, wenn Sie die absolute Perfektion anstreben. Wir sehen uns wirklich veranlaßt, auch im heurigen Budet die begonnene Forderung solcher gemeindlichen Vorhaben fortzuführen. Wir haben Im Vorjahr Vorau, Eichfeld, Jagerberg, Sankt Anna am Aigen, Stainz und Bairisch Kölldorf gefördert. In diesem Zusammenhang werden wir im gleichen Maß das auch im kommenden und im laufenden Jahr tun können.

Lassen Sie mich aber abschließend noch zwei Dinge ansprechen, die gerade in der Diskussion über die Sicherheitsproblematik an unseren Grenzen und generell von einigen Abgeordneten angesprochen wurden. Es ist der seltene Fall, daß man sich aus

ganzem Herzen bedanken kann, und das mit vollem Recht, bei diesem Landeskoordinationsausschuß. Bereits im Jahre 1989 haben die Vorbereitungen begonnen für einen Eventualfall einer Krise, wie man das damals nannte, im benachbarten Jugoslawien. Ich habe mir die Sache herausschreiben lassen. Die Arbeitsgruppe Verkehr – Transport – Nachrichtenwesen, die Arbeitsgruppe Flüchtlingswesen und Versorgung und schließlich die Arbeitsgruppe, die für uns ganz entscheidend war, nämlich Sicherheitswesen. Sie hat im Landeskoordinationsausschuß am 6. und 7. Juli 1990 in der Landesfeuerwehrschule, die früher so vom Abgeordneten Kowald mit Recht gelobt wurde, ein großes Planspiel veranstaltet. Ich war selbst dort, auch der Erste Landeshauptmannstellvertreter, der auch in diesem Landeskoordinationsausschuß sitzt, war dort, und das Stabspiel Grenzassistentz des österreichischen Bundesheeres wurde am 21. März 1991 durchgeführt, und hören Sie und staunen Sie, am 23. Juni 1991, also drei Tage vor Kriegsbeginn in Slowenien, ist in Anwesenheit von Vertretern des Landeskoordinationsausschusses ein Manöver für einen Sicherungseinsatz des Bundesheeres in der Weststeiermark abgehalten worden. Ich glaube, daß es nicht zuletzt deshalb möglich gewesen ist, rasch und sehr effizient diesen Grenzsicherungseinsatz zu leisten und sehr rasch auch in der Bevölkerung, vor allem auch an der Grenze, das verständliche Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen. Es gab sehr rasch die Überzeugung, daß kompetent agiert wird.

Und deshalb möchte ich, weil das heute noch nicht geschehen ist, mich ganz besonders beim Österreichischen Bundesheer in diesem Zusammenhang bedanken. (Allgemeiner Beifall.)

Es ist dabei nämlich auch festzustellen, daß sowohl der General Fally als Korpskommandant, wie auch der Divisionär Hubert Albrecht als steirischer Militärkommandant, wie auch der Oberst Nagler und der Oberstleutnant Puntigam mit ihren Mannschaften die Hauptlast getragen haben. Fally war überhaupt für den ganzen Grenzeinsatz verantwortlich. Hubert Albrecht, der jetzt als steirischer Militärkommandant zurückgetreten ist, hat den steirischen Grenzeinsatz geführt. Wer weiß, und das kann man ruhig aussprechen, wie schwer krank der Mann ein Jahr vorher noch war, der weiß auch seine Leistungen in diesem Zusammenhang ganz besonders zu schätzen. Ich wollte das gerade auch in diesem Zusammenhang und heute hier bei dieser Gelegenheit mit einem ausdrücklichen und großen Dank sagen.

Die Zollwache ist angesprochen worden und auch die Gendarmerie. Es hat der Abgeordnete Ussar sogar das Beispiel Wald am Schoberpaß gebracht. Ich kann dir sagen, Herr Abgeordneter, daß ich vor 14 Tagen mit dem Herrn Minister Löschnak und dem Herrn Kollegen Schachner-Blazizek ein Gespräch nach Ostern vereinbart habe, der Termin wird noch fixiert, neuerdings in der Frage der Gendarmerieposten in der Steiermark zu führen. Ich sage nur eines auch dazu, nachdem wir beim Verfassungsgerichtshof bekanntlich nicht recht bekommen haben und der Herr Minister eine diametral entgegengesetzte Position zu uns in dieser Frage einnimmt und das auch jetzt nicht bestritten hat bei meinem letzten Gespräch. Ich gebe dieser Verhandlung keine sehr große Erfolgchance. Wir

werden aber im speziellen versuchen, ob im einen oder im anderen Fall eine Lösung möglich ist, sollte die Verhandlung so laufen, wie ich befrüchte. Denn wir haben mit ihm schon einmal verhandelt. Wie bekannt, ohne Erfolg. Und es hat sich gezeigt, daß wir von der verfassungsrechtlichen Position her leider im gegenwärtigen Gesetzestext keine Unterstützung finden, um das ganz direkt zu sagen. Nichtsdestotrotz ist die Frage eben auch der Grenzgendarmarie und der Zollwache, wie das angesprochen wurde, von großer Wichtigkeit und nehmen wir uns dieser Problematik auch sehr entschieden an.

Ich möchte auch ein Wort des Dankes sagen an den Kollegen Trampusch und an den Kollegen Prof. Propst, weil sie im Zivilschutzverband, vor allem der Klubobmann Trampusch als geschäftsführender Präsident, ausgezeichnete Arbeit leisten. Auch das ist heute hier nicht angesprochen worden, und ich möchte das in diesem Zusammenhang, Herr Kollege, ausdrücklich tun, weil in der Konstruktion, in der wir auch die drei im Landtag vertretenen Parteien dort repräsentieren, ein sehr gutes Einvernehmen existiert und sich gerade auch in diesen Fragen des Landeskoordinationsausschusses gezeigt hat, daß die Arbeit dort nicht umsonst war. (Allgemeiner Beifall.)

Ein vorletztes Wort – ohnedies ein kurzes Schlußwort insgesamt. Wenn wir uns die Jahre ansehen, die hinter uns liegen im Hinblick auf Katastrophen und Unwetter, so war das Jahr 1991 wieder ein besonders böses Jahr, verglichen etwa mit dem Jahr 1990. Wir haben insgesamt Privatschäden und Schäden im Vermögen der Gemeinden und des Landes in der Größenordnung von fast 500 Millionen Schilling gehabt, 1991. Im Jahr 1990 waren es um 225, also 1991 mehr als das Doppelte. Und es haben sich vor Ort sowohl unsere Gemeinden wie auch natürlich die Gendarmerie und in erster Linie wieder unsere Feuerwehren und das Rote Kreuz exzellent und ohne viel Geräusch bewährt. Das möchte ich überhaupt in diesem Zusammenhang sagen, nachdem ich nun über mehr als zehn Jahre die politische Verantwortung für diese Einsatzorganisationen trage. Tief gezogener Hut, tief gezogener Hut vor allen. Und die Führung, die heute da ist, einerseits unserer Feuerwehren, wie auch des Roten Kreuzes, die anderen Einsatzorganisationen – um sie beim Namen zu nennen: Bergrettungsdienst, Wasserrettung, Höhlenrettung, Rettungshundebrigade, Selbstschutzgruppe, Handelskammer, Steirischer Tauchsportklub, der steht auch zur Verfügung, technischer Hilfsdienst und Österreichischer Versuchssenderverband, Referat Notfunk – kooperieren exzellent, vor allem auch über unsere Landeswarnzentrale. Es ist sicherlich einmal an der Zeit, auch darüber im Detail zu informieren. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, was da in den letzten Jahren auch an hervorragender technologischer Ausstattung gelungen ist, kann überall in Europa bestehen. Und wir haben seit dem Jahre 1991 sogar die Notrufnummer, die landesweit für die Landeswarnzentrale nun funktioniert. Das ist sozusagen ein weiterer Stein des großen Mosaiks, landesweite Funksirenensteuerung, Landeskatastrophenfunknetz, Hubschrauberrettungskoordination, Ölalarmdienst, Alarmierung Smogalarm, Hochwasserdienst, landesweiter Bergrettungsnotruf – der Abgeordnete Kanduth hat sehr beeindruckend auch davon wieder gesprochen –

und vor allem auch die Direktverbindung für Störfälle im Atomkraftwerk Krško (Gurkfeld), wobei hinzuzufügen ist, daß zwar diese unendlich erfreuliche Entwicklung im Hinblick auf Menschenrechte, wenn Sie so wollen, Souveränität und letztendlich auch eben Selbstbestimmung, derzeit Elemente großflächiger politischer Irritation zutage bringt, von der im Grunde genommen niemand mit Sicherheit heute sagen kann, zu welchem Ende diese Entwicklung kommt. Auch in unserem unmittelbaren Nachbarland. Ich will da bei Gott keine Panik erzeugen, das ist auch völlig unangemessen. Es zeigt sich im übrigen, das ist heute auch schon angesprochen worden, wie wichtig es war, Slowenien und Kroatien anzuerkennen, auch im Interesse unserer eigenen Sicherheit, wenn man sich ansieht, was gerade heute nacht und heute tagsüber in Bosnien-Herzegowina läuft. Es hat mir der Präsident Mesic, der letzte jugoslawische Staatspräsident, der mich vor 14 Tagen in Graz besucht hat, eine Horrorvision dargestellt, die leider heute untertags sich zum Teil jedenfalls bewahrheitet hat. Er hat das vorhergesehen. Er hat gesagt, man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß die serbische Armee in Bosnien-Herzegowina mit ihren Milizen und irgendwelchen Freischärlerverbänden wiederum zu militärischen Mitteln greifen werden. Ich sage das deshalb, weil ich glaube, daß wir wirklich in diesem Zusammenhang eine Solidarität unter Beweis gestellt haben, auch dieser Steiermärkische Landtag in der Sitzung am 4. Juli vergangenen Jahres, die außerordentlich wichtig war, die vor allem auch in unseren unmittelbaren Nachbarländern sehr, sehr hoch eingeschätzt wurde.

Es ist daher gar kein Zweifel für mich, daß die Frage Krško unser aller Augenmerk auch in Zukunft braucht. Denn das, was da passiert ist – Gott sei Dank ist nicht das ärgste, nämlich die mögliche Bombardierung, auch Sprengung durch serbische Terroristen, die unmittelbar bevorstand –, bestätigt uns, wie gefährlich letztendlich diese Einrichtung ist. Daher ist diese Direktverbindung für Störfälle von eminenter Bedeutung, verbunden dann mit dem Direkttelefon zum ORF, wo wir auch in der Lage sind, sofort zu alarmieren und zu verständigen. Ich möchte in diesem Zusammenhang dem Hofrat Dr. Konrad mit seinen Leuten Kalcher, Brandl, wie sie alle heißen, und der ganzen Crew dafür, daß dort rund um die Uhr Dienst gemacht wird, auch im Hinblick auf das Zivilschutztelefon, im Hinblick auf die Auskunftsstelle für Anfragen über das Strahlenfrühwarnnetz und die direkte Verbindung zu allen Bezirksflorianistationen sehr herzlich danken. (Allgemeiner Beifall.)

Es wird da in einer durchaus bescheidenen Art ein Dienst geleistet, der weit über das hinausgeht, was vor allem heute immer wieder kritisiert wird im Hinblick auf die Bereitschaft, sich voll einzusetzen. Ich möchte das ausdrücklich und als vorletztes Wort gesagt haben.

Nun, ganz zum Schluß. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erfreulicherweise läßt sich diese Entwicklung aber auch finanzieren. Auch das ist mehrfach angesprochen worden. Ich habe mir erlaubt, in diesem Zusammenhang eine Grafik anfertigen zu lassen. (Landeshauptmann Dr. Krainer zeigt eine Grafik.) Das ist die Feuerschutzsteuer über die Jahre seit 1980, das ist der Katastrophenfonds. Gott sei Dank sehen Sie hier eine stetige Zuwachsrate. Einer der Herren Abge-

ordneten hat das auch ausdrücklich angesprochen. Das war eine sehr weitschauende Vereinbarung seinerzeit des Landeshauptmannstellvertreters, des späteren, Norbert Horvatek, und des damaligen Landesrates Ferdinand Pirrsch, die uns diese Möglichkeit auch heute eröffnet, die in Wahrheit ja immer teurer werdenden technischen Geräte finanzieren zu können, weil unsere Einsatzorganisationen erstens selbst enorme Spendenfreudigkeit zeigen und die Bevölkerung, weil unsere Gemeinden durch die Bank hervorragend mitziehen und weil wir über diese beiden Möglichkeiten auch in der Lage sind, unseren Beitrag entscheidend zu leisten. Meine sehr geehrten Freunde, die ihr alle da rückwärts Platz genommen habt, wie jedes Jahr, ihr habt auch heuer wieder den Eindruck bekommen und könnt ihn mit nach Hause nehmen, daß der Steiermärkische Landtag in seiner Gesamtheit weiß, was er an euch hat. In diesem Sinn auch einen herzlichen Dank für euer Kommen und alles Gute für die Zukunft. (Allgemeiner Beifall. – 21.24 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 1 liegt nicht vor. Wünscht der Herr Berichterstatter ein Schlußwort?

Abg. Kanduth (21.24 Uhr): Ich wiederhole meinen Antrag auf Zustimmung zur Gruppe 1.

Präsident Mag. Rader: Ich bitte jene Damen und Herren, die den Ansätzen der Gruppe 1 die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen jetzt zur Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Siegfried Ussar. Ich bitte um seinen Bericht. Ich darf bei der Gelegenheit herzlichst die Herren der Einsatzorganisationen verabschieden. Danke, daß Sie bei uns waren.

Abg. Ussar (21.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Gesonderte Verwaltung: Schulaufsicht, Personalvertretung der Landeslehrer, Pensionen der Landeslehrer; allgemeinbildender Unterricht: allgemeinbildende Pflichtschulen, gemeinsame Kosten, Sonderschulen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen; berufsbildender Unterricht: Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung, berufsbildende Pflichtschulen, berufsbildende mittlere Schulen – land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen, Land- und forstwirtschaftliche Fachschule Grottenhof-Hardt, Land- und forstwirtschaftliche Fachschule Gleisdorf, Land- und forstwirtschaftliche Fachschule Sankt Martin, Schloß Burgstall bei Wies, Land- und forstwirtschaftliche Fachschule Sankt Martin, Schloß Neudorf; berufsbildende höhere Schulen; Berufsausbildung schulentlassener Jugendlicher; sonstige Einrichtungen und Maßnahmen; Förderung des Unterrichtes; Förderung des Schulbetriebes; Förderung der Lehrerschaft; Schülerbetreuung; vorschulische Erziehung: Kindergärten, Förderung der Kindergärtnerinnen; außerschulische Jugendberziehung: Schüler-, Lehrlings- und Gesellenheime, Schülerheim Bad Aussee; Jugendherbergen und Jugendheime, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen: Jugendferienaktionen, Förderungsmaßnah-

men; Sport und außerschulische Leibesübungen: Landessportorganisation, Turn- und Sporthallen, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen; Erwachsenenbildung: Volkshochschulen, Volkshilfswerke, Volkshilfshäuser, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, Förderungen: Forschung und Wissenschaft, Förderung von Universitäten und Hochschulen, Universitäts- und Hochschuleinrichtungen, Studienbeihilfen, wissenschaftliche Archive, wissenschaftliche Bibliotheken, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen. Ausgaben im Voranschlag: 7.659.958 Schilling, Einnahmen: 6.598.454 Schilling. Ich beantrage, den Voranschlag in der vorliegenden Form anzunehmen. (21.27 Uhr)

Präsident Mag. Rader: Danke für den Bericht. Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die Spezialdebatte zur Gruppe 2 zu teilen, und zwar wie immer im ersten Teil Unterricht, Erziehung, Wissenschaft und im zweiten Teil den Sport. Wird dagegen ein Einwand erhoben? Ich sehe keinen.

Wir kommen nun zum ersten Teil der Gruppe 2: Unterricht, Erziehung und Wissenschaft. Bevor ich die erste Wortmeldung erteile, weise ich darauf hin, daß wir uns heute vorgenommen haben, diese Gruppe zu beenden. Es haben sich bis jetzt zum ersten Teil der Gruppe 17 Redner und zum zweiten Teil ein Redner, also insgesamt 18 Redner, gemeldet. Ich sage das nur zur Zeitökonomie für jeden Redner. Erster Redner ist der Berichterstatter selbst, der Herr Abgeordnete Ussar.

Abg. Ussar (21.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Dame und sehr geehrte Herren der Steiermärkischen Landesregierung! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft gibt uns Abgeordneten die Möglichkeit, im Rahmen der Budgetdebatte immer wieder zu aktuellen Problemen im Schulbereich und im Bildungsbereich Stellung zu nehmen.

Der Herr Landesfinanzreferent Ing. Hans-Joachim Ressel hat in seiner groß angelegten Budgetrede auf die viel diskutierte Einsparung des Bundes bei den Lehrerkosten als gravierendes Problem für das Land Steiermark hingewiesen, das jedenfalls in dieser Form unbedingt verhindert werden muß.

Diese Sparmaßnahmen des Bundes würden nämlich entweder einen Mehraufwand von über 600 Millionen Schilling für das Land Steiermark oder die Vertragsbeendigung von rund 1500 Lehrern in der Steiermark bedeuten.

Beides, wie der Herr Landesfinanzreferent ausführte, inakzeptable Lösungsansätze.

Wie schon im Jahre 1988, haben die angekündigten Sparmaßnahmen des Bundes bei Schülern, Eltern und Lehrern heftigste Proteste bis zur Streikdrohung hervorgerufen.

Wir alle erleben mit Freude, welchen hohen Stellenwert die Eltern gerade in unserer Zeit einer guten schulischen Ausbildung beimessen. Aber auch die steirische Presse hat im Rahmen ihrer Berichterstattung ausführlich über die geplanten Maßnahmen des Bundes informiert.

Was heißen denn diese Sparmaßnahmen im Klartext? Auflösung von bereits bestehenden Klassengemeinschaften, Auflösung bereits bewilligter Klassen, Verschlechterung des pädagogischen Klimas, wesentlich geringere Förderungsmöglichkeiten sowohl für begabte als auch für weniger begabte Schüler, Verschlechterung der Integration behinderter Kinder, Auflösung von Schulstandorten, Einschränkung bei Freigegegenständen und unverbindlichen Übungen, Eiszeit bei modernen Schulentwicklungen und Schulversuchen.

Kurz und klar gesagt, eine Eiszeit bei modernen Schulentwicklungen und Schulversuchen. Wie es Schülern, Eltern und Lehrern im Jahre 1988 gelungen ist, durch entschlossenes Eintreten gegen unberechtigte Einsparungen im Bildungsbereich einzutreten – wir alle, die wir damals schon im Hause waren, erinnern uns an die mächtige Demonstration am Grazer Hauptplatz –, muß es auch diesmal möglich sein, den Schulbereich von unberechtigten Sparmaßnahmen nicht nur ausdrücklich auszunehmen, sondern sogar noch mehr finanzielle Mittel für diesen Bereich bereitzustellen. Weil ich gerade das Jahr 1988 erwähnt habe, möchte ich in diesem Zusammenhang auch dem Herrn Hofrat Dr. Urabić, dem Chef der Abteilung 13, danken, der sich damals ganz besonders für Eltern, Schüler und Lehrer eingesetzt hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, gerade die letzten Zahlen des österreichischen Institutes für Berufsbildungsforschung zeigen uns, daß in der Gliederung der Arbeitslosen nach ihrem Bildungsstand die Hälfte aller Vorgemerkten keine den Abschluß der allgemeinbildenden Pflichtschule übersteigende Berufsqualifikation aufweisen. Ich stelle also auch hier im Hohen Hause fest, eine gute Ausbildung ist auch in Zukunft die beste Investition. Höhere und bessere Bildung wird auch in Zukunft einen höheren Zugang zur Arbeitswelt sichern. Nur mit der besten Qualifikation, sehr geehrte Damen und Herren, werden die heutigen Schulkinder auch den Anforderungen in zehn oder zwanzig Jahren begegnen können. Und keiner von uns, der hier im Raum sitzt, kann schon sagen, welche Berufe es in zehn oder zwanzig Jahren geben wird. Ich stelle also noch einmal ganz eindeutig fest, es darf die pädagogische Qualität des Schulwesens auf keinen Fall geschmälert werden. Das Angebot im pädagogischen Bereich muß ganz einfach erhalten bleiben.

Und ich betone noch einmal, das betrifft vor allem auch die Schulversuche und die Sonderformen. Ich fordere von dieser Stelle aus die Steiermärkische Landesregierung gemeinsam auf, und ich betone gemeinsam, auf die Bundesregierung entsprechend einzuwirken, damit die Besoldung der Pflichtschullehrer in der Steiermark ab 1. Jänner 1993 im Rahmen des neuen Finanzausgleiches in vollem Umfange, und ich betone das, in vollem Umfange vom Bund wie bisher übernommen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich darf nun dem für das Schulwesen in der Steiermark zuständigen Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner für seine klare Aussage bezüglich der Einsparungsabsichten des Bundes auf dem Bildungssektor danken. Ich zitiere wörtlich. Der Erste Landeshauptmannstellvertreter hat gesagt: „Zur grundsätzlichen Einsparungsabsicht des Bundes

möchte ich als für das Schulwesen in der Steiermark Verantwortlicher dezidiert feststellen, daß Einsparungen auf dem Schulsektor nicht auf Kosten der Qualität und Effizienz der Ausbildung von Schülern und Lehrern geschehen dürfen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf jüngste Daten einer OECD-Studie über die Bildungschance von 24 Ländern hinweisen, wonach Österreich mit 11,2 Prozent Bildungsausgaben an den öffentlichen Ausgaben ohnehin nur im Mittelfeld der Industriestaaten liegt. Weitere Einsparungen“, sagt der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter, „würden meines Erachtens wohl nur zu pädagogisch nicht vertretbaren Auswirkungen führen und gleichzeitig den Bildungsauftrag unserer Schulen behindern. Die vom Bund verlangten Einsparungen halte ich daher im Hinblick auf eine moderne Bildungspolitik und fortschrittliche Pädagogik für unrealistisch und in dieser Form für nicht verantwortbar.“ Ende des Zitates.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Abgeordnete, in den letzten zwei Jahrzehnten wurden im österreichischen Schulwesen eindrucksvolle Fortschritte erzielt. Es wurden allein vom Bund, und ich erinnere daran, 300 Schulgebäude errichtet. Dadurch konnten rund 140.000 neue Ausbildungsplätze geschaffen werden. In Österreichs Schulen unterrichten derzeit fast 110.000 Lehrer. Die Schülerfreifahrten eröffneten den Zugang zu allen Bildungseinrichtungen ohne ökonomische Belastungen der Familien, der Eltern. Die kostenlosen Schulbücher schufen einheitliche Lernbedingungen für alle Schüler. Im Schulunterrichtsgesetz 1974 wurde die innere Demokratisierung der Schule herbeigeführt und die Mitbestimmung im Rahmen der Schulpartnerschaft in mehreren Novellierungen des Gesetzes weiter ausgebaut. Damit, sehr geehrte Damen und Herren, wurde eine breite Öffnung des Schulsystems für die Kinder aller, und ich betone aller, Bevölkerungsschichten geschaffen. Dieser erfolgreiche Weg muß fortgesetzt werden und darf auf keinen Fall durch unberechtigte Einsparungen gefährdet werden. Es ist sehr erfreulich, daß gerade bei uns in der Steiermark im Rahmen von Eltern- und Schülerkongressen wichtige pädagogische und schulpolitische Anliegen mit und von den Betroffenen ausgiebig diskutiert wurden. Im Rahmen dieser Kongresse wurden wertvolle Anregungen gegeben, die in den entsprechenden Gremien noch ausführlich zu diskutieren sein werden. Ich habe bereits in der letzten Budgetdebatte darauf hingewiesen, mit welchem großem Einsatz, Engagement, Fleiß und Phantasie Tausende Lehrer in unserer steirischen Heimat tagaus, tagein in unseren Schulen zum Wohle unserer Schüler wirken. Es gilt daher auch, sehr geehrte Damen und Herren, hier im Hohen Haus unseren herzlichsten Dank diesen Damen und Herren auszusprechen. Wir wissen, und das möchte ich heute auch einmal sagen, und wir haben gerade vorher auch von unseren Einsatzorganisationen gesprochen, daß es sehr, sehr viele Lehrer gibt, die nicht nur die im Lehrplan vorgeschriebenen Aufgaben erfüllen, sondern weit darüber hinaus unbezahlt zahlreiche Verantwortungen gerne übernehmen. (Allgemeiner Beifall.)

Für dieses positive Wirken ist aber vor allem auch das Schulklima wichtig. Es ist unsere Aufgabe, sehr geehrte Damen und Herren, hier im Hohen Haus Vor-

aussetzungen in unseren Schulen dafür zu schaffen, daß neben einem guten pädagogischen Klima, und ich betone dies besonders, auch für die entsprechende Ausstattung der Schulen gesorgt wird. Ich glaube, in dieser Hinsicht müssen wir uns auch einmal mit den Dotationen beschäftigen, die seinerzeit nach den Schülerzahlen festgelegt wurden. Ich glaube, daß hier auch eine Anhöhung höchst notwendig ist. Die Qualität und Ausstattung der Schulen ist für die Qualität des Unterrichtes von ganz entscheidender Bedeutung. Denken wir nur daran, daß bei den Bundesschulen der Sachaufwand zur Gänze vom Bund getragen wird und unsere Gemeinden manchmal in der Ausstattungsfrage finanziell ganz einfach überfordert sind. Hier ist es unbedingt wichtig, unsere Gemeinden ganz besonders zu unterstützen. Ich danke dem Gemeindefereenten, unserem Ersten Landeshauptmannstellvertreter, daß er das in sehr wirkungsvoller Weise immer wieder auch tut.

Aber auch ein ganz wichtiger Faktor, sehr geehrte Damen und Herren, für das Schulklima sind die Klassenschülerhöchstzahlen. Und ich betone noch einmal, die Klassenschülerhöchstzahlen. Ich erinnere daran, daß das Schulvolksbegehren zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen von 30 auf 25 Schüler in der Steiermark ein respektables Ergebnis erzielt hat. 38.042 Steirerinnen und Steirer unterstützten dieses Schulvolksbegehren. Einschließlich der im Einleitungsverfahren gesammelten Unterstützungserklärungen waren es insgesamt 59.190 Stimmen, das sind immerhin 6,79 Prozent. Der Antrag auf Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahl von 30 auf 25 Schüler pro Klasse wurde auch hier im Hohen Haus einstimmig beschlossen. Mit diesem Beschluß hat sich der Steiermärkische Landtag vor Einleitung des Volksbegehrens schon eindeutig zur Schülerhöchstzahl von 25 bekannt. Es wird gerade, sehr geehrte Damen und Herren, in Zukunft notwendig sein, daß beim Schuleintritt schon kleinere Klassen gebildet werden. Nur kleinere Klassen bilden die Chance, durch verschiedene Differenzierungsmaßnahmen auf die individuellen Lernbedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Daß sich heute oft viele Lehrer, das muß man auch sagen, im Unterricht überfordert fühlen, liegt noch an den hohen Klassenschülerhöchstzahlen. In Österreich gibt es noch immer 4500 Klassen mit über 27 Schülern. Und allein in unserer steirischen Heimat gibt es noch immer 20 Prozent der Klassen mit mehr als 26 Schülern. Ich bin hier mit dem Herrn Landesschulinspektor Prettenhofer einer Meinung, daß eine Klassenschülerhöchstzahl von 20 pro Klasse die Idealzahl wäre. Mit dieser Schülerzahl, sehr geehrte Damen und Herren, könnten die im Lehrplan formulierten allgemeinen Bildungsziele ohne weiteres erreicht werden: Sorgfältige Behandlung des Lehrstoffes, Beachtung der didaktischen Grundsätze, optimale Förderung aller Schüler.

Auf jede Schülerpersönlichkeit könnte besser eingegangen werden, und die Anwendung moderner Methoden würde eine humane Schule garantieren. Soziales Lernen kann bei dieser Schülerzahl ganz besonders gepflegt werden und was mir besonders wichtig erscheint, daß auch die Integration behinderter Kinder bei dieser Schülerzahl ohne weiteres möglich ist.

Im Rahmen von geringeren Schülerzahlen wäre auch der Projektunterricht möglich. Auch Erziehungsaufgaben, die früher größtenteils im Elternhaus wahrgenommen wurden, werden nun teilweise auf die Schule, auf die Lehrer übertragen.

Gerade beim letzten Elternkongreß wurde von vielen Teilnehmern auf die Wichtigkeit der einst so gut funktionierenden Familie hingewiesen.

Beachten wir aber nun auch die heutige Situation. Rund 60 Prozent der verheirateten Mütter mit einem Kind sind berufstätig. Wir haben eine ständig steigende Zahl von Alleinerziehern. Schon allein aus dieser Situation erwachsen immer mehr Erziehungsaufgaben auch für den Lehrer.

Auch der Faktor Gewalt in der Schule darf nicht unbeachtet bleiben. Wir wissen, vieles ist schon geschehen, aber vieles ist auch noch zu tun.

Die Frau Vizepräsidentin des Landesschulrates für Steiermark, Frau Direktor Dietlinde Leder, hat schon einige Male in der Presse die Einrichtung eines Lehrerberatungszentrums, wie es in Wien bereits besteht, gefordert. Es wäre sicher wichtig, so ein Zentrum in der Steiermark zu errichten.

Ein wichtiger Faktor wird auch die Ausweitung des Angebotes an ganztägigen Schulformen sein. Das Angebot an ganztägigen Schulformen soll vor allem flächendeckend ausgebaut werden, wobei die Entscheidung über die Art der Verbindung vom Unterrichts- zum Betreuungsteil der Schulpartnerschaft überlassen werden soll.

Aus Erfahrung wissen wir, daß das Modell Ganztagschule an zahlreichen Standorten in Österreich in den letzten Jahren erprobt wurde.

Auf Grund der prozentmäßig begrenzten Schulversuche mußten Hunderte Familien derzeit abgewiesen werden. Vor allem aber müssen alle Möglichkeiten geprüft werden, die anfallenden Kosten über Bund, Länder und Gemeinden aufzubringen. Sollte dennoch ein Beitrag der Eltern verlangt werden, so muß dieser Beitrag unter allen Umständen sozial gestaffelt werden.

Aus finanziellen Gründen darf in Zukunft kein Kind von der Möglichkeit zum Besuch einer Ganztagschule ausgeschlossen werden. Es ist selbstverständlich, daß die Ganztagschule kein Muß sein darf.

Auch bei Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache fehlt uns manchmal noch das Problembewußtsein. Es wird auch in der Steiermark unbedingt notwendig sein, die nötigen Voraussetzungen für die Betreuung dieser Schüler, die sicher auch bei uns im Anteil steigen werden, zu schaffen.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Gleichstellung von Lehrlingen und Schülern. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems vom Lehrling bis zur Fachhochschule ist zu realisieren. Insbesondere ist ein massives Investitionsprogramm für die Berufsschulen umzusetzen. Wir haben bereits große Ansätze in diesem Budget. Bei den Freifahrten wird die steirische SPÖ eine Landesinitiative starten, sollte seitens des Bundes keine generelle Freifahrt für Lehrlinge eingeführt werden.

Im Rahmen der Wahlwerbung für die Landtagswahl haben wir steirischen Sozialdemokraten im Rahmen einer Wahlplattform einer breiten Öffentlichkeit unser Konzept für die Schule vorgestellt. Unter dem Motto „Schule der Zukunft“ haben wir unsere schulpoli-

tischen Überlegungen einer breiten Öffentlichkeit zur Diskussion präsentiert. Im Mittelpunkt unserer Forderung steht weiterhin die einheitliche Schule für den Mittelstufenbereich. Die gemeinsame Schule für alle Heranwachsenden im schulpflichtigen Alter ist und bleibt ein zentrales Anliegen sozialdemokratischer Schul- und Gesellschaftspolitik. Die Sozialdemokraten sehen in der Selbstbestimmung der Menschen den Kern der Humanität und das Grundprinzip der Politik.

Den Zukunftsträgern Wissenschaft und Forschung kommt in der Sozialdemokratie ein hoher Stellenwert zu. Kristallisationspunkt der Forschung sollen auch künftig die Universitäten sein. Der freie Zugang zu diesen Einrichtungen muß aufrechterhalten und ausgebaut werden. Wir sind gegen jeden Numerus clausus.

Wir Sozialdemokraten werden allen Forderungen nach einer elitären Verengung des Wissenschaftssystems entschieden entgegenzutreten. Unsere Universitäten wurden meistens in der Bundeshauptstadt oder in den Landeshauptstädten errichtet. Der Werdegang der Montanuniversität zeigt, daß es in diesem Fall anders war.

Hier haben der steirische Erzberg und die in seinem Umfeld bereits angesiedelten Industriestandorte den maßgebenden Ausschlag zur Gründung gegeben. Die Montanuniversität Leoben, die erst vor kurzem, noch unter dem Rektorat des Abgeordneten Jeglitsch, ihr 150jähriges Bestandsjubiläum gefeiert hat, gehört zwar nicht zu den ältesten, gewiß aber zu den bedeutendsten höheren Schulen unseres Landes.

Ich habe immer wieder die Möglichkeit, an Veranstaltungen im Auditorium maximum der Universität teilzunehmen, und es ist ganz besonders erfreulich, daß aus allen Ländern unserer Erde Studierende gerne nach Leoben kommen, um auf dieser Universität, die weltweit größte Anerkennung hat, zu studieren. Auch unser Präsidentschaftskandidat Dr. Rudolf Streicher hat sein Studium in Leoben abgeschlossen und gehört derzeit auch dem Universitätskollegium als Universitätslehrer an.

In seiner Inaugurationsrede trat der neugewählte Rektor der Montanuniversität, Prof. Dipl.-Ing. Dr. Ing. Albert Oberhofer, für die Führung der Universitäten mit modernen und erprobten Managementtechniken ein.

Aus einer Gegenüberstellung von Unternehmen und Universitäten leitete der anerkannte Betriebswissenschaftler ab, daß Universitäten unter bestimmten Einschränkungen als Unternehmen gesehen und geführt werden können. Ich habe in meiner letzten Budgetrede immer wieder darauf hingewiesen, welche große Bedeutung die Montanuniversität für unsere Stadt Leoben und für unsere Region hat. Es erscheint mir nun ganz wichtig, daß diese Universität, die gerade im Hinblick auf Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Forschung für unseren Raum von eminenter Bedeutung ist, auch von Land und Bund die entsprechende Förderung erfährt. Ich weiß, daß wir von unserem Ersten Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner die beste Unterstützung haben werden.

Es wird daher in Zukunft vermehrt notwendig sein, bei der Durchführung internationaler wissenschaft-

licher Veranstaltungen neben Graz auch Leoben als Veranstaltungsort zu wählen. Nachdem nun in Leoben ein neu gestaltetes Kongreßzentrum vorhanden ist, sind für solche Begegnungen in der Bergstadt die besten Voraussetzungen geschaffen. Der Herr Prorektor Univ.-Prof. Dr. Franz Jeglitsch wird mir bestätigen, daß die Stadt Leoben immer ihre Verpflichtungen im Hinblick auf die Montanuniversität besonders wahrgenommen hat und der Herr Bürgermeister mit dem Stadt- und Gemeinderat das immer wieder in den Vordergrund gestellt hat.

Ich darf hier feststellen, daß seit dem Jahre 1952 Grundschenkungen im Ausmaß von 16.564 Quadratmeter an die Montanuniversität durchgeführt wurden. In diesem Zusammenhang darf ich aber für die Errichtung der Erweiterungsbauten für unsere Montanuniversität unter Einbeziehung der vorgesehenen Altobjekte eine ganz besondere Förderung durch das Land Steiermark ganz energisch fordern.

Von der Stadt Leoben sind die nötigen Voraussetzungen bereits gegeben. Hier gilt es, eine rasche Handlung zu setzen. Mit einer raschen Förderung der Montanuniversität in Leoben fördern wir aber auch gemeinsam die Zukunftsregion Obersteiermark.

Unsere Montanuniversität in Leoben hat Weltruf. Nicht nur unter den Studenten wegen der vorbildlichen Betreuung und der menschlichen Behandlung an dieser Universität, sondern vor allem wegen der ausgezeichneten Ausbildung. Sie haben erst vor kurzem wieder gelesen, daß die Institute dieser Universität eine Spitzenstellung in Österreich einnehmen. Ich komme schon zum Schluß. Durch eine zukünftig noch verstärkte Zusammenarbeit der Montanuniversität in Leoben mit der heimischen Wirtschaft muß es möglich sein, diese traditionsreiche Industrieregion im Wandel in eine moderne Industrieregion umzuwandeln. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall. – 21.47 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Beutl. Um Ihnen die Passage nicht noch einmal vorlesen zu müssen, sage ich nur: Bitte beachten Sie den Paragraphen 46 Absatz 4 der Geschäftsordnung.

Abg. Beutl (21.48 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich darf vorausschicken, daß ich in vielem, was die Schule anlangt, mit meinem Vorredner übereinstimme, obwohl es natürlich vielleicht doch auch einige andere Schwerpunkte gibt, die ich herausstreichen möchte. Ein zeitlos gültiger und für Nichtlateiner durchaus verständlicher Ausspruch heißt: „Non scholae, sed vitae discimus.“ Und in diesem Ausspruch steckt ein sehr hoher Anspruch, nämlich daß wir nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen. Die Frage ist tatsächlich: Schafft die Schule diesen hohen Anspruch? Die Schule soll auf das Leben vorbereiten, soll dazu beitragen, daß Bildung für alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen so abgestimmt ist, daß sie auf das gegenwärtige, aber auch zukünftige Leben in Gesellschaft, Familie und Beruf vorbereiten soll. Gleichzeitig kommt es auf die Entfaltung der Gesamtpersönlichkeit der Schüler mit all ihren Fähigkei-

ten, Neigungen und Interessen an. Lernen mit allen Sinnen, nicht nur die intellektuelle Leistung allein, nicht nur das Hirn, sondern auch das schöpferische Tun, das Arbeiten mit der Hand, soziales Handeln werden immer bedeutsamer. Wir sollen für das Lernen mit Hirn, Herz, aber auch mit der Hand in der Schule vorbereiten. Das Leben aber ist nichts Statisches. Es ist etwas Dynamisches und verändert sich laufend, und Begriffe wie technischer Fortschritt und gesellschaftlicher Wandel kennzeichnen diese Veränderungen und haben Auswirkungen auf alle Lebensbereiche in unserer Zeit. Der Schule kommt daher die Aufgabe zu, für diese neuen wirtschaftlichen, technischen, sozialen und kulturellen Veränderungen eine Lösung und eine besondere Bedeutung in Form inhaltlicher Konzepte bereitzustellen.

Mein Vorredner ist auch zum Teil, und ich möchte sie eigentlich nur schlagwortartig anführen, auf diese gesellschaftlichen Veränderungen eingegangen. Da sind die zunehmende Verstädterung zu nennen, die Verdichtung des Straßenverkehrs und die Tatsache, daß Kinder zunehmend in künstlich geschaffenen Spielräumen spielen und immer mehr ein Leben aus zweiter Hand führen. Die technische und medialen Ausstattungen der Haushalte nehmen zu. Zwei Fernsehgeräte, Videogeräte, Computeranlagen gehören zu vielen Haushalten. Der durchschnittliche Lebensstandard und die Ansprüche von Familien, Kindern und Jugendlichen sind gestiegen, andererseits steigt aber auch die Arbeitslosigkeit. Die Familiengröße sinkt, die Geburtenrate liegt derzeit bei 1,4 Prozent. Immer mehr Kinder wachsen als Einzelkinder auf, autonome und liberale Erziehungswerte bestimmen den Umgang und das Verhältnis von Eltern und Kindern, letztlich auch von Kindern und Lehrern, bis hin zu einer gewissen Respektlosigkeit gegenüber allen Arten von Autorität. Individualität bis hin zum Egoismus verstärkt sich, vielfältige Familienformen haben sich etabliert, die Scheidungszahlen verdoppeln sich, die Zahl der Alleinerzieher und Alleinerzieherinnen steigt. 14 Prozent der österreichischen Familien sind alleinerziehend, und davon sind 90,3 Prozent Mütter. Die Berufstätigkeit der Frauen nimmt weiter zu. Diese veränderten gesellschaftlichen Situationen verändern auch das Schulleben. Viele Kinder haben Identitätsprobleme. Es gibt psychosomatische Erkrankungen, Aggressionen, Kinder zeigen Verhaltensauffälligkeiten und Unkonzentration bis hin zur Schulverdrossenheit. Einzelkinder haben andere Verhaltensweisen, und sie erfordern im Unterricht eine andere Form der Betreuung. Lehrer müssen zunehmend Elternersatz, Sozialarbeiter und Psychotherapeuten sein. Gesellschaftliche Probleme werden immer mehr in die Schule hineingetragen. Gleichzeitig, und auch das wurde von meinem Vorredner angeschnitten, sind die Eltern aber sehr stark an der Schule und an den Lebenschancen ihrer Kinder interessiert. Die Chance eines Einzelkindes oder eines Kindes aus einer Zwei-Kinder-Familie, eine weiterführende Schule zu besuchen, ist nicht zuletzt wegen des größeren finanziellen Spielraumes doppelt so groß wie für Kinder aus größeren Familien. Und auch das muß ein gewichtiger Grund für eine bessere Förderung von Mehrkindfamilien angesichts der Tatsache sein, daß etwa 100.000 Familien mit 200.000 Kindern in Österreich an der Armutsgrenze leben. Die Bildungswünsche der Eltern sind höher geworden, denn

immer mehr erkennen sie, daß heute ein erfolgreicher Schulabschluß für den Übergang ins Beschäftigungssystem zu einer notwendigen, aber längst nicht mehr ausreichenden Bedingung geworden ist. Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang, der sich zahlenmäßig belegen läßt, von geringer Qualifikation und geringerer Arbeitschance.

Ein zweiter Punkt wird ebenfalls immer klarer. Elementarbildung reicht ebenso wenig, wie Einmalbildung. Lebenslanges Lernen ist eine notwendige Voraussetzung für das Bestehen in der Arbeitswelt in Zukunft, vor allem auch wegen der Tatsache, daß das Wissen rasch veraltet. Die Halbwertszeit in der Mikroelektronik zum Beispiel beträgt drei Jahre. In besonders einschneidender Weise verändern sich durch den technischen Fortschritt die Arbeits- und Berufswelt, und der Strukturwandel betrifft vor allem Arbeitsinhalte und Arbeitsverfahren. Und es wurde schon genannt, daß im Blick auf die Anforderungsebenen beziehungsweise Anforderungsprofile die Prognose bis zum Jahr 2010 von einer deutlichen Verschiebung zu anspruchsvolleren Berufen spricht. Eine Zunahme von 28 auf 39 Prozent wird für den Zeitraum der Jahre 1985 bis 2010 in diesen Bereichen erwartet. All diese bereits stattfindenden Veränderungen bedingen notwendigerweise Veränderungen in der Schule.

Die wachsende Bedeutung von Wirtschaft und Technik macht auch grundlegende Kenntnisse der technischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhänge im Unterricht notwendig. Einblicke in die Arbeits- und Berufswelt sind wesentliche Voraussetzungen für eine fundierte Berufs- und Lebensplanung der Schüler und Schülerinnen, und ganz besonders auch, wenn es darum geht, daß sich Frauen, junge Mädchen stärker auch für technisch-naturwissenschaftliche Berufe interessieren sollten. Zu einem zeitgemäßen Allgemeinbildungsverständnis gehört auch das Bewußtsein um die Verantwortung jedes einzelnen für die Lebensbedingungen künftiger Generationen. Die zunehmende internationale Verflechtung erfordert ein besseres Verständnis fremder Kultur, Denkweisen und das Beherrschen von Sprachen.

Stichwort „Europareife“. Daß elementares Sachwissen und grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten weiterhin unverzichtbar sind, ist keine Frage, auch wenn hier Mängel festzustellen sind. Aber angesichts der absehbaren Erfordernisse geht es um mehr. Es geht um die Beherrschung von überfachlicher Qualifikation, von sogenannten Schlüsselqualifikationen. Diese müssen auf allen Ebenen unseres Bildungswesens zum Tragen kommen. Es sind dies nämlich nicht Fähigkeiten, die direkt aus der reinen Inhaltsvermittlung bestimmter Unterrichtsgegenstände erwachsen, sondern aus dem erzieherischen Wirken der Lehrerinnen und Lehrer, denn sie sitzen tief verankert in der Persönlichkeit und sind durch Kurz Kurse schwer erreichbar. Hier ist ein Erziehungsprozeß erforderlich, der schon im Grundschulalter beginnen sollte und der die entsprechenden Rahmenbedingungen, und das hat mein Vorredner sehr deutlich angeschnitten, in der Gestalt, daß Klassenschülerhöchstzahlen und Gruppengrößen gesenkt werden müssen, braucht.

Unsere Zeit verlangt ebenfalls, daß sich die Schule wieder mehr des Erziehungsauftrages besinnt. Mehr Mut zur Erziehung, die in unserer offenen pluralisti-

schen und mobilen Gesellschaft die Möglichkeit zur Orientierung gibt, wäre notwendig. Nur in der Gesamtheit von Erziehung und Unterricht läßt sich Persönlichkeitsbildung erreichen. Einer Schule der Zukunft muß es gelingen, sich auch auf die eben genannten Veränderungen inhaltlich, didaktisch und methodisch umsichtig einzustellen. Ich behaupte, daß die steirische Schule im Hinblick darauf in den letzten Jahren Beachtliches und Zukunftsweisendes geleistet hat und daß der notwendige Weg einer schulischen Erneuerung eingeleitet wurde. Die Bandbreite der schulischen Entwicklung und Innovation ist wirklich beachtlich und vielfältig. Wenn ich heute in einer Tageszeitung von morgen die Überschrift gelesen habe „Die Steiermark ist Vorbild“ und damit die heilpädagogischen Kindergärten gemeint waren, so darf ich wirklich sagen, daß das auch auf viele Versuche und Erneuerungen im schulischen Bereich zutrifft.

Ich habe mir gedacht, es wäre wirklich einmal interessant zu hören, was alles in den Schulen geschieht, wenn es um inhaltliche Verbesserung und Qualitätssteigerung geht. Wir haben allein im Volksschulbereich 15 Volksschulen, die sich dem musikalischen Schwerpunkt verschrieben haben. Viele Volksschulen nehmen auch an Schulversuchen, wie etwa zur verbalen Beurteilung, zum computergestützten Unterricht, Philosophie für Kinder, gesunde Ernährung, Jahresplanung Werkunterricht, Maßnahmen im Schuleingangsbereich sowie zur vertieften Ausbildung mit sportlichen Schwerpunkten, teil. Besonders innovativ sind allerdings die Sonderformen und Schulversuche, die in den Hauptschulen stattfinden. Von 198 Hauptschulen in der Steiermark bemühen sich mehr als die Hälfte, nämlich 107, um Schwerpunktbildung und Profil. Wir haben 13 Musikhauptschulen, zwölf Sporthauptschulen und drei Schilhauptschulen, und im vergangenen Schuljahr haben 20.000 Schülerinnen und Schüler an Sportwochen teilgenommen, das ist mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler in der Steiermark.

Es gibt eine Reihe von Schulversuchen zur Schulautonomie. Ich erwähne hier die Steirische Hauptschule, in der die Herabsenkung der Pflichtunterrichtsstunden versucht wird und wo in Fünf-Tage-Woche, Team-teaching und Zwei-Lehrer-System die Schule ein neues Profil bekommt. Sieben Hauptschulen erproben die „Binnendifferenzierte Hauptschule“, die ohne Leistungsgruppen im heterogenen Klassenverband arbeitet. Wir haben viele Standorte des integrierten Förderunterrichts und Versuche mit fremdsprachlichem Schwerpunkt, die die fremdsprachlichen Fertigkeiten erweitern, Zweitsprache Französisch, Ungarisch. Weiters wird auch hier Philosophie mit Kindern, aber auch Hauptschulen mit musisch-kreativem Schwerpunkt, dynamische Hauptschule, Fördermaßnahmen zur Vorbereitung auf höhere Schulen, Computerhauptschulen, angewandte Informatik und vieles andere mehr angeboten. An ganztägigen Schulformen, Tagesheimschule und Ganztagschule, nehmen 23 Schulen im Pflichtschulbereich teil.

Die Bemühungen um Schülerinnen und Schüler mit nicht deutscher Sprache sind besonders hervorzuheben, weil sie unter erschwerten Bedingungen stattfinden. Wir haben an Volksschulen 1030 Schüler zu

verzeichnen, an Hauptschulen 618, an Polytechnischen Lehrgängen 37 und an Sonderschulen 22.

Besonderes Augenmerk wird in der Steiermark der Integration von behinderten Kindern geschenkt. In zirka 60 integrativen und kooperativen Klassen sowie in 30 Klassen im Stützlehrersystem werden behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet, und die daraus gewonnenen positiven Erfahrungen für beide Gruppen verstärken den Wunsch vieler Eltern nach voller Teilhabe behinderter Kinder am schulischen Leben. Ich bin sehr dankbar, daß alle hier im Hohen Haus vertretenen Fraktionen den Resolutionsantrag diesbezüglich mitgetragen haben. Richtungsweisend sind die Schulversuche Schulverbund Graz-West und Realschule, wobei vielleicht zu erwähnen ist, daß das Modell der Realschule im Herbst auch vom Bundesland Wien übernommen wird.

Ganz kurz möchte ich doch noch eingehen auf Entwicklungen im Berufsschulwesen. Denn angesichts der demographischen Entwicklung, aber auch durch den einseitigen Trend zur Matura und Universität ist ein Mangel an Fachkräften in der Wirtschaft entstanden, und es muß auch in der Steiermark bildungspolitische Initiativen geben, die darauf Rücksicht nehmen. Zu verstärken ist die umfassende und frühzeitige Berufsinformation, aber zusätzliche Maßnahmen müssen die bisher als Bildungssackgasse betrachtete Lehre aufwerten, und Lehrlinge müssen eine gediegene Facharbeiterausbildung mit Zugang zu Fachhochschulen ermöglicht bekommen.

Beispiele in den Nachbarländern, etwa in der Schweiz, wo es eine Berufsmittelschule gibt, zeigen Möglichkeiten auf. Der Bildungsscheck des Landes Steiermark, der den Lehrlingen die Weiterbildung finanziell erleichtert und sie dazu motivieren soll, Weiterbildung anzustreben, sollte bald eingeführt werden. Die Stärke und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft wird nicht zuletzt von der Ausgewogenheit der verschiedenen Qualitäten der Arbeitskräfte bestimmt. Auch die höheren Schulen bieten verschiedene zusätzliche Angebote für ihre Schülerinnen und Schüler an, und es ist vorgesehen, daß zum Beispiel auch im konstruktiven Holzbau, in den berufsbildenden höheren Schulen in der Kunststofftechnik, aber auch in EDV und Organisation und Automatisierungstechnik Versuche beginnen sollen.

Im Hinblick auf die stärker werdende Internationalisierung richtungsweisend ist die Grazer International Bilingual School – GIBS genannt –, in der zweisprachig unterrichtet wird. Eine große Bereicherung wäre auch die Verwirklichung des geplanten Projektes des Alpen-Adria-Colleges, das für intensives interkulturelles Lernen ein wichtiger Beitrag wäre. Schon jetzt haben mehr als zwei Drittel aller steirischen Schulen lebendige Schulpartnerschaften zu Schulen in West-, Ost- und Südeuropa. Dies wäre ein Streifzug durch die pädagogische Vielfalt des steirischen Schullebens gewesen.

Ich möchte ganz besonders erwähnen, daß es gelungen ist, durch diese Maßnahmen, vor allem im Hauptschulbereich, diesen sensiblen, kritischen Problembereich der Hauptschulen in der Steiermark so zu gestalten, daß der starke Abwanderungstrend, der in den anderen Bundesländern anhält, bei uns gestoppt werden konnte. Der Anteil der AHS-Anfänger ist bei uns

gesunken, und es gehen drei von vier Schülerinnen und Schülern im Alter von zehn bis vierzehn Jahren in die Hauptschule. Es soll besonders vermerkt werden, daß es der wiedergewählte Präsident des Landesschulrates Dr. Bernd Schilcher war, der seit seiner Amtsführung als Motor und Triebfeder für die Erneuerung und Verbesserung und damit für eine pädagogische Aufbruchstimmung in der Steiermark gesorgt hat. Er hat ein Klima der Offenheit geschaffen, das verkrustete Strukturen aufgebrochen hat und wodurch es auch möglich war, die vielen guten Ideen, die von Schülern, Lehrern und Eltern eingebracht wurden, aufzugreifen und sie umzusetzen. Sein offensives Anpacken der Probleme eröffnet neue Perspektiven und ermöglicht fortschrittliche Pädagogik und offene Schulen in der Steiermark. Ein Dank an ihn und an alle, die ihn im Landesschulrat, aber auch in der Rechtsabteilung 13 unterstützen, sei hier ausgesprochen. Damit Schule gelingt – es wurde heute schon gesagt –, müssen aber auch engagierte und motivierte Lehrer dahinterstehen und sie mittragen, und ich möchte all das unterstreichen, was Kollege Ussar bereits dazu gesagt hat.

Mit den angekündigten 10prozentigen Sparmaßnahmen wurde allerdings eine gewaltige Verunsicherung unter allen Lehrergruppen ausgelöst, aber auch unter Schülern und Eltern, und es muß uns klar sein, daß eine moderne und fortschrittliche Pädagogik nicht zum Nulltarif möglich ist. Wir wehren uns gegen bevorstehende Verschlechterungen. Es kann doch nicht so sein, daß gerade jetzt, vor unserem Aufbruch ins neue Europa, Sparmaßnahmen Platz greifen sollen, wo es doch nur um eine Förderung und Ausweitung der Bildungsausgaben als einzige Zukunftsperspektive gehen kann. In höchstem Maße unzulässig ist es auch vom Bund, den Ländern bei der Kostenberechnung Kosten anzurechnen, die durch Bundesgesetze verursacht wurden. Ich nenne nur etwa die Senkung der Schülerzahlen von 36 auf 31, die Angleichung der Bezugsrelation, die ab 1993 Platz greifen soll, die Überstellung der Volksschullehrer in L2 und die Tatsache, daß unterschiedliche Altersstrukturen bei der Vorrückung unterschiedliche Gehälter ergeben, und das alles wurde nicht berücksichtigt. Das für die Sparmaßnahmen vorgesehene Modell der direkten Bindung der Lehrerposten an die Schülerzahl wird von den Bundesländern abgelehnt. Es bedeutet nicht nur den erbarmungslosen Kampf um jeden Schüler, sondern auch den Stop für pädagogische Reformen. Anstelle dieses eindimensionalen Konzeptes muß ein mehrdimensionales Modell für die kommenden Verhandlungen zum Finanzausgleich überlegt werden, das flexibler und vor allem gerechter wäre. Die Verhältnisse sind bekanntlich nicht in jedem Bundesland gleich, und eine von oben verordnete Gleichmacherei ist nie gerecht. Es finden etwa regionale Gegebenheiten, wie etwa die Topographie eines Landes und damit zusammenhängend die größere Zahl von Kleinschulen, in den Kostenberechnungen des Bundes keinen Niederschlag. Kleinschulen verursachen von Haus aus zirka 60 Prozent fixe Mehrkosten, unabhängig von der Schülerzahl. Die Steiermark hat 135 Kleinschulen. Ihre Erhaltung steht im Arbeitsübereinkommen der Regierung. Es dürfen also Kleinschulen nicht geschlossen werden. Innovative Kriterien müssen ebenfalls in Form einer Sonderdotierung zu Buche

schlagen, weil es ja nicht so sein kann, daß jene, die um pädagogische Entwicklung bemüht sind, bestraft werden sollen. Die Integration von Behinderten, als ein von uns allen mitgetragenes menschliches Anliegen, kann nur gelingen, wenn die entsprechenden personalen und räumlichen Rahmenbedingungen stimmen. Dasselbe gilt für die Integration von Kindern mit nicht deutscher Sprache. Man kann der Schule nicht ständig neue Aufgaben zuweisen und sie bei der Bewältigung dann im Stich lassen. Ein überaus wichtiger Aspekt ist die demographische Entwicklung eines Landes, wenn es darum gehen soll, Schülerzahlen und Lehrer in Relation zu stellen. Die Prognose der österreichischen Raumordnungskonferenz weist in ihrer Studie über die demographische Entwicklung der kommenden 20 Jahre für die Steiermark den höchsten Schülerrückgang bundesweit aus. Alle diese Parameter müssen in die Neuordnung des Finanzausgleiches einfließen, wenn unsere Kinder in der Steiermark nicht von anderen Bundesländern, finanziell bessergestellt, abgekoppelt werden sollen. Radikale Einsparungen ohne Berücksichtigung dieser Kriterien kommen einem schweren Eingriff in die Bildungsstruktur unseres Landes durch den Bund gleich. Daß unsere Kinder jetzt und künftig die Rechnung für eine Budgetsanierung, für eine verfehlte Budgetpolitik der 70er Jahre zahlen sollen, ist nicht einzusehen. Daß zusätzlich zirka 1700 Lehrer und Lehrerinnen und daran angehängt auch deren Familien um ihren Arbeitsplatz zittern müssen, das muß zusätzlich Alarmglocken auslösen. Wir hoffen sehr, daß unser Appell „Agieren, entschiedenes und entschlossenes Auftreten und offensives Eintreten für steirische Interessen gegenüber dem Bund“ gehört wird, und wir erhoffen uns die angekündigten neuen Akzente der steirischen Schulpolitik in dieser Richtung.

Bildung ist die Brücke, die in die Zukunft führt. Brücken brauchen tragfähige Pfeiler und Fundamente. Schwächung und Aushöhlung gefährden die Chancen unserer Kinder an der Schwelle ins dritte Jahrtausend. (Allgemeiner Beifall. – 22.10 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich darf mitteilen, daß sich die Zahl der Redner verringert hat. Die Herren Abgeordneten Schrittwieser und Vollmann haben sich von der Rednerliste streichen lassen. Das sollte kein Beispiel sein. Wir haben daher nur mehr 14 in dieser Gruppe.

Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Bleckmann. Nach ihr Günther Prutsch. Der Paragraph 46 Absatz 4 der Geschäftsordnung gilt noch immer.

Abg. Bleckmann (22.11 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich freue mich, daß dieses Jahr auch Nichtpädagogen an dieser Debatte teilnehmen, denn durch diese unterschiedlichen Standpunkte wird diese Debatte sicherlich belebt werden. Sie werden natürlich verstehen, daß ich die Problematik aus der Warte der Auszubildenden betrachten werde und so sicherlich einige Dinge ganz anders sehe, als es die Lehrer und Professoren empfinden.

Vor allem der Schulbereich kommt aus der Krise nicht mehr heraus. Zuerst die Diskussionen um man-

gelnde Lese-, Schreib- und Rechenkenntnisse der Absolventen, dann die Gehaltsdebatte, gepaart mit der Sorge um ausgebrannte Pädagogen, und zuletzt die Einsparung von Stunden. Am Ende des Jahres 1991 drohten die Pflichtschullehrer mit Streik, um so ihre Gehaltsforderungen auf dem Rücken der Schüler auszutragen. In dieser Woche lesen wir von Streiks der Schüler, Eltern und Lehrer. Doch sehr entsetzt bin ich von der Meldung, die von der „Lehrerangst vor Schulbeginn“ berichtet. Und ich frage mich: Wo sind denn bitte die Lehrer, die noch aus Passion und Berufung ihren Beruf ausüben? Ich frage nach den wirklichen Pädagogen, und nicht die glorreichen Ausnahmen, die vorher schon erwähnt wurden, und nicht nach denen, die diesen Beruf wegen der gutbezahlten Teilzeitarbeit und der langen Ferien ausüben. Beide Seiten, Schüler wie Lehrer, sind sehr frustriert, doch gibt es schon konkrete Reformvorschläge? Von der Seite der Lehrer können wir nur die Forderung nach mehr Geld hören. Die Schüler dagegen brachten schon konkrete Verbesserungsvorschläge ein, die sie am steirischen Schülerkongreß präsentierten. Ich möchte diese schon erwähnten Punkte noch einmal in Erinnerung bringen:

Erstens: Die Schüler selbst wehren sich gegen ein sinkendes Niveau mit einem Nein zum Aufsteigen mit Nichtigend.

Zweitens: Die Schüler selbst fordern mehr Aufklärung in allen Bereichen, mehr Aufklärung über Aids, mehr Aufklärung über Drogen, wie Alkohol, Nikotin und LSD. Die Kollegen meiner Fraktion kennen mich als passionierte Nichtraucherin, die ständig die Fenster aufreißt, wenn zuviel Rauch im Zimmer ist. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Doch der Grundstein für dieses Verhalten wurde bei mir schon in der Schule gelegt, denn wir haben Bilder vorgelegt bekommen von Raucherextremitäten, von wirklich faulig, häßlich, schwarzen Raucherfingern und Raucherbeinen. Und damals habe ich beschlossen, nicht zu rauchen, und dieses Verhalten hat mich bis heute geprägt. In diesem Zusammenhang, der Aufklärung, halte ich auch die Forderung nach dem Fach „Politische Bildung“, in dem der Wissensdrang nach Zeitgeschichte gestillt werden kann, für sehr sinnvoll. Aber ich weiß auch, wie kritisch diese Forderung ist, denn ein schlechter beziehungsweise ein zu politischer Lehrer könnte die Schüler in eine falsche Richtung beeinflussen. Uns allen wird das Buch und auch der Film „Die Welle“ noch in guter Erinnerung sein, in dem eine solche Beeinflussung dargestellt wurde. Hier müßten wir eine besondere Vorsicht walten lassen bei der Auswahl der Lehrer, und die jeweiligen Lehrer, gerade in diesem Fach, müßten sehr oft wechseln, so daß die Schüler kein einseitiges Bild erhalten. Doch auch die Lehrer müssen sich bewußter werden, daß von ihnen besondere Qualitäten und besonderes Einfühlungsvermögen verlangt werden. Wie ein Arzt, zu dem seine Patienten vollstes Vertrauen haben müssen und auf den sie sich verlassen können müssen, muß auch ein Lehrer Fingerspitzengefühl besitzen, denn er kann junge Menschen formen und beeinflussen.

Drittens: Die Schüler selbst haben mit ihrer Forderung der Entrümpelung der Lehrpläne erkannt, daß ihnen eine falsche Lernmethode anerzogen wurde. Einerseits wird ihnen zu viel Stoff eingetrichtert und zu wenig Wert auf die Allgemeinbildung gelegt, anderer-

seits wird auswendiggelernt und sofort vergessen. Das wirkt sich auch auf die Gesamtbildung in ganz Österreich aus. Ein ganzheitliches Lernen, wie es die neuen Lernmethoden vorschlagen, existiert in Österreich leider noch nicht. Und so werden Jahr für Jahr Schüler größtenteils falsch trainiert, so daß sie verlernen, in Bildern zu denken, und nur für die Beurteilung des abfragbaren Wissens zur Verfügung stehen, der musisch-kreative Bereich, also der affektive Bereich, wird völlig vernachlässigt.

Viertens: Verbunden damit ist die Forderung nach mehr Praxisnähe und Selbständigkeit, einerseits für die Vorbereitung auf ein Universitätsstudium und andererseits für den Einstieg ins Berufsleben. Denn das Arbeitsleben verlangt nicht nur abfragbare Kenntnisse, es verlangt Qualifikationen, wie Kooperationsfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Kritikfähigkeit, aber auch Verantwortungsbewußtsein, Verlässlichkeit und Arbeitswillen. Doch sehr oft müssen diese Dinge erst später in der Erwachsenenbildung neu erlernt werden. Das sind die Dinge, die wir in der Schule schon sehr leicht lernen könnten. Hier gibt es auch Beispiele, daß man zum Beispiel Schnupperwochen den Schülern anbietet, daß sie ein, zwei Wochen in den Beruf, den sie später einmal ausüben wollen, hineinschnuppern können, und die Schule bietet den Schülern diese zwei Wochen an. Genauso müssen den Schülern mehr Projektarbeiten angeboten werden, wo sie diese Dinge spielerisch lernen können.

Auch mehr fachübergreifende Arbeiten und Verknüpfung zwischen den Fächern sind gefragt, damit Erkennen von Zusammenhängen frühzeitig trainiert werden kann.

Fünftens: Als letzte und wichtigste Forderung der Schüler halte ich folgende: Eine verpflichtende pädagogische Fortbildung ist ebenso vonnöten wie ein genereller Pragmatisierungsstopp!

Die Pädagogen müssen dazu verpflichtet werden, Fort- und Weiterbildungslehrgänge in den Ferien zu besuchen. Außerdem gibt es die Möglichkeit, durch eine Verlängerung der Ausbildung die Lehrerschwemme zu verringern; wir Freiheitlichen stellen uns darunter eine Verlängerung von einem bis zwei Semester vor, in denen nur pädagogische und didaktische Fähigkeiten der Lehrer gefördert und gefordert werden.

Die Schüler selbst haben erkannt, daß sich die Pragmatisierung nur leistungshemmend auswirkt und durch die politische Besetzung der Direktorenposten und Lehrerstellen öfters pädagogisch wertvolle, aber politisch unbequeme Lehrer auf der Strecke bleiben.

Und ich bin der Meinung, wer selbst Bewertungen vornimmt, muß sich auch selbst der Leistungsbeurteilung stellen. (Allgemeiner Beifall.) Deshalb hat die FPÖ auch neuerlich eine Resolution zur Objektivierung bei Bestellung von Direktorenposten und Aufnahme der Pflichtschullehrer eingebracht.

Um der Aufgabe gerecht zu werden, die die Schule eigentlich hat, nämlich den Kindern das erforderliche Wissen mitzugeben, um auf ihrem weiteren Lebensweg bestehen zu können, können wir nur gerecht werden, wenn wir die Forderungen der Schüler in unsere Überlegungen miteinbeziehen und unseren Lehrern eine verbesserte Ausbildung geben, so daß sie sich

ihrer Verantwortung bewußter werden und die Schüler mehr motivieren können.

Ich darf nochmals wiederholen:

Erstens kein Senken des Niveaus, zweitens mehr Aufklärung und mehr politische Bildung, drittens mehr Praxisnähe, viertens Entrümpelung der Lehrpläne – Platz für neue Lernformen, fünftens Pragmatisierungsstopp.

Ich bin mir sicher, wenn wir auf unsere Jugend hören und sie mehr miteinbeziehen, können wir unsere Probleme schneller und zur Zufriedenheit aller lösen.

Wir Freiheitlichen können diese Forderungen nur bestätigen, doch wir dürfen neben den Schülern die Lehrlinge nicht vergessen!

Auch sie müssen eine adäquate Bildung und vor allem Allgemeinbildung erhalten. Denn sie sind es, die in Zukunft unseren Facharbeitermangel beheben werden. Doch wir müssen ihnen dafür das Rüstzeug geben, um in der harten Berufswelt zum Beispiel als Gewerbetreibende oder Meister bestehen zu können.

Genauso konsequent müssen wir ihnen dieselben Vorteile zukommen lassen wie den Schülern und ihnen im Rahmen der Fahrten zur Ausbildungsstätte genauso die Freifahrten zur Verfügung stellen wie den Schülern. Heute redete schon der Kollege Ussar von der Gleichstellung, aber nach wie vor stellt die SPÖ keine Mittel dafür im Budget zur Verfügung, obwohl dies lautstark von der SPÖ im Wahlkampf vertreten wurde. Doch scheinbar waren das nur leere Versprechungen, die eben im Zuge des Wahlkampfes gemacht wurden. Wir Freiheitlichen werden aber zu unserem Wort stehen, denn diese beiden Ausbildungseinrichtungen müssen sich in unserem System die Balance halten, und beide sind Säulen unserer Gesellschaft in Österreich.

Eine weitere wichtige Säule bilden die Universitäten. Wir haben in der Steiermark vier Universitäten, und somit sind wir nach Wien mit Universitäten am besten ausgestattet, und auch uns betreffen die Reformpläne, die seit Monaten in Diskussion sind. Ich kann mich noch genau an die verschiedenen Meldungen erinnern, zuerst war eine sogenannte STEP, die Studieneingangsprüfung, geplant, die von den Studenten sofort Knockoutprüfung genannt wurde. Wer nach zwei Semestern die vorgeschriebenen Prüfungen nicht schafft, wird offiziell von der Studienrichtung ausgeschlossen. Diese brutale Vorgangsweise wurde mit Recht Knockoutprüfung genannt. Eine Koppelung des Anspruchs auf die Familienbeihilfe an einen universitären Leistungsnachweis hat zu weiteren Diskussionen geführt.

Als Draufgabe wurde das „Grüne Buch“ von Minister Busek zur Reformation des UOG vorgelegt.

In der Präambel steht großartig, daß die Hauptanliegen dieser Reform folgende sind:

Deregulierung auf den Gesetzesebenen durch Satzungsautonomie für die Universitäten, Dezentralisierung durch echte Entscheidungsautonomie für die Universitäten, Festhalten am Demokratischen Prinzip der Mitgestaltung, handlungsfähige Planungs- und Entscheidungsstrukturen, Flexibilität in Personal-, Gebarungs- und Verrechnungsangelegenheiten, klare und funktionsfähige Verantwortungslinien.

Wer dieses Buch nur bis hierhin gelesen hat, wird mit dem Herrn Minister übereinstimmen, aber wer bis zum Ende liest, wird entsetzt sein.

Es gibt zwar einige positive Ansätze, wie die Rechtsstellung, so daß die Universitäten in Zukunft selbständige juristische Personen sind und so eigenverantwortlich sämtliche Rechtsgeschäfte abschließen dürfen.

Oder die Umwandlung des UOG in eine Rahmengesetzgebung, so daß sich jede Universität ihre eigenen Satzungen geben kann. Doch schon bei den neuen obersten Gremien scheiden sich die Geister:

Das oberste Gremium sollte ein sogenanntes Präsidium sein, mit weitreichenden Kompetenzen. Der Vorsitzende dieses Gremiums ist ein vom Bundesministerium bestellter Präsident, also ein Beamter mit Sondervertrag. Wo hier eine objektive Bestellung beziehungsweise die Autonomie der Universitäten verbessert werden soll, fragt sich doch jeder vernünftig denkende Mensch! Diesem Gremium soll ein Kuratorium ohne jegliche Kompetenzen beigegeben werden, also mehr sinnlose Bürokratie, wobei wir uns ja gut vorstellen können, wie dieses Gremium besetzt werden soll!

Ich könnte noch viele andere dieser vorgeschobenen Verbesserungen, die eigentlich nur Umschichtungen darstellen, aufzählen, doch ich will Sie mit diesem Elaborat des Herrn Ministers nicht ermüden.

Viel interessanter sind die Reaktionen der Studierenden, Assistenten und Professoren:

Zuerst zu den Reaktionen der Studierenden, die sich mit Aktionstagen und Streiks gegen die geringere Mitsprache, erhöhte Bürokratie und unübersichtliche Amtswege wehrten.

Die Antworten der Assistenten kann ich nur zitieren, und ich überlasse es Ihnen, sich Ihre Meinung dazu zu bilden: „Wir sind alle zu Obrigkeitshörigkeit erzogen, den Umgang mit Autonomie müssen wir erst lernen ... Grosso modo ist es nicht schlecht“. (Abg. Dr. Lopatka: „In der Partei auch?“) Darum fällt mir das Wort so schwer, weil ich es nicht habe. (Beifall bei der FPÖ.)

Die Professoren bekämpfen vor allem die Umwandlung der Fakultäten in Studiendepartments, die Gründung einer Uni-Holding sowie die geplante Präsidialfassung, die an der Spitze einen weisungsberechtigten Präsidenten vorsieht. Die Professoren begrüßen Studiengebühren und mehr Leistungsnachweise der Studierenden, andererseits beurteilen sie den Professor auf Zeit sehr negativ. Mich würde hier die Meinung des Herrn Professors Jeglitsch sehr interessieren, denn ich bin der Meinung, wenn jemand Leistungsmaßstäbe an andere anlegt, soll er zuerst bei sich selbst beginnen! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Wir Freiheiten sind der Meinung, daß in einem Konzept vor allem die Punkte: sofortige Einrichtung der Fachhochschule zur Entlastung der Massenuniversität, klare Entscheidungsstrukturen für jede einzelne Universität, Verantwortlichkeit bei Budgetausgaben, Mitgestaltungsmöglichkeiten für Lehrende und Studierende sowie Leistungsanreiz für alle Beteiligten, Professoren auf Zeit und Berufungen nach objektiven Kriterien und ohne Mitwirkung des Ministers im Vordergrund einer Reform stehen müssen.

Durch eine solche Vorgangsweise wird es Berufungen, wie die des Herrn Dr. Moser, gegen den Wider-

stand der gesamten universitären Gremien nicht mehr geben.

Und wenn Sie sagen, daß genau das oder Ähnliches die Ziele des Herrn Busek sind, dann frage ich nur, warum hat es dann nicht ein besseres Konzept als Diskussionsgrundlage gegeben, von dem wir wirklich realistisch ausgehen können, um eine sinnvolle, schon lange notwendige Reform zu bewirken?

Ich fordere Sie auf, die schon vielzitierte Schiene mit dem Herrn Busek zu benutzen und auf ihn einzuwirken, so daß wir in unseren Universitäten eine gute Ausbildung erhalten. In letzter Zeit ist es auch schon spürbar geworden, daß der Herr Minister von einigen Punkten abweicht, da ja der Widerstand sehr groß war. Doch es ist eine schlechte Politik, Konzepte zur Diskussion und ohne Einbindung der Betroffenen und der anderen Parteien vorzulegen. Der richtige Weg ist es, alle Kräfte schon von Anfang an miteinzubeziehen, denn dieses Thema ist zu wichtig für uns alle, um der Profilierung eines Politikers zu dienen.

Mit der Reform unseres Ausbildungssystems geht es nicht um Profilierung, sondern um unsere Zukunft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bedenken Sie, daß die Lehrer und Professoren, die heute noch ausgebildet werden, morgen unsere Kinder oder unsere Enkelkinder beeinflussen und formen. (Allgemeiner Beifall. – 22.29 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Nach ihm der gerade angesprochene Abgeordnete, Univ.-Prof. Dr. Jeglitsch.

Abg. Günther Prutsch (22.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eine kurze Wortmeldung, aber zu einem sehr wichtigen regionalen Thema. Im vorliegenden Voranschlag finden Sie im Kapitel Berufsbildende Schulen, berufsbildende höhere Schulen insgesamt drei Ansätze unter dem Titel Gewerbe-BORG Bad Radkersburg. Rund 1,5 Millionen Schilling immerhin, mehr als das Doppelte als im Vorjahr, aber trotz allem, meiner Meinung nach, keine gewaltige Summe. Ich glaube, das ist eine gute und wichtige Bildungseinrichtung, obwohl AHS-Maturanten auf dem Arbeitsmarkt als schwer vermittelbar gelten, weil ihnen die berufsspezifischen Kenntnisse fehlen. Trotz allem darf man diesem Schultyp nicht die Existenz absprechen. Wie erfolgreich diese Ausbildung in Kombination mit einer praxisorientierten fachlichen Zusatzausbildung sein kann, demonstriert sehr eindrucksvoll dieses Gewerbe-BORG in Bad Radkersburg. Das Wirtschaftsförderungsinstitut, Land und Arbeitsmarktverwaltung finanzieren dieses Projekt, das neben der AHS-Matura Lehrabschlüsse als Maschinenschlosser und auch als Elektromechaniker ermöglicht.

Meine Damen und Herren, anlässlich der Sonderlandtagssitzung im Februar dieses Jahres habe ich auf die ernstesten Strukturprobleme meines Bezirkes hingewiesen. Größte Sorge bereitet mir nach wie vor die qualitative Abwanderung von jungen Leuten, vor allem jungen und gut ausgebildeten Leuten. Sie wandern ab, ich möchte fast sagen, sie müssen abwandern. Es ist daher höchste Zeit, daß dieses Problem in seiner vollen Tragweite endlich zur Kenntnis genom-

men wird und daß wir auch versuchen sollten, gegenzusteuern. Gegensteuern heißt in diesem Zusammenhang auch, junge Menschen in der Region bei Unternehmensgründungen zu unterstützen, ganz einfach erforderliche Infrastruktureinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Eine jahrelange Forderung von mir ist die Kombination eines Gründerzentrums eben mit diesem Gewerbe-BORG. Im gegenständlichen Fall ist nicht nur eine fachliche Nähe sinnvoll, eben Nähe von Lehre und Praxis, sondern sie ist auch gegeben. Es besteht nämlich ein ideales Raumangebot in diesem Gebäude. Dieses Gebäude befindet sich im Besitz des Landes und wird zur Zeit nicht genutzt. Kurz gesagt, es soll ehemaligen Absolventen dieser Schule die Möglichkeit zu Unternehmensgründungen geboten werden. Infrastruktur wird angeboten, und im Bezirk werden nicht vorhandene Branchen dadurch aufgebaut. Zusätzliche Entwicklungschancen könnten mittels Computertechnologie aufgemacht werden im Einklang mit der Schule und eben mit dem genannten Projekt. Wir sollten darüber einmal nachdenken. Das Konzept dazu stammt aus Skandinavien und nennt sich die sogenannte „Telehausidee“. In strukturschwachen Gebieten werden damit vernetzte Computerarbeitsplätze eingerichtet. Die größten drückenden Nachteile der Rand- und Landgebiete, nämlich die Entfernung zu den Zentren, der Mangel an Information und das Fehlen von hochqualifizierten Arbeitsplätzen, können damit sehr effizient wettgemacht werden. Mir ist schon klar, daß beides auf den ersten Blick eher wirtschaftspolitische Ansätze sind, man darf aber meiner Meinung nach nicht die Wichtigkeit der Umsetzbarkeit und Verwertbarkeit von Bildungsinhalten besonders in strukturschwachen Regionen, eben wie es das Grenzland darstellt, übersehen. Ich hoffe, daß Sie Verständnis für die Anliegen dieser Region haben und diesen Bestrebungen für dieses Projekt auch die entsprechende Unterstützung zukommen lassen. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 22.33 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Ich danke herzlich. Abgeordneter Univ.-Prof. Dr. Jeglitsch ist am Wort. Nach ihm der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz.

Abg. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (22.33 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, heute über die Universitäten zu sprechen. Auch wenn es aus beufenem Munde vorhin erfolgt ist, möchte ich auf einige Fragen eingehen. Weil die Zeit sehr fortgeschritten ist, werde ich nur auf wenige Punkte antworten. Ich lade Sie, Frau Bleckmann, aber herzlich morgen zu einem Kaffee ein, um mit Ihnen weiter darüber zu diskutieren.

Der erste Punkt: Warum sind die Professoren gegen Professoren auf Zeit? So dargestellt, entspricht es nicht der Wahrheit. Wenn Sie das Scheitern der Berufungsverhandlungen an den Universitäten Österreichs in den letzten drei, vier Jahren analysieren, dann sehen Sie, daß nahezu jede dritte Berufung scheitert, weil anerkannte Wissenschaftler unter den Konditionen, die heute an Universitäten geboten werden, nicht mehr bereit sind, zu kommen. Es gibt eine Studie, wo dies zu lesen ist. Wissenschaftler sind nicht mehr bereit, einen Ruf anzunehmen, weil die finanziellen, räumlichen

und personellen Ressourcen der Universitäten nicht dem internationalen Standard entsprechen. Wenn Sie das noch mit der Befristung eines Professors auf Zeit verknüpfen, dann können Sie sich fragen, wann Sie noch einen angesehenen Forschungsdirektor aus der Industrie bekommen, wenn Sie ihm gleichsam als Draufgabe einen Zeitvertrag für fünf Jahre anbieten. Sie können ihm einen Zeitvertrag anbieten, dann müssen Sie aber das Risiko des Zeitvertrages, wie es in der Industrie üblich ist, durch ein entsprechendes Gehalt abdecken. Dann hat niemand etwas dagegen.

Zum zweiten Punkt, daß die Professoren sich nicht beurteilen lassen wollen. Ich darf erinnern, daß es vor zwei Jahren die Initiative der Professoren war, eine Physikevaluierung an den österreichischen Universitäten durchzuführen. Diese Initiative ist nicht vom Staat ausgegangen, nicht vom Wissenschaftsministerium, nicht von den Politikern, sondern die Physikprofessoren in Österreich haben diese Evaluierung beantragt. In der Zwischenzeit liegt die Studie vor, und es kommt das heraus, was man ungefähr vorher schon wußte. Die Physik an Österreichs Universitäten – sie wurde von einer sechsköpfigen externen Expertengruppe evaluiert, die jedes Institut auch besucht haben – liegt etwa im Schnitt Europas und kann ganz gut mit den ausländischen Universitäten mithalten. Aber das mit etwa nur der Hälfte der finanziellen Ausstattung im Vergleich zum Ausland.

Ein letzter Punkt, Leistungsnachweise für Studenten. Es studieren in Österreich derzeit rund 190.000 Studenten. Es fallen davon rund 50 Prozent aus, und die Studiendauer ist durchschnittlich mit 14 bis 16 Semestern zu veranschlagen. Sie können überlegen, wieviel „Mannjahre“ eines noch nicht voll ausgebildeten Akademikers dadurch nicht vom Arbeitsmarkt zu tragen sind und nicht in der Arbeitslosenstatistik aufscheinen, sondern in den Universitäten gleichsam wie in einer Wärmestube versteckt werden. Daher ist es keine unbillige Forderung den Studenten gegenüber, eine gewisse Mindestleistung an Prüfungen zu verlangen. Acht Stunden pro Jahr würden heißen, daß der Betreffende ohnedies 25 Jahre studiert, wenn er im Schnitt diese vorgeschriebene Leistung erbringt. Das dürfte nicht unbillig sein.

Ich will mich jetzt nicht mehr verbreitern. Ich freue mich morgen auf den Kaffee und bin überzeugt, daß wir lange darüber diskutieren können. Wenn Sie fragen, warum gibt es nicht bessere Gesetze, bessere Konzepte? Ich kann Ihnen den Entwurf der Rektorenkonferenz zur Reform des UOG mitbringen, und dort werden Sie vieles finden, was ich heute angesprochen habe, was sich aber nur zum Teil im „Grünen Papier“ wiederfindet.

Ein letzter Punkt noch, ein ganz heißer Punkt, die Demokratisierung der Universitäten und die Mitbestimmung in den Gremien. Sie finden im Papier der Rektorenkonferenz folgenden Satz: Daß die Mitbestimmung nach Fachkompetenz und Betroffenheit des jeweiligen Mitgliedes aufzulösen ist. Es ist überhaupt nichts dagegen einzuwenden, daß in einer Habilitationskommission der Student sogar in einem angehobenen Maß stimmberechtigt ist, wenn es um die didaktischen Fähigkeiten des Habilitanden zu gehen hat. Aber daß der Student gleichberechtigt über die wissenschaftliche Qualifikation der Habilitations-

arbeit, die er kaum verstehen kann, mitbestimmt, das ist absurd. (Abg. Bleckmann: „Es entspricht dem Gleichheitsprinzip!“) Nein, Sie müssen es genau lesen. Die Mitbestimmung ist nach zwei Varianten aufgelöst, aus denen die Universität selbst wählen kann.

Ein letzter Satz zum Präsidenten. Gegen den Präsidenten laufen die Universitäten Sturm, weil sie sich durch den Präsidenten fremdbestimmt fühlen. Dabei muß man sehen, daß es durchaus in Europa Universitätsmodelle gibt, wo auch Präsidenten existieren. In Bayern gibt es ein System, wo die Universität selbst wählen kann, ob sie nach der Rektorats- oder Präsidialverfassung regiert werden will. Das wäre zum Beispiel eine Variante, gegen die überhaupt nichts zu sagen ist.

Ich darf nun zum eigentlichen Thema kommen. Es ist in der Zwischenzeit 22.30 Uhr, es ist dunkle, finstere Nacht, und ich fühle mich gleichsam durch diese Atmosphäre bestätigt, wenn ich zu dem Thema Wissenschaft und Forschung zu sprechen habe. Es sind das auch die äußeren Bedingungen und Anzeichen, unter denen sich in Österreich Forschung und Entwicklung zu vollziehen haben. Es ist ein bemerkenswerter Umstand, daß im menschlichen Leben Reden und Handeln häufig nicht deckungsgleich sind. Ich finde dieses Phänomen vor allem dann bestätigt, wenn es um das Gebiet Wissenschaft und Forschung geht. Wenn Sie etwa anschauen, wieviel die Industrie oder Firmen für Wissenschaft und Forschung ausgeben, wenn Sie vergleichen, was die Länder bereit sind auszugeben, wenn Sie das heurige Budget des Landes Steiermark in den Sektoren der Wissenschaft überprüfen oder wenn Sie sich auch mit dem Bund auseinandersetzen, man ist in gleicher Gesellschaft. Wissenschaft und Forschung werden zwar überall als Investition in die Zukunft dargestellt, das ist das Reden. Das Handeln schaut etwas anders aus. Ich möchte es auch mit Zahlen belegen. Sie können die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung zum Bruttoinlandsprodukt in Beziehung setzen. 1980 betrug der Forschungskoeffizient in Österreich etwa 1,20 Prozent und war damit gleich groß wie in Finnland. Heute liegen wir bei 1,46 Prozent, nachdem es in den letzten zwei Jahren sogar eine beträchtliche Steigerung gegeben hat. Finnland liegt bei 1,75 Prozent und hat uns weit hinter sich gelassen. Wenn ich den Forschungskoeffizienten mit Ländern in unmittelbarer Nähe vergleiche, wie die Schweiz oder die Bundesrepublik, dann liegt er dort bei 2,8 bis 3 Prozent. Österreich liegt bei den Forschungsausgaben im letzten Viertel der OECD-Länder. Was ist die Folge? Die Folge ist zum Beispiel, daß eine Bilanz bei den Patent- und Lizenzgebühren zeigt, daß Österreich heute viermal soviel Wissen einkaufen muß, als es selbst verkaufen kann. Forschung ist immer international. Sie ist nur konkurrenzfähig, wenn sie sich international bewegen kann, und das wird in aller Brisanz deutlich, wenn Sie an die EG-Integration und an die Teilnahme österreichischer Wissenschaftler an den EG-Forschungs- und -Technologieprogrammen denken. Zu fordern ist, daß man den österreichischen Wissenschaftlern gleichsam die Laufschuhe besorgt, damit sie mit ihren ausländischen Partnern in den EG-Programmen auch mithalten können.

An einem Beispiel mögen Sie erkennen, wie die Situation ist. Wir haben in Österreich einen Fonds zur

Förderung der wissenschaftlichen Forschung. Er finanziert im großen und ganzen Grundlagenforschungsprojekte, lehnt dabei mehr als 50 Prozent ab, nach einer strengen internationalen anonymen Begutachtung der Projekte. Dieser Wissenschaftsfonds ist gleich dotiert in Zahlen, wie etwa der schweizerische Wissenschaftsfonds. Nur bekommt der Schweizer Wissenschaftsfonds diese Zahl in Franken. Also achtmal so groß. Sie werden sagen, der Vergleich mit der Schweiz ist nicht ganz zulässig. Ich biete Ihnen Taiwan an. Auch Taiwan hat einen Wissenschaftsfonds, der zehnmal soviel Geld zur Verfügung hat wie der österreichische. Taiwan ist ein Land, das halb so groß ist wie Österreich, mit etwa dreimal soviel Personen. Aber dadurch ist es etwa auch auf dem Gebiet der High-Tech-Produkte deutlich stärker geworden als Rotchina, das 50mal soviel Menschen hat.

Warum ist die Forschung für ein Industrieland wie Österreich so wichtig? Die Grundlagenforschung von heute ist die angewandte Forschung von morgen und bestimmt das Produkt der Firma übermorgen. Nehmen Sie als Beispiel die Elektronikindustrie oder die Laserindustrie; gleichgültig, ob Sie den Laser bei einer Operation einsetzen, in der CD-Platte verwenden oder ob sie mit dem Laser schweißen oder Werkstoffe behandeln, das alles waren Grundlagenforschungsergebnisse, die in relativ kurzer Zeit in die Industrie eingeflossen sind und die die Industrie und ihre Leistungsfähigkeit heute bestimmen. Wenn Sie in die Forschung investieren, investieren Sie nicht nur effektiv, sondern auch billig. Es gibt eine Studie, in der ausgewiesen wird, daß sich die Kosten für das Entdecken eines physikalischen Phänomens im Vergleich zum Pilotprodukt und im Vergleich zur Massenproduktion wie eins zu zehn zu hundert verhalten. Nochmals, wenn Sie in die Forschung investieren, investieren Sie gut und billig.

Nun zum Wissenschaftsbudget beziehungsweise zu seinen Teilen. Positiv möchte ich erwähnen die Erhöhung der Eigenkapitalausstattung für die Forschungsgesellschaft Joanneum und auch die Erhöhung der Basisfinanzierung. Das sind zwei ganz wesentliche positive Punkte. Sie werden bemerkt haben, ich spreche von einer Basisfinanzierung, und nicht von einer Subvention. Wenn Sie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen haben, die nicht reine Prüfungsanstalten sind, sondern auch anwendungsorientierte Eigenforschung betreiben müssen, um ihre Fachkompetenz zu bewahren, dann gibt es in Europa keine vergleichbare außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die nicht über eine Basisfinanzierung verfügt. Eine solche Basisfinanzierung hat auch das österreichische Forschungszentrum Seibersdorf. Dies ist berechtigt, weil außeruniversitäre Forschungseinrichtungen einen Teil der österreichischen Forschungsinfrastruktur darstellen. Es ist daher für die FGJ eine Gleichbehandlung analog zu Seibersdorf zu fordern. Es ist vom Bund in diesem Sinn ein Beitrag für die Forschungsgesellschaft Joanneum einzufordern.

Obwohl das Gesamtbudget gestiegen ist, gibt es viele Positionen, die im Vergleich zum Voranschlag 1991 gleichgeblieben sind. Darunter so wesentliche Positionen, wie etwa die Rohstoff-, Energie- und Umweltforschung, die europäischen Forschungsprogramme – wann will man sich an denen beteiligen, wenn nicht jetzt? – oder etwa die Förderung der Hoch-

technologiegebiete. Diese Positionen sind trotz einer kräftigen Gesamtsteigerung des Landesbudgets gleichgeblieben. Abgestürzt ist die Position 289004, nämlich die Projektförderung beziehungsweise die Unterstützung der Forschungsaufenthalte von Wissenschaftlern im Ausland. Sie können sagen, die Wissenschaftler sollen Briefe schreiben oder Artikel lesen. Meine Damen und Herren! Papier ist für den Austausch wissenschaftlicher Gedanken ein schlechter Pollenträger. Die Wissenschaftler müssen miteinander kommunizieren können. Diese Position ist von 10,25 Millionen Schilling als Voranschlag im Jahr 1991 auf 7,5 Millionen Schilling abgestürzt, wurde also um 25 Prozent gestrichen oder, auf die neue Position bezogen, sind es sogar 36 Prozent. Ich weiß nicht, wieso dies passiert ist, aber es ist für diese Position nahezu eine Katastrophe. Denn die letzten Jahre und eine Durchforstung, was daraus finanziert wurde, zeigen, daß man mit diesem Betrag nicht auskommen wird, es sei denn, man bricht wesentliche Forschungsbeziehungen ab. In diesem Zusammenhang muß uns allen die Bedeutung von Forschung und Entwicklung für die Steiermark, für die steirische Industrie, für die Industrie in der Umstrukturierungsphase bewußt sein.

Es muß uns bewußt sein, daß wir mit der Forschungsgesellschaft Joanneum eine ausgezeichnete außeruniversitäre Forschungseinrichtung haben, die sich im Technologietransfer bestens bewährt hat und anwendungsorientiert Probleme mit der Industrie löst. Wir haben eine Abteilung Wissenschaft in der Steiermärkischen Landesregierung, die hier bestens funktioniert und unterstützt. Wo ich Kritik anzufügen habe, das sind die Budgetzahlen in den einzelnen Bereichen der Wissenschaft.

Zum Schluß auch ein paar Sätze zu den Fachhochschulen. Universitäten haben vom Gesetz her die wichtige Aufgabe, Absolventen auszubilden, die über Berufsfähigkeiten verfügen, und nicht über Berufsfertigkeiten. Allerdings benötigt die Industrie auch Absolventen, die eine Berufsausbildung, und nicht eine Berufsvorbildung genossen haben. Derzeit sieht es nicht so aus, als ob der Bund bereit sein wird, auf seine Kosten Fachhochschulen zu errichten. Er wird sich bestenfalls beteiligen. Gefordert sind die Länder, die Gemeinden und auch die Industrie, weil Fachhochschulen einen regionalen Aspekt haben und vor allem für die regionale Industrie Absolventen zur Verfügung stellen sollen, die anwendungsorientiert ausgebildet sind. Der Aufbau einer Fachhochschule bedeutet viel Arbeit, das ist Knochenarbeit. Es sind Studienprogramme zu erstellen, die eine EG-Anerkennung erreichen. Es sind Kontakte mit der Industrie aufzunehmen, denn eine Fachhochschulausbildung hat im Schnitt neben sechs Unterrichtssemestern zwei Praxissemester aufzuweisen. Diese müssen von der Industrie zur Verfügung gestellt werden. Die Praxissemester müssen in den Studienplan integriert werden. Sie müssen Laborübungen aufbauen, die wirklich auf die Bedürfnisse der Industrie ausgerichtet sind, und sie müssen Möglichkeiten für die Durchführung praxisorientierter Diplomarbeiten schaffen. Das ist eine beträchtliche Kraftanstrengung, die nicht im Vorübergehen zu lösen ist. Wenn das alles als Konzept vorliegt, wird man sich entsprechend dem in Diskussion stehenden Fachhochschulstudienanerkennungsgesetz und im Fachhochschulrat um die Anerkennung des Status einer Fach-

hochschule zu bemühen haben. Auch hier vermissen Sie im Budget jede finanzielle Vorsorge. Ich verweise in dem Zusammenhang auf die intensiven Vorarbeiten, die bereits durchgeführt worden sind und über die die Frau Landesrätin Klasnic in einer Anfrage berichtet hat. Diese Vorarbeiten sind verstärkt und koordiniert aufzunehmen und weiterzuführen, wenn die Absicht besteht, im Wintersemester 1993 mit einer Fachhochschulausbildung anzufangen. Wenn Sie das planen, dann ist es heute fast schon zu spät. Sie müßten jetzt schon mit der Rekrutierung von Fachprofessoren beginnen, von Gründungsprofessoren, die Ihnen einen Stunden- und Studienplan erstellen. Und das sind Professoren, die mindestens eine fünfjährige Praxis in der Industrie aufweisen sollen. Ich verweise auf die Stadt Wels, wo man offenbar erkannt hat, welche Anstrengungen zu setzen sind.

Ich bitte um Nachsicht, wenn meine Wortmeldung etwas länger ausgefallen ist, als ich es geplant habe. Dies wurde durch die Diskussion über die Universitäten ausgelöst. Ich sehe auch meine Wortmeldung als Appell für das Gebiet Wissenschaft und Forschung. Ich sehe es als meine Aufgabe an, gerade auf dem Gebiet Wissenschaft und Forschung Reden und Handelnde deckungsgleich werden zu lassen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 22.53 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Nach ihm Abgeordneter Dr. Lopatka.

Abg. Mag. Erlitz (22.53 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Auf Grund der fortgeschrittenen Stunde darf ich meine Wortmeldung ganz kurz halten. Aber die Wortmeldung von Frau Kollegin Bleckmann hat offensichtlich einen Eindruck hinterlassen, daß auch ich ihr antworten muß. Politische Bildung wird oft mißverstanden als parteipolitische Bildung in der Schule. Das ist sie nicht. Politische Bildung ist auch nicht nur ein Unterrichtsfach, sondern ein Unterrichtsprinzip. Ein Unterrichtsprinzip, dem sich alle Gegenstände anschließen sollten und müssen, um die jungen Menschen zu mündigen, demokratiebewußten, umweltbewußten Bürgern und Menschen zu erziehen. So ist sie eigentlich gemeint.

Und das Zweite, Leistungsnachweis für Lehrer. Ich wäre sofort d'accord, wenn Sie mir wirklich objektive Kriterien nennen könnten, nach denen man Leistungen von Lehrern oder Professoren beurteilen könnte. Es gibt auch meines Erachtens sehr schwer nachweisbare oder objektive Kriterien, um die Direktorenbestellungen durchzuführen. Und ich weiß, wovon ich spreche. Ich war selbst ein Betroffener. Es ist leicht gesagt, aber schwer umgesetzt.

Ich möchte aber eigentlich von dieser Stelle aus auch zum Thema „Fachhochschule“ ein paar Bemerkungen einbringen, zu einem hochaktuellen Thema. Der Herr Prof. Jeglitsch hat dazu bereits einiges ausgeführt. Im Hinblick auf eine mögliche zukünftige EG-Zugehörigkeit Österreichs ist eine Anpassung unseres berufsbildenden Ausbildungssystems an den europäischen Standard eine unbedingte Notwendigkeit und unbedingt erforderlich. Unsere jungen Menschen dürfen nicht auf Grund mangelnder Qualifikati-

onsmöglichkeiten im europäischen Konkurrenzkampf auf der Strecke bleiben. Und selbst das kleine Liechtenstein hat bereits eine Fachhochschule anzubieten, die sich nach einschlägigen Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft richtet und den Fachhochschulen der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Und nicht nur das. (Landesrat Klasnic: „Meinen Sie das LIS?“) LIS, ja. Liechtenstein'sche Fachhochschule. Und nicht nur das. Sie bietet an, das steht hier, „zum Übertritt in das siebente Semester einer technischen Universität in Österreich“. Das ist das eine. (Landesrat Klasnic: „Das ist nämlich an sich der Unterschied zur HTL. Wenn ich eine fünfjährige HTL habe, ist der Übertritt in diesem Ausmaß nicht gestattet, als wenn ich das LIS besuche. Das sind eigentlich zwei Jahre nach der Lehre. Das heißt, da hat sich etwas eingeschmuggelt, vornehm gesagt!“) Darum wundert es mich, daß das angeboten werden kann. (Landesrat Klasnic: „Das ist eine Einzelercheinung!“) Das ist das eine. Jedenfalls müssen wir uns bemühen, relativ rasch solche Fachhochschulen einzuführen, und zwar auch deshalb, weil Deutschland auch nicht mehr allzu lange unsere HTL-Ingenieure in der Entlohnung und auch in der Einsetzbarkeit ihren Fachhochschuldiplomingenieuren gleichstellen wird. Das ist nicht ganz unverständlich, wie Herr Prof. Jeglitsch auch gesagt hat. Es muß ja der Fachhochschulabsolvent nach der Matura oder nach dem Abitur, wie es draußen heißt in Deutschland, noch ein mindestens achtsemestriges Studium anhängen, bestehend aus sechs Semestern Theorie und zwei Semestern Praxis, die in einem Betrieb zu absolvieren sind. Diese Studiendauer wird auf Grund von EG-Richtlinien auch für Österreich von Relevanz sein. „Andersartig, aber gleichwertig“ heißt die deutsche Zauberformel für ihre Fachhochschulen. Auch wir in Österreich werden uns bemühen müssen, unseren Fachhochschulen jenes Profil zu geben, das sie von den Universitäten klar abgrenzt. Das heißt, die Fachhochschule muß wirklich eine eigenständige, und ich betone, staatliche und in der öffentlichen Hand bleibende Bildungseinrichtung oder Bildungsalternative zu den bestehenden Einrichtungen werden und darf sich vor allem nicht zu einem subalternen Anhängsel einer Universität verkümmern lassen.

Universitäten und Fachhochschulen haben auch verschiedene Bildungsziele. Herr Prof. Jeglitsch hat sie kurz angezogen. Ich sage sie noch einmal. Das Bildungsziel der Universität ist, in Anlehnung an die Vorstellung des „hochverehrten Herrn Wilhelm von Humboldt“, auf eine theoretische analytische Lehre und wissenschaftliche Fachdisziplin ausgerichtet. Für die Fachhochschulen oder für die Entstehung der Fachhochschulen war diese Humboldtsche Idee nicht maßgebend. Ihr Studienangebot muß für die beruflichen Aufgaben erforderliche Erfahrungen betonen, praxisorientiert, problemorientiert und anwendungsbezogen sein. Allerdings, und darauf würde ich großen Wert legen, sollte auch auf ein allgemein- und persönlichkeitsbildendes Fächerangebot in den Fachhochschulen nicht verzichtet werden. In Deutschland kommt dieser Teil für meine Begriffe ein wenig zu kurz. Dieses praxisbezogene Profil der Fachhochschule, das einerseits durch ständige Kooperationen mit der Wirtschaft entsprechende Ausprägung erfährt, sollte andererseits, Prof. Jeglitsch hat es gesagt, auch durch die Berufung nur jener Professoren unter-

strichen werden, die eine mindestens fünfjährige Praxis nachweisen können. So wird es zumindest in Deutschland gehandhabt. Man verzichtet dort übrigens auf einen akademischen Mittelbau. Assistenten, Dozenten haben keinen Zugang zur Fachhochschule, als Lehrer keinen Zugang. Ein weiterer Wesenszug der Fachhochschule und ein weiteres Unterscheidungsmerkmal zur Universität muß auch die straffe Studienorganisation sein, um so Regelstudienzeiten tatsächlich einhalten zu können. Auch muß eine Durchlässigkeit zwischen der Fachhochschule und der Universität gegeben sein. Das gibt es in Deutschland noch nicht ganz. In Deutschland arbeitet man gerade an solchen Durchlässigkeitskriterien. Die Schaffung einer weiteren Zugangsmöglichkeit neben der Matura über das duale System, das heißt über die Berufsausbildung, muß für uns wohl eine unabdingbare Forderung sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Dafür werden aber eine Ausweitung der Berufsschulzeit – ich habe in diesem Hohen Haus schon einmal darüber gesprochen – und die Einrichtung einer der Fachhochschule vorgelagerten Fachoberschule, die die Berechtigung zum Besuch einer Fachhochschule erteilt, einzurichten sein. Ich könnte mir auch vorstellen, im Zusammenhang mit der Einrichtung einer Fachhochschule auch die mittlere Reife in Österreich einzuführen, um auch über die mittlere Reife via Fachoberschule zur Fachhochschule zu kommen. Allerdings die mittlere Reife in seriöser Form. Es ist nicht gemeint, die mittlere Reife, die jetzt auch mit der Realschule verbunden ist. Durch die Praxisbezogenheit der Fachhochschule sowie ihre Verbundenheit mit der mittel- und kleinständischen Wirtschaft werden ihre Standorte so zu wählen sein, daß sie in Regionen mit besonderem Entwicklungspotential liegen. Daher bin ich ein wenig skeptisch mit dem Standort, den man jetzt im Auge hat. Ich sage es ganz vorsichtig. Es ist bei der Standortfestlegung wohl auch zu beachten, daß eine Fachhochschule mindestens 1000 Studienplätze und wenigstens drei Studienrichtungen anbieten wird können und müssen, um wirtschaftlich und pädagogisch sinnvoll und effizient geführt werden zu können.

Zum Abschluß möchte ich noch bemerken, daß ich die Angst der HTL- beziehungsweise BHS-Lehrer an berufsbildenden höheren Schulen, ihre Schule habe nun durch die Fachhochschule keine Zukunft mehr, eigentlich nicht teile. Allerdings müßte die BHS oder HTL von fünf auf vier Jahre reduziert werden, um nicht gegenüber den Absolventen einer allgemeinbildenden höheren Schule mit ihrer vierjährigen Oberstufe benachteiligt zu sein. Beide Schultypen würden mit zwar andersartigen, aber gleichwertigen Reifeprüfungen aufwarten können. Die eine mit mehr allgemeinbildenden Inhalten, die andere mit mehr berufsbildenden Akzenten. Berufliche Qualifikationen allerdings kann dann nur mehr die Fachhochschule oder die Universität verleihen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 23.01 Uhr.)

Präsident Wegart: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka.

Abg. Dr. Lopatka (23.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu diesem Kapitel gehört auch die außerschulische Jugendarbeit. Ich glaube, man sollte nicht eine drei-

tägige Budgetdebatte führen und dabei ganz auf die Jugend vergessen. Daher einige kurze Anmerkungen. Landesjugendreferent Hofrat Rajakovics, der auch unter uns sitzt, arbeitet schon seit Jahrzehnten in diesem Bereich, und auch er wird das bestätigen können, was die letzten Jugendstudien sehr deutlich belegen, daß die Jugend immer mehr in die politische Emigration geht und daß sie sich in unserem politischen System immer weniger zurechtfindet. Ich glaube, wir müssen hier auf der Hut sein, und sind alle aufgerufen, uns verstärkt wieder der Jugendgruppen anzunehmen. Die Zeit der großen Jugendbewegungen ist ja vorbei. Ob das die Antiatombewegung war, die Friedensbewegung oder die Hainburgbewegung. Auch die traditionellen Jugendorganisationen haben mit immer größeren Problemen zu rechnen. Sie haben nicht nur Mitglieder verloren, sondern vor allem auch an Gewicht und Einfluß. Man muß ja nur hier in dieses Haus schauen, wann hat zuletzt die Sozialistische Jugend oder die Junge Generation der SPÖ wirklich ihren Vertreter, den sie gewünscht hat, hier in den Landtag entsenden können? Oder wann hat sich die Freiheitliche Jugend durchsetzen können? (Abg. Dörflinger: „Hat die Junge ÖVP dich gewünscht?“) Ja, die Junge ÖVP hat mich gewünscht. (Abg. Dörflinger: „Heuer auch bei der letzten Wahl?“) Ja, heuer auch. (Abg. Dörflinger: „Der Harry Himmer weiß ein Lied zu singen davon!“) Schau, Günter Dörflinger, ich weiß, welche Probleme die Sozialistische Jugend mit dir hat, aber wir sollen nicht unsere eigenen Probleme hier erläutern. Mir geht es um die grundsätzliche Frage, und die Junge ÖVP hat mir keine Probleme gemacht, nur um dich zu beruhigen.

Aber ich glaube, es geht da nicht um Einzelpersonen, sondern um die generelle Frage, welchen Stellenwert messen politische Parteien ihren Jugendorganisationen zu? Denn wenn diese wichtigen Entscheidungen, und für eine politische Partei ist eine Kandidatennominierung eine wichtige Entscheidung, immer an den Jugendorganisationen vorbeigehen, ist es auch eine Form der Wertschätzung, die man der eigenen Jugendorganisation gibt. Es muß nicht jeder zum Zug kommen. Aber wenn jemand die Leistungen erbringt, dann bin ich schon dafür, daß man nicht an der Jugend vorbeigeht. (Abg. Dörflinger: „Ich bin für die Differenzierung dankbar!“) Ich glaube, in einer Zeit, wo heute wieder ein Neonazi verurteilt worden ist, weil er Propagandabroschüren an Schulen verteilt hat, kommt ein zusätzlicher wichtiger Punkt dazu, Jugendorganisationen aufzuwerten. Denn Jugendorganisationen können hier wertvolle Arbeit leisten, wenn sich rechtsradikale Gruppen formieren, die, wie Herr Mölzer, große Angst vor einer Umvölkung haben. Auch hier wäre es wichtig, demokratische Jugendorganisationen zu stärken. Finanziell ist da einiges geschehen in diesem Budget. Geld allein ist aber sicherlich zu wenig. Ich bin aber schon – angesichts der fortgeschrittenen Stunde – am Ende meiner Ausführungen. Ich glaube, das, was wir bisher in diesen Gruppen erlebt haben, war nur Wetterleuchten, und das Wahlergebnis vom letzten Sonntag in beiden deutschen Bundesländern war ein weiteres Warnsignal. Wenn wir nicht jetzt reagieren, könnten wir größere jugendpolitische Unwetter erleben, die wir uns jetzt noch gar nicht vorstellen können. Daher ist es im Interesse der Demokratie und der demokratischen Parteien, wenn man wieder ver-

stärkt versucht, Jugendliche auch in die Verantwortung mit einzubinden. Das wollte ich hier sagen. (Beifall bei der ÖVP. – 23.05 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kanape.

Abg. Kanape (23.05 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Lopatka! Ich bin zwar keine JGlerin mehr, aber wir haben auf die Jugend nicht vergessen. Wenn junge Leute heute auf Häuserwände „no future“ sprühen, dann ist dies ein Schrei, den wir ganz einfach hören und aufnehmen müssen, und eine Verpflichtung, alle Initiativen, die Jugendlichen eine Hilfestellung bieten können, zu fördern. Ich möchte mich mit der Jugendzentrumsbewegung auseinandersetzen, die in der Steiermark zwar eine junge, manchmal wackelige, aber ständig und stetig ihre Schritte in die Zukunft lenkende Bewegung ist. Dies durfte ich vor einem Jahr schon in diesem Hause bereits feststellen und fand kein offenes Ohr für die Probleme der Jugendlichen. Daß zu wenig für die Jugend gemacht wurde, kann ich Kollegen Lopatka nur bestätigen. Dieser Bereich wurde aber bis jetzt vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Jungwirth eingefordert, aber nicht dotiert. Daß nichts gemacht wurde, muß ich verneinen. Erfahrungen haben gezeigt, daß heute immer mehr Jugendliche Räume und Gelegenheitsstrukturen als Experimentierfelder für ihre eigenen Initiativen benötigen.

Dieser Form der außerschulischen Jugendarbeit wird insofern große Bedeutung beigemessen, als sie einerseits Jugendliche zur Teilnahme an gesellschaftlichen Lernprozessen anregt und auffordert, andererseits dient sie zur Vorbeugung von Jugendkriminalität, Alkohol- und Drogenunabhängigkeit sowie sozialer Vereinsamung. Die Jugendbewegung der 68iger Jahre, so könnte man es kurz formulieren, hat die Straße zumindest teilweise verlassen und sich auf den Weg durch die Institutionen begeben.

Jugendzentren sind gesellschaftsfähig geworden und müssen von öffentlichen und privaten Institutionen unterstützt werden.

So unterschiedlich die einzelnen steirischen Jugendzentren von ihrem Aufbau, ihren Räumlichkeiten und ihren Strukturen her auch sind, sie haben alle einen gemeinsamen Ansatzpunkt – Jugendlichen die Möglichkeit zur freien Verwirklichung eigener Freizeitvorstellungen zu bieten.

Und so unterschiedlich die wirtschaftlichen Gegebenheiten auch sind, sie haben auch alle ein gemeinsames Problem – die Finanzierung.

Wie professionell manche Jugendzentren auch geführt werden, wie einfallsreich auch kalkuliert und jongliert wird, das Ergebnis ist immer ein Hanteln von Jahr zu Jahr, stets begleitet von der Angst, es einmal nicht mehr zu schaffen.

Unter diesem Druck ständig tätig zu sein, ist mühsam und schwer. Nicht zuletzt fehlt auch noch an vielen Standorten jegliche Anerkennung und Unterstützung, wobei unterschieden werden muß zwischen Jugendeinrichtungen in Städten und offener Jugend-

arbeit auf dem Land. Bei den ländlichen Jugendzentren darf nicht verabsäumt werden festzuhalten, daß die Einzugsgebiete sich nicht nur auf das Gemeindegebiet beziehen, sondern meist den gesamten Bezirk umfassen. Daher kann ihre Finanzierung auch nicht nur Sache einer Gemeinde sein. Eine Vision der derzeitigen Mitarbeiter der Jugendzentren ist, in jedem Bezirk des Landes ein eigenes Zentrum, aber losgelöst von der Arbeit der Bezirksverwaltung. Daher ist es erfreulich, daß im Budgetvoranschlag 1992 die Mittel von 1,7 Millionen Schilling nicht gekürzt wurden, wobei wir versuchen sollten, für 1993 die Budgetposten „Förderung von Jugendzentren und Jugendinitiativen“ zu erhöhen, um den Jugendlichen für ihre Arbeit, die im Interesse der Gesellschaft und der öffentlichen Hand geleistet wird, einen entsprechenden finanziellen Rückhalt zu gewährleisten.

Ich möchte aber auch noch zu einem zweiten Thema Stellung nehmen. Jeder fünfte Arbeitnehmer kommt in Österreich jährlich in den Genuß einer beruflichen Weiterbildung durch ein Unternehmen. Drei Prozent des Bruttolohnes werden dafür aufgewendet. Zu diesen Ergebnissen gelangt eine Studie über Weiterbildung in Europa, die die Industriellenvereinigung präsentiert hat. Österreich liegt damit im europäischen Mittelfeld, laut Aussage von Generalsekretär Krejci. Nur eines zeigt diese Studie bitte nicht auf. Die Chance, im Betrieb weitergebildet zu werden, hängt von der hierarchischen Position ab. Es ist statistisch nachgewiesen, daß fast jede zweite Führungskraft an einer Weiterbildungsaktivität teilnehmen durfte. In dieser Hierarchie sind dies 48 Prozent. Bei den Facharbeitern sinkt der Wert auf 19 Prozent. Und von den angelernten Kräften kriegen überhaupt nur mehr fünf Prozent die Chance einer betrieblichen Weiterbildung. In einer solchen Situation kommt, so glaube ich, der Erwachsenenbildung eine besondere Bedeutung zu. Gerade wir in der Steiermark haben eine Anzahl von Einrichtungen, die schon sehr früh die Bedeutung der Erwachsenenbildung erkannten und sich bemüht haben, mit ihrem Bildungsangebot die Menschen unseres Landes, ohne hierarchische Einschränkungen, bis in die kleinsten Dörfer und Gemeinden zu erfassen. Daß uns das tatsächlich gelungen ist, dafür sprechen eindeutig die Teilnehmerzahlen bei den verschiedenen Kursen, Vorträgen und Veranstaltungen. In diesem Zusammenhang möchte ich eine Feststellung treffen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Es ist für mich selbstverständlich, daß wir uns in einer demokratischen Gesellschaftsordnung, die durch eine Vielzahl der Meinungen und Anschauungen gekennzeichnet ist, auch zu einer Gemeinsamkeit in der Erwachsenenbildung bekennen. Darum müssen wir uns bemühen, die steirischen Erwachsenenbildungsorganisationen, die in einer Arbeitsgemeinschaft landesweit zusammengefaßt sind, um dort gemeinsam die Fragen der Erwachsenenbildung zu beraten, weiterhin in diesem Ausmaß zu fördern. Ob das nun das katholische, das evangelische Bildungswerk, das WIFI, das BFI, LFI oder andere Institutionen sind, gerade auf diesem Gebiet sollten wir kein Gegeneinander suchen. Erwachsenenbildung ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit geworden. Es genügt nämlich nicht, wenn der Anspruch auf Bildung zwar formell gewährleistet ist, aber von den Menschen nicht in ausreichendem Maße verwirklicht werden kann. Die Gleichheit der Bildungs-

chancen, das ist für einen kleinen Textilarbeiter ein oft strapaziertes Wort, ist meiner Meinung nach nur dann gegeben, wenn der einzelne tatsächlich in der Lage ist, seine Bildung zu verbessern und jene Weiterbildung zu genießen, die für den Bestand einer Gesellschaft freier Menschen notwendig ist, und dazu kann die Erwachsenenbildung einen wesentlichen Teil beitragen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit zu so später Stunde. (Allgemeiner Beifall. – 23.14 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald.

Abg. Pußwald (23.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Das Thema, das ich heute behandeln möchte zu dieser fortgeschrittenen Stunde, ist doch ein sehr wichtiges, nämlich es geht um die Zukunft unserer Führungskräfte, um die Lehrlinge. Wir kennen diese Überschriften aus den Zeitungen. Dort steht dann: „Lehrlinge, die Führungskräfte von morgen“. Oder „Wieder ein steirischer Sieg im Bundeslehrlingswettbewerb“ oder „Ausbeutung und schlechte Ausbildung kennzeichnen die Lehrlingsausbildung“. Freilich, das sind nur Schlagzeilen, aber in diesen Schlagzeilen steckt im Einzelfall doch Wahrheit. Trotz dieser großen Bandbreite haben wir in der Steiermark gegenwärtig 24.682 Lehrlinge in Ausbildung, die in 6707 Lehrbetrieben unterwiesen werden. Und interessant ist, obwohl nahezu 600 verschiedene Berufe in der Lehrberufsliste aufscheinen, werden durchschnittlich 14.000 junge Leute in nur zehn Lehrberufen ausgebildet werden. Weil die Berufe der Gastronomie in der letzten Zeit durch das Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz, aber auch durch die Arbeitszeit schlechthin in einem sehr hohen Maße in Mißkredit gekommen sind, habe ich mich mit Frau Kollegin Beutl auf den Weg gemacht und die Landesberufsschule in Bad Gleichenberg besucht. Diese Landesberufsschule hat es zuwege gebracht, innerhalb von drei Jahren ständig Bundessieger im Lehrlingswettbewerb für Koch und Kellner hervorzubringen. Im heurigen Jahr war es sogar möglich, fünf „Goldene Jugendliche“ in Gleichenberg auszubilden, trotz der räumlich nicht optimalen Möglichkeiten. Oder vielleicht gerade deswegen? Denn was fanden wir dort? Es waren engagierte junge Leute, hellwach, interessiert, wahrscheinlich ausgestattet mit echten Fähigkeiten und echten Interessen. Etwa ein Drittel der Burschen und zwei Drittel der Mädchen dieses Jahrganges, mit dem wir die Chance hatten, ein Gespräch zu führen, antworteten uns auf die Frage, wie sie ihre Zukunft bewerten, daß sie durchaus an Karriere, an berufliche Karriere, denken. Die Burschen oder die jungen Männer denken ausschließlich an beruflichen Aufstieg, die Mädchen vereinen in ihrer Lebensplanung Familie und Beruf. Die Lehrkräfte, die dort unterrichten, sind fachlich hochqualifiziert. Mit größtem Engagement leisten sie in räumlicher Beengtheit hervorragende Bildungsarbeit – Ausbildung für diese jungen Menschen. Auf die Frage, wie es den Lehrlingen mit den Arbeitszeiten und der Entlohnung in den Lehrbetrieben ergehe, meinten sie durchschnittlich, es gehe ihnen ihrem Empfinden nach gut bis recht gut. Ein junger Mann sagte sogar, daß sein Lehrherr der unmittelbare An-

sprechpartner in allen sozialen und rechtlichen Belangen sei. Ich glaube, auch das muß man einmal wirklich herausstreichen!

In dem Zusammenhang kam mir auch der Jugendkalender 1992 der Gewerkschaftsjugend in die Hand, und da heißt es auf Seite 42 ganz wörtlich: „Millionäre, Scheichs, Unternehmer und ganz bestimmte Erfolgspolitiker kaufen sich nicht nur Flugzeuge, Luxusjachten und Sportautos, sondern auch die teuersten Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsexperten. Damit wollen sie ihre Macht ausbauen. Natürlich ärgern sie sich veilchenblau, wenn wir, die Arbeitnehmer, argumentierend auf den Tisch hauen.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist auch eine Möglichkeit, für Lehrlinge und für zukünftige Facharbeiter zu werben. Nur, mit dieser Möglichkeit werden wir keinerlei zukünftige Unternehmer und keinerlei zukünftige Betriebsführer finden. Das geht, meine Damen und Herren, doch an die Adresse der Gewerkschaft, die diesen Kalender (Abg. Vollmann: „Ja natürlich, selbstverständlich!“) – „Gewerkschaftsjugend 1992“ – herausgegeben hat. Das ist keine gute Werbung, das muß ich schon dazusagen. Wenn wir von Facharbeitermangel und von wenigen Arbeitskräften sprechen, sollte auch im gewerkschaftlichen Interesse an Aufklärung und Verbesserung gearbeitet werden, und nicht an polemischen Informationen!

Im vergangenen Jahr haben 10.149 Jugendliche die Lehrabschlussprüfung absolviert. Davon waren 515, die zur Wiederholungsprüfung gekommen sind, 1305 haben diese mit Auszeichnung bestanden, aber immerhin 1411 haben diese Lehrabschlussprüfung nicht bestanden. Woran liegt das? Ein Grund mag darin liegen, daß wir auch durch den Rückgang an Geburten einfach in geburtenschwachen Jahrgängen stehen.

Ein weiterer Punkt ist, daß die Berufsausbildung nicht mehr in allen Teilen voll dem Berufsbild entsprechen kann. Wir kennen alle beispielsweise den Tischler. Das Berufsbild Tischler besteht aus mindestens zwei speziellen Fachbereichen: dem Möbeltischler und dem Bautischler. Wenn jetzt ein junger Mensch den Lehrabschluß macht, hat er unter Umständen einen dieser beiden Bereiche nie in der Praxis kennengelernt. Daher ein Vorschlag beziehungsweise eine Überlegung: die Lehre über mehrere spezielle Lehrberufe zu erstrecken. Ein ganz spezielles Beispiel wäre auch der Einzelhandelskaufmann, der in viele Einzelbereiche aufgefächert wird. Ich wiederhole: Es ist unter Umständen nötig, daß der Lehrling während der Ausbildung an mehreren spezialisierten Betrieben tätig ist, lernt, um dem Berufsbild in der Lehrabschlussprüfung zu entsprechen. (Abg. Vollmann: „Darf ich fragen, wie Sie das machen?“) Wie ich das mache? Jeder Betrieb nimmt einen Lehrling in seinem speziellen Fach auf, bildet ihn, und er läßt den weitergehen, kreisum. (Abg. Vollmann: „Zwischenbetriebliche Ausbildung!“) Dazwischen theoretische Ausbildung an der Schule mit neun Wochen. (Abg. Vollmann: „Nicht theoretisch – praktisch!“) Das wird teilweise gemacht. Der Zusammenschluß von mehreren Ausbildungsbetrieben für einen Beruf ermöglicht die bessere Ausbildung, gewährt interne Kontrolle, schafft klare Ausbildungsziele in einem Spezialfach. Der Jugendliche ist ebenfalls bestens eingebunden, wird flexibler und weiß schlußendlich mehr. Ein nächster

Punkt ist, daß wahrscheinlich der Leistungsdruck der Lehrbetriebe auf den jungen Menschen, aber auch der Eltern und die eigenen Erwartungen manchmal die Kraft der zur Prüfung Angetretenen übersteigt.

Meine Damen und Herren! Über den unabhängigen Verwaltungssenat konnte ich in Erfahrung bringen, daß bei ständigen und mehrfachen Überschreitungen nach dem Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz Strafen bis zu 500.000 Schilling ausgesprochen worden sind und werden. Das ist zum einen Teil ein Signal, und zum anderen Teil würde ich meinen, daß man diesen schwarzen Schafen, die es leider Gottes gibt, die Ausbildungsmöglichkeit entzieht. Gleichzeitig darf ich anmerken, daß es natürlich auch Lehrlinge gibt, die diese Situation sehr bewußt ausnützen.

Interessant ist, daß in der Steiermark seit 1981 ein psychologischer Beratungsdienst in der Abteilung für gewerbliche Berufsschulen angeboten wird und der zuständige Fachpsychologe durchschnittlich 450 bis 550 Einzelberatungen an den Berufsschulen durchführt. Auch das ist eine Möglichkeit, dem Jugendlichen in seiner Entwicklung und bei seinen Problemen Hilfe zu bieten.

Die Geschäftsführerin der Gesellschaft für steirische Gesundheitsdienste hat die Möglichkeit eingerichtet, über die Aktion „Gesundheitsbildung“ sehr positive Informationsarbeit und Schulungsarbeit zu leisten. Ganz besonders herausstreichen möchte ich, daß die Landesrätin, Frau Waltraud Klasnic, seit dem Antritt ihrer Tätigkeit als Wirtschaftslandesrätin als ein erklärtes Ziel die Ausbildung von Facharbeitern hat. Ich möchte ihr positiv bescheinigen, daß wir das Geld, das für die Errichtung, Adaptierung und Neugestaltung der Landesberufsschulen mit viel Glück unterstützen wollen. Diese jungen Menschen haben oft keine Lobby, haben niemanden, der konkret hinter ihnen steht. Wir möchten, daß sie ihre Zukunft in Österreich oder im europäischen Raum möglichst positiv bewältigen können. Danke. (Allgemeiner Beifall. – 23.25 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt.

Abg. Peinhaupt (23.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich darf mich in meinen Ausführungen mit dem landwirtschaftlichen Schulwesen auseinandersetzen.

Im Hinblick auf den schwierigen Strukturwandel in der Landwirtschaft und mit den damit zusammenhängenden wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen muß man der Berufsausbildung des Bauern einen ganz besonderen Stellenwert einräumen. Bauer sein ist ein schöner, aber auch ein anstrengender und sehr vertrauensvoller Beruf.

Verantwortung gegenüber der Erhaltung eines intakten Naturhaushaltes durch Sicherung der Bodengesundheit, der Wasserqualität und des Artenreichtums von Pflanzen und Tieren. (Präsident: „Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit!“) Verantwortung gegenüber einer optimalen Lebensmittelqualität als Grundlage der Volksgesundheit auf der Basis einer naturnahen Lebensmittelproduktion. Verantwortung gegenüber der Sicherung der Pflege und Gestaltung der bäuerlichen Kulturlandschaften, insbesondere auch in

entsiedelungsgefährdeten Regionen, als Lebens- und Erholungsraum für die gesamte Bevölkerung. Verantwortung gegenüber der Rohstoff- und Energieversorgung auf der Grundlage einheimischer nachwachsender Ressourcen. Aber vor allem Verantwortung gegenüber seinem eigenen Arbeitsplatz hinsichtlich einer sowohl ökonomischen als auch ökologischen Wirtschaftsweise.

Um diese Palette von Verantwortungen gegenüber der Allgemeinheit übernehmen und auch tragen zu können – Verantwortung, die in jedem anderen Beruf bezahlt ist, nur bei uns Bauern noch nicht –, brauchen wir ein den Erfordernissen entsprechendes Schulsystem.

Denn Bauer sein heißt, nicht nur Fachmann im Umgang mit der Produktionsgrundlage und den Produkten zu sein, der Bauer muß auch – infolge der nur knapp kalkulierbaren Wirtschaftlichkeit der Betriebe – ein den Anforderungen gewachsener Betriebswirt sein. Das wiederum zieht ein ausgezeichnetes Beurteilungsvermögen der augenblicklichen Marktlage nach sich sowie das Finden gangbarer Alternativen, wie zum Beispiel Qualitätsproduktion und Direktvermarktung. Er muß also auch Marketingfachmann sein.

Sehr deutlich hat mein Kollege Kaufmann, der ja selbst Landwirtschaftslehrer ist und Fachmann auf diesem Gebiet, in der Diskussion um die Anträge 118 und 119 erörtert, aus welchem Grund das Dualsystem – also das Erlernen eines zweiten Berufes – für unsere Bauern so von Bedeutung ist. Denn der Bauer ist heute nicht mehr in der Lage, auf Grund des großen Einkommensunterschiedes zu anderen Berufsgruppen, Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

Die Rinderpreise sind in den letzten zehn Jahren nahezu gleich geblieben, bewertet man die jährliche Inflation, so sind sie sogar deutlich zurückgegangen, eine Handwerkerstunde hingegen ist in diesem Vergleichszeitraum um 220 bis 250 Prozent gestiegen.

Diese Einkommenspolitik zwingt die Landwirtschaft geradezu, in eigenständiger Isoliertheit zu agieren. Ja, um alle diese Mehrbelastungen umgehen zu können – zur Sicherung des bäuerlichen Einkommens –, braucht man auf der einen Seite optimale theoretische Ausbildung, auf der anderen Seite aber auch die Möglichkeit, eben diese Theorie in die Praxis umzusetzen.

Die Abteilung für landwirtschaftliches Schulwesen in der Steiermark bemüht sich sicherlich, diesen Anforderungen, diesen geänderten Anforderungen Rechnung zu tragen. An dieser Stelle darf ich einige Vorschläge einbringen, die, wie ich glaube, die Effizienz der landwirtschaftlichen Ausbildung noch steigern können.

Erstens: Fachliche und geographische Schwerpunktsetzung, zweitens: Ausbau des Dualsystems, drittens: stärkere Orientierung der Lehrinhalte auf Umwelt und Marketing, viertens: Schulungsmöglichkeiten in Alternativerwerbsmöglichkeiten, wie zum Beispiel der Pferdezucht, fünftens: Schaffung von Schulungszentren für naturnahe Landwirtschaft, sechstens: Einrichtung einer Fachhochschule in Irnding als Pilotprojekt.

Ja, ja, ich weiß schon, daß diese Fachhochschule so ein Problem an sich ist. Alle Verantwortlichen und Ent-

scheidenden sind davon überzeugt, daß hinsichtlich des EG-Beitrittes ein dringender Bedarf an dieser Fachhochschule gegeben ist, da ja unsere Ingenieur- ausbildung nicht EG-konform ist. Laut Meinungsumfragen möchten etwa 30 Prozent der HBLA-Absolventen und 30 Prozent der steirischen Absolventen von Meisterlehrgängen bereits im Schuljahr 1992/93 diese landwirtschaftliche Fachhochschule besuchen. Wie man aus der Presse erfahren kann, fordern bestimmte Politiker auch diese Einrichtung, mehr tun sie allerdings nicht. Und ich darf hier von dieser Stelle aus ohne Stolz sagen, daß es wieder einmal wir Freiheitlichen waren, die voll und ganz hinter der heimischen Landwirtschaft stehen und nicht nur hier in diesem Haus den Antrag eingebracht haben auf die Errichtung des Pilotprojektes der Fachhochschule in Raumberg-Irdning, sondern auch in Form eines Entschließungsantrages diesen Antrag im Nationalrat eingebracht haben. Das Heranziehen und das Ausbilden unserer Bauern müßte uns doch allen ein Herzensanliegen sein. Eines aber, meine Damen und Herren, können wir trotz Zurverfügungstellung der optimalsten Ausbildungsmöglichkeiten nicht lehren. Das ist Motivation, das ist Freude, das ist die Liebe zur Natur, das ist die Liebe zum Bauernstand. Eigentlich die Grundvoraussetzung, um Bauer zu sein. (Beifall bei der FPÖ.) Doch gezielte Agrarpolitik könnte diesen Idealen wieder Wertigkeit und Inhalt verleihen. Nur zu gut kann ich die Bauern verstehen, da ich selbst einer von ihnen bin, nicht zuletzt einen Rinderbestand zu züchten, mit viel Geduld und Liebe die Kälber großzuziehen und dann erkennen müssen, daß man bei einem Bestand von zehn Kühen den Erlös von diesen Kälbern dafür einsetzen muß, daß man gerade die Sozialversicherung davon abdecken kann, geschweige denn die anderen Fixkosten. Will denn nicht jeder für seine Bemühungen in irgendeiner Form belohnt werden? Aber auch so, daß für ihn selbst auch noch etwas übrigbleibt, zumindest daß er einen kleinen Anerkennungszins für seine Arbeit bekommt. Darin ist auch einer der Gründe zu sehen, daß die Mehrzahl der Absolventen von landwirtschaftlichen Schulen nicht mehr den Weg zurück auf den Bauernhof findet. Sicherlich tragen das Generationsproblem sowie die sozialen Erschwernisse auch wesentlich dazu bei. So zum Beispiel wird ja die Bäuerin regelrecht dazu gezwungen, bei Erreichen des Pensionsanspruches des Bauern den Betrieb zu pachten, um so in den Genuß einer besseren Pension beziehungsweise einer besseren Altersvorsorge zu kommen. Sie steht aber dann einem potentiellen Hofübernehmer im Wege, denn junge und gut ausgebildete Leute brauchen das Recht zur Entscheidung und die Verantwortung über einen Betrieb. In dem Zusammenhang sei erwähnt, daß neben der Bewältigung dieses sozialen Problems den Bauern, den Jungbauern auch dementsprechend unter die Arme zu greifen ist. Ich könnte mir das vorstellen, indem man ihm zum Beispiel die Übernahmekosten ersetzt, indem man ihm zinsenlose Kredite für die ersten fünf Jahre zur Verfügung stellt, indem man ihm die Erweiterung der Bestandsobergrenzen ermöglicht und indem man den Erwerb von Milchrichtmengen begünstigt.

So erfreulich, meine Damen und Herren, die Trendentwicklung Zustrom zu den landwirtschaftlichen Schulen auch ist, desto bedenklicher ist es zu wissen,

daß mehr als 50 Prozent der männlichen Absolventen und nicht einmal 10 Prozent der weiblichen Schüler in die Landwirtschaft zurückgehen. Daß die Ausbildung an diesen Schulen sicherlich eine gute ist und auch eine ist, die gerne angenommen wird, erweist, daß auf einen Lehrer 5,6 Schüler kommen. Aus dem Grund eben, daß eben nur wenig von diesem Kapital in die Landwirtschaft einfließt, darf man doch auch erwägen, daß diese 400 Millionen Schilling nicht zur Gänze der Agrarmilliarde angelastet werden. Es wäre zu überlegen, die Kosten dieser Ausbildung mit einem Bonus-system zugunsten derjenigen zu versehen, die auch späterhin die Absicht haben, Bauer zu werden und Bauer zu bleiben.

Man weiß aber auch, daß den Direktoren der landwirtschaftlichen Schulen und den Lehrern an den landwirtschaftlichen Schulen sehr günstige Naturalwohnungen, die es übrigens im Pflichtschulbereich nicht gibt, zur Verfügung gestellt werden. Ich möchte dazu nur einige Zahlen nennen. Die monatlich vom Lehrer zu leistenden Vergütungen betragen je Quadratmeter in der Kategorie A 11 Schilling, in der Kategorie B 9 Schilling, in der Kategorie C 6 Schilling und in der Kategorie D 3 Schilling. Bei dienstlichem Erfordernis halbiert sich dieser Quadratmeterpreis noch. Man sollte doch auch diesen günstigen Mietzins an das allgemeine Mietzinsniveau anpassen, denn auch das sind Bauerngelder. Es geht letztendlich darum, die den Bauern angelasteten Budgetmittel auch möglichst effektiv zukommen zu lassen. Abschließend darf ich feststellen, daß hochqualifizierte Ausbildung und großes Fachwissen das einzige sein werden, was man unseren Bauern nicht wegnehmen wird können. (Allgemeiner Beifall. – 23.35 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Dr. Karisch (23.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Als erstes möchte ich dem Herrn Kollegen Erlitz antworten, der früher gesagt hat, die mittlere Reife in der Realschule sei unseriös. Ich kann mir nicht vorstellen, wie er zu diesem Ergebnis kommt. Die Realschule hat heuer begonnen, ein schwaches halbes Jahr hinter sich, und es gibt hervorragende Lehrpläne. Man kann doch heute noch nicht etwas abqualifizieren, was noch sechs Jahre dauert. Ich würde sagen, die Aussage des Herrn Kollegen Erlitz, mit Verlaub gesagt, ist unseriös. (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Ich bin keine Lehrerin. Mein Zugang zur Bildung ist die Konsumentenseite. Kinder und ihre Eltern sind Konsumenten des Dienstleistungsbetriebes Schule. Ich möchte aus ihrer Sicht sprechen. Der österreichische Steuerzahler gibt für den Dienstleistungsbetrieb Schule sehr viel Geld aus. Kinder sind die Zukunft unseres Landes. Die Bildung unserer Kinder ist daher eine wichtige, wenn nicht überhaupt die wichtigste Investition in die Zukunft. Ich bekenne mich grundsätzlich zu dieser Investition. Die Ausgaben für das Bildungswesen steigen permanent. Sie waren noch nie so hoch wie heute, und sie werden trotzdem von den Betroffenen immer wieder als unzureichend erlebt, wie die Diskussionen und Demonstrationen der

letzten Woche bewiesen haben. Trotz hoher Investitionen gibt es also sehr viel Unzufriedenheit, berechnete Unzufriedenheit, aber auch so manchen Egoismus. Wir alle kennen die Grenzen und Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte. Ich glaube, wir sind damit heute an einem Punkt angelangt, wo wir einmal innehalten und überlegen sollten, ob die Eingaben, ob die Investitionen und die Erträge übereinstimmen. Man nennt das in der Wirtschaft „Input-Output-Rechnung“. Zum Input: Wir haben im letzten Jahrzehnt auch in unserem Land viele ideale und teure Rahmenbedingungen geschaffen. Wir haben große neue Schulgebäude, vor allem auf dem Land, wofür die Eltern sehr dankbar sind. In der Stadt Graz wird den Kindern vergleichsweise wenig geboten. Wir haben kleinere Klassen als früher, und wir beschäftigen viele Lehrer. Nie zuvor standen in Österreich und in der Steiermark so viele Lehrer so wenigen Kindern gegenüber. Wir haben ein Verhältnis 9,5 Kinder auf einen Lehrer. Wir haben Gratis-schulbücher, sehr umfangreich, ich möchte sagen, oft zu umfangreich. Sie erweisen sich als kontraproduktiv, da sie unheimlichen Stoffdruck auf den Lehrer erzeugen. Wir haben die Schülerfreifahrt und schließlich noch das Elternmitspracherecht, die Schulpartnerschaft. Man könnte meinen, das alles müßte ein schulisches Schlaraffenland ergeben. Doch sehen wir uns den Ertrag, das Output an. Die Klagen aller Beteiligten sind unvermindert groß. Ich habe das Gefühl, daß sie in den letzten Jahren eher noch zugenommen haben. Auch wenn man die uns Österreicher oft eigene Liebe zum Jammern berücksichtigt, so bleibt noch immer viel an sachlicher Kritik. Kurz ein paar häufige Kritikpunkte:

Die Kinder, die mit so viel Freude und Erwartung in die Schule kommen, verlieren diese Freude bereits nach wenigen Jahren, oft schon in der Volksschule.

Eltern klagen, daß die Lernhilfe des Elternhauses heute dringend notwendig sei. In der Schule werde kaum noch geübt, vieles werde auf das Elternhaus verlagert. Unsere Mütter fühlen sich als unbezahlte Hilfslehrer der Nation. Eltern, die diese Hilfe nicht leisten, gelten leicht als unsozial. Neben der elterlichen Nachhilfe gibt es auch noch einen riesigen Nachhilfemarkt, dessen Umsatz man auf mehrere 100 Millionen Schilling schätzt – und dies trotz staatlichen Förderunterstützungen und des riesigen staatlichen Lehrerheeres.

Viele Kinder fühlen sich überfordert und klagen über Streß. Dies hat sicherlich auch individuelle Ursachen, wie zum Beispiel falsche Schulwahl oder da und dort auch schlechter Unterricht. Trotzdem ist die Schule schon allein von der Stundenzahl her in vielen Bereichen nicht kindgemäß und erzeugt damit Streß.

Die Abnehmer Wirtschaft und Universitäten klagen, die Schüler könnten heute zu wenig. Diese Klagen hat es immer schon gegeben. Es gibt aber heute auch eindeutige, sehr beunruhigende Untersuchungen über sekundären Analphabetismus in Österreich. Das sollte uns zu denken geben.

Und schließlich klagen auch viele Lehrer, die Schule belaste sie sehr und sei noch nie so anstrengend gewesen wie heute.

Wir sollten also hinterfragen, ob die hohen Investitionen in unser Unterrichtssystem eine entsprechende Qualitätssteigerung mit sich gebracht haben und

damit effizient waren. Ich glaube, daß der Ertrag den Investitionen keineswegs entspricht. Ich glaube auch nicht, daß mehr Quantität an Lehrern allein schon zu mehr Qualität des Unterrichts führt, so wichtig sie da und dort ist. Die Schulreformen des letzten Jahrzehnts hatten sehr starke beschäftigungspolitische Auswirkungen. Manche Eltern behaupten, daß sie den Lehrern mehr genützt hätten als den Kindern.

Hohes Haus! Ich möchte kurz sieben Punkte anführen, was aus der Sicht vieler Eltern in unserem Schulsystem verändert werden sollte und was teilweise ohne zusätzliche Kosten möglich wäre. Diese Elternforderungen sind nicht neu. Sie wurden in den letzten Jahren immer wieder gestellt, wurden aber von den Unterrichtsministern immer wieder abgelehnt.

Erstens: In der Volksschule sollte wieder mehr Wert auf die sichere Erarbeitung der Kulturtechniken gelegt werden. Die Volksschule ist in den letzten Jahren mit vielen zusätzlichen Aufgaben bis hin zur Fremdsprache belastet worden. Manche Kinder lernen Englisch, können aber ihre Muttersprache nicht entsprechend.

Zweitens: Die Wochenstundenzahl der Kinder müßte in manchen Bereichen wieder gesenkt werden. Ein Beispiel: Der sozialistische Unterrichtsminister Moritz hat seinerzeit gegen die Proteste der Eltern und der Schulärzte die Pflichtwochenstunden für die zehn- bis zwölfjährigen Kinder in der fünften und sechsten Schulstufe erhöht. Elf-, zwölfjährige Kinder haben heute 34 Pflichtwochenstunden. Das ist ebensoviel, wie ein Maturant in einem Gymnasium in diesem Schuljahr hat. Dazu kommen noch Freigegegenstände, Förderunterricht, Hausübungen. Diese kleinen Kinder kommen auf eine 45- bis 50-Stunden-Woche und arbeiten mehr als Erwachsene. Diese zusätzlichen Unterrichtsstunden, die da eingeführt worden sind, manche sagen zur Lehrerbeschäftigung, kosten sehr viel Geld. Das sind Lehrerwochenstunden, umgelegt auf das Land, und sie schaden den Kindern. Sie bringen nichts. Noch ein Beispiel für eine Stundenbelastung, die zu Überforderung und Frust führt und meiner Ansicht nach damit kontraproduktiv ist. Viele unserer Lehrlinge haben in der Berufsschule 40 Stunden Pflichtunterricht in der Woche. Dazu noch Freigegegenstände, Religion, Leibesübungen. Lernen sollen sie am Abend dann auch noch. Diese Unterrichtskonzentration stellt für viele unserer Lehrlinge, die mehr praktisch begabt sind als theoretisch, eine große Belastung dar. Ich bin davon überzeugt, daß eine andere Unterrichtsverteilung mehr Erfolg brächte.

Drittens: Da schließe ich mich meiner Vorrednerin, der Frau Bleckmann, an: Eine Reduzierung der Lehrpläne wäre dringend notwendig – das ist eine Forderung der Schüler – und Hand in Hand damit eine Reform der Schulbücher. Alle Lehrplanreformen der letzten Jahre – und ich habe sie als Elternvertreterin für den Bundesverband der Elternvereine begutachtet – haben unter dem Strich einen Zuwachs gebracht und keine Entlastung. Die Lehrpläne sollten auch unterteilt werden in Kern- und Erweiterungsstoffe. Eine alte Forderung, die auch zu einer Verbesserung führen könnte.

Viertens: Auch im Unterricht sollten neue Schwerpunkte gesetzt werden. Es wird heute zu viel Wissen vermittelt und zu wenig an anderen Fähigkeiten, den

sogenannten Schlüsselqualifikationen. Das Wissen der Menschheit explodiert. Die Halbwertszeit liegt in vielen Bereichen bei fünf Jahren: In Zukunft wird es Datenbanken geben, vielleicht sogar in der Armbanduhr. Niemand kann mehr alles wissen. Wichtig wäre es, den Schülern ein Überblickswissen und Zusammenhänge zu vermitteln. Sie sollten lernen, sich das Wissen zu besorgen. Die Fähigkeit zum selbständigen Denken und Arbeiten und Problemlösungskapazität sollten stärker vermittelt werden als das heute der Fall ist. Wir müssen von einem statischen Bildungsziel weg zu einem dynamischen kommen.

Fünftens: Die Qualität der Lehrer, ein alter Elternwunsch. Neben sehr engagierten Lehrern gibt es – wie überall, in jedem Beruf – viele Mitläufer, die nur den bequemen Job sehen. Bei Aufnahme neuer Lehrer sollten nach dem Wunsch der Eltern verstärkt Qualitätskriterien im Vordergrund stehen. Eltern wünschen sich vor allem auch im höheren Schulwesen – da spielt es eine große Rolle – eine verpflichtende Lehrerfortbildung außerhalb der Unterrichtszeit.

Sechstens: Schulversuche, denen ich grundsätzlich positiv gegenüberstehe, können sehr viel Ungerechtigkeit schaffen, nämlich dann, wenn sie hohe Lehrerwochenstundenzahlen verursachen, die im allgemeinen Topf ausgeglichen werden müssen. Langdauernde extensive Schulversuche – wir haben welche gehabt, die 20 Jahre dauerten – schaffen eine Zweiklassen-Gesellschaft unter den Schülern. Solche, die privilegiert sind und im Überfluß Lehrer, Freigegegenstände bis hin zur Nachmittagsbetreuung erhalten, und andere in der Regelschule, die das wieder ausgleichen müssen und noch weniger haben. Wir haben in der Steiermark – und das möchte ich namens der steirischen Elternvereine sagen – heuer Leistungsgruppen in der Hauptschule mit 30 Kindern! Das empfinden die Eltern als große Belastung.

Siebtens: Es wird heute sehr stark die Autonomie diskutiert. Ich sage ein grundsätzliches Ja zu mehr Selbständigkeit der Schulpartner und zu mehr Gestaltungsmöglichkeit. Viele Eltern befürchten aber, daß es sich bei dem derzeitigen Autonomiegedenke des Unterrichtsministers Scholten um einen Trick handelt, mit dem er die Verteilung des Mangels auf die Schulpartner überwälzen will. Ich hoffe, daß sich diese Befürchtungen nicht bewahrheiten. Autonomie ja, aber zu fairen Bedingungen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit zu dieser späten Stunde. (Beifall bei der ÖVP. – 23.48 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Sepp Kaufmann.

Abg. Ing. Kaufmann (23.48 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte anschließen an den Kollegen Peinhaupt, der eigentlich sehr gut in seinen Ausführungen das Bauer-Sein dargestellt hat. Du hast auch unser steirisches Ausbildungsmodell in den Landwirtschaftsschulen als gut, zukunftsweisend und, wenn ich dich richtig verstanden habe, der Zeit gemäß klassifiziert. Und ich freue mich darüber. Trotzdem darf ich einige Ergänzungen anführen.

Unser Schulmodell in der Steiermark sieht vor, daß 14jährige bis zum 16. Lebensjahr vier Semester an einer Fachschule verbringen, damit sie eine Kombination von theoretischem Unterricht und starkem Praxisbezug bekommen, danach rund eineinhalb Praxisjahre inklusive sechs Monate Fremdpraxis verbringen und dann in den Betriebsleiterlehrgang zurückkommen. Als zweites Modell steht jetzt das duale Ausbildungsmodell zur Verfügung, das vorsieht, daß nach den zwei Unterrichtsjahren in der Fachschule ein Jahr Fremdpraxis mit Besuch erster und zweiter Berufsschulabsolvierung folgt, danach wieder der Rückgang in die Fachschule mit Ausbildung zum Betriebsleiter, danach der Abgang mit nachfolgendem dritten Lehrjahr und dritter Berufsschulklasse und mit dem Abschluß des zweiten Bildungsweges. Dieses duale Ausbildungssystem eröffnet Perspektiven für die Zukunft, denn von 60.000 Betrieben sind nur mehr 18.000 im Vollerwerb tätig, während die übrigen einem Zweitberuf nachgehen oder im alten Slogan Nebenerwerbslandwirte sind. Das ist auch der Grund, daß das steirische Schulmodell so gut angenommen wird und daher auch so gute Schülerzahlen hat. Wenn wir einen internationalen Vergleich anstellen, dann können wir aus der BRD sehen, daß die Schulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland von 1960 520 Landwirtschaftsschulen mit 20.700 Schülern, 1990 auf 186 Landwirtschaftsschulen mit 6745 Schülern zurückgegangen ist. In der Steiermark war im selben Zeitraum, nämlich die Entwicklung 1960 869 Fachschüler, mit 1991 2718 Fachschülern. Derzeit betreiben wir 42 Fachschulen, das sind zwölf Burschen- und 30 Mädchenschulen, auf 27 Schulstandorten. Unsere Schulen unterrichten derzeit 1166 Mädchen und 1152 Burschen in 57 Klassen mit durchschnittlich 26 Schülern. Wir sehen also, daß das Ausbildungsmodell an sich gut ist. Trotzdem, nachdem sich die Gegebenheiten ändern, gibt es Änderungswünsche, die du schon angesprochen hast und die teilweise bereits realisiert sind. So darf ich zu deinen angeführten Punkten deiner Änderungswünsche sagen oder dir berichten, daß das duale Ausbildungsmodell in weiten Bereichen des Schulwesens bereits möglich ist, daß uns nur teilweise die gewerblichen Betriebe, die daran teilnehmen, noch fehlen, weil auch im Gewerbe eine Bereitschaft sein muß, dieses duale Ausbildungsmodell mitzutragen. Alternative Ausbildungen, Direktvermarktung mit Bezug auf geographische und standortspezifische Ausbildung, sind bei uns selbstverständlich. Und daher, wenn wir unsere Fachschulen betrachten, sind die Fachschulen auch in ihrer Spezifikation verschieden ausgelegt. Ich verweise nur auf die Schulen Hatzendorf, Schwerpunkt Schweinehaltung, und Silberberg, Schwerpunkt Weinbau, als Beispiele. Ich stimme auch mit dir überein, daß eine Fachhochschule eine gute Ergänzung unserer landwirtschaftlichen Ausbildung ist. Ich hoffe auch, daß im Zusammenwirken aller Kräfte diese Fachhochschule bald Realität sein wird.

Zur angesprochenen Frage der Landeswohnungen für Lehrer und Direktoren muß ich einen Aspekt mitteilen, der vielleicht in deiner Betrachtung unter den Tisch gefallen ist. Unsere Lehrer haben auch die Aufgabe, in ihrer Freizeit für unsere Internatsschüler als Erzieher, als Wissensvermittler tätig zu sein, und ich muß ganz ehrlich sagen, ich sehe es an unserer Schule in Hatzendorf, jene Lehrer, die im unmittelbaren

Schulbereich wohnen, führen am Abend Judokurse, Maschinschreibkurse, Computerkurse, Schachkurse oder andere Kurse durch, während jene Lehrer, so wie ich, die weiter weg wohnen, nach Unterrichtsschluß nicht mehr greifbar für die Schule sind. Ich glaube, das ist der pädagogisch große Wert dieser Lehrer, der vielleicht in Schillingen nicht auszudrücken ist. Wenn wir nun die Positionen des landwirtschaftlichen Schulwesens betrachten, dann hast du eine Zahl von 400 Millionen genannt, die es kostet. Hier muß ich widersprechen. Erstens ist unter Position 221 in den 400 Millionen auch die Zuwendung zur Hotelfachschule Bad Gleichenberg enthalten mit rund 2,5 Millionen. Es bleiben 397,5 Millionen über, davon sind 168,5 Millionen Einnahmen abzuziehen, und im außerordentlichen Haushalt kommen 14,5 Millionen noch für die Bauvorhaben dazu. (Abg. Peinhaupt: „Das sind die 400 Millionen, die mit der Agrarmilliarde angelastet werden!“) Das hat so geklungen. Dann habe ich dich falsch verstanden. Entschuldige. Ich habe gehört, die 400 Millionen kosten die Schulen, und dagegen muß ich mich wehren. Wir sind also einer Meinung, daß eine gute Ausbildung nicht gratis ist, sondern daß gute Ausbildung etwas kostet. Und ich bedanke mich beim Land Steiermark im Namen aller Schülerinnen und Schüler (Abg. Dr. Wabl: „Sind wir alle!“), beim Land Steiermark, das ist richtig. Alle im Land Steiermark. Ich habe ausdrücklich, Herr Kollege Wabl, Land Steiermark gesagt. Land ist ein Überbegriff. Ich bedanke mich beim Land Steiermark, daß es die Mittel zur Verfügung stellt, daß wir unsere zukünftigen Bauern, unsere Hofübernehmer so ausbilden können, wie es notwendig ist, um in einer Zeit der Konfrontation im europäischen Raum, einer Zeit der europäischen Integration, eines Zusammenwachsens, aber auch eines härteren Aufeinanderprallens vorbereitet zu sein. Ich glaube, wenn es uns gelingt, unserer Jugend jene Ausbildung zu geben, die sie befähigt, ihre Zukunftschancen zu nützen, dann brauchen wir keine Angst vor einem gemeinsamen Europa zu haben, dann brauchen wir auch keine Angst um unsere flächendeckende Landwirtschaft mit bäuerlichen Betrieben haben. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit um diese Mitternachtsstunde. (Allgemeiner Beifall. – 23.56 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl.

Abg. Dr. Wabl (23.56 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist fünf vor zwölf, und ich bitte Sie, Ihren Groll darüber, daß ich mich noch zu Wort melde, für ein paar Minuten zu unterdrücken, und zwar einfach deshalb, weil ich glaube, daß das Thema Schule und Jugend doch wichtig genug ist, daß wir auch zu später Stunde noch darüber reden. Ich möchte an die Wortmeldung des Kollegen Lopatka über Erscheinungsformen in der Schule bei der Jugend über neonazistisches Gedankengut, das dort Verbreitung findet, anschließen. Wenn heute ein Prozeß im Landesgericht für Strafsachen in Graz stattgefunden hat über einen Studenten, der zufällig aus Fürstenfeld stammt, dessen Familie ich sehr gut kenne, der, wie die „Neue Zeit“ heute berichtet, Nazihefte an Schüler verteilt hat, so schwanke ich persönlich auch in der Beurteilung zwi-

schen dem Vorsatz, diese Entwicklung nicht zu über-treiben und nicht zu überschätzen, weil man dann oft den Umkehreffekt erzielt, wenn man das hochspielt, aber auf der anderen Seite bin ich geneigt, diese Ent-wicklungen nicht zu bagatellisieren. Ich bin selbst im Elternverein in Fürstenfeld tätig. Wir haben vor kurzem in der Konferenz darüber diskutiert, bei Sit-zungen, und ich habe dort zum Ausdruck gebracht, daß sowohl Eltern wie auch Lehrer aufgerufen sind, politische Bildung im umfassenden Sinne ernst zu neh-men. Das kann nicht nur heißen, daß man lernt, welche Mandatare wo sitzen oder wie der Bundes-präsident heißt, sondern das muß viel weiter gedacht werden. Was mich beunruhigt, und das sage ich ganz offen, nicht nur was die Schule, sondern die Jugend-szene anlangt, wo man oft sagt, sie haben keine Zu-kunftsvorstellungen, daß jene, die dieses Gedanken-gut verbreiten, selbstbewußter geworden sind und daß die anderen, die demokratisch gesinnt sind, die wach-sam sind, die die Bedeutung der Demokratie und der Freiheit erkennen, daß die sich oft in den Hintergrund gedrängt fühlen. Wenn mein Sohn oder meine Tochter nach Hause kommt, sie haben oft Angst, darüber zu berichten, daß jene, die hier die Auschwitz-Lüge ver-breiten, die auch anderes Gedankengut dort weiter-tragen, daß die einfach den Kommandoton angeben. Hier möchte ich wirklich an die Stelle der FPÖ einen Appell richten, ohne daß ich jemandem persönlich nahetreten möchte: Wenn man ordentliche Beschäfti-gungspolitik in der Nazizeit so locker hinformuliert verbreitet und niemand es der Mühe wert findet in die-ser Partei, auch in der steirischen Partei, sich davon zu distanzieren und auf die Schrecken der Nazizeit hinzu-weisen, so sind das jene Anfänge, denen wir wehren müssen. Weil ich einfach glaube, daß wir die Ver-pflichtung haben, der Jugend immer wieder zu sagen, daß dies schreckliche Zeiten waren, daß solche Zeiten nie wiederkommen dürfen. Wenn ordentliche Beschäf-tigungspolitik darin bestanden hat, daß man Juden aus den Geschäften vertrieben hat, daß man Menschen in ein Arbeitslager verschickt hat, daß man Juden und auch andere in Gaskammern, in Konzentrationslagern vernichtet hat, so meine ich, daß man hier wachsam sein muß. Wenn ich heute wieder lese, daß dieser Stu-dent und auch sein Anwalt – da frage ich mich, wo die Rechtsanwaltskammer ist – hier verbreiten, daß Zeit-zeugen unserer Schuljugend so widersprüchlich über die angeblichen Gaskammern berichten, daß es ver-werflich ist, so frage ich mich hier, ob nicht ein Anwalt, der eine gewisse Verantwortung hat, wegen einer solchen Äußerung zur Verantwortung gezogen wer-den soll, und ich frage mich auch, wie es passieren kann, daß Lehrer auch an unseren Schulen – was schon passiert ist – diese Auschwitz-Lüge verbreiten und es Jahre dauert, bis diese Äußerungen aufkom-men, und daß es Jahre dauert, bis die zuständigen Stellen hier Maßnahmen ergreifen. Ich appelliere daher an alle Verantwortlichen in der Schule: Nicht der Lehrplan ist so entscheidend, das Fach Geogra-phy, alles ist wichtig; besonders wichtig ist aber, für das Leben zu lernen, und das hat die Frau Kollegin Beutl auch gesagt; wichtig ist, unsere Jugend zu immunisieren, weil die Jugend unsere Zukunft ist und sie es ist, die die Demokratie und die Freiheit in unse-rem Lande bewahren wird müssen. Danke schön. (All-gemeiner Beifall. – 9. April 1992 – 0.02 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeord-nete Frieß.

Abg. Frieß (0.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mir bleibt nichts übrig, ich muß wirklich noch reden. Es hat bis jetzt noch keiner über den Kindergarten ge-sprochen, und das ist auch ein sehr wesentlicher Be-reich. Die Kinder spüren die Folgen unserer Politik, und sie sind ein ebenso wichtiger Teil unserer Gesell-schaft, wie es erwachsene Männer und Frauen sind. Diese Tatsache drückt sich nicht in den vorliegenden Budgetzahlen aus. Es wird von niemandem mehr be-stritten, daß der Lebensabschnitt bis zum sechsten Lebensjahr der entscheidende, richtungsweisende Ab-schnitt ist. Jeder Einsatz von Eltern und Öffentlichkeit ist Prophylaxe gegen Lebensprobleme. Für den Kin-dergartenbereich haben wir 272 Millionen Schilling vorgesehen. Es gibt keinen Anlaß auf Grund dieser Umstände, die Situation der Kinder betreffend, als J. R. extra dry aufzutreten, wer immer das auch tun wollte. Ich mache auch nicht den Versuch, alle anderen Posten zusammenzuzählen, die wir für die Betreuung und Ausbildung anderer Lebensabschnitte richtiger-weise ausgeben. Es ist auch nicht in Konkurrenz zu setzen, sondern in Beziehung eher und besonders zum Schulbereich. Das ist das, was speziell durch das be-schlossene Gesetz über das Kindergarten- und Hort-wesen in der Steiermark auch gewährleistet ist.

Die Tatsachen sind folgende: Es gibt in der Steier-mark 557 Kindergärten, davon 134 private, die, wie wir wissen, besondere Probleme mit der Finanzierung haben. Diese Kindergärten haben 995 Gruppen, die werden von 23.177 Kindern besucht und von 1180 Kin-dergärtnerinnen betreut. 82 Prozent dieser Gruppen werden halbtägig geführt. Insgesamt besuchen 14,3 Prozent der Kinder einen ganztägigen Kinder-garten. Diese Zahl wird in der Zukunft ansteigen. Viele Umfragen weisen darauf hin, und die Wünsche der Mütter zeigen dies auch.

Zu den Öffnungszeiten: Längere Öffnungszeiten als die im Gesetz vorgesehenen sechs Stunden sind für die Kinder unzumutbar. Man könnte es bis auf acht Stunden ausweiten. Der Lärmpegel ist bei 23,3 Kin-dern im Durchschnitt zu hoch, die daraus folgende Streßsituation natürlich nicht kindgerecht. Ich plädiere trotz dieses Gesetzes für die Aufteilung der sechs Stunden in vier Stunden pädagogische Betreuung für die Kinder und in zwei, jeweils eine Stunde Vor- und Nachbereitungszeit in der praktischen Durchführung.

Kurz zur Gruppengröße: Diese ist ja auch ein wesentlicher Problemfaktor. Bei 27,6 Prozent der Gruppen sind unter 21 Kinder in der Gruppe. 40 Pro-zent der Gruppen haben 21 bis 25 Kinder, und noch immer 18 Prozent haben 29 bis 30 Kinder. Bei 0,3 Pro-zent haben wir nach wie vor über 31 Kinder. Für die Erfüllung des Kindergartengesetzes in bezug auf die Gruppengröße werden wir uns in Zukunft nicht allzu große Sorgen machen müssen. Das ist positiv und negativ zu sehen. Die Staffelung wird auf Grund der Geburtsraten und der geplanten Bauvorhaben einge-halten werden können. Derzeit ist die Bedarfsdeckung in den großen Städten, vor allem in Graz, ungenügend, und vor allem ist es nicht gerade angenehm, das Kind bereits nach der Geburt für einen Kindergartenplatz

anmelden zu müssen. In der Steiermark sind allerdings 111 Projekte im Bau- oder im Planungsstadium. Das heißt für uns auch in der Zukunft, wir brauchen für die Erfüllung dieser Wünsche zirka 100 Millionen Schilling zusätzlich in den nächsten Jahren. Natürlich müssen alle zukünftigen Bauten auch auf Grund der Geburtenquote der Gemeinde einen Bezug zur Nutzung des Angebotes herstellen.

Sowohl das quantitative als auch das qualitative Angebot an Kindergartenplätzen wird ständig verbessert. Es wurden durchschnittlich 16 Gruppen in den letzten Jahren neu errichtet. Im letzten Jahr waren es 48 neue Gruppen. Das war eine besondere Besserstellung dieses Kindergartenbereiches.

Nun ein wesentlicher Teil auch zu den Kindergartenbeihilfen. Diese sind kontinuierlich gesunken bis auf 33 Millionen Schilling, wobei besonders die Zahl der Anspruchsberechtigten sehr zurückgegangen ist. Wenn Eltern mit einem Kind über ein steuerpflichtiges Einkommen von über 13.000 Schilling verfügen, dann haben sie keinen Anspruch auf Kindergartenbeihilfe. Das setzt sich fort, zwei Kinder 14.000 Schilling und keine Kindergartenbeihilfe, drei Kinder 15.000 Schilling und keine Kindergartenbeihilfe. Diese Familien leben an der Armutsgrenze und bekommen keine Beihilfe. Den Höchstbetrag von 450 Schilling bekommt man nur, wenn man ein steuerpflichtiges Einkommen von 6000 Schilling unterschreitet. Die Berechnung der Kindergartenbeihilfe auch auf Grund des zugrunde gelegten Kindergartenbeitrages von 450 Schilling pro Kind ist erneuerungsbedürftig. Die durchschnittliche tatsächliche Aufwendung für den Kindergartenbeitrag beträgt in der Steiermark 720 Schilling für die Eltern. Der Kindergarten muß für alle auch in der Zukunft erschwinglich sein. Eine höhere Kindergartenbeihilfe kommt den ohnehin finanzschwachen und einkommensschwachen Alleinverdienern, Alleinerhaltern und Mehrkinderfamilien zugute. (Beifall bei der ÖVP.) Die Zukunft betreffend müssen wir feststellen: Immer mehr Kinder kommen aus nicht intakten Familien. Immer mehr Familien bestehen aus Mutter und Kind und nicht mehr. Das heißt, daß es für den Kindergarten auch in der Zukunft wichtig wäre, Kindergärtner zu haben.

Zur Ausbildung der Helferinnen wäre zu sagen, daß man doch auch überlegen müßte, diese verpflichtend zu machen, um einfach rasche Einsatzmöglichkeiten ohne lange Einschulungszeiten und pädagogische Voraussetzungen für eine gute Kinderbetreuung zu haben.

Zur logopädischen Förderung ist zu sagen: Wenn festgestellt wird, daß die Sprachenentwicklung mit dem sechsten Lebensjahr weitgehendst ausgebildet ist, so muß deutlich gefordert werden, daß die logopädische Förderung im Kindergartenalter einsetzen muß. Auch die Integration behinderter Kinder ist eine klare Notwendigkeit. Flexiblere Öffnungszeiten werden verlangt, aber, wenn immer es zu Öffnungszeiten bis in die Nachmittagsstunden hineingehen soll, sind folgende Punkte zu beachten:

Erstens: Es muß am Nachmittag eine andere Kindergärtnerin, eine andere Helferin eingesetzt werden. Das ist automatisch durch das Gesetz notwendig. Die Realität wird so sein, daß wir diesem Umstand auch Rechnung tragen müssen.

Zweitens: Es ist auf alle Fälle festzuhalten, daß Kindergärten keine Aufbewahrungsstätten sein dürfen. Da gibt es mögliche Verbesserungen für das Kleinkind und einfach bessere Möglichkeiten.

Drittens: Es ist die Form der Tagesmutter eine kindgerechtere Form der Betreuung am Nachmittag nach einem anstrengenden Kindergartenvormittag. Daher ist dieser Bereich für die Zukunft bedeutend, besonders für die berufstätige Mutter, und für uns nicht nur als Privatissimum zu sehen.

Über 200 Kinder sind ganztätig in der Steiermark in Krabbelstuben untergebracht. Wenn die nicht eine ganz liebevolle, gute, geschickte Kinderpflegerin oder Säuglingsschwester haben, dann muß ich sagen, ist ihre psychisch gesunde Zukunft in Frage gestellt. Die durchschnittliche Gruppengröße beträgt nämlich zwölf Kinder. Wo sind da die Investitionen für die Zukunft? Auch der Kindergarten muß europareif gemacht werden. Das sind natürlich auch Fehler vom Bund her. Zum Beispiel die Nichtbeachtung und Nichtbewertung der Aufgabe der Kindererziehung, die die Mutter leistet, die die Betreuungs- und Erziehungsarbeit natürlich in erster Linie für ihr Kind tut, bitte aber auch für den Staat, für die Wirtschaft, für die Zukunft, für unsere Pensionen, auch für deren Pensionen, die keine Kinder haben wollen. Eine humane Gesellschaft nimmt die Anliegen einer der abhängigsten Gruppen der Gesellschaft, und das sind die Kinder, auch sehr ernst. Und da gibt es wieder in der Steiermark an die hundert Horte für schulpflichtige Kinder mit rund 2000 Kindern, die ganztätig in diesem Hort untergebracht sind, und nicht in der Familie.

Ich fasse aber jetzt angesichts der fortgeschrittenen Stunde zusammen. Man kann mit geringem Kapitaleinsatz nur mit großem Glück optimale Erfolge erzielen, keine maximalen. Auch bei den Menschen ist es so. Ich wünsche unseren Kindern dieses Glück. Sie werden es gebrauchen. (Allgemeiner Beifall. – 0.14 Uhr.)

Präsident: Wir kommen zu den Schlußworten. Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (0.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Einige Sätze dazu, damit das sozusagen nicht untergeht. Kollege Peinhaupt hat einige Dinge angesprochen. Die naturnahe Weiterbildung im agrarischen Raum. Wir haben in Alt-Grottenhof für biologischen Landbau eine Schwerpunktschule. Wir haben im Pferdebereich Grabnerhof und Kirchberg am Walde. Die entscheidende Frage ist, ob Lehrer mit der inneren Beziehung zur Pferdezucht vorhanden sind. Die nächste Frage, so quasi in der Fachhochschule. Einsame Leistung deinerseits oder deiner Firma. Ich möchte schon klarstellen: Wir haben in der Landesregierung einen konkreten Antrag zur massiven Betreuung der Fachhochschule in Gumpenstein beziehungsweise Raumberg, um fit zu bleiben für die Zukunft. Wir sind gerade inmitten der Klarstellung bezüglich Zuständigkeit. Es ist, glaube ich, nicht gescheit, wenn wir hier andauernd streiten, wer zuständig ist, sondern wir müssen mit diesem Projekt möglichst schnell sein. Das ist, glaube ich, die entscheidende Frage.

Zum Punkt, der so dargestellt wurde, als ob es Sonderprivilegien für Landwirtschaftslehrer gäbe: Die

angesprochene Regelung gilt für alle Landesbediensteten. Das ist nicht sozusagen eine Einzelentscheidung für Landeslehrer. Aber wir müßten die Sache über die Hausmeister- und Dienstwohnungen in allen Bereichen in einem Aufwaschen mitabhandeln. Das nur zur Erläuterung. Ich danke herzlich. (Allgemeiner Beifall. – 0.16 Uhr.)

Präsident: Frau Landesrat Klasnic.

Landesrat Klasnic (0.16 Uhr): Hoher Landtag!

Ich bedanke mich für alle Wortmeldungen, die sich mit der beruflichen, fachlichen und vor allem schulischen Ausbildung unserer zukünftigen Facharbeiter beschäftigt haben. Ich bin überzeugt, daß wir im Laufe des Jahres einmal die Möglichkeit haben, bei einem Tagesordnungspunkt bei einer Debatte lang darüber zu reden. Ich möchte mich bedanken bei all jenen, die im Bereich Berufsschulen, Internate tätig sind, beginnend von der Abteilung bis in die Direktionen und in die Schulen hinaus.

Und eines möchte ich zum Abschluß sagen. Die jungen Menschen haben Erwartungen, Hoffnungen, Ziele. Sie sind leistungsbereit und können vieles leisten. Wir alle müssen ihnen dabei helfen. (Allgemeiner Beifall. – 0.17 Uhr.)

Präsident: Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner.

Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek (0.17 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Diese, wie ich glaube, überaus fruchtbringende und hochklassige Debatte zu diesem umfassenden Problem Bildung, Weiterbildung vom Kindergarten bis zur Universität, hat uns gezeigt, daß es erfreulicherweise eigentlich keine kontroversiellen Standpunkte dem Grunde nach gibt, worüber ich sehr froh bin, weil ich meine, es gibt nur eine wirklich zukunftsorientierte Investition. Und das ist die in die Bildung, und das ist die in die Jugend. Es ist möglich geworden, dort und da neue Schwerpunkte zu setzen. Ich weiß aber auch, daß nicht alles gelingen konnte. Wenn es im Wissenschaftsbereich etwa nicht in allen Bereichen Aufstockungen gegeben hat, muß man sehen, daß halt der Nachholbedarf in der FGJ, im Joanneum Research, eine unglaublich wichtige Sache war, die man, wie ich glaube, vorziehen mußte. Es gibt auch einen technischen Grund, warum die eine Position nicht so hoch dotiert ist. Sie wurde im vorigen Jahr nicht zur Gänze verbraucht, und außerdem ist sie gekoppelt mit anderen Finanzierungen. Es hat in der Folge dann immer Nachdotierungen gegeben. Aber auch zu diesem Bereich möchte ich nicht zu sehr in technische Details gehen. Im Bereich der Jugend ist es zu einer Aufstockung gekommen. Das ist ein Punkt. Aber der zweite Punkt ist, daß wir auch schauen werden, bei der Art der Förderung neue Wege zu gehen mit einer bestimmten Sockelbetragsgarantie und dann einer projektbezogenen Förderung. Dies sollten wir tun, nicht um irgendjemanden zu bevormunden oder anzuleiten, sondern um zu sehen, welche Projekte eingereicht werden, um über diesen Weg schon auch die Schwerpunkte ansprechen und besonders behandeln zu kön-

nen, die uns allen am Herzen liegen. Nämlich, daß wir der Jugend die Möglichkeit geben, multikulturell einerseits, andererseits auch mit historischem Bewußtsein ausgestattet, ihre Projekte und ihre Wege gehen zu lassen.

Zum Bereich der Schule. Ich glaube, es ist alles Gute gesagt worden, was man dazu sagen kann. Von mir nochmals die Erklärung: Der Bund hat nach meinem Dafürhalten und nach meiner bisherigen Einschätzung all die Dinge, die er jetzt beklagt, nicht nur ermöglicht, sondern auch begünstigt und durch seine Grundsatzgesetzgebung verordnet beziehungsweise bis hin zu den Lehrplänen genehmigt. Ich akzeptiere überhaupt nicht, daß er jetzt auf die Idee kommt und sagt, das ist zuviel, und jetzt beginnen wir dort zu sparen. Da ist ein erheblicher Aufklärungsbedarf von seiten des Bundes notwendig: Entweder er will diese bildungspolitische Qualität oder er will sie nicht. Dann muß er sich dazu äußern. Natürlich sind wir in der schwierigen Situation, der Herr Finanzreferent vor allem, daß das Auslaufen des Finanzausgleiches zusammenfällt mit dieser Welle der Einsparungsversuche. Ich sage, wir werden es nicht leicht haben, aber ich sehe hier eine geschlossene und breite Front, und ich werde nicht bereit sein, im qualitativen Bereich der Ausbildung in irgendeiner Form nachzugeben. Ich glaube auch, daß die Einsparungspotentiale, die im Land angeblich liegen, bestenfalls eine marginale Größe sind und es daher überhaupt keinen Sinn hat, hier etwas zu entfallen, was in Wirklichkeit in einer Auseinandersetzung endet, die dem ganzen nur schadet und keineswegs nützt. Das heißt, es bleibt bei dieser eindeutigen Positionierung, wie ich sie im Landtag schon vorgebracht habe.

Am Schluß eine Bemerkung grundsätzlicher Art, die ich mir erlauben möchte. Es ist, vom Schulwesen beginnend, bis zu den Kindergärten, bis zu den Universitäten, etwas durchgeklungen, womit wir alle zu kämpfen haben. Wir gehen in eine Gesellschaft, die sich immer stärker ökonomisiert. Jetzt kann man das gutheißen, und man kann meinen, daß das der richtige Weg ist. Ich glaube jedoch, es gibt Bereiche des Zusammenlebens, wo wir mit Ökonomisierungsthesen allein nicht zum Ziel kommen. Es ist schon vernünftig, immer wieder die Effizienz zu überprüfen, aber ich glaube, daß diese Vorstellung allein im Bildungsbereich nicht realisierbar ist. Das ist ein öffentliches Gut, das soll es auch bleiben, und das ist nicht der Beliebbarkeit etwa eines Marktmechanismus zu unterwerfen. Wer glaubt, daß er das kann und daß das der richtige Weg ist, der ist nach meinem Dafürhalten absolut auf dem falschen Dampfer. Wir werden da nicht mitgehen, wie auch in anderen politischen Bereichen, wo wir nicht sagen, wir haben Marktwirtschaft, wir haben Markt und damit hat sich die Politik. So ist es nicht, und so kann es nicht sein, das ist nicht der Weisheit letzter Schluß, sondern das ist ein Segment bestenfalls im menschlichen Leben. Was die Ausbildungsszenerie betrifft, schließe ich mich wirklich den Wortmeldungen an, die sagen, daß wir ungemein viel an Wissensvermittlung machen, daß wir vielleicht oder sogar besser im Bereich einer breiten Grundlagenausbildung verbleiben sollten, weil auch der Wechsel, die Durchlässigkeit, die angesprochene, der Wechsel im Beruf, der Wechsel in der Durchlässigkeit der Bildungs-

systeme umso eher ermöglicht wird, umso besser die grundlegende und allgemeine Ausbildung ist, auch wenn manche meinen, daß die berufsbildende Seite sozusagen das A und O wäre. Ich meine, am Beginn sollte diese Breite nach wie vor stehen, die wir nicht preisgeben sollten und dürfen. Ich glaube, daß das eine gute europäische Tradition ist im Gegensatz zu anderen Bildungssystemen, die bei weitem nicht in dem Maß zielführend sind, wenn man etwa sich an den amerikanischen Systemen orientiert. Sie mögen in bestimmten Spitzenbereichen zielführend sein, aber wir wissen umgekehrt, wie die Bildungssituation etwa in den Vereinigten Staaten ist, wo diese Bildungsbereiche auch sehr stark privatisiert sind. Ich komme wieder zurück zum öffentlichen Gut und sage: Privatisierung mag in einem ganz bestimmten Spitzenbereich, im Bereich der postgraduativen Ausbildung und ähnlichen Dingen vernünftig sein, wird auch dort zielführend sein, läßt sich dort auch verwirklichen. Für die übrigen Bereiche bleibe ich bei der politischen Positionierung, daß das etwas ist, was der öffentliche Sektor zu betreiben und anzubieten hat. Ich glaube, daß wir in diesem Sinne sagen können, wir haben ein Ausbildungssystem, bei dem es sehr vieles zu verbessern gibt, gerade auch was Frau Dr. Karisch angesprochen hat, weil wir dieser Seite zu wenig Augenmerk schenken und man wirklich sehr oft das Gefühl hat, daß die geschlossenen Kreise der Interessenten es sind, die sozusagen auch die politischen Vorgaben bestimmen und wir den anderen Teil – Sie haben es genannt: den Konsumenten – durchaus sehen sollten.

Alles in allem glaube ich, daß wir von der Steiermark her Ungemeines leisten, auch auf Gebieten, wo wir nicht in erster Linie aufgerufen sind. Gerade im Bereich der Forschung, gerade im Bereich der Universitäten, gerade im Bereich des Hochschulwesens im weitesten Sinn bringen wir nach Wien die bei weitem größte Leistung, und das bei einem durchaus doch schwierig zu erstellenden Budget. Ich danke Ihnen nochmals allen herzlich für diese Diskussion, bei der ich auch selbst viel gelernt habe. Ein herzliches Glückauf! (Allgemeiner Beifall. – 0.26 Uhr.)

Präsident: Wir kommen nun zum zweiten Teil der Gruppe 2, Sport. Ich habe drei Wortmeldungen. Die erste ist der Herr Abgeordnete Dörflinger.

Abg. Dörflinger (0.26 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich beruhige einmal den Gerhard Hirschmann vorweg: Das grüne Buch ist nicht das grüne Buch von Gadafi, sondern das ist ein Buch, das sicher sehr zufällig vor der Landtagswahl erschienen ist, das sicher sehr zufällig vom gleichen Grafiker gestaltet wurde, der auch die ÖVP-Werbelinie gemacht hat, aber ich erspare mir ein bißchen Zynismus dabei.

Ich war nur sehr erfreut, als ich gelesen habe – (Abg. Dr. Hirschmann: „Und das um halb ein Uhr in der Früh!“) Ich freue mich zuerst, daß es mir gelungen ist, die Herren für den Sport zu begeistern, daß man zumindest zuhört. (Abg. Dr. Hirschmann: „Die erste Wortmeldung heute!“) Es ist sehr spät, ich hoffe, daß es für den steirischen Sport nicht zu spät ist, Kollege Hirschmann. In diesem grünen Buch schreibt der Herr Landeshauptmann auf der Seite 1, er ist mit einem sehr schönen, sehr freundlichen Bild vorne abgebildet:

(Abg. Dr. Hirschmann: „Wie er halt aussieht!“) „In den letzten Jahren haben in unserem Bundesland erfreuliche Aktivitäten im Bereich des Sports mit der Zielsetzung eingesetzt, den Sportvereinen und Sportverbänden unseres Landes bei der Bewältigung ihrer zahlreichen verantwortungsvollen Aktivitäten behilflich zu sein.“

Herr Abgeordneter Maitz, stimmt das, weil Sie so aufmerksam mitlesen? (Abg. Dr. Cortolezis: „Das ist keine Prüfung. Die Schule ist vorbei!“) Danke.

Ich glaube, daß alle die, die im Sportwesen tätig sind, diese Aussage des Herrn Landeshauptmannes nur unterstreichen können und sie auch nur unterstützen können. Ich glaube, daß das wichtig und richtig ist. Schauen wir uns einmal an, wie diese Aussage des Herrn Landeshauptmannes vor der Wahl nach der Wahl im Budget bei den Ansätzen 26, Sport und außerschulische Leibeserziehung, in der Realität aussieht: eine Gesamtsumme von 20,660.000 Schilling ist drinnen enthalten. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 171.000 Schilling im ordentlichen Haushalt. Ich glaube, es gibt nur wenige Taschenrechner, die so viele Dezimalstellen hinter der Null haben, daß wir den Prozentsatz der Steigerung ausrechnen können. Im außerordentlichen Haushalt schaut es auf den ersten Blick etwas besser aus. Da steigern wir uns von 21,030.000 Schilling auf 23,030.000 Schilling, das sind zwei Millionen mehr. (Abg. Dr. Hirschmann: „Wenn du ein Geld mithast, gib es her!“ – Abg. Schützenhöfer: „Schau auf deinen Finanzreferenten!“) Das schaut auf den ersten Blick ganz gut aus. Wenn man sich aber anschaut, daß gleichzeitig dabei rund 5,5 Millionen mehr drinnen sind für die Landesturnhalle – (Abg. Dr. Hirschmann: „Es ist spät!“) Gerhard, du hast eineinhalb Stunden geredet. (Abg. Schützenhöfer: „Jetzt ist der Tag erst eine halbe Stunde alt, und du gehst den Ressel an!“) Ich habe den Eindruck, der Abgeordnete Schützenhöfer ist eingeschlafen, aber er ist wieder wach geworden. Ich begrüße ihn herzlich in unserer Runde, weil seine Wortmeldungen sehr unverständlich sind. Meine Damen und Herren! (Abg. Dr. Lopatka: „Günther, was willst du? Ich verstehe dich nicht!“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Was willst du?“) Wieso seid ihr alle so aufgeregt? Ich verstehe das alles nicht. Das ist dein Problem, Reinhold, daß du sehr viel nicht verstehst.

Meine Damen und Herren, im außerordentlichen Haushalt stehen also in Wirklichkeit um rund 3,5 Millionen Schilling weniger drinnen als im Vorjahr, wenn man miteinrechnet, daß für die Landesturnhalle mit rund 5,5 Millionen Schilling mehr drinnen ist als im Vorjahr. Was steht jetzt diesen Mitteln gegenüber? Diesen Mitteln stehen gegenüber 300.000 Steirerinnen und Steirer, die in den großen Sportdachverbänden organisiert sind. Diesen Mitteln stehen gegenüber rund 3000 Vereine in der Steiermark. Ich sage 3000 Vereine in der Steiermark, die täglich, wöchentlich ihre Arbeit leisten und das tun. Ich habe mir die Mühe gemacht auszurechnen, was wir pro Kopf der Bevölkerung für den Sport ausgeben. Es sind dies genau 17,44 Schilling, wenn man die Bevölkerungszahl her nimmt, und ich könnte mir das jetzt sehr leicht machen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Franzi, weißt du, was er will?“ – Abg. Trampusch: „Ich weiß schon, was er will, aber ich kann es dir jetzt nicht mehr beibringen!“)

Darf ich weiterreden? Danke. Gerhard. Du bist eh schon präsiadiabel. Laß mich jetzt fertigmachen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Günter, mach weiter!“) Herr Präsident, ich danke dir sehr herzlich.

Meine Damen und Herren, wir könnten uns das jetzt sehr leicht machen, und es freut mich, daß Sie das so aufregt, daß so wenig für den Sport drinnen ist. (Abg. Dr. Hirschmann: „Was betreibst du für einen Sport? Das möchten wir wissen!“) Vielleicht sollten wir alle ein bisserl mehr dazu tun, daß mehr für den Sport drinnen ist, und jetzt nicht so herumblödeln. Meine Damen und Herren, ich könnte es mir sehr einfach machen und jetzt hergehen, wenn ich vom Gerhard Hirschmann gelernt hätte, und sagen, der Herr Landesrat hat sich zu wenig bemüht. Es ist zu wenig drinnen. Ich tue das nicht, weil ich glaube, daß der Sport zu wichtig ist, und ich tue das auch nicht, weil ich glaube, daß wir am Rücken des Sports nicht das Spiel ausspielen sollten, das wir in sehr vielen anderen Bereichen ausspielen. Ich frage mich nur, meine Damen und Herren, und wir werden ja beim Thema Kultur noch dazu kommen, wie die Verhältnismäßigkeiten ausschauen zwischen Sport und Kultur, zwischen Sport und Hochkultur. Ich habe vorher schon gesagt, rund 300.000 Menschen, die in den Vereinen organisiert sind, und auf der anderen Seite die Mittel, die wir ausgeben dafür. (Abg. Dr. Hirschmann: „Ich sage dir eines. Das Geld verdirbt die Leute. Laß das Geld zu Hause!“) Wir geben zugleich, lieber Gerhard, für die Vereinigten Bühnen, ich hoffe, daß du diesem Budget, das du heute – (Abg. Schützenhöfer: „Hast du das Konzept vom Zinkanell, der vor 20 Jahren der Sportsprecher war?“) Im Gegensatz zu dir bin ich da noch nicht herinngesessen. Aber du erinnerst dich, was vor 20 Jahren war. Meine Damen und Herren, wir geben, und mich freut das, daß dir das so weh tut, für die Vereinigten Bühnen 122 Millionen Schilling aus und wir geben für das Philharmonische Orchester 28 Millionen Schilling aus. (Abg. Dr. Hirschmann: „Kürze weg!“) Wieder umgerechnet auf die Bevölkerung heißt das, daß wir für die Vereinigten Bühnen 103 Schilling pro Person ausgeben, und daß wir für das Philharmonische Orchester 25 Schilling ausgeben. Wenn wir eine Sportdebatte abführen, müßten wir das auch so zur Kenntnis nehmen. Meine Damen und Herren, ich mache einen Vorschlag, damit wir uns ein bisserl leichter tun, lieber Gerhard. Ich habe mir die Mühe gemacht, herauszusuchen, und ich glaube, wir sollten das ein bisserl ernster nehmen. Und alle die, die im Sport tätig sind, ich schaue den Kollegen Glössl an, ich schaue alle die an, die in den Sportvereinen oder sonstwo tätig sind, meine Freunde. (Abg. Vollmann: „Der Sport ist ihnen nur etwas wert, wenn er etwas bringt!“) Sie können sich diese Art von Debatte nur deswegen leisten, weil alle die, die im Sport arbeiten, nicht hinten sitzen und das nicht anschauen. Meine Damen und Herren, lieber Gerhard. Wir haben uns und unser Klub hat sich die Mühe gemacht, in den anderen Bundesländern ein bisserl nachzuschauen, wie es dort mit der Sportförderung ausschaut. (Abg. Dr. Hirschmann: „Die Kinder sollen spielen und nicht nur an unser Geld denken!“) Ich lese Ihnen ein paar Zahlen vor. Wien 311 Millionen Schilling für die Sportförderung, 311 Millionen Schilling, ich wiederhole Sportförderung, in der Steiermark 40 Millionen. Oberösterreich – (Abg. Purr: „Wien ist anders!“) Wien ist anders, Herr Abgeordneter Purr, da

gebe ich Ihnen recht, Oberösterreich ist auch anders. Oberösterreich hat 128 Millionen Schilling für den Sport, Niederösterreich 79 Millionen, Salzburg 65 Millionen, Tirol 65 Millionen, Kärnten 48, Vorarlberg 39, dann kommt die Steiermark, und zum Schluß kommt das Burgenland mit 13 Millionen Schilling. Meine Damen und Herren, wenn wir die Lippenbekenntnisse, die wir bei Sonntagsreden, die wir bei großen Sportveranstaltungen abgeben (Abg. Dr. Hirschmann: „Sonntags rede ich nie!“), wenn es gerade schön ist, sich irgendwo hinzustellen, in die Kamera hineinzuschauen und Sportfreundlichkeit zu dokumentieren, ernst nehmen, sollten wir hergehen und, das wäre der Vorschlag, dieses freie Spiel der Kräfte dazu nützen, daß sich alle Sportbegeisterten in diesem Haus einmal zusammenfinden und eine Koalition bilden und schauen, daß es dem Sport einmal ein bisserl besser geht als bisher. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 0.35 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peinhaupt.

Abg. Peinhaupt (0.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde darf ich mich wirklich und sportlich fairerweise zu Wort melden und aus diesem Grund keine Marathondebatte, sondern höchstens eine Sprintdebatte abhalten. Vor eineinhalb Jahren konnte man in der Zeitung lesen: „Wenn das kein gutes Jahr für den steirischen Sport wird! Das Land erhöht seine Förderung von 35 auf 41 Millionen Schilling“. Und es wurde ein gutes Jahr. Vier steirische Medaillengewinner. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Hirschmann: „Bravo!“) Heute muß man sagen, wie gut muß das erst jetzt sein, jetzt haben wir statt 41 43 Millionen Schilling und keine Medaillengewinner, aber auch keine budgetierten Entgelte für unsere steirischen Olympiasieger. Da diese Leistungsprämien zwar zugesagt sind, aber nicht veranschlagt sind, muß ich zu der Ansicht kommen, daß wir heute hier in diesem Haus wieder ein Budget beschließen, das wir eigentlich nicht halten werden können. Die Aufstockung der Budgetmittel begrüße ich mit allem Nachdruck. (Abg. Dr. Lopatka: „Der Chibi sammelt schon!“) Ich bin selbst Funktionär eines kleinen Vereines, und ich darf kraft meiner Funktion als Funktionär schon behaupten, daß die Förderungsrichtlinien sehr nach objektiven Richtlinien gestaltet werden und vor allem auch parteibuchfrei. Die Einrichtung der Landessportabteilung halte ich persönlich für die notwendige Koordinationsstelle und für die Anlaufstelle für jedermann. Wie sehr Vereine, und da vor allem die kleinen Vereine, diese Landesförderung brauchen, zeigen die hohen finanziellen Aufwendungen hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Sportbetriebes. Diese sogenannten Fixkosten können gerade noch von den Vereinen selbst gedeckt werden. Für die eine oder andere Investition reicht es aber nicht mehr. Eigenleistungen, Spenden, Gemeindegeldzuschüsse und der Landesförderungsbeitrag helfen, daß auch diese Investitionen getätigt werden können.

Wie wichtig die Aktivitäten der einzelnen Sportklubs sind, ist wohl keine Frage. Ist Sport nicht das Betätigungsfeld von Jung und Alt, die in sich wieder

eine Einheit bilden, die ihrem Verein, ihrer Ortschaft Ehre bringen? Lokalpatriotismus, Gemeinsamkeit, Kameradschaft und letztendlich die Körperertüchtigung einer breiten Masse sind Verdienste dieser Sportvereine, und jeder einzelne ist es wert, unterstützt zu werden. (Allgemeiner Beifall. – 0.38 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Maitz.

Abg. Dr. Maitz (0.38 Uhr): Verehrter Herr Präsident, liebe Damen und Herren!

Gestatten Sie mir eine Antwort und drei Anmerkungen.

Antwort an den Kollegen Dörflinger. Wie relativ ist doch alles auf der Welt, und es wird an uns allen liegen, alle drei Fraktionen werden sehr bald Gelegenheit haben, in einer ganz bestimmten Frage auch dafür mitzusorgen, daß das Geld mehr wird für den Sport. Nur, ich sage Ihnen auch eine Vergleichszahl, damit man sieht, wie relativ alles ist. (Abg. Vollmann: „Da hast du wirklich recht!“) 1985 war das Sportbudget 29,767.000 Schilling, sieben Jahre Hasiba Sportreferent: 1992 ist das Sportbudget 44 Millionen, sprich plus 14 Millionen, ist immerhin eine beachtliche Sache. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir werden gemeinsam dafür sorgen, daß noch mehr zur Verfügung steht, aber wir brauchen euer aller Zustimmung in einer ganz bestimmten Sache, die wir noch verhandeln werden. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Diese quantitative Orientierung ist falsch!“) Wir werden dich dann aufklären. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Danke, ich weiß es. Das ist keine gute Sache!“) Wie sorgsam der Landesrat Hasiba mit dem Geld umgeht, möchte ich Ihnen auch an einem Beispiel sagen, falls noch Interesse daran besteht. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Karl, du mußt in das Qualitative umsteigen. Beim Quantitativen waren wir schon!“) Erste Anmerkung. Das Beispiel Landesturnhalle ist euch sicherlich geläufig. (Abg. Vollmann: „Alle für alle!“) Die Landesturnhalle: Von den 54 Millionen, die diese längst notwendige Sanierung kostet – (Abg. Schrittwieser: „Das ist heute alles nur noch für das Protokoll!“) Nein, das ist schon gut für euch alle, ganz interessant.

Von diesen 54 Millionen wurden 27 Millionen, das heißt die Hälfte, von anderen Institutionen als dem Land aufgetrieben. Ein Ergebnis einer zielstrebigem, soliden Verhandlung des Landessportreferenten der Landesregierung mit seinem Team. Die Hälfte, das muß einmal einer nachmachen.

Zweite Anmerkung: Während ein bestimmter Herr in diesem Hohen Haus für alles und für jedes viele Hallen (Landesrat Dr. Strenitz: „Alle für alle!“) und andere Institutionen sich wünscht und fordert – über 600 Millionen –, versucht einfach zu plaudern, hat Hasiba in aller Ruhe verhandelt. Das Ergebnis: In Liebenau wurde Übereinstimmung mit allen, die das ernst nehmen, erreicht, daß ein ordentliches Fußballstadion für 15.000 Personen errichtet werden soll. Mit dem Bund ist er auf einem guten Weg, daß auch eine Finanzierungsbasis gefunden wird.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas zum Abschied, falls Sie bereit sind noch zuzuhören (Abg. Dörflinger: „Ich bin dankbar, daß die Stenotypistinnen mitschreiben. Wir werden das noch brauchen!“), weil ich mich bei der Bundesheerdebatte nicht gemeldet habe. Von 21 olympischen Medaillen, die heuer die Österreicher in Albertville gewonnen haben, waren zehn Medaillengewinner Soldaten des österreichischen Bundesheeres. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.) Ich sage auch dazu, das ist eine der sehr sympathischen Seiten unseres Heeres, nämlich daß Soldaten in der Heeres-sport- und Nahkampfschule und in anderen Einrichtungen die Möglichkeit gegeben wird, sportlich zur Weltspitze vorzudringen, und das soll man bei dieser Gelegenheit auch einmal sagen. (Allgemeiner Beifall. – 0.44 Uhr.)

Präsident: Fröhlicher Landtag, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf sein Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen 8.30 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung: 0.45 Uhr. – Wiederaufnahme der Sitzung: 9. April 1992, 8.30 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Hohes Haus, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen zur Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus. Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Hermine Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (8.31 Uhr): Ich wünsche einen sehr schönen guten Morgen. Ich hoffe, Sie haben gut geschlafen.

Die Gruppe 3 ist Kunst, Kultur und Kultus mit folgenden Ansätzen:

Musik und darstellende Kunst, Ausbildung in Musik und darstellender Kunst, Einrichtungen der Musikpflege, Maßnahmen und Förderungen der Musikpflege, Einrichtungen der darstellenden Kunst, Maßnahmen zur Förderung der darstellenden Kunst, Schrifttum und Sprache, Förderung von Schrifttum und Sprache, Museen und sonstige Sammlungen, sonstige Kunstpflege, Einrichtungen zur Kunstpflege, Maßnahmen zur Kunstpflege, Heimatpflege, Heimatmuseen, Denkmalpflege, Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, sonstige Einrichtungen und Maßnahmen, allgemeine Maßnahmen, Rundfunk, Presse, Film, Förderung von Presse und Film, sonstige Kulturpflege, Einrichtungen der Kulturpflege, Maßnahmen der Kulturpflege, kirchliche Angelegenheiten. Die Gruppe 3 hat auf der Einnahmenseite 21,780.000 und Ausgaben 543,072.000 Schilling. Seitens des Finanz-Ausschusses bitte ich um Annahme der Gruppe. (8.35 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Bevor wir in die Debatte eingehen, möchte ich dem Herrn Abgeordneten Karl-Heinz Vollmann sehr herzlich zu seinem heutigen 53. Geburtstag gratulieren. Alles Gute!

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Erlitz (8.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn Kunst und Kultur nicht ein besonderes persönliches Anliegen von mir wären, so ein ganz besonders gehegtes Rosengärtlein, seit Jahren auch in Frohnleiten, würde ich sagen, Sie könnten auf Grund der kurzen Nacht noch ein wenig schlafen. Aber aus diesem Blickwinkel heraus muß ich doch um ein wenig Aufmerksamkeit bitten.

„Die neuen Zeitalter beginnen nicht auf einmal“ hat Bert Brecht einmal gemeint.

Aus diesem Grunde läßt sich die Frage, ob die 90er Jahre neue Anforderungen an die Kulturpolitik stellen, nicht mit Blick auf ein Stichdatum beantworten, sondern nur in der Rückschau auf eine Entwicklung beurteilen, die in den 60er, 70er Jahren auch hier in der Steiermark entscheidend geprägt wurde und die sich jetzt wohl endlich in eine Phase des Umbruchs begeben muß.

Neues Denken und Handeln wird von den Kulturverantwortlichen des Landes gefordert werden müssen, will man nicht länger in der Steiermark kulturpolitisch auf der Stelle treten.

Die Entdeckung der kulturellen Dimension von Politik hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht nur zu einer Erweiterung des Kulturbegriffs und zu seiner vertieften theoretischen Durchdringung geführt, sondern es entstanden auch eine Fülle von Vereinigungen, Veranstaltungen, Gremien, Vereinen und Interessengruppen, die sich allesamt der Kultur verpflichtet fühlen.

Dies alles führte auch zu praktisch sichtbaren Ergebnissen, zum Beispiel: Da war auch die Bereitschaft der öffentlichen Hand, die Kulturausgaben in allerdings subjektiv abgesteckten Bereichen ständig zu erhöhen. Ich denke dabei nur an die ständig steigenden Ausgaben bei den Landesausstellungen oder der Styriarte, die durch entsprechende Einnahmen auch nur annähernd nicht kompensiert werden konnten.

Wenn auch die Besucher- und Benutzerzahlen der Bibliotheken, der Museen, der Volkshochschulen durchaus gute Werte in diesem Lande erzielt haben, wenn auch Kultur als Wirtschaftsfaktor erkannt wurde und man, wenn auch in einem bescheidenen Ausmaße, sagen kann, Kultur hat Konjunktur, empfiehlt es sich in diesem Land dringend, nüchtern zu bleiben und nicht das Erreichen des Kulturstaates zu proklamieren. Vor Euphorie und Sorglosigkeit muß hier schon gewarnt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Jahrzehnten hat das Kulturreferat der Steiermärkischen Landesregierung Veranstaltungen des Landes beziehungsweise Beteiligungen an ihnen initiiert und gefördert. Das hat wesentlich zur kulturellen Belebung in der Steiermark und zur Vermehrung ihres Rufes beigetragen. Inzwischen ist die Zahl dieser Veranstaltungen beziehungsweise Beteiligungen so groß geworden, daß eine effiziente und ökonomische Führung innerhalb der Landesverwaltung wohl einfach nicht mehr gewährleistet erscheint. Sichtbares Zeichen dieser organisatorischen Überforderung der kulturellen Landesverwaltung und der daraus resultierenden Fehlentwicklung ist der bestehende Filz von Kulturvereinen mit weiter verketteten pseudoprivatwirt-

schaftlich organisierten Ges. m. b. Hs., ein Filz, der sehr schwer durchschaubar ist und der den Anschein erwecken könnte, den weiteren Fluß und die genaue Verwendung der öffentlichen Förderungsmittel dem kritischen Auge des Gesetzes entziehen zu wollen. Denn das Land stellt einerseits zig Millionen Schilling zur Verfügung, kann aber andererseits keinen Einfluß auf die Verwendung oder wenig Einfluß auf die Verwendung der Gelder in diesen Vereinen nehmen, weil die öffentliche Hand in diesen Vereinsvorständen gar nicht vertreten ist. Ich nenne nur ein Beispiel, um das nicht künstlich in die Länge zu ziehen. Die Veranstaltungsges. m. b. H. des „steirischen Herbstes“ wird zwar von Bund, Land und der Stadt Graz finanziert, gehört aber nicht diesen Sponsoren, sondern wiederum dem Verein der Freunde des Avantgardefestivals seit dem Jahre 1975 oder 1976, der der eigentliche Empfänger der öffentlichen Mittel ist. Die öffentliche Hand ist in diesem Firmenkonglomerat überhaupt nicht vertreten. Ich könnte weitere Beispiele aufzählen.

Kultur braucht Organisation, aber sie darf sich auch nicht organisatorisch oder gar bürokratisch lähmen lassen. Sie braucht den freien Atem kreativer Entwicklung und eine entsprechende Organisationsform, die flexibel auf neue Kulturanforderungen reagiert. Aus diesem Grund benötigt das Land Steiermark für alle seine initiierten und beteiligten Veranstaltungen, ich denke an den „steirischen Herbst“, an die Trigon-Biennale, an die Steirische Akademie, an die Landesausstellung, an das Künstlerhaus und so weiter und so weiter, ein modernes, ziel- und ergebnisbetontes Management, um das derzeitige organisatorische und kaufmännische Neben- und Durcheinander zu beseitigen. Eine Ausgliederung dieser Veranstaltungen aus der Landesverwaltung und eine Zusammenführung in eine gesamtverantwortliche Holding ist das Gebot der Stunde. Damit könnten wirklich die mit großen Landesbeiträgen geförderten Veranstaltungseinheiten nach wirklich echtem privatwirtschaftlichem Muster ökonomisch, effizient und terminlich aufeinander abgestimmt geführt werden. Hinzukommende, nur ungefähr abzuschätzende synergetische Effekte mögen noch den Unterschied zwischen Verwaltung und Management unterstreichen, zumindest wenn man Verwaltung als Bürokratie nach dem geregelten Prinzip der Aktenmäßigkeit betrachtet. Im einen Fall steht die Organisation selbst im Mittelpunkt und gefällt sich darin, und im anderen Fall ist die Organisation nur Dienerin der Sache, gerichtet auf ein möglichst gutes Ergebnis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Auf der Suche nach der Autonomie – Der Regionalismus in der Kunst“ hieß die Trigon-Biennale im „steirischen Herbst 1981“. Die damals mitwirkenden Künstler und der damalige und inzwischen Knall auf Fall ausgeschiedene Kulturreferent waren mit dieser auch kunstpolitisch oder kulturpolitisch zu verstehenden Parole wohl auch einverstanden. Gemeint war offenbar eine Art dritter Weg zwischen Internationalismus und Provinzialismus in der Kunst als Gegenbewegung zu zentralistischen Bewertungen und Lokalisierungen künstlerischer Werke und Ereignisse. Man meinte offensichtlich damit, daß dem Land vorrangig die Sorge für die Kulturförderung in der Fläche, die Sorge für die überört-

lichen, gemeinsamen kulturellen Aufgaben zukomme. Insofern sollte auch das Land durch die Kulturarbeit der Stadt, der Stadt Graz in dem Fall, erheblich entlastet werden, um sich mehr dezentralen Prozessen zuwenden zu können. Das war vor mehr als zehn Jahren. Zwischen dieser Erkenntnis und der gegenwärtigen grünweißen kulturpolitischen Realität liegen aber noch Welten. Denn nach wie vor betrachtet das Kulturreferat der Steiermärkischen Landesregierung die Finanzierung des Kulturbetriebes der Stadt Graz als seine vordringlichste Aufgabe, und nicht die Entwicklung regionaler kultureller Eigenständigkeiten. Das Land hätte wohl in erster Linie die Aufgabe, gut über die Steiermark verteilte regionale Kulturzentren, regionale kulturelle Biotope, zu errichten, aber auch diese mit entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten, um die Grundlage für ein kulturelles Prosperieren zu ermöglichen. Ich denke an das Kulturzentrum Wolkenstein in Stainach, die Walter-Buchebner-Gesellschaft im Mürztal, Deutschlandsberg, aber auch Frohnleiten, mit eigenen Mitteln errichtet. Sie sind bereits gute Beispiele für kulturelle Subzentren, allerdings schlechte Beispiele, was die Finanzierung des Landes anlangt. Auch das Kunsthhaus Müzzuschlag scheint mir hier sehr verwahrlost zu sein. Man hat dieses Kunsthhaus mit rund 50 Millionen Schilling hingebaut, ohne aber gleichzeitig auch für ein entsprechendes Konzept zu sorgen, was damit weiter geschehen soll, nämlich daß das Kunsthhaus auch weiterhin der Kultur zur Verfügung stehen sollte. Hier hat sich das Land aus der Verantwortung gestohlen und hat hier quasi Kindesweglegung betrieben. Das, glaube ich, ist der falsche Weg. Es ist nicht die Aufgabe des Landes, die Grazer Renommierversammlung Styriarte, heuer mit 6,4 Millionen Schilling im Budget ausgewiesen, und wahrscheinlich kommt man auch heuer damit nicht aus, zu finanzieren. Wenn die Stadt Graz diese Renommierversammlung in ihrem Kulturkalendarium aufweisen will, dann soll die Stadt Graz sich diese Veranstaltung auch selbst finanzieren, zumal ohnehin das Besuchereinzugsgebiet nicht weit über die Stadtgrenzen hinausgeht. (Abg. Dr. Hirschmann: „Hast du schon mit dem Bürgermeister Stingl darüber gesprochen oder mit dem Herrn Dörflinger?“) Das steht mir gar nicht zu, mit dem Herrn Stingl zu sprechen. Ich spreche das hier aus. Aber das könnte in der Folge ja sein. Das ist immer schwer, mit wem man sprechen soll, mit dem Herrn Bürgermeister Stingl oder mit dem Herrn Vizebürgermeister Edegger. (Abg. Dr. Maitz: „Kindesweglegung für Stingl!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Stinglegger!“) Ich lege ihn nicht weg. Es ist nicht mein Bürgermeister. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das wollte ich nur wissen!“) Aus diesem Grund kann auch von einer fremdenverkehrsmäßigen Umwegrentabilität wohl nicht gesprochen werden, so daß auch aus diesem Titel heraus das Land keine Verpflichtung hat, hier als überdimensionaler Sponsor aufzutreten. Die hiermit freiwerdenden Millionen, zum Beispiel von der Styriarte, könnten somit für die von mir angesprochenen dezentralen kulturellen Prozesse eingesetzt werden, um damit möglichst vielen Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen und zu erleichtern. Denn das Kulturleben besteht nicht nur aus der Kronenkultur. Kulturarbeit ist nicht nur die Pflege der kulturellen Skyline in den etablierten Kulturinstituten.

Kulturleben wächst auch aus der Wurzelkultur, aus der Kultur der Menschen. Man kann es anregen, wenn man vor allem auch in den Regionen Plattformen schafft, um den am Kulturgesehen aktiv teilnehmenden Menschen die Möglichkeit zu bieten, die in ihnen schlummernden künstlerischen Fähigkeiten und Fertigkeiten präsentieren zu können. Nicht zuletzt wissen wir, daß die Wirtschaft die Kultur und die Kultur die Wirtschaft entdeckt hat. Es wird auch nur jene Stadt, Region und jenes Land wirtschaftliche Top-Positionen einnehmen können, die auch kulturell etwas zu bieten haben.

Landesaussstellungen bringen zwar für die jeweilige Stadt oder Region kurzzeitige wirtschaftliche Impulse mit sich, hinterlassen aber, wie die Erfahrungen zeigen, keine Langzeitwirkung und auch keine erwähnenswerte Weiterentwicklung der Städte. Ich bin nicht gegen Landesaussstellungen, bei Gott nicht, aber man muß ihren Stellenwert ganz genau hinterfragen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Hirschmann: „Bist du gegen die Landesaussstellungen?“) Ich bin nicht gegen die Landesaussstellung, aber man muß den Stellenwert der Landesaussstellungen ganz genau hinterfragen.

Daher meine ich, daß mit der Einrichtung von dauerhaften regionalen Kulturzentren auch dauerhafte wirtschaftliche Impulse verbunden wären und somit auch die Wirtschaft als Sponsor und Mäzen leichter gewonnen werden könnte.

Da die Landesaussstellungen in erster Linie der Fremdenverkehrswirtschaft zugute kommen, sollten diese auch von diesem Wirtschaftszweig bezahlt werden. (Abg. Tasch: „Sowohl als auch!“)

Denn eine Wirtschaftsförderung durch das eher bescheidene Kulturbudget kann ja nur auf Kosten einer qualitativ hochwertigen Kulturarbeit in diesem Lande gehen. Es sei denn, das Kulturbudget ist so hoch dotiert, daß wir die Wirtschaft mitfinanzieren können. Aber wenn ich sparsam vorgehen muß, darf ich nur die Kernkultur, die eigentlichen Aufgaben, wahrnehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In seiner Budgetrede im November 1988 schlug der damalige Landesrat Dr. Klausner vor, mit dem von der Opernhaussanierung frei gewordenen Fernseh- und Rundfunkzuschlag eine Generalsanierung des Landesmuseums Joanneum in Angriff zu nehmen. Erst im Dezember 1989 war eine grundsätzliche Vereinbarung der beiden Regierungsparteien möglich gewesen. Ein Grundsatzbeschuß der Landesregierung war erst im Oktober 1990 zustande gekommen.

Diese doch der ÖVP zuzuschreibende Verzögerung ist auch nach Gründung des sogenannten Joanneum-Ausschusses beibehalten worden. Nach einem Jahr der Untätigkeit wurde erst vor kurzem der Joanneum-Ausschuß wieder einberufen – auch ein signifikantes Zeichen, welchen geringen Stellenwert diese einzigartige Erzherzog-Johann-Gründung bei den steirischen Kulturverantwortlichen einnimmt.

100 Millionen liegen für die Sanierung auf dem Sparbuch, 50 Millionen kommen heuer hinzu, aber von einem Gesamtkonzept ist weit und breit noch nichts zu sehen.

Ähnliche Trägheiten und ähnlicher Dilettantismus lassen sich auch bei der beabsichtigten Einrichtung eines Trigon-Museums feststellen. Seit sechs Jahren wird geplant und auch verplant.

Rund 20 Millionen Steuergelder sind für Planungsarbeiten, Honorare und Studien bereits ausgegeben worden, ohne daß sich auch nur ein Silberstreif einer Lösung am steirischen Kulturhorizont zeigen würde.

Die offizielle steirische Kulturpolitik hat offensichtlich jeglichen Elan, seinerzeitige Inspirationen und Phantasien der Koren-Zeit verbraucht und nichts Neues und Autonomes hinzugewonnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kulturarbeit haftet vielfach immer noch der Ruch des Luxus, des Schönen, aber im Grunde Überflüssigen an, und nicht der praktischen Notwendigkeit. Kultur ist aber kein Luxus, sondern notwendiger Lebensbestandteil, ja geradezu Existenzbedingung für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Nicht zuletzt in der Arbeitswelt sind Kreativität, Phantasie und Kommunikationsfähigkeit neben Spezialkenntnissen immer gefragtere Eigenschaften.

Deshalb bitte ich den regierenden Kulturreferenten des Landes, alle seine Einflußmöglichkeiten auszuschöpfen und wahrzunehmen für a) ein effizientes kulturelles Marketing, Rationalität und Wirtschaftlichkeit in der Kulturverwaltung, b) die Erhaltung und Weiterbildung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, die entscheidend für die Lebensqualität eines Landes ist, c) die Dezentralisierung und Mobilität der Kulturangebote als notwendige Voraussetzung für das gesamte Land als Kulturlandschaft. Denn Kultur ist mehr als die Sahne auf dem Kuchen, sie ist die Hefe im Teig! Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 8.53 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Präsident Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader (8.53 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es hat da früher eine kleine Diskussion zwischen dem Herrn Mag. Erlitz und dem Dr. Hirschmann gegeben wegen Einbeziehung des einen oder anderen Lokalpolitikers der Stadt Graz. Es soll Sie nicht beunruhigen, es ist völlig egal, ob Sie jetzt mit dem Stingl oder mit dem Edegger reden. Das ist in Wahrheit in Graz Gott sei Dank und manchmal leider immer dasselbe. Daher können Sie sich ruhig gemeinsam mit beiden unterhalten. (Abg. Dr. Hirschmann: „Ja!“) Es ist auch gut so. Vor allem der Kollege Hirschmann unterhält sich, wie ich in der letzten Periode gesehen habe, manchmal lieber mit dem Stingl als dem Edegger, aber das macht nichts. (Abg. Dr. Hirschmann: „Na ja!“) Ungefähr auf diesem Platz, wo der Kollege Hirschmann jetzt sitzt, hat vor etwa knapp 20 Jahren ein Mann mit einer Urwüchsigkeit gesessen, wie wir sie in diesem Landtag selten erlebt haben, es war der Donnersbacher Bürgermeister Karl Lackner. Ich bin damals noch ganz hinten auf der Journalistenbank gesessen und habe mir eine der köstlichsten Wortmeldungen angehört zur Diskussion um den „steirischen herbst“, die damals noch eine Diskussion war. Leider ist es das heute schon längst nicht mehr. Er hat mit seiner Urwüchsigkeit dargelegt, wie wenig er mit diesen Dingen anzufangen weiß, die, wie ich erinnere, das ganze Haus freundlich und positiv fasziniert hat.

Ich möchte das zum Anlaß einer Einbegleitung von drei Anmerkungen nehmen.

Ich möchte ein bißchen von der Zeit einholen, die wir schon gemeinsam überzogen haben gestern am Abend. Weil der Kollege Tasch im Finanz-Ausschuß auch versucht hat, ein bißchen in diese Richtung zu gehen, und weil ich das durchaus zum Anlaß nehmen möchte, dafür zu plädieren, daß wir in der Kulturdiskussion mehr Mut zur Artikulation des eigenen Geschmacks haben. Das ist, glaube ich, notwendig. Auch die Künstler, auch die Literaten brauchen diese Reflexion, dadurch, daß ganz einfach möglichst viele Menschen ihren eigenen Geschmack darstellen. Ich möchte dafür gleichzeitig plädieren, weil ich meine – und das ist mein Hauptanliegen –, daß sich die Politik zwar im Geschmack des einzelnen Politikers artikuliert, aber um Himmels willen verkneift, nur in irgendeiner Form eine Art Bewertung, eine Art Beurteilung vorzunehmen! Wir haben in den letzten Jahren in unserem Zeitalter, das immer unduldsamer wird, sehr oft erleben müssen, daß die Kulturdebatte neuer Form eine Kulturdebatte des Verurteilens, des Diffamierens, des Diskriminierens und möglicherweise nahezu schon des Verbotens ist, weil in unserer jetzigen Kulturdiskussion ist ja in Wahrheit die Forderung nach Nichtförderung schon ein Verbot. Ich glaube, daß wir uns klar werden sollten, daß wir darauf verzichten sollen, unseren eigenen Geschmack, den wir artikulieren sollen, zum Wertmaßstab für die Förderungswürdigkeit kultureller Vorhaben zu machen. In der jetzigen Zeit, befürchte ich, schwankt die Kulturdiskussion zwischen Ignoranz einerseits, was schlecht ist für alle Kulturschaffenden, weil sie die Reflexion nicht bekommen, und nahezu Bilderstürmerei auf der anderen Seite. Ich glaube, daß wir uns wieder einpendeln sollten in eine ordentliche Situation, die diese Extreme abbaut, und wir uns wieder in der Mitte treffen sollten.

Zweite Anmerkung: Ich möchte dem Herrn Mag. Erlitz zu 100 Prozent recht geben mit dem, was er angemerkt hat im Zusammenhang mit den Landesausstellungen. Meine Damen und Herren! Es ist in den letzten Jahren, und auch die zukünftig zugesagten Landesausstellungen haben in Wahrheit den kulturellen Aspekt immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Ich habe das schon einmal in diesem Hause gesagt. Ich habe manchmal sogar den Eindruck, als ob man zuerst darüber diskutiert, wohin man eine Landesausstellung setzt, und erst dann mühselig darüber nachdenkt, welches kulturelle Alibi es für diese Landesausstellung geben sollte. Jetzt bin ich überhaupt nicht dagegen, daß die Landesregierung in verschiedenen benachteiligten Gebieten wirtschaftliche Impulse setzt. Aber dann sollte man ehrlich und wahrhaftig das als solchen deklarieren und sollte diesen Impuls auch dort budgetieren, wo er hingehört, in die Wirtschaftsförderung, wenn Sie wollen, in die Regionalpolitik, was auch immer, aber nicht in die Kulturpolitik, weil das kulturelle Argument für die Landesausstellungen leider Gottes immer mehr zurückgegangen ist.

Und ich möchte an niemandem Kritik üben, der hier von diesem Pulte aus bereits eine Landesausstellung für seine engere Heimat gefordert hat. Aber in Wahrheit ist die Inflationierung der Forderungen von Lokalpolitikern für Landesausstellungen auch kein kulturel-

les Interesse, sondern lediglich ein Interesse, für die eigene Region etwas anzumerken.

Dritte Anmerkung, und dann bin ich schon am Ende. Ich glaube, daß zu einem Zeitpunkt, wo Budgetkonsolidierung notwendiger denn je ist, und, meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor, dieses Budget, das jetzt beschlossen wird, wird die Notwendigkeit dramatischer Budgetkonsolidierung in den nächsten Jahren noch verstärken, weil wir Dinge hinausgeschoben haben, wo wir die Zahlungsaufforderungen in den nächsten Jahren dramatisch bekommen werden. Und als Zeichen dieser Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung, glaube ich, sollte man den Bau des Trigon-Museums von der Spitze der Prioritätenliste nehmen und etwas zurückreihen. Ich glaube, daß wir auch am kulturellen Sektor manche Investition notwendig haben, die dringender ist.

In diesem Zusammenhang vielleicht eine persönliche Anmerkung zur in der Zwischenzeit schon wieder reduzierten und nahezu schon wieder ausgeklungenen Hallendiskussion. Ich glaube, daß wir in Graz Veranstaltungshallen notwendig haben, auch im kulturellen Bereich. Ich bin mir aber nicht so ganz sicher, ob alle, die in diese Diskussion eingegriffen haben, nicht nur aus ihrem eigenen Blickwinkel die Dinge sehen. Leider Gottes. (Abg. Dr. Hirschmann: „Ist nicht immer so!“) Und daher will ich einen Gedanken aufgreifen, den vor etwa sieben, acht, oder noch länger, zehn Jahren nahezu, der damalige Grazer Bürgermeister Alexander Götz und nunmehr, wie ich auch gelesen habe kürzlich, auch der Kulturstadtrat von Graz, Strobl, formuliert haben, und es war ja auch Bestandteil jenes Gipfels, der beim Landeshauptmann stattgefunden hat. Ich glaube, daß wir in Graz dazu kommen sollten, alle Hallenkapazitäten, die wir haben, Messe, Kongreß, was es immer noch an Hallen gibt, einmal zusammenzufassen, die nicht in eine Halle, lieber Kollege Hirschmann – (Abg. Dr. Hirschmann: „Alles in eine Halle!“) Ich weiß, wir sind beide keine Techniker, da würden sich die Techniker besser auskennen, da sollte der Michl Schmid sagen, wie man das macht, in eine Organisation, die diese Hallenkapazität verwaltet, die auch ordentlich ausnützt und verteilt. Ich glaube, nach etwa einem Jahr spätestens, nach spätestens einem Jahr würden wir einen wirklichen Überblick über die Notwendigkeiten haben. Ich befürchte nämlich, daß es in Wahrheit so ist, daß jeder die Notwendigkeit nach den Anmeldungen bei ihm formuliert. Nachdem die einzelnen Veranstalter ja nicht nur bei einer Halle anfragen, sondern bei mehreren, haben wir plötzlich eine fünffache Notwendigkeit, wie es tatsächlich objektiv gegeben ist. Das gibt es ja auch in anderen Bereichen. Möglicherweise kommen auch die manchmal überhöhten Ziffern von Wohnungsforderungen, daß jeder zu verschiedenen Genossenschaften geht und unterm Strich alle zusammengezählt werden. Vielleicht würden wir dann diese Diskussion, die gelegentlich in den ursachlichen Bereich abzurutschen drohte, in eine größere objektive Phase bekommen, indem wir wirklich die Notwendigkeit darlegen könnten.

Meine verehrten Damen und Herren, ich habe in den letzten Monaten, oder ich habe in den letzten Wochen einige Anmerkungen gehört, auch, daß sich der Referentenwechsel in der Kulturpolitik in der

Steiermark nicht unbedingt optimal ausgewirkt hat. Ich möchte das so noch nicht unterstreichen. Wenn man fair ist, dann muß man sich Zeit lassen mit der Beurteilung, wenn man fair ist, muß man mindestens einige Jahre die Diskussion sich ansehen, die Entwicklung der kulturellen Szene sich ansehen. Und ich hoffe, daß die Entwicklung in der kulturellen Szene in der Steiermark positiv sein wird. Ich hoffe, daß ich einiges an Zeit eingebracht habe, was wir gemeinsam wieder überziehen werden. Herzlichen Dank. (Allgemeiner Beifall. – 9.00 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Nach ihm der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Günther Prutsch (9.00 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

In einem Resolutionsantrag zur Gruppe 3 wird die Forderung aufgestellt, besonders all jene Institutionen zu fördern, die typisch steirisches Kulturgut beziehungsweise landestypische Eigenarten repräsentieren. Eine kurze Anmerkung meinerseits dazu. Nicht zuletzt im Zusammenhang mit der EG-Diskussion, mit dem Begriff des neuen Europa, muß meiner Meinung nach die Förderung der regionalen, der kulturellen Identität noch viel stärker in den Vordergrund gerückt werden. Wenn ein Europa der Regionen angestrebt oder zumindest propagiert wird, haben auch wir uns zu überlegen, wie regionale Besonderheiten erhalten und gefördert werden können. Ich bin der Meinung, daß die Kulturförderung zugunsten dezentraler Kulturzentren und Aktivitäten verändert werden muß. Kollege Erlitz hat dies auch sehr eindrucksvoll unterstrichen. Zum Beispiel das Kulturzentrum Wolkenstein, der Kulturkreis Deutschlandsberg oder auch aus meinem Bezirk die hervorragenden Aktivitäten von Straden-aktiv sind eben eindrucksvolle Beweise für die regionale Entwicklungsfähigkeit. (Abg. Dr. Cortolezis: „Jetzt ist der Erlitz weg, wo du das alles erzählst!“) Aber wir sind uns einig. Es ist aber auch klarzustellen, daß unzählige Projekte über die kritische Anfangsphase nicht hinauskommen, weil keine angemessene Finanzierungsbasis rechtzeitig, eben zu Beginn dieser Anfangsschwierigkeiten, angeboten werden kann. Und ich bin der Meinung, daß dadurch ein unvorstellbar großes Potential an Kreativität verschüttet bleibt. Ich gehe in vielem mit meinem Vordredner mit. Wir sind uns einig. Aber für meinen Bezirk möchte ich die regionale, historische und kulturelle Identitätsfindung als eines der wichtigsten Vorhaben überhaupt bezeichnen. Nicht zuletzt aus dieser Erkenntnis heraus habe ich in den letzten Jahren immer wieder die Forderung nach einer Landesausstellung in meinem Bezirk aufgestellt. (Abg. Schützenhöfer: „Erlitz ist dagegen!“) Neuerdings, und das ist auch jetzt wieder passiert, wird der kulturelle Inhalt derartiger Ausstellungen in Frage gestellt. Von Regionalförderungscharakter wird gesprochen. Ich sage na und? Ist es etwa schlecht, daß man aus einem kulturellen Ereignis, und da gehe ich wieder mit, bei der Themenauswahl muß man vorsichtig sein, auch touristisch wirtschaftlichen Nutzen zieht? (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Tasch: „Bravo, endlich etwas Gescheites!“)

Meine Damen und Herren! Wir können auf derartige Impulsgeber nicht verzichten. Daß man diese Art von Wirtschaftsförderung nicht allein über das Kulturbudget finanzieren soll, ist natürlich ein Punkt, über den man reden muß. Ich möchte für meinen Bezirk, vor allem hier und heute, neuerlich die Forderung nach einer Landesausstellung im Bezirk Radkersburg deponieren. Die Betonung soll auf Bezirk Radkersburg liegen. Das heißt, in mehreren Gemeinden sollen jeweils Teilbereiche gezeigt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf hinweisen, daß die SPÖ-Fraktion bereits im November 1988 und wieder im November 1991 entsprechende Anträge hier im Hohen Haus eingebracht hat. In beiden Anträgen haben wir uns zum Themenkreis Geschichtsbewältigung und Grenzlandschicksal bekannt. Ich bin der Meinung, daß gerade diese Thematik der Region naturgemäß konkurrenzlos entgegenkommt. Jede Grenze hat zwei Seiten. Ich kann mir daher vorstellen, daß wir unser Nachbarland Slowenien zu Parallelveranstaltungen, zu Ergänzungsveranstaltungen animieren. Die Gemeinsamkeiten sollten sich aber doch auf thematische Inhalte beschränken. Die Planung und die Organisation müssen auf steirischer Seite so angelegt werden, daß, unabhängig von zukünftigen Entwicklungen in Slowenien, die Durchführung im Bezirk Radkersburg gesichert wird. Meine Damen und Herren! Der Bezirk Radkersburg bedarf dringendst dieser kulturellen und touristischen Impulse. Es dürfen aber keine Abhängigkeiten durch unsichere innenpolitische Entwicklungen in unserem Nachbarland eingegangen werden. Ich glaube schon, daß auch der Bezirk Radkersburg allein ausreichend förderungswürdig ist. Als besonders förderungswürdig gilt für mich auch ein kulturpolitisches Randthema, ein Bereich, der in der Öffentlichkeit wenig Beachtung findet, nämlich die Bodendenkmalpflege. Die Bodendenkmalpflege ist in Österreich – und das gilt auch für die Steiermark – nach wie vor ein großes Problem. Tagtäglich gehen unwiederbringlich große Kulturschätze verloren. Bodendenkmäler stellen das verbliebene tragende Gerüst vergangener Kulturen dar. Doch viel zu oft fehlt der Bevölkerung das erforderliche Verständnis, und dazu kommen Personal- und Finanznöte. Diese tragen ihr Nötiges bei, und unter zumeist sehr schlechten Bedingungen leistet die Abteilung für Vor- und Frühgeschichte im Joanneum hervorragende Arbeit. Eben dieser Abteilung möchte ich hier auch meine Anerkennung für die geleistete Arbeit aussprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Experten beklagen, daß andere Bundesländer, insbesondere Kärnten, Wien und Tirol werden hier genannt, weit besser bestehen können als die Steiermark. Der Grund? In der Steiermark herrschte angeblich lange die Meinung vor, daß unser Bundesland weniger bedeutende Bodenfunde aufzuweisen habe, weil es ja im Schatten des römischen Reiches gelegen sei. Die Funde der letzten Jahre belehren uns eines Besseren. Auch hier möchte ich nochmals den Konnex zwischen Kultur und Wirtschaft unterstreichen und die Wichtigkeit lokaler Initiativen hervorheben.

Meine Damen und Herren! In nur sechs Monaten haben 10.000 Menschen das Flavia-Solva-Museum besucht. Meiner Meinung nach ein großartiger Erfolg. Wo stünden wir heute, wenn es all die engagierten Menschen, wie zum Beispiel im archäologischen Ver-

ein Flavia Solva, in der Kulturinitiative Ratschendorf oder in Großklein, nicht gäbe? Auch ihnen gebührt meiner Meinung nach ein besonderer Dank.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß. Ich möchte meine eingangs vorgebrachte Forderung nach verstärkter Förderung regionaler Kulturinitiativen wiederholen und Sie bitten, diese Bestrebungen auch tatkräftig zu unterstützen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 9.09 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (9.09 Uhr): Schon in der Früh einen Brand.

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ohne Geld ka Musi, könnte man eigentlich die heutige Debatte benennen, und ich möchte mich im besonderen mit der Blasmusik beschäftigen. Die Steiermark hat 393 Musikkapellen, mehr als 15.000 Musiker, und die Blasmusik ist schlechthin der größte Kulturträger auf dem Lande.

Mir liegt natürlich die Blasmusik besonders am Herzen, und ich möchte mich dafür bedanken, daß es doch noch 2 Millionen im Budget geblieben sind, nachdem ja dauernd von einer Kürzung die Rede war. Ein Dank sicherlich an den Referenten, wenn es auch mehr hätte sein können, und darüber hinaus ein Dank an alle, die sich darum bemüht haben. Das Aushängeschild des Blasmusikverbandes ist natürlich, daß die Förderungsmittel im Verband selbst verteilt werden. Das war schon vorher so beim Referenten Landeshauptmann Dr. Krainer und ist nun beim jetzigen Referenten Dipl.-Ing. Schmid auch so – vielleicht noch etwas verstärkt.

Der Schlüssel der Verteilung wird im Blasmusikverband selbst festgelegt. Der hängt von der Mitarbeit, von der Leistung und von der Bedürftigkeit der Blasmusikkapellen ab, aber es ist im Grunde genommen nur ein Tropfen auf den heißen Stein, denn wenn man weiß, welche Kosten für einen Verein anlaufen, dann muß man sagen, durchschnittlich hat der Verein 40 Mitglieder, und man muß ungefähr mit 8000 Schilling im Jahr rechnen, wenn es nur ausgeht. Tracht, Instrumente, Noten, das Musikerheim müssen in Ordnung sein, alles Kosten, die sehr hoch sind, und 5000 Schilling pro Mitglied sind sicher notwendig. Wenn man die Förderung umrechnet, dann sind es 130 Schilling. Dabei hat die Blasmusik in der Steiermark einen hohen Jugendanteil, der weit über 25 Prozent ist, und gerade in den letzten Tagen haben wir das 40jährige Bestandsjubiläum des Bezirksverbandes Leibnitz gehabt, und wir haben eindrucksvolle Leistungen miterleben können. Schließlich und endlich ist die Blasmusik eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung für die Jugend, und wenn man die Leistungen noch hernimmt, die hier die Jugendlichen schon einbringen, sieht man, daß es mindestens 40 öffentliche Auftritte im Jahr sind, daß es mindestens 45 bis 50 Proben sind, die hier geleistet werden müssen, nicht nur von den Musikern selbst, sondern von jenen, die das ganze organisieren, also die Kapellmeister und die Obmänner. Es ist heute leichter, einen Sack Flöhe zusammenzuhalten, als seine Blasmusik. Wir wissen alle, daß in den Jugendjahren die Jugendlichen, natürlich im be-

sonderen die Mädchen, sehr fleißig beim Üben sind, nur, wenn sie 16, 17 Jahre alt werden, dann wird es ein bißchen problematisch. Dann muß man sich bemühen, daß sie der Blasmusik erhalten bleiben. Es ist wirklich so, der Wettstreit findet statt zwischen Blasmusik, Fußballverein, Feuerwehr, Tennisklub, Eisschützen – (Abg. Schützenhöfer: „Tauchsport!“) Tauchsport?

Das ist eine elitäre Sache, das ist weniger Breitensport. Das wissen wir, unser Franz war immer ein Extremer. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist Tiefensport, und nicht Breitensport!“) Der hat das immer schon geliebt. (Abg. Kanduth: „Spielst du ein Instrument oder nur Radio?“) Ich muß ganz ehrlich zugeben, ein bißchen mehr als Radio. Ich spiele selbst Saxophon. Nämlich ein Faktor ist ganz wichtig. (Abg. Trampusch: „In der Blasmusik gibt es viele Noten, aber zu wenige Banknoten!“ – Allgemeiner Beifall.) Viele Noten, zu wenig Banknoten, ist sehr richtig. Das könnte auch der Slogan für die Zukunft sein, Franz.

Die Gemeinschaftspflege ist ein großer Faktor in der Blasmusik, weil eben dieser Wettstreit mit allen anderen Vereinen stattfindet. Wie gesagt, ohne Geld ka Musi. Die Blasmusik führt in der Steiermark praktisch die Tradition weiter, da sie schon weit über 100 Jahre alt ist. Aber viele Vereine sind schon älter als 100 Jahre und pflegen dieses Traditionsgut. Wir haben sehr schöne Trachten. Wenn man so ein Landesmusikfest betrachtet, wenn aus allen Bereichen der Steiermark die Blasmusikkapellen kommen, dann sieht man, wie vielfältig dieses Land ist, wie vielfältig die Tracht ist und wie vielfältig sich die Blasmusik darstellt. Der steirische Blasmusikverband, dem ja ein großer Dank gebührt, ist sicherlich der, der hier die Richtlinien festlegt und die Richtungen vorgibt mit dem Obmann Hofrat Maier, der die Aufteilung der Förderungsmittel durchführt. Noch mehr Dank ist dem Oberst Bodingbauer zu zollen, jenem Mann, der als Militärkapellmeister des Landes hier die Vorgaben gibt und einen Riesenanteil am Fortschritt unserer Blasmusik in der Steiermark hat. Er hat auch alle Musikkapellen angehalten, sie für ihre Tonträger, alle Schallplatten oder Bänder, richtig zu beraten, richtig einzuteilen. Hier ist ein weites Feld, und wenn man die Arbeitsleistung hier bewerten wollte, ich glaube, sie ist unbezahlbar.

Es gibt aber Probleme im steirischen Blasmusikverband, das ist die Raumfrage. Wie gesagt, Oberst Bodingbauer hat daheim in seiner Wohnung ein Zimmer nur, wo er die ganzen Noten stapelt und alles für den Blasmusikverband. Hier ist es notwendig, daß für den Blasmusikverband eine Verbesserung eintritt, daß man ihm bessere Räume zur Verfügung stellt.

Nun mag ich aber doch zu einem Punkt kommen, der auch sehr entscheidend ist für den Nachwuchs für unsere Blasmusik, aber nicht nur für unsere Blasmusik. Das sind unsere Musikschulen. Die Nachwuchsschulung in allen Bereichen übernimmt heute die Musikschule, von der Volksmusik bis zu den klassischen Musikinstrumenten. Das ist eine große Aufgabe. Hier hat auch die Blasmusik die große Aufgabe, die Begeisterung in den Jugendlichen zu wecken, damit unser Nachwuchs für die volkstümliche Musik wie auch für die klassische Musik gewährleistet ist. Und ich kenne das. Meine Tochter macht auf der Musikhochschule Bratsche, und ich weiß, was es heißt, wenn man mehr als sieben Stunden am Tag üben muß. Das sind Dinge, die wirklich selten jemand durchhält.

Dank ist auch den Gemeinden zu sagen, die diese Belastung übernehmen, und diese enorme Belastung bedarf eines Kulturverständnisses der Gemeinderäte. Leider Gottes ist das nicht immer gegeben, und hier ist es notwendig, daß das Land hier etwas nachhilft, denn das Problem, das sich ergibt, ist, daß immer wieder Kinder, hochtalentiertere Kinder, aus Nachbargemeinden in die Musikschule kommen, und natürlich ist die musikschulerhaltende Gemeinde nicht bereit, den Elternbeitrag voll und ganz zu zahlen und zu übernehmen, der ja heute bei ungefähr 20.000 Schilling pro Schüler und Jahr liegt. Wenn hier die Gemeinde bereit ist, etwas mehr dazuzuzahlen für die eigenen Kinder, dann bleiben noch immer voraussichtlich 10.000 Schilling für die Eltern. Wenn aber jetzt aus einer Nachbargemeinde jemand kommt, dann wird es natürlich sehr viel für die Eltern, 20.000 Schilling im Jahr zu zahlen. Hier wäre es notwendig, daß steiermarkweit gleiche Elternbeiträge gemacht werden. Es geht aber nur, wenn hier Schulsprengel eingeführt werden, ähnlich der der Hauptschulen.

Weiters ist natürlich eine Frage der Kosten von Musikschulen auch das Lehrerproblem. Die Musikschullehrer sind heute wirklich sehr gut ausgebildet, haben einen sehr langen Ausbildungsweg hinter sich, und wenn sie die Qualifikation geschafft haben, dann kosten sie natürlich auch mehr. Aber es ist natürlich richtig, daß diese Kosten im Sinne unserer Jugend auch eingesetzt und bezahlt werden. Es gibt hier eine Resolution bereits von den Musikschullehrern, daß sie sich benachteiligt fühlen, obwohl sie ein langes Studium hinter sich haben, so daß man hier auch das in der nächsten Zeit behandeln wird müssen. Ich persönlich glaube, daß ein steirisches Musikschulwerk neu aufgelegt und in Gesetzesform gebracht werden muß. Es sind ja gemeinsame Aufgaben, es sind notwendige Dinge, die heute genauso für den Fremdenverkehr wichtig sind. Und überhaupt sind heute in weiten Bereichen die Blasmusikkapellen, die Musikschulleiter die Kulturkulis am Land. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine weite Palette, von der Blasmusik über die Musikschulen bis zu den Gemeinden und zum Land Steiermark, bis zum Fremdenverkehr, sind es gemeinsame Aufgaben, die hier erfüllt werden und die natürlich gemeinsam für unser Land getätigt werden. Allen jenen, die sich dafür einsetzen, einen recht herzlichen Dank. (Allgemeiner Beifall. – 9.22 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Beinahe hätte ich jetzt dem ehemaligen Abgeordneten Lind das Wort erteilt, weil er mir zur Blasmusik abgeht. Meine Damen und Herren, auf der Zuschauergalerie hat der Herr Landesrat außer Dienst Dipl.-Ing. Hermann Schaller Platz genommen. Ich heiße ihn herzlich willkommen. Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm. Nach ihm die Frau Abgeordnete Frieß.

Abg. Ussar (9.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren der Steiermärkischen Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Der Herr Mag. Erlitz hat den Kulturbegriff aus unserer Sicht ausführlich definiert. Ich möchte heute zum Kulturbudget aus Sicht der Gemeinden Stellung neh-

men. Da ist selber 14 Jahre in der Stadt Leoben Kulturstadtrat war, ist selbstverständlich diese Gruppe Kunst, Kultur und Kultus für mich besonders interessant, besonders interessant deswegen, weil man selbst die Möglichkeit hatte, mit dem Gemeinderat, Bürgermeister und Stadtrat über 14 Jahre hindurch doch ein Kulturprogramm für die zweitgrößte Stadt der Steiermark zu gestalten, mitzugestalten. Wenn ich Ihnen ganz kurz das Kulturprogramm der Stadt Leoben im Jahre 1991/1992 bringen darf, so deswegen, weil sehr viele, die hier sitzen, in Gemeinden tätig sind, selbstverständlich auch aus ihrer Sicht ihre Programme bringen könnten. Und es wäre gut, wenn das einmal alles dargebracht würde, weil dann aus gesamtsteirischer Sicht einmal wirklich sichtbar würde, was in den Gemeinden auf kulturellem Gebiet in Wirklichkeit geleistet wird. Wenn ich sage, daß in unserer Stadt das kulturelle Angebot das Konzertangebot umfaßt, wo auch das heimische Stadtorchester spielt und wo, wie der Herr Kollege Chibidziura gerade angedeutet hat, auch die Musikschule einen großen Anteil hat, wo ehemalige Schüler der Musikschule auch die Möglichkeit haben, im Orchester mitzuspielen, sich dort zu präsentieren, so sehen wir, daß das, was in den Musikschulen gesät wird, auch aufgeht und so einer breiten Öffentlichkeit zugute kommt-

Wenn ich das Angebot des Stadttheaters Leoben nehme, das ein sehr reiches Angebot ist, und in diesem Zusammenhang, Herr Landeshauptmann war selber im Stadttheater Leoben anwesend, auch der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter war bei Veranstaltungen bereits in unserem Theater, so haben wir mit dem ältesten bespielten Theater der Steiermark immer wieder die Möglichkeit, auch in einer Bezirksstadt ein breites Theaterangebot darzubieten, und wir dürfen doch nicht glauben, daß alle unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger die Möglichkeit haben, nach Graz zu fahren, um das Opernhaus und das Schauspielhaus zu besuchen. Wir müssen bedenken, wann diese Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ihrer Arbeit beginnen. Es sind sehr viele, die um fünf oder sechs Uhr in der Früh bereits ihren Arbeitsbeginn haben, die aber dann durch einen Theaterbesuch in einer kleineren Stadt die Möglichkeit haben, zum Kulturangebot Zugang zu finden. Wenn ich Ihnen sage, daß wir in Sonderausstellungen vor allem auch junge Künstler präsentieren, junge Leute, die sonst überhaupt nicht die Möglichkeit hätten, ihre Werke auszustellen, ihre Werke einem Publikum zu zeigen, so glaube ich, geschieht das in vielen anderen Gemeinden auch. Und wir machen hier eine Kunstförderung auf breiter Ebene, wo junge Talente das erste Mal die Möglichkeit haben, sich einer Öffentlichkeit zu präsentieren. Ich glaube, auch die Gemeinden sind in der Richtung tonangebend, daß sie nicht nur präsentieren, sondern auch erstmals Werke von jungen Künstlern ankaufen. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Aufgabe, die von den Kommunen hier vollbracht wird. Wenn wir Vortrags- und Führungsreihen, wenn wir dann die Führungen im Museum haben, wo wir junge Menschen auch mit unserer Vergangenheit in Kontakt bringen, so glaube ich, ist es sehr wichtig zu zeigen, was eigentlich hier auf kommunaler Ebene gemacht wird.

Es wurde heute hier noch nicht die große kulturelle Tätigkeit angerissen, die in den Vereinen stattfindet.

Wenn ich denke, allein in unserer Stadt sind 151 Vereine, und ich kann mir vorstellen, die Damen und Herren, die in den Kommunen tätig sind, könnten es von ihrer Warte auch sagen, was hier von Menschen, die ihre Freizeit gerne für andere zur Verfügung stellen, auf kulturellem Gebiet eingebracht wird, das aber ungenannt ist und vielfach auch in der Presse oder im Rundfunk gar nicht aufscheinen kann, weil ganz einfach die Fülle zu groß ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn Sie die Musikkapellen angerissen haben, so darf ich sagen, daß hier im Hohen Haus der Stellenwert der Musikkapellen ein großer war und von allen Damen und Herren, die zur Kultur gesprochen haben, immer wieder besonders diese Förderung in den Vordergrund gestellt wurde. Denn wer im kulturellen Leben tätig ist, in kleineren Orten oder Städten, weiß ja; daß oft in kleineren Orten die Musikkapellen und die Gesangsvereine die Kulturträger erster Stelle sind, und es ganz wichtig ist, hier die entsprechenden Förderungen zu machen. Vergessen wir aber nicht die Rolle, die unsere Büchereien spielen. Wir lesen immer von mehr Lesen, aber wir müssen immer darauf bedacht sein, daß das Angebot in entsprechender Weise da ist, und hier leisten die Gemeinden Großartiges.

Ich komme schon dahin, daß diese Aufstellung, die ich Ihnen nun gebracht habe, zeigt, welch breites kulturelles Angebot eigentlich in Wirklichkeit über das Land hinaus in den einzelnen Gemeinden in unserer steirischen Heimat dargeboten wird. Ich habe Leoben als Beispiel genommen deswegen, weil ich dort bewandert bin. Ich möchte feststellen, daß das überall in der Steiermark nach den besten Möglichkeiten geschieht. Es ist aber angebracht, im Hohen Haus einmal nicht nur den Großen, die immer im Blickfeld der Öffentlichkeit stehen, zu danken, sondern den vielen kleinen Kulturschaffenden, die unter schwierigen und schwierigsten Bedingungen ihren Anteil in unserem Land leisten. Wir müssen aber auch diese Menschen besonders fördern. Wir alle wissen, daß sich die steirischen Gemeinden bei der Finanzierung und Durchführung ihrer kulturellen Anliegen sehr schwer tun. Wenn man die entsprechenden Ansätze im Kulturbudget des Landes ansieht, so sieht man eigentlich, wenn man geschau schaut, daß diejenigen Ansätze, die die Gemeinden betreffen, teilweise schon seit Jahren unverändert sind, und wenn sie erhöht wurden, so meiner Ansicht nach nicht in dem Ausmaß, wie es unsere Gemeinden verdienen würden und wir es uns wünschen. Ich weiß, daß der Herr Landesfinanzreferent Ing. Ressel für die Kultur ebenfalls, wie sein Vorgänger, Landesrat Dr. Klausner, ein besonderes Herz hat. Ich würde bitten, Herr Landeshauptmann, wenn es doch in Zukunft möglich ist, zugunsten der Gemeinden nicht nur Umschichtungen durchzuführen, sondern auch die entsprechenden Positionen auf Grund der von mir dargestellten Leistungen zu erhöhen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue mich, daß heuer wieder das Opernhaus und das Schauspielhaus und auch der Musikverein für Steiermark entsprechend dotiert sind. Ich würde mich aber ganz besonders freuen, wenn auch das Stadttheater Leoben, der Musikverein Leoben und auch das Museum der Stadt Leoben, wie es in anderen Bereichen auch möglich ist, diese Dotierung erfahren würden. Denn es ist

ganz klar, daß sich in kleineren Städten das abspielt, was im großen Rahmen sich in der Landeshauptstadt darstellt. Wenn ich ganz kurz anführen darf, daß allein die Aufwendungen für unser Stadttheater im Jahre 1989 3,052.000, im Jahre 1990 5,500.000 und im Jahre 1991 5,700.000 Schilling betragen haben, so sind das in der Relation der Aufwendungen zu Graz natürlich kleinere Beträge. Ich darf sehr herzlich dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner danken, der sich auch bemüht hat, aus seinen Mitteln für das Theater entsprechende Beträge beizutragen. Ich möchte Ihnen sagen, daß sich diese Beiträge auch wirklich lohnen, denn die Auslastung der Besucherzahlen war bei uns im Jahre 1989 93 Prozent, im Jahre 1990 91 Prozent und im Jahre 1991 89 Prozent. Also ein sehr hoher Prozentsatz der Auslastung, die auch Subventionen und Investitionen rechtfertigt.

Nun noch kurz zum Musikverein der Stadt Leoben. Er weist eine sehr lange Tradition auf, und ich hätte mich heuer gefreut, wenn unter den Budgetansätzen des Musikvereines Graz auch eine Rubrik „Musikverein Leoben“ gewesen wäre. Aber das wird wahrscheinlich im nächsten Budget aufscheinen. Bedanken möchte ich mich für die Dotierung des Vereines „Jugend musiziert“, wo Talente aus ganz Österreich und Europa ständig zu uns kommen und die Möglichkeit haben, eine große Karriere vorzubereiten.

Und nun zur Landesausstellung 1997 in Leoben.

Im Jahre 1997 feiert Leoben das 200jährige Jubiläum des Friedensschlusses mit Frankreich. Napoleon verhandelte im Gartenhaus des Barons Egger von Eggenwald mit österreichischen Diplomaten und brachte mit diesen den als Präliminarfrieden von Leoben in die Geschichte eingegangenen Vertrag zustande, der die Staatsgrenzen und Einflusssphären Europas wesentlich veränderte.

1797 betraten auch französische Streitkräfte erstmals das Territorium der österreichischen Erblande. Die Franzosenkriege hatten begonnen. Die Stadtgemeinde Leoben erachtet die Bedeutung dieser Epoche und ihre Folgen für die Politik, Kultur und Wirtschaft der Steiermark als so groß, daß sie das Ersuchen an das Land Steiermark richtet, das Jubiläum des Beginns ihrer denkwürdigen Zeit mit einer Landesausstellung zu begehen.

1990 wurde in gelungener Weise am Ort des Geschehens nahe der Jakobikirche das Areal und das Eggenwald'sche Gartenhaus zu einer Gedenkstätte 1797 um- und ausgebaut. Im Museum der Stadt Leoben findet sich im Franzosensaal eine wertvolle Zusammenstellung der Ereignisse der Franzosenzeit, deren militärischen Höhepunkt die Schlacht von Sankt Michael 1809 unweit von Leoben bildete. Mit dem Gebäude des Stadtmuseums, dem ehemaligen Jesuitenkolleg in der Altstadt, sowie dem Ausstellungszentrum Neues Rathaus, wenige Meter davon entfernt, würden sich auch ideale Möglichkeiten für die räumliche Konzeption einer solchen Ausstellung anbieten, die in eingehender und spannender Weise die Begegnung der Steiermark mit der Weltmacht Frankreich auf dieser historischen, kulturgeschichtlichen Ebene dokumentieren könnte.

Im Bewußtsein, alles gründlich planen zu müssen, wendet sich die Stadtgemeinde Leoben an die Steier-

märkische Landesregierung und ersucht diese um Befürwortung und Umsetzung dieses Antrages.

Zum Kollegen Rader möchte ich sagen, da bin ich auch der Ansicht der Kollegen Tasch und Prutsch, daß ganz einfach Landesausstellungen dazu beitragen, daß Regionen ganz besonders einmal in kultureller und wirtschaftlicher Weise gefördert werden und Impulse gegeben werden. Es soll doch so sein, daß bei Landesausstellungen einmal eine Region mit ihrer kulturellen Vielfalt dargestellt wird, und wir alle wissen, was gerade bei Landesausstellungen in Wirklichkeit geschieht, daß ganz einfach eine Region, wie wir es im Vorjahr in Mürzzuschlag erlebt haben, in den Mittelpunkt gestellt wird, daß ganz einfach Menschen in die Region kommen. Weil der Landespartei sekretär gerade zu unserem Kollegen Erlitz hinschaut. Ich möchte sagen, das hat nichts mit seinen Aussagen zum Management zu tun. Es geht hier rein um die regionale Komponente, und hier haben die Landesausstellungen eine ganz besondere Bedeutung.

Ich komme schon zum Schluß. Ich möchte bitten, daß in Zukunft bei der Budgetgruppe Kunst, Kultur, Kultus, wenn notwendig, auch Umschichtungen zugunsten der Gemeinden schon auf Grund meiner Darstellungen durchgeführt werden. Ich stelle ganz eindeutig fest, hier handelt es sich um ein steirisches Kulturbudget. Das muß die gesamte Steiermark erfassen und muß auch in der Subventionierung und der Ausstattung mit Mitteln bedacht werden. Ich möchte schließen mit einem Dank an alle Kulturschaffenden in unserer steirischen Heimat. Ich möchte sagen, daß sie mit Einsatz, Fleiß, Engagement und viel Phantasie ihre Arbeit machen, und viele, die da sitzen, machen das auch in ihrer Freizeit. Ich möchte sagen, daß Kulturpolitik, wie ich sie verstehe, Menschen sowohl zur aktiven Gestaltung des eigenen Lebens, aber auch zur Gestaltung der sozialen Umwelt anregt und befähigt. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall. – 9.36 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Frieß. Ich erteile es ihr.

Abg. Frieß (9.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Ich nehme zur Vorbereitung der Landesausstellung 1993 in Birkfeld, Krieglach, St. Kathrein am Hauenstein und Rettenegg Stellung. Der Titel ist „Peter Rosegger und seine Zeit“. Ich habe extra dafür seinen Arbeitsjanker angezogen. Der bürgt, daß man flott arbeitet, und der ist auch gut für schwere Arbeiten. Die Vorbereitungen dafür sind in vollem Gange. 30 Ausschüsse arbeiten seit Monaten und warten nur darauf, auch grünes Licht für die notwendigen Maßnahmen zu bekommen. Im außerordentlichen Haushalt sind dankenswerterweise auch 12 Millionen Schilling für die Bauvorhaben enthalten. Ich stimme dieser Schweregeburt von einem Budget schon deshalb zu, um unseren Bürgermeistern endlich freie Bahn für ihre Vorhaben in der Gemeinde zu geben. Und das trifft besonders auch auf die Vorkehrungen zur Landesausstellung zu. Birkfeld hat wichtige und notwendige Maßnahmen und Bauvorhaben. Architekt Wolfgang Kapfhammer konnte endlich betraut werden, neben

dem BORG einen Kindergarten zu bauen, der 1993 zunächst einen Teil der Landesausstellung aufnehmen wird. Peter Roseggers Geburtshaus, der Kluppeneggerhof, wird saniert und teilweise wiedererrichtet. Die Waldschule soll auch funktionstüchtig gemacht werden. Europa, und besonders Deutschland, wo Peter Rosegger besonders bekannt ist und seine Werke auch heute noch auf großes Interesse stoßen, werden bereits im Mai dieses Jahres vorinformiert.

Peter Rosegger europareif und international. Diesen Titel können wir auch voranstellen. Die Kulturabteilung hat mit Univ.-Prof. Dr. Gerald Schöpfer einen hervorragenden wissenschaftlichen Leiter gewonnen. Er hat für die drei Ausstellungsorte folgende Schwerpunkte festgesetzt: In Birkfeld steht die Person Peter Rosegger im Mittelpunkt. In Krieglach wird Peter Rosegger im Spiegel der Zeit von 1848 bis 1918 gezeigt. Und in St. Kathrein geht es um das Verhältnis Peter Roseggers zur Kirche. Ein großer Katalog ist ebenfalls dafür in Vorbereitung. Erstmals wird eine Trilokation vorgenommen. Eine ganze große wichtige Region wird einbezogen. Der Veranstaltungsort dieser Landesausstellung ist praktisch die Waldheimat. Werbeblätter werden schon vorbereitet und zu einer frühzeitigen Information herausgegeben. Die gewerblichen Betriebe, besonders sind da zu nennen die Gasthöfe und Beherbergungsbetriebe, müssen sich kundenfreundlich auf hoffentlich viele Besucher einstellen. Parkplätze müssen geschaffen werden. Wichtig ist auch, die Nachbargemeinden bereiten sich auf ganz interessante Begleitausstellungen vor. Die Straßen ins obere Feistritztal sind auch schon in den letzten Jahren entkurvt worden. Zahlreiche Mitarbeiter und Vereine sind fleißig bei der Arbeit. Kunst und Kultur werden deutlich in Beziehung zur wirtschaftlichen Dynamik stehen. Das obere Feistritztal ist dafür eine Bilderbuchregion und vorzüglich geschaffen. Peter Rosegger kennen wir als einen der bekanntesten Steirer. Wir können sehr stolz auf ihn sein. Wir kennen ihn als einen Dichter, der ergreifende Werke geschrieben hat. Nur wenige wissen, daß ihn bereits zu seiner Zeit das Problem der fremden Arbeitskräfte in den Ländern der Monarchie genauso bewegte wie das Los der bäuerlichen Bevölkerung und daß er im Vorgriff auf Jahrzehnte einen wahrhaft ökumenischen Geist entwickelte. Genau, wie er seine Ansichten auch über Naturschutz und Ökologie klar darlegte, als dieses Wort noch nicht im Sprachgebrauch üblich war. Wir können stolz auf diesen Steirer sein, und ich glaube, das wird eine sehr interessante Geschichte. Ich möchte Ihnen das zur Vorinformation sagen, aber natürlich auch zur Werbung. Wir laden euch heute schon ein, 1993 ins obere Feistritztal zu kommen, zu Peter Rosegger, zum Waldbauernbuben. (Allgemeiner Beifall. – 9.41 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm. Nach ihm der Kollege Tasch.

Abg. Vollmann (9.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Abgeordnete zum steirischen Landtag!

Die Frau Kollegin vor mir hat gerade zu Peter Rosegger und zur Landesausstellung, die wir erwarten dürfen, gesprochen. Sie findet im nächsten Jahr in

Krieglach statt. Ich komme aus dem Bereich der Waldheimat, wo Peter Roseggers Geburtshaus steht und wo im Endeffekt auch jener Bereich seines Wirkens die Anerkennung finden soll, die ihm gebührt. Er war ein großer Mann unserer Heimat, und diese Ausstellung wird sicherlich viel in Bewegung setzen, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Sie ist auf drei Standorte aufgeteilt. Sie sind Gott sei Dank in der Obersteiermark, mit Verbindung in das sogenannte „Joglland“. Ich bin froh darüber, daß nicht auch ein Standort davon Graz ist. Ich sage das, weil ich meine, daß die Aufteilung einer einzigen Ausstellung auf mehrere und auf viele Standorte im Endeffekt etwas ist, das nicht sinnvoll ist. Aber man hat sich zu diesem Bereich entschlossen. Ich habe mir einen Artikel der „Kleinen Zeitung“ unter dem Titel „Denkzettel“ herausgeschnitten und kopiert, wo es heißt: „Schlafmützen“. Ich weiß es nicht, ob es stimmt. Ich habe mich, das muß ich ehrlich gestehen, auch noch nicht erkundigt. Aber sollte es stimmen, daß man bis heute die Werbung noch nicht in Kraft gesetzt hat für diese Ausstellung, würde ich bitten, es schnellstens zu tun. Denn wir, ich habe es schon gesagt, erwarten uns von dieser Ausstellung so viel. Und daher sollte man es tun. Alle Touristiker und alle, die mit dieser Ausstellung zu tun haben, mögen hier schnellstens ihren Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren! Peter Rosegger hat sich vielen Bereichen gewidmet. Und einer dieser Bereiche war auch die Brauchtumspflege, Heimat- und Brauchtumspflege. Wir haben einen sehr tüchtigen Landesverband der Heimat- und Trachtenvereine in der Steiermark mit sechs Regionalverbänden, 100 Vereinen, 13.200 Mitgliedern, 2400 Aktiven. Von diesen Gruppen, die wir haben, haben wir 33 Kindergruppen, und von den Aktiven sind 2039 jünger als 25 Jahre. Und von diesen wieder 1427 jünger als 15 Jahre. Meine Damen und Herren! Dieser Verein und diese Organisation vollbringen fürwahr eine großartige Leistung. Es gibt kaum, ich wiederhole es, es gibt kaum irgendwo einen Heimatabend oder am Abend eine Veranstaltung für die Touristen, die unser Land besuchen, ganz gleich, ob sie aus dem In- oder Ausland kommen, wo nicht eine dieser Trachtengruppen mit einem Trachtentanz, der für die Region entsprechend dargestellt wird, oder, meine Damen und Herren, auch mit einem der berühmten Schuhplattler teilnimmt. Diese Dinge sind sehr beliebt geworden. Das zeigt auch die große Anzahl von jungen Menschen, die wieder zu diesem Verein finden. Die Kollege Chibidziura hat auch angeschnitten in diesem Zusammenhang die vielen jungen Menschen, die wieder zur Blasmusik finden, die in unseren Musikschulen tätig sind. Ich bin selber einer davon, der über die Volkshochschule der Arbeiterkammer diese Kurse fördert zur Ausbildung dieser jungen Menschen, damit sie im Endeffekt auch ihr Abzeichen ablegen können, weil ich glaube, daß diese jungen Menschen unserer Förderung bedürfen. Ich habe das deshalb in diesem Zusammenhang gesagt, weil auch die jungen Menschen in den Trachtenvereinen unserer Hilfe bedürfen. Wir haben in einem entsprechenden Budgetansatz im heurigen Jahr 700.000 Schilling drinnen, der heißt „Sonstige Maßnahmen und Einrichtungen zur Heimatpflege“. Leider und zu meinem großen Bedauern um 50.000 Schilling weniger als im letzten Jahr. Wenn Sie allein bedenken, daß aus diesem Bereich soviel gefördert werden soll,

dann meine ich, sollte man hier wirklich nachdenken darüber, ob das, was wir geben, auch ausreicht. Der Landesobmann dieses Vereines hat sich bereits im November an den Herrn Landeshauptmann gewandt, der nun zuständig ist für diesen Bereich, mit einem Förderungsansuchen. Man hat ihm anstelle der vorigjährigen 150.000 Schilling 40.000 Schilling zugesagt.

Es scheint aus dem Schreiben hervorzugehen, als ob das die ganze Subvention wäre. Herr Landeshauptmann, nachdem Sie gerade wieder gekommen sind, darf ich Sie herzlich bitten, es darf nicht wahr sein, daß im vorigen Jahr 150.000 Schilling an diesen Landesverband der Heimat- und Trachtenvereine gegeben worden sind und im heurigen Jahr nur 40.000 Schilling, wie ich aus dem von Ihnen an Herrn Kühberger ergangenen Schreiben feststelle. Leider ist das Schreiben auch nicht an den Herrn Kühberger gegangen, sondern an den Herrn Meissl. Aber der Herr Kühberger wohnt in der Karl-Meissl-Gasse. Aber das kann schon einmal passieren, es gibt solche Verschreiber. Der Postbeamte hat natürlich gewußt, wo der Herr Kühberger ist und wo der Landesverbandsobmann der Heimat- und Trachtenvereine wohnt. Aber zum Ernst zurück. Herr Landeshauptmann, ich würde wirklich bitten, diesen so tüchtigen Verein mit diesem Betrag zu unterstützen, um ihm endlich die Möglichkeit zu geben, daß er seiner Arbeit nachkommen kann.

Landesverbandsseminare für Tanz gibt es, es gibt die erste steirische Tanzmappe mit einem Tanzleistungsabzeichen in Bronze und Silber, und es hat ein eigenes Trachtenreferat gegeben seinerzeit, das aufgelassen wurde, weil ja das Heimatwerk diese Aufgabe übernommen hat. Nachdem sich das Heimatwerk nun anscheinend aus seiner Verantwortung zurückzieht, ist auch den Trachtenvereinen nichts anderes übriggeblieben, als ein eigenes Trachtenreferat wieder aufzubauen. Sie sehen aus dem, was ich Ihnen gesagt habe, daß dieser Verein, daß diese Heimat- und Kulturpflege besonderer Hilfe bedürfen. Ich darf Sie um diese Hilfe und Unterstützung ersuchen. Ich darf Sie auffordern, dem nachzukommen, was unsere Verpflichtung ist, nämlich Heimat- und Trachtenpflege so ernst zu nehmen wie alle anderen kulturellen Zweige, von denen wir in diesen Bereichen sprechen, weil ich glaube, daß die Erhaltung des Kulturgutes bedeutend wichtiger ist als viele andere Dinge, denen wir uns in der heutigen Zeit widmen. Glück auf! (Allgemeiner Beifall. – 9.48 Uhr.)

Präsident Dr. Klauser: Auf der Zuschauergalerie hat der Betriebsleiterlehrgang der Landwirtschaftlichen Fachschule Hatzendorf unter der Leitung von Herrn Direktor Alfred Petautschnik Platz genommen. Ich heiße Sie herzlich willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Tasch.

Abg. Tasch (9.49 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Kunst und Kultur haben in der Steiermark schon immer einen besonderen Stellenwert gehabt. Obwohl ich zugeben muß, zur Kunst habe ich oft einmal ein bißchen ein gestörtes Verhältnis. Hier kann man verschiedener Meinung sein. Zur Kultur ist mein Verhältnis schon ein ganz anderes. Kultur hat allein in der Steiermark schon einen großen Stellenwert von ihren

Referenten her. Koren, Jungwirth und jetzt Landeshauptmann Krainer sind Garanten für einen hohen Stellenwert auf dem Kultursektor. Wenn man weiß, daß in Amerika – so sagt es die Statistik – doppelt so viele Menschen zu Kulturveranstaltungen gehen wie zu Sportveranstaltungen, dann, glaube ich, kann jedem einzelnen zum Verständnis gebracht werden, was Kultur auch in Zukunft für einen Stellenwert in unserem Lande haben wird und soll. Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor allem lieber Klub der FPÖ! Ich bin gerne bereit, lieber German, euch Nachhilfestunden angedeihen zu lassen (Beifall bei der FPÖ.), wenn ihr eine Resolution einbringt, daß Kultur nichts mit Wirtschaft oder Tourismus zu tun hat und daß vor allem Landesausstellungen auf Kultur aufgebaut sein sollen und nichts mit Fremdenverkehr und schon gar nichts mit Wirtschaft zu tun haben. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Die Mittel, nicht die Kultur!“) Auch von den Mitteln her, möchte ich sagen, daß Kultur ganz eng mit Tourismus verbunden ist. Wenn ihr euch ein bißchen die Statistik zu Gemüte geführt habt, dann werdet ihr bitte schon daraufgekommen sein, daß der Tourismusaufschwung in den Städten in erster Linie auf Kulturangebote zurückzuführen ist. Ich glaube auch, auf dem Land draußen müssen wir verstärkt Kultur anbieten. Ich glaube, das ist auch im großen Maße in der Steiermark geschehen. Darum ist man auch mit den Landesausstellungen vor Ort hinausgegangen. Da möchte ich unseren Referenten, seinerzeit Prof. Koren oder Prof. Jungwirth und jetzt unserem Landeshauptmann Dr. Krainer, ein herzliches Dankeschön sagen, daß man aus den Großstädten mit den Landesausstellungen in die ländlichen Gemeinden gegangen ist, um auch hier der Bevölkerung Kultur ganz hautnah vorzuführen. Ich stehe, wenn ich auf die Landesausstellung im Schloß Trautenfels zu sprechen komme, „Lust und Leid“, ein ausgesprochen kribbeliges Thema, wenn es auch große Diskussionen über dieses Thema gegeben hat, voll hinter diesem Thema. Ich glaube, meine Damen und Herren, schon vom Thema her muß es ein großartiger Erfolg sein. Wer ist nicht auf Lust neugierig, und ist nicht oft Leid eng mit Lust verbunden? Ich glaube, gerade im 15. und 16. Jahrhundert, wo Barock oft zum Überfluß geführt hat und es oft sehr großes Leid daneben gegeben hat, so ist das ein Thema, das sehr viele Menschen nicht nur in der Steiermark, sondern auch in Österreich und weit über die Grenzen hinaus begeistern und anziehen wird. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.) Ich glaube, daß sich in unserer Region, wo 52 Prozent des Tourismus stattfinden, eine neue Gästesicht mit dieser Landesausstellung einfänden wird. Wir sind voll überzeugt, daß sehr viele Menschen aus Deutschland, aber auch aus der Tschechoslowakei zu unserer Landesausstellung anreisen werden, und wir haben Trautenfels, das ein Juwel des Ennstales darstellt, mit den Mitteln zur Landesausstellung zu einem Hochglanzjuwel aufpoliert. Es ist im Schloß Trautenfels vom hintersten Winkel bis zum vordersten alles renoviert worden, und ich lade Sie jetzt schon ein, diese Landesausstellung zu besuchen, und ihr werdet sehen, daß nicht nur unsere Gegend eine der schönsten in der Steiermark ist, sondern daß diese Landesausstellung eine der besten in Österreich wird. Wenn ich kurz die Gemeinde zitiere, so möchte ich sagen, wir sind flächenmäßig eine der größten des Bezirkes, die vielfältigste in der Steier-

mark und mit unserem Schloß Trautenfels und Pürgg sicherlich die schönste auf der Welt. Ich kann eines sagen, wir haben voriges Jahr auf Grund der Werbung für unsere Landesausstellung bereits 17 Prozent Zuwachsraten in den Nächtigungszahlen gehabt, aber nicht nur, weil ich ein so tüchtiger Fremdenverkehrsobmann bin, sondern weil wir in der Werbung von der Presse her bereits alles getan haben, um diese Kultur ausstellung hochzuhalten und für diese zu werben. Ich möchte sagen, auch für Kultur muß man nach dem Motto werben: Wer aufhört zu werben, um Geld zu sparen, kommt mir vor wie jemand, der die Uhr abstellt, um Zeit zu sparen.

Meine lieben Freunde aus der FPÖ! Wenn Sie glauben, daß man bei Kultur den Tourismus oder die Wirtschaft auslassen kann, dann sehen Sie bereits, daß Kultur einfach das Instrument ist, um für die Wirtschaft, um für den Fremdenverkehr einen Aufschwung zu erreichen. Wenn wir wissen, daß unsere höchsten Deviseneinnahmen auf den Fremdenverkehr zurückzuführen sind, 165 Milliarden Schilling in Österreich, wenn wir wissen, daß das jenes Instrument ist, wo wir in Zukunft ansetzen müssen, um unsere Arbeitsplätze zu sichern, so müssen wir – und da sind wir auf bestem Wege mit unserem Referenten, Landeshauptmann Josef Krainer – noch mehr für die Kultur tun, und wir können nur dann viel für die Kultur tun, wenn die Kultur auch ganz groß angenommen wird von den Menschen in unserer Steiermark.

Und, lieber Herr Landeshauptmann, ich darf dir besonders danken, daß du eingesehen hast, daß Menschen am Werk waren, die dieses Schloß Trautenfels übernommen haben und ein großes Risiko eingegangen sind, um diese Kulturstätte, um dieses Juwel Trautenfels zu erhalten, die die Ärmel hochgekrempt haben und von 1983 bis 1991 14 Millionen Schilling aufgebracht haben, um das Schloß Trautenfels vor dem Verfall zu retten. Hier hat ein Mann wie unser Herr Landeshauptmann Dr. Krainer eingegriffen und mit Jungwirth zusammen gesagt, hier sind tüchtige Menschen am Werk gewesen, hier gehört die Landesausstellung hin, um das letzte Know-how dort durchzuführen. Herr Landeshauptmann, herzlichen Dank dafür. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Professor Koren, Professor Jungwirth, Professor Tasch – ist das die Reihenfolge?“ – Abg. Trampusch: „Nimm Tasch und du lernst die Kultur sehr rasch!“) Sollst du Kummer oder Sorgen haben, lieber Vesko, Kurtl Tasch fragen. Dann bist du gut beraten. (Allgemeiner Beifall.)

Und eines, glaube ich, gehört zur Kultur noch ganz besonders dazu, und das ist gerade angezogen worden. Die Blasmusik in der Steiermark hat wohl einen ganz besonderen Stellenwert auf dem Kultursektor. Ich glaube, meine Damen und Herren, öd und leer wäre es in unseren Gemeinden, hätten wir die Idealisten der Blasmusik nicht. Und ich richte den Appell an den jetzt zuständigen Landesrat. Ein Architekt, sagt man immer, kann nicht mit Geld umgehen, aber ich glaube, für die Blasmusik wird es ihm gelingen, doch mehr Geld zu Verfügung zu stellen. Da geht er sicher sehr gut mit dem Geld um. Er ist nicht da, der Herr Architekt Schmid. Ich glaube, wenn Geld für Blasmusik angelegt ist, ist es bestens angelegt. Ich muß hier auch eines sagen, wo man verschiedener Meinung sein könnte, auch Zeltkultur gehört zur Kultur in der Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich glaube, es ist ganz wesentlich in unseren Ortschaften draußen, daß auch Zeltfeste durchgeführt werden, um der Blasmusik die Möglichkeit zu geben, sich vor großem Publikum zu präsentieren. Hier, glaube ich, kann man eines ganz klar sagen, ob Konzert oder eine zünftige Marschmusik, das gehört zum Eigenleben im ländlichen Raum. Ich glaube, eines sagen zu können, wenn wir die Kultur hochhalten, dann halten wir die Wirtschaft hoch und dann halten wir den Fremdenverkehr hoch. Wirtschaft und Fremdenverkehr gehören dazu (Abg. Dörflinger: „Der Strobl hinten fürchtet sich schon. Zum Glück sind Sie nicht aus Graz, sonst müßte er um seinen Job bangen!“), daß es weiterhin mit dem Wohlstand aufwärts geht, daß es uns weiterhin in unserem Land gutgeht. Darum möchte ich sagen, Kultur, und das, lieber German Vesko, präge dir ganz besonders ein, gehört einfach hautnah zum Tourismus und zur Wirtschaft. Und vielleicht kann ich es dir bei Gelegenheit, wenn wir uns einmal treffen, noch einmal sagen, dann wirst du es begreifen. (Allgemeiner Beifall. – 10.00 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Ich begrüße auf der Zuschauergalerie die 17 Schülerinnen der Fachschule für Altendienste in Graz und elf Schülerinnen der Fachschule für Familienhilfe aus Graz unter der Leitung von Frau Dr. Traude Hönig. Herzlich willkommen. (Allgemeiner Beifall.)

Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Schleich. Nach ihm der Herr Abgeordnete Ing. Kinsky.

Abg. Schleich (10.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren!

Im Gegensatz zum Kollegen Tasch habe ich kein gestörtes Verhältnis zu Kunst und Kultur. Ich hoffe, ich kann das auch zum Ausdruck bringen.

Ich habe heute die Ehre, über Ortsbildpflege, Blasmusik und Brauchtumpflege zu sprechen. (Abg. Tasch: „Ich habe geredet und geglaubt, daß du es auch verstanden hast!“) Ich hoffe, es war etwas Brauchbares dabei. Ich nehme das wirklich an. Anfangs möchte ich gleich einen Impuls an Sie weitergeben. Überlegen Sie sich vielleicht, welche selbst erlebten Bräuche zur Entfaltung Ihres Lebens beigetragen haben beziehungsweise beitragen. Ein Beispiel: Unschuldiger Kindertag. Wenn man über selbst gemachte Erfahrungen mit Brauchtum reflektiert, dann ergibt sich, daß ein gelungener Umgang mit Brauchtum für den Menschen doch recht bedeutsam ist. Auch in unserer Gesellschaft erwächst das Bedürfnis, Bräuche an die kommende Generation weiterzugeben. Traditionen, zu denen auch der Brauch zu zählen ist, werden weitergeführt. Die Weiterbelebung alter Brauchtumsformen ist wichtig. Daher sollten für die Brauchtums- und Traditionspflege auch Förderungsbeiträge gewährt werden. Denn das Brauchtum stiftet Gemeinschaft. Beispiel: Erntedank, Adventabende, Faschingsumzüge und, und, und. All diese Bräuche führen Menschen zusammen. Den Erntedank habe ich eben erwähnt. Wer liefert eigentlich den festlichen Rahmen für diese Feier? Auf dem Land erklären sich vor allem die Blasmusikkapellen ohne eigenützige Gedanken bereit. Die Mitglieder führen ein Hobby aus, das eigentlich allen zugutekommt und, dies ist nicht zu vergessen, das harte Arbeit verlangt.

Abgesehen von ihren wöchentlichen Proben, von ihren Auftritten, sind sie auch an Wochenenden unterwegs und umrahmen musikalisch diverse Festlichkeiten. Warum sollte dieses Engagement nicht auch honoriert werden? Wie aus dem vorgeschlagenen Budget zu ersehen ist, hat Herr Landesrat Schmid aber an diese Vereine nicht besonders gedacht. Ich glaube, ein Dank wäre angebrachter als solch eine Demotivierung der Mitglieder. Er hat zum Beispiel sein Budget nicht erhöht, das möchte ich hier wirklich vorannehmen, obwohl die Sozialdemokraten schon einige Anträge eingebracht haben, daß man hier die Blasmusik wirklich besser unterstützen sollte. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Sag das dem Finanzreferenten!“) Ich hoffe, daß er etwas umschichten wird und trotzdem sein Herz für die Blasmusik da sein wird. Das ist keine Frage. Aber ich möchte es erwähnen, daß wir Sozialdemokraten schon einige Male eingebracht haben. (Abg. Vollmann: „Dreimal!“) Und wir hoffen, daß es etwas genutzt hat. Und wie unser Klubobmann schon erwähnt hat, viele Noten, aber zuwenig Banknoten. Ich möchte das noch ergänzen. Sie spielen ja nicht um Banknoten, unsere Musiker.

Wenn es um die Musik geht, glaube ich, muß ich noch ein bisserls ins Detail gehen. Als Bürgermeister einer kleinen Gemeinde, die mehr als zehn Vereine hat, weiß ich, was es wirklich heißt, welche Aufgabe die Musikkapellen haben. Nicht nur, daß sie beim Kameradschaftsbund, beim Sportverein und bei allen diversen Veranstaltungen die Umrahmung pflegen, so glaube ich auch, daß das ein ganz, ganz wichtiger Faktor ist, daß man die Musikschulen besser fördert. Ich habe eigentlich eine schlechte Erfahrung. 1989, wir sind zusammengelegt mit der Musikschule Bad Gleichenberg, hatten wir zirka 90 Kinder, weil eben die Kinder sehr interessiert daran waren und die Eltern sich auch bemüht haben. Was war die Folge? Es war nur eine Förderung für 40 Kinder da. Ich konnte aber feststellen, daß in anderen Gemeinden weniger Schüler waren und die Förderung höher ist. Hier muß man flexibler werden. Wir sind, weil das Problem sehr groß war, beim damaligen Referenten, Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, gewesen, das war hier im Haus, und wir mußten leider feststellen, obwohl wir eine Abordnung von 15 Leuten mit dem Bürgermeister von Bad Gleichenberg waren, daß er gesagt hat, er kann nichts tun. Da müssen wir die Kinder nach Hause schicken. Ich glaube, das war ein sehr hartes Wort. Ich glaube, daß er das vielleicht nicht so gemeint hat, aber daß er vielleicht keine Mittel gehabt hat. Aber ich möchte es deshalb aufzeigen, weil man wirklich hier überlegen muß, flexibler zu werden. Das soll nicht eine direkte Rüge sein, sondern ich möchte sagen, hier muß man etwas tun. Denn das Problem ist einfach da, wenn Eltern zwei, drei Kinder haben und sich das dann nicht leisten können. Und wenn eine Familie musikalisch ist, dann sind es meistens alle.

Aus meinen vorigen Ausführungen ist klar geworden, daß man durch die Brauchtumpflege dem Wunsch nach Beheimatung entgegenkommt, da dieser Wunsch nach Ortsbildpflege von großer Bedeutung ist. Der Ort soll als Einheit erkennbar sein. Ein Eindruck der Zusammengehörigkeit soll vermittelt werden. Nicht nur die Bewohner des Ortes sollen sich in ihrer Heimat wohlfühlen, sondern auch der Besucher. Die

Erhaltung und Verbesserung der Ortsbilder, die Erhaltung künstlerisch wertvoller Bauwerke, Bauwerkteile muß im Konzept berücksichtigt werden. Nicht nur, damit die Bewohner gerne in ihrem Ort leben, sondern auch, um den Tourismus zu beleben. Der Raumordnung muß ein großer Stellenwert eingeräumt werden. Schon bei der Erstellung des Flächenwidmungsplanes muß das Ortsbildkonzept mitberücksichtigt werden. Die Frage nach Gehwegen, Parkanlagen, Fragen des Straßenbaues und der Gestaltung des Wohnraumes müssen ausführlichst behandelt werden. Es bedarf wirklich reifer Überlegungen, um oftmalige Veränderungen und weitere Umplanungen zu vermeiden. Diese drei Punkte, Brauchtums- und Ortsbildpflege, die Blasmusik, bieten eigentlich eine bunte Fülle von Möglichkeiten, dem Ablauf der Zeit Farbe zu geben und Wesentliches zur Zufriedenheit der Menschen beizutragen. Sehr geehrte Damen und Herren! Daran sollte gedacht werden. Danke. (Allgemeiner Beifall. - 10.07 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Kinsky. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Kinsky (10.07 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz drei persönliche Gedanken im Rahmen dieser Kulturdebatte einbringen.

Zum Ersten zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Erlitz. Ich kann seine Meinung nicht teilen, daß bei den Richtlinien zur Förderung für Kunst und Kultur vornehmlich wirtschaftliche Gesichtspunkte mit hineinspielen müssen. Deswegen nicht, denn wenn ich an die hervorragende Geschichte der Kultur und Kunst Österreichs und der Steiermark denke, dann glaube ich, hätten wir nicht diese Kulturstätten und diese namhaften, in ganz Europa anerkannten Persönlichkeiten von Kunst und Kultur aufzuweisen, wenn die damaligen Förderer nur an die Wirtschaftlichkeit ihrer Förderung gedacht hätten. Ich behaupte sogar, daß wir wahrscheinlich heute nicht in diesem herrlichen Raum in Graz sitzen würden, wenn der Erbauer dieses Raumes rein an die Wirtschaftlichkeit seiner Investition und Förderung der Künstler gedacht hätte, die hier tätig waren. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Zu den Landesausstellungen als zweiten Punkt.

Ich glaube, es ist vollkommen richtig, daß mit diesen Landesausstellungen Regionen, Tourismus, Wirtschaft, so wie der Herr Abgeordnete Tasch das gesagt hat, gefördert werden und daß wir das in allen ländlichen Regionen dringendst benötigen. Als zusätzlichen Gesichtspunkt möchte ich hier aber auch den Menschen mit hineinbringen. Die Frau Abgeordnete Frieß hat es betont, was sich in unserem Bezirk Weiz hier abspielt, und ich glaube, das war in allen Regionen der Vergangenheit so, wo Landesausstellungen stattgefunden haben, daß hier eine große Anzahl von Menschen plötzlich aufgefordert wird, ihr geistiges Potential einzubringen. Ich glaube, daß in so einer Region viele Menschen, die mit großen geistigen Fähigkeiten und mit Einsatz vorhanden sind, daß hier vieles geweckt wird, was schlummert. Wenn man sich die Anzahl der Menschen anschaut, die sich für eine solche Landesausstellung einsetzen, und was hier für

eine Kreativität in den Regionen zustande kommt, dann sollte man auch das bedenken.

Schließlich mein dritter Punkt. Es ist schon sehr viel gesagt worden, vor allem vom Herrn Abgeordneten Chibidziura, über die Bedeutung unserer Blasmusikkapellen. Auch hier möchte ich den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Denn wenn ich bedenke, daß ein Drittel der 15.000 Mitglieder unserer Blasmusikkapellen unter 20 Jahren ist, dann betrachte ich eine solche Förderung auch als eine echte Jugendförderung. Je mehr wir feststellen können, daß die Jugend mit Idealismus bereit ist, ohne große Honorare in diesem Bereich tätig zu sein, umso wichtiger wird es sein – Herr Landesrat Schmid, ich ersuche Sie auch –, in Zukunft hier besonderes Augenmerk darauf zu lenken. Wir wissen, daß im Jahre 1990 erstmals der Herr Landeshauptmann Dr. Josef Krainer damals die Förderungen um 33 Prozent erhöht hat von 1,5 Millionen auf die jetzige Summe. Ich betrachte das aber auch nicht als Jugendförderung, sondern als eine echte Förderung des ländlichen Raumes. Denn wenn wir davon reden, daß wir alle davon überzeugt sind, daß wir die Menschen im ländlichen Raum erhalten wollen, dann müssen wir auch die Menschen dort fördern, die mit Idealismus bereit sind, Kultur zu betreiben. Heute kann sich kein Bauernsohn und schon gar nicht seine Eltern die teuren Instrumente und die teuren Trachten leisten. Ich ersuche im Sinne der Gestaltung des ländlichen Raumes auch in Zukunft hier um eine aktive Förderung. Ich danke. (Allgemeiner Beifall. – 10.12 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (10.12 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich kann nahtlos dort anschließen, wo mein Vordr. aufgehört hat. Heuer, also jetzt im Jahre 1992, sind es 15 Jahre, daß es in der Steiermark das Ortsbildschutzgesetz gibt. Es ist schon wieder 15 Jahre her, die Zeit vergeht schnell, und es wird dieses Jubiläum sicher noch in irgendeiner Form gefeiert, gewürdigt werden. Für mich ist es ein Anlaß, all jenen, die sich in der Steiermark mit der Bewahrung und der Revitalisierung, Erneuerung wertvoller alter Ortsbilder Verdienste erworben haben, das sind die Gemeinden, das sind Vereine, zum Beispiel der Verein für Heimatschutz, der Österreichische Naturschutzbund, die Österreichische Gesellschaft für Denkmal- und Ortsbildpflege, das ist das Volksbildungswerk, zu danken. Diese Vereine und Institutionen haben sich bemüht, auch zur Verbreitung der Ortsbildidee durch Vorträge, durch Publikationen, durch Öffentlichkeitsarbeit im weitesten Sinne positiv beizutragen.

Wurde zuerst die Sorge um das Alte, nur für Einzelobjekte von hoher geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung im Denkmalschutzgesetz festgeschrieben, so haben sich die Ortsbildschutzgesetze erst viel später daraus entwickelt – in der Steiermark wiederum im österreichischen Reigen relativ früh. Die Erhaltung der alten Ortsbilder und die Revitalisierung werden über Wunsch von Gemeinden durch Gesetz verordnet, ebenso die Rückführung von Verschand-

lungen, und was das besonders Erfreuliche daran ist, die breite Öffentlichkeit, die Bürger, auch die Gemeinden, tragen diese Entwicklung mit. Viele Orte in der Steiermark können stolz sein auf ihr Ortsbild, und viele Orte sind es auch. Es hat vor zwei Wochen in der Handelskammer Steiermark einen Vortrag gegeben, in dem ein deutscher Tourismus- und Wirtschaftsexperte, Herr Stadtrat Klotz aus Bad Reichenhall, einen Vortrag gehalten hat, und er hat gesagt, als er das erste Mal in die Steiermark gekommen ist, ist ihm eines ganz besonders aufgefallen: welche schöne Orte, welche schöne Dörfer, welche schöne Märkte diese Steiermark hat. Er hat gesagt, das ist ein Kapital für die Zukunft, das müßt ihr euch bewahren, und kümmert euch um diese Ortsbilder in der Steiermark.

Einige Gedanken möchte ich auch noch in diesem Zusammenhang anschließen. Neues Bauen soll nicht unterbunden werden, wie es vielfach oft gesehen wird. Kontrastarchitektur in zeitgenössischer Ausprägung soll auch ihren Platz finden. Interessanterweise hat die Wiener Bauordnung hier einen ersten Schritt getan. Sie schreibt sogar vor, statt der bisher oft erfolgten gesichtslosen architektonischen Anpassung Kontrastarchitektur zeitgenössischer Ausprägung auszuführen. Auch in kleineren Städten und Märkten haben manche Bürgermeister den Mut, altherwürdige Ensembles durch Demonstration heutiger Baukunst aufzubrechen. Das geht nicht immer gut, das zieht manchmal Probleme mit sich. Aber es hat sicher viel für sich. Ich möchte daher auch den Gemeinden danken im Zusammenhang mit der Ortsbildpflege, der Ortsbilderneuerung, und ich möchte auch den Gemeinden danken für die Leistungen auf dem Gebiet der Kulturförderung im weitesten Sinn, wie es heute schon mehrmals zum Ausdruck gekommen ist. Sei es durch Raumbeistellung, sei es durch Veranstaltungsunterstützung, sei es durch finanzielle Beihilfen. Hier wird viel geleistet, und es ist großartig, was die steirischen Gemeinden tun.

Dank soll aber auch denen gesagt werden in dem Zusammenhang, die das Kulturleben organisieren. Das läßt sich nicht, wie von Mag. Erlitz heute als die große Weisheit angepriesen und als großes Ziel vor Augen geführt, in einer gesamtverantwortlichen Holding in der Steiermark verwirklichen, nicht, wie er es ausgedrückt hat, nur nach effizienten ökonomischen und privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten. (Abg. Mag. Erlitz: „Es gibt Beispiele dafür, daß das funktioniert!“) Das ist eine leere Rederei. Die Kultur in der Steiermark läßt sich nicht von einer Holding führen. Das wird nicht funktionieren. (Abg. Mag. Erlitz: „Das funktioniert in Linz, in Salzburg – überall funktioniert es!“) Kultur muß sich nicht nur entwickeln, sie muß sich auch durchsetzen. Nicht alle Steine können aus dem Weg geräumt werden. Unser Dank soll, wie gesagt, all denen gelten, die die Kultur hervorbringen und die die Kultur schaffen und die die Kultur fördern. Die Steiermark hat das große Glück, viele solche hervorragende Menschen zu haben. Einem sollte heute doch irgendwo auch noch ein besonderer Dank gelten. Das ist der langjährige Kulturreferent Prof. Jungwirth, der viele grundlegende Entwicklungen in diesem Land eingeleitet und vorangetrieben hat und der der Steiermark ein anerkanntes, weit über das Land hinausreichendes Profil gegeben hat. Wir alle haben

davon profitiert, in kultureller und in wirtschaftlicher Hinsicht. (Allgemeiner Beifall. – 10.18 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Als nächster gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Cortolezis.

Abg. Dr. Cortolezis (10.18 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der gestrigen „Kleinen Zeitung“, nicht vorne im Politikteil, sondern hinten bei der Kultur, ich weiß nicht, ob Sie es gesehen haben, auf der linken Hälfte dieser Doppelseite, ist groß getitelt worden „Phantom einer steirischen Kulturholding“. Und ich weiß nicht, ob es Absicht oder Zufall war, auf der rechten Hälfte dieser Doppelseite ist dann ein anderer Artikel gewesen, wo getitelt war „Zurück zur Normalität“. Und das ist tatsächlich ein echter Arbeitsauftrag „Zurück zur Normalität“, und ich möchte diesen auch annehmen und, bevor ich auf dieses Phantom sozialdemokratischer Kulturvorstellungen auch eingehen werde, Kollege Erlitz, einige inhaltliche Punkte in die Diskussion einbringen. Weil diese sind mir bislang zumindest von Ihrer Seite zu kurz gekommen.

Führen wir also einen Diskurs über Kultur und Politik, über steirische Kulturpolitik. Denn Kultur und Politik sind, so Pascal Bruckner, gleichsam das Bindegewebe in der Gesellschaft. Sie sind das, was die Menschen aus ihrer Vereinzelung herausreißt. Und er meint weiters, daß Kultur und Politik dort, wo sie Öffentlichkeit beanspruchen und in Erscheinung treten, sich nicht in die Quere kommen dürfen, wenn sie sich nicht wechselseitig ausschalten wollen. Es geht also darum, kulturelles Selbstverständnis zu bewahren und zu erneuern, Kreativität zu fördern und das Verständnis für Kultur zu wecken und zu verbreiten. Drei Aufgaben, die gleichrangig und nicht voneinander zu trennen sind. In einem zukünftigen vereinten Europa wird die kulturelle Identität einer Region von besonderer Bedeutung sein, wenn diese Region ihrer geschichtlichen Rolle gerecht werden und nicht ihre Traditionen, die charakteristischen Kennzeichen ihrer Eigenständigkeit, über Bord werfen will. In dieser neuen Architektur unseres alten Erdkreises müssen wir jeweils spezifische Aufgaben übernehmen. Und seien es auch nur ganz kleine Aufgaben im Einzelfall. Sie stellen das sinnvolle Element für die Selbstverwirklichung der Region und für ihren Beitrag in diesem Wechselbeziehungsgeflecht dar. Die zahlreichen und unterschiedlichsten schöpferischen Ansätze in allen Bereichen der Kultur und Gesellschaft sind daher als Mosaiksteine unserer kulturellen und auch unserer gesamtheitlichen Identität bewußt zu pflegen und zu fördern. Für dieses feinfühliges Bemühen, das zumeist mit großer persönlicher Leistungsbereitschaft verbunden ist, ist ein Klima der Offenheit, der Toleranz und der grundsätzlichen Akzeptanz eine unumgängliche Voraussetzung.

Ein Garant dafür, daß dieses Klima bestehen und erhalten bleibt, ist unser Landeshauptmann als Kulturreferent. Hanns Koren hat den gewaltigen geistigen Aufbruch der Avantgarde der 60er Jahre eingeleitet und mitgetragen. Und seine, im geschichtlichen Erbe wurzelnden, aber gleichzeitig in die Zukunft weisenden und die gegenwärtigen territorialen Grenzen überschreitenden kulturpolitischen Ideen und vor

allem die Trigon-Idee auf der einen Seite, wie auch Kurt Jungwirth in der Folge durch Regionalisierung und Dezentralisierung auf der anderen Seite sind hier für Meilensteine verantwortlich gewesen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es hat diese Ausprägung der Kulturpolitik die internationale und interdisziplinäre Auseinandersetzung mit den großen Problemen der Gegenwart vorangetrieben. Diese profilierte Kontinuität der steirischen Kulturpolitik und ihre Erfolge verpflichten aber. Die Vielfalt des kulturellen Geschehens in der Steiermark entspricht einem vielschichtigen Selbstverständnis. Heimatbewußtsein und Weltoffenheit, Überliefertes und Ungesichertes, die Landeshauptstadt und die steirischen Regionen sind in produktiven Wechselwirkungen und fruchtbaren Spannungen miteinander vernetzt. Einzelpersonen und Gruppen, Initiativen und Institutionen gestalten mit der ihnen jeweils eigentümlichen Kreativität, mit sachlicher Kompetenz und harter Knochenarbeit das allenthalben spürbar rege kulturelle Leben dieses Landes. Und es war besonders beeindruckend, daß auch mehrere Redner, Ussar, Schleich, aber auch Tasch, Prutsch, versucht haben, verschiedene Aspekte gerade dieses gewaltigen, auch im Regionalen sehr aktiven kulturellen Lebens aufzuzeigen und damit diesem bedauerlichen ideologischen Aufsatz, den Kollege Erlitz verlesen hat, die Grundlage entzogen haben.

Unser Land hat seine Grenzlage immer auch als Auftrag aufgefaßt, Brücken über die Gräben zu schlagen, das unvoreingenommene Gespräch zu führen und mit anderen Regionen zusammenzuarbeiten. Die Kultur tastete sich dabei oft als Kundschafterin und als Vorbotin der anbrechenden Zukunft vor. Kultur und Kunst sind wesentliche Elemente zur Formung eines gemeinsamen europäischen Bewußtseins. Unsere angestrebte Einbindung in eine europäische Gemeinschaft darf keinesfalls auf Kosten unserer Identität gehen. Daher hat die Steiermark das Konzept eines Europa der Regionen entscheidend mitzuprägen und dieses Europa auch hinzuführen zu einer exemplarischen Einheit aus Verschiedenheit und Vielfalt einerseits, und andererseits als eine universalistische, auf gemeinsamen abendländischen Grundwerten und Traditionen beruhende und aufbauende Zielvorstellung. Dieses Konzept schließt jeden kleinlichen Provinzialismus sowie jeden engstirnigen Partikularismus aus. Die Steiermark kann mit ihrem differenzierten kulturellen Selbstverständnis und ihren weitverzweigten kulturellen Beziehungen viel in dieses neue Europa einbringen. Der der Landeshauptstadt Graz zugesprochene ehrenvolle europäische Kulturmonat 1993 ist Bestätigung, aber auch Auftrag auf diesem Weg. Die steirische Kulturpolitik kann in drei Spannungsfeldern gesehen werden, alt – neu, zentral – dezentral und regional – international. Es werden verschiedentlich auch diese Aspekte schon angesprochen. Die Aufgabe der Kulturpolitik ist es, die Qualität des resultierenden Zusammenwirkens zu heben. Das geschieht im sensiblen Umgang mit Kulturschaffenden und Kulturmanagern, durch ausreichende Finanzierung und durch Bereitstellen der notwendigen Handlungsmöglichkeiten. Das steirische Kulturleben ist viel zu vielfältig, als daß alle Mosaiksteine aufgezeigt werden können. Die aktuelle Diskussion beschäftigt sich

auch nur mit einigen wenigen kleinen Punkten. Trotzdem ist es wichtig, Neuorientierungen und Weiterentwicklungen zu suchen.

So besteht ein breiter politischer Konsens, dem Landesmuseum Joanneum mehr strukturelle, inhaltliche, wirtschaftliche und organisatorische Bewegungsmöglichkeiten einzuräumen. Seit seiner Gründung haben sich die Aufgaben geändert. Neue zukünftige Entwicklungen sollen effizient und dynamisch gelöst und angegangen werden. Dabei kommt auch der Regionalisierung eine bedeutende Rolle zu, weil das Joanneum umfaßt 16 Abteilungen, vielfach quer über das Land verstreut. Und es ist durchaus eine faszinierende Aufgabenstellung, auch aus diesen regionalen Standorten neue Schwerpunkte zu formen, etwa in Trautenfels, etwa in Eisenerz, Stainz oder Wagner. Beide, nämlich Trautenfels und Wagner, wurden heute schon angesprochen. Aber auch die Überlegung, ob aus diesen Abteilungen nicht neue Konzentrationen erfolgen können, etwa ein Haus der Geschichte, ein Haus der Kunst und ein Haus der Natur. Alles Überlegungen, die aber in einem Diskurs geklärt werden müssen, wo gemeinsam auch mit den 190 Mitarbeitern des Landesmuseums Joanneum eine neue inhaltliche Orientierung entwickelt werden muß und wo auch, und das ist ja fast einmalig bei dieser Budgetsituation, wo auch schon angespartes Geld aus dem Rundfunkschilling da ist, um diese neuen Zielsetzungen dann umzusetzen. Baulich und darüber hinaus. Da ist es umso verwunderlicher, daß einer, der mitten drinnen sitzt in diesem Joanneum-Ausschuß, dann versucht, die Öffentlichkeit ganz anders zu informieren. So ist auch der Brief des Präsidenten des Kuratoriums des Joanneums – Prof. Jungwirth – zu verstehen, der an Herbert Schweiger-Nickols schreibt: „Als Vorsitzender des Joanneum-Ausschusses verwehre ich mich auf das entschiedenste gegen die Unwahrheiten, die Sie als Mitglied desselben Ausschusses immer wieder über seine Tätigkeit und über das Joanneum verbreiten. Sie waren bei der letzten Sitzung am 30. März 1992 ständig körperlich anwesend. Sie haben alle Beratungen gehört. Sie haben keine einzige Wortmeldung abgegeben, keinen Kommentar zu den Berichten, keinen Vorschlag, keine Frage eingebracht. Sie waren ein totaler Schweiger, das war nicht neu ...“ und so weiter.

So werden wir die kulturpolitische Diskussion nicht führen können. Auf der einen Seite dort, wo tatsächlich inhaltliche Anforderungen gefragt sind, nichts einzubringen, und gleichzeitig die Medien einmal so, einmal anders zu informieren.

Es ist schon angesprochen worden das Trigon-Haus. Hier wird auch eine große Lücke geschlossen werden. Wir werden ein neues Haus haben, das im Experimentellen Wesentlichen leisten kann, das ohne Einschränkungen sich orientieren kann hin auf einen Ort der offenen Kontaktaufnahme und der Vermittlung künstlerischer Bemühungen. Um es mit einem Zitat aus der Architektur zu belegen, nicht zu einem Ort zu machen, nicht von Ansichten und Aussichten, sondern zu einem Ort von Einsichten. Dieses vielfach beispielbare Haus wird dann auch die Möglichkeit schaffen, eine größere Ausstellungsfläche zu bieten, etwa für die Alte, für die Neue Galerie, wo Schätze aufgehoben werden können, die vielfach der Öffentlichkeit auf Grund mangelnden Platzes nicht bekanntgemacht werden konnten.

In den letzten Jahren hat sich in der Steiermark ein geradezu aufregender Qualitätsschub sogenannter regionaler kultureller Aktivitäten etabliert. Ein Blick auf die gerade erscheinenden Einzelprogramme des Steirischen Kultursommers zeigt die Entwicklung hervorragend auf. Ich möchte jetzt nicht alles zitieren, das würde zu lange dauern, aber für den Kollegen Erlitz noch ein paar Sachen anführen: Kulturzentrum Wolkenstein, Buchebner-Gesellschaft mit dem neuen Kunsthaus, Neuberg mit dem renovierten Museum, den Kultur- sowie Brahms-Tagen, Aichfeld, Judenburg – Musiksommer, Bärnbach – der Kollege Schuster würde sich schön bedanken, wenn das Landesausstellungsgebäude nicht stehen würde, Gleichenberg, Straden aktiv, Schladminger Musiksommer, Admonter Musiksommer, St. Gallen, das poesievolle Ausseer Land, Lärchhaus, Stainz, Eibiswald, Arnfels, Deutschlandsberg, ich will nicht alle aufzählen. Nur ein Beispiel dieser vielfältigen regionalen kulturellen Initiativen, die auch noch ergänzt werden durch die Eisenstraße, die Schlösserstraße, entstanden durch die Landesausstellungen in Riegersburg und Herberstein, Weinstraße, Holzstraße, all das, lieber Kollege Erlitz, besteht, und das ist mir wesentlich lieber, daß dort, wo etwas Gewachsenes entstanden ist, daß das gefördert worden ist (Beifall bei der ÖVP.) und daß nicht etwa, wie Sie es präsentierten, wie wir sie aus dem pannonischen Nachbarland kennen, riesige Kulturzentrums-molochs hingesetzt worden sind, die heute tot sind, wo niemand hineingeht, weil Kultur sich nicht von oben aufpfropfen läßt, sondern wachsen, lebendig werden muß. Dann kann man sich zusätzlich „einemischen“ in Form von Förderungen, damit sich das weiter entwickeln kann. (Abg. Dörflinger: „Candidus, kannst du mir bitte die Kulturförderung für die Weinstraße erklären?“) Das ist der Bereich, wo Sie sich dann zu Wort melden können, bei der Weinkultur. Wir haben auch hier in diesem Bereich hervorragende Stützpunkte, etwa quer durch das südsteirische Weinland. Der Kultursommer dauert einen Monat, da sind Schulferien, Kollege Erlitz, da haben Sie ein bißchen mehr Zeit. Ein paar Freikarten werden wir schon organisieren, und dann können Sie ein bißchen von all dem kennenlernen, was es in der Steiermark gibt. In dieses Konzept fügt sich auch sehr gut die Landesausstellungsphilosophie der Steiermark ein, nämlich mit herausragenden Präsentationen regionale kulturelle Identität zu stärken. Das sind ja schon alles hervorragende Früchte, und wie es richtig gesagt wurde von mehreren Rednern heute: Die Landesausstellungen sind nicht nur für die Ausstellungszeit ein Impuls, sondern weit darüber hinaus. Nicht nur örtlich, dort, wo die Ausstellung oder Präsentationen gezeigt werden, sondern alle Gemeinden rundherum bemühen sich, engagieren sich, bringen alles, was sie im kulturellen Bereich haben, auf Vordermann, und das ist der nachhaltige Effekt, der in den Gemeinden, in den Regionen geschätzt wird. (Abg. Dr. Flecker: „Erzähle mir von den nachhaltigen Effekten wirtschaftlicher Natur!“) Aber wenn man das vom Reißbrett aus macht, wenn man es nur braucht, um irgendetwas zu vernadern, dann kennt man es nicht und weiß man es nicht. (Beifall bei der ÖVP.) Ich freue mich, daß es unserem Landeshauptmann gelungen ist, den Anschlag vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner-Blazizek abzuwehren, diese Landesausstellungen nur mehr zweijährlich ab-

zuhalten. Dann – Kollege Ussar – wäre nicht 1997 Leoben in Diskussion, sondern 2015.

Das sind die Punkte, um die es geht. Wenn man sich dann anschaut, was hinter diesen sozialdemokratischen Vorstellungen – (Abg. Mag. Erlitz: „Im Sinne der Qualität wäre zu fordern alle zwei Jahre. Mehr Qualität als Quantität!“ – Abg. Dörflinger: „Das Thema alle zwei Jahre ist für euch vom Tisch?“) Kollege Erlitz, darauf komme ich gleich zurück, auf die Frage Qualität und Quantität. Da gibt es auch einen konkreten Vorschlag von Ihnen, nämlich, daß die Landesausstellungen von der Fremdenverkehrsabteilung, und nicht mehr von der Kulturabteilung durchgeführt werden sollen. Das ist ein qualitativer Unterschied. (Abg. Mag. Erlitz: „Rahmenprogramm für die Kultur!“) Auf diese Diskussion lasse ich mich gerne ein. Was heißt denn das? Fremdenverkehr heißt natürlich möglichst viele Leute ohne Rücksicht auf ein Qualitätsniveau. Wir sehen das in Frankreich. Östlich von Paris entsteht ein riesiges Disneyland – Mitterrand setzt auf Quantität. (Abg. Dr. Maitz: „Bleiben wir in Österreich!“) Ja, bleiben wir in Österreich. Was machen wir? Wir zeigen jetzt in Trautenfels Josef Thaddäus Stammel und unsere Barockkünstler. (Beifall bei der ÖVP.) Mir ist lieber, Mickymaus bleibt bei Mitterrand in Frankreich, und bei uns werden die Barockkünstler gezeigt. Ich habe mir auch angeschaut, was sind denn die großartigen sozialdemokratischen Vorschläge gewesen unter dem neuen Vorsitzenden Schachner-Blazizek? Zum einen eine Versorgungsgesellschaft für einen Sekretär zu initiieren, den Milliardenluftballon namens Guggenheim-Museum aufsteigen zu lassen, der schon beim Aufblasen zerplatzt ist, und das dritte war, daß man die Landesausstellungen nicht mehr jährlich, sondern zweijährlich durchführt. Das ist ein wenig zu wenig. (Abg. Schützenhöfer: „Wenn du die Wortmeldung vom Dörflinger gestern zum Sport dazunimmst, dann sind wir fertig!“) Günter, auf dich muß ich leider noch einmal zurückkommen. Es ist schrecklich. Aber du hast als Erstunterzeichner einen Antrag eingebracht am 5. November. Gewisse Bereiche soll man nicht unbedingt übernehmen. Ich melde mich auch nicht zum Sport, ich könnte nur über Spörtunfälle reden. Du solltest dich bei der Kultur auch besser zurückhalten.

Da gibt es einen Antrag von Dörflinger und Genossen, da steht folgendes drinnen. „Seit Jahrzehnten hat das Kulturreferat der Steiermärkischen Landesregierung Veranstaltungen des Landes beziehungsweise Beteiligungen initiiert und gefördert. Das hat wesentlich zur kulturellen Belebung in der Steiermark“ – hört, hört – „und zur Vermehrung ihres Rufes beigetragen. So hat der Herr Kollege Erlitz auch heute angefangen. Dann geht es weiter: „Inzwischen ist die Zahl dieser Veranstaltungen beziehungsweise Beteiligungen so groß geworden, daß eine effiziente Führung innerhalb der Landesverwaltung nicht mehr gewährleistet ist.“

Das gilt in erster Linie für den „steirischen herbst“. Ich frage mich, ist er in der Landesverwaltung – sowie die dazugehörige Trigon-Ausstellung sowie die Steirische Akademie, die Landesausstellung – das ist das einzige, was zutreffend ist –, die Akademie Graz, die Styriarte, Steirische Eisenstraße, Künstlerhaus, auch das Haus der Architektur ist sogar angeführt worden.

Meine Damen und Herren, wenn an das alles ausgliedern würde, dann müßten wir es zuerst eingliedern, damit wir es ausgliedern können. Das kann ja auch nicht Sinn der Sache sein. (Abg. Mag. Erlitz: „Entfilzen, dann ausgliedern!“ – Abg. Schützenhöfer: „Jetzt begreife ich, daß Sie nicht Direktor einer Schule geworden sind!“ – Abg. Mag. Erlitz: „Ich bin es!“) Nein, Kollege, die Reihenfolge ist anders. Zuerst kennenlernen, verstehen, und dann darüber reden. Das ist die Reihenfolge. (Abg. Mag. Erlitz: „Dann entfilzt ihr!“)

Darf ich zu diesem Phantom Kulturholding noch ein paar Sätze sagen, obwohl es mittlerweile die heimischen Medien schon dargestellt haben als das, was es wirklich ist, ein Phantom. Ich bewundere den Mut, daß man, obwohl ihr gestern eine Ordentliche drüberbekommen habt von der „Kleinen Zeitung“, heute eine Ordentliche von der „Kronen Zeitung“, trotzdem auf dem Thema draufbleibt, aber der Auftrag ist der Auftrag, und wenn das Ideologiereferat etwas sagt, dann muß man es auch machen. Trotzdem einige Anmerkungen dazu, weil es nicht unwesentlich ist, auch weiterzudenken. Die Kulturveranstaltungs-ges. m. b. H. hat sich als Veranstalter des Musikfestivals Styriarte wirklich einen Namen gemacht. Nicht zuletzt deswegen auch, weil natürlich mit dem großen Nikolaus Harnoncourt auch internationale Reputation möglich war, hier in die Steiermark, nach Graz, hereinzubekommen. Die Veranstaltungsgesellschaft, die übrigens eine Eigenaufbringungsquote von 45 Prozent hat, also fast die Hälfte wird nicht subventioniert, sondern das ist Eigenaufbringung. 45 Prozent 1991, das sind die letzten Zahlen, 6,7 Millionen Schilling aus öffentlicher Hand, selbst erwirtschaftet 5,6 Millionen, Eigendeckung demnach 45 Prozent. Für 1992 weist der Voranschlag sogar 47 Prozent auf. (Präsident Dr. Klausner: „Das stimmt nicht, Herr Kollege!“) Davon können wir nicht reden, das wissen wir noch nicht, aber für 1991 sind es 45 Prozent. Nicht nur mit der Styriarte ist diese Kulturveranstaltungs-ges. m. b. H. durchaus erfolgreich gewesen, sondern sie hat sich einen Namen geschaffen, so daß sie von der Stadt Graz mit der Abwicklung des europäischen Kulturmonats beauftragt wurde. Ein ehrenvoller Auftrag. Aber sie hat auch wesentliche Schritte gesetzt, um im Bereich des Kulturmarketings neue Wege aufzuzeigen. Und da glaube ich durchaus, daß das eine neue Aufgabe sein könnte für diese Kulturveranstaltungs-ges. m. b. H. Daß man sie nämlich bittet, auch so eine Art überregionales, internationales Kulturmarketing von all den großen Kulturveranstaltungen, die wir haben, zu machen, wobei wir teilweise hervorragende Marketingleute auch als Intendanten haben, wenn ich an den Intendanten Haberl denke, der selbst ein Fachmann auf dem Gebiet ist. Also, die Leute könnten sich das miteinander durchaus qualitativ und hervorragend organisieren und damit auch über unser Bundesland hinaus und über unsere Republik hinaus die Steiermark als das zeigen, was sie ist, nämlich ein vitales, kräftiges Kulturland. Es werden sich all die genannten Institutionen, vom „steirischen herbst“ über die Akademie Graz, vom Haus der Architektur über das Forum Stadtpark, von den Vereinigten Bühnen über die Landesausstellungen, nicht gefallen lassen, daß das alles zentralbürokratisch zusammengefaßt wird und quasi von einem Sekretär, um den man sich Sorgen macht,

zentral vermarktet wird. Das ist nicht der Weg, sondern der Weg ist der umgekehrte, daß es von unten wächst und das, was sich entwickelt, gefördert wird.

Meine Damen und Herren! Das ist das liberale und offene Klima in der Steiermark. Aber dieses liberale und offene Klima braucht auch seine Vertreter. Nicht allein der Landeshauptmann, der als Garant dieser Spannweite des Kulturlebens auch dieses authentisch vertritt, sondern wir brauchen auch die Kultur nicht nur abgehandelt in diesem Kulturkapitel, sondern wir brauchen es auch abgehandelt etwa beim Wohnbau, wo die Architektenschelte beim Geschoßwohnungsbau ja durch einen Architekten als Landesrat schon begonnen hat. Auch dort brauchen wir die Diskussion, inwieweit hier alles dem Rotstift zum Opfer fallen solle. Wir brauchen diese Diskussion aber auch am Biertisch, am sogenannten dort, wenn es nämlich ernst wird, dort, wo dann gerne über alle modernen Kunstströmungen gerülpst wird. Dort brauchen wir diejenigen, die aufrecht und couragiert dem entgegen-treten. Denn für einen aufrechten Gang auch in diesen Diskussionen braucht man Rückgrat. Das wäre für mich auch ein Stück neuer politischer Kultur. Leben wir sie gemeinsam ein wenig vor. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 10.44 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Zu Wort gemeldet ist der Herr Präsident Dr. Klausner. Ich erteile es ihm. Nach ihm Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid.

Abg. Dr. Klausner (10.44 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Sie werden verstehen, daß ich die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Cortolezis nicht unerwidert lassen kann. Um gleich beim Schluß anzufangen. Es ist ja bemerkenswert, daß er die Kulturholding offensichtlich bewußt mißverstehet, obwohl ich auch den Namen für deppert halte, das muß ich ganz ehrlich sagen. Es ist nichts anderes beabsichtigt als das, was Sie bei der Kulturveranstaltungsges. m. b. H. so gelobt haben, wobei ich allerdings schon hinzufügen möchte, daß die Kulturveranstaltungsges. m. b. H. ihre Gründung nur dem Versuch verdankt, einen Weg um das Budget herum zu finden, sonst gar nichts, denn sie besteht im wesentlichen aus dem ehemaligen Büro Jungwirth und der Sechser, der ehemaligen. Es ist also nichts anderes, als der Versuch, einen Ausweg aus dem Budget heraus zu finden. Was wir vorschlagen – und da ist es bedauerlich, daß Sie diese Ebene der Diskussion betreten, die Sie im wesentlichen in Form von Beschimpfungen gegangen sind – ist nichts anderes, als den verschiedenen Intentionen ein effizienteres Management zur Verfügung zu stellen, als das offensichtlich heute der Fall ist.

Der „steirische Herbst“ funktioniert zum Beispiel erst, seit Gerhard Haberl dort ist. Vorher war das eher eine Katastrophe. Bei den Landesausstellungen ist das ein mühsames Hinterherlaufen hinter den Notwendigkeiten. Gott sei Dank gelingt es halbwegs. Aber von einem geregelten und ordentlichen kaufmännischen Management kann ja überhaupt nicht die Rede sein. Bei der Styriarte schauen Sie sich bitte an, mit welchen Versprechungen Sie angetreten sind und was davon übriggeblieben ist. Darum geht es. Und es geht

auch darum, daß das effizient verwirklicht wird, was Sie bei der Kulturveranstaltungsges. m. b. H. jetzt gesagt haben, nämlich der bessere Verkauf, das Marketing, das Einheitliche. Es ist ja ein Witz, wenn man sich anhört, was die Fremden erzählen über die Propaganda unserer großartigen kulturellen Möglichkeiten, die sie nicht finden. Sie hätten sich anhören sollen zum Beispiel, was bei dem Hearing über das Joanneum herausgekommen ist, weil die Professoren, die uns besucht haben, gar nicht hingefunden haben, weil nichts aufgelegt ist, was darauf hingewiesen hat. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das sind halt Professoren!“) Das war der Kölner Museumsdirektor zum Beispiel, Kollege Hirschmann. Da fehlt es. Das Joanneum, um gleich darauf zu kommen, hat hervorragende Wissenschaftler in 16 Abteilungen, aber verkaufen können sie sich nicht. Und daran hapert es, und das ist auch die Schwierigkeit bei dem Konzept.

Und, um gleich zu diesem Thema zu kommen. Es ist bedauerlich, daß, statt auf so etwas einzugehen, wie den Artikel von Herbert Nichols, darauf lediglich beleidigt reagiert wird. Damit werden wir nicht weiterkommen. Es zählt allerdings zu den Merkmalen der vergangenen Kulturherrschaft, daß so reagiert wird. Ich hoffe, daß sich das unter dem Herrn Landeshauptmann ändern wird. Was das Joanneum selbst anlangt, so sind wir tatsächlich erst nach einem Jahr Pause weitergekommen. Wir sind weitergekommen insofern, als jetzt endlich einvernehmlich ein Konzept für dieses Trigon geboren und vorgestellt wurde, dem sich alle angeschlossen haben, wo aber vom Museum nichts mehr übrigbleibt. Das muß man auch sagen. Es ist eine Ausstellungshalle geworden, die wir sicher brauchen. Aber dazu gehört auch, und da schließe ich mich durchaus der Meinung des Kollegen Rader an, daß wir die Prioritäten überlegen sollten. Denn ich muß ganz ehrlich sagen, für mich ist eine Ausstellungshalle für Graz nicht so wichtig wie die Sanierung des Joanneums in der Raubergasse.

Da gehört die Landesbibliothek hinaus, die gehört verlagert und neu errichtet, damit dort Platz wird. Es gehört die Neue Galerie saniert und eine Hofüberdachung installiert. Es gehört in der Neutorgasse ein Aufgang in das Obergeschoß geschaffen, damit man nicht mehr über diese Hausmeistertreppe sich hinauffragen und durchfinden muß. Das sind für mich Prioritäten, die vor einer Ausstellungshalle Trigon rangieren würden. Das glaube ich durchaus so vertreten zu können und hielte das für sinnvoll.

Was die Landesausstellungen anlangt, wenn ich da die verschiedenen Wünsche höre, es geht in Wirklichkeit um reine Finanzierungsfragen. Es besteht ja wohl kein Zweifel, daß die Landesausstellungen durchaus einen doppelten Sinn haben. Einerseits sind sie eine kulturelle Demonstration der regionalen Entwicklung, Geschichte, Möglichkeiten, andererseits wird natürlich damit verbunden, daß man das in den Fremdenverkehr umsetzt, in die Wirtschaft umsetzt. Das ist ja ganz selbstverständlich. Es wäre nur schön, wenn diese Mischung auch bei den anderen kulturellen Möglichkeiten des Landes so genützt würde wie bei den Landesausstellungen. Das ist ja das, was wir bemängeln und bekritteln, daß das eben nicht so genützt wird oder nicht ausreichend so genützt wird. Bei den Landesausstellungen, ob man sie jetzt alle